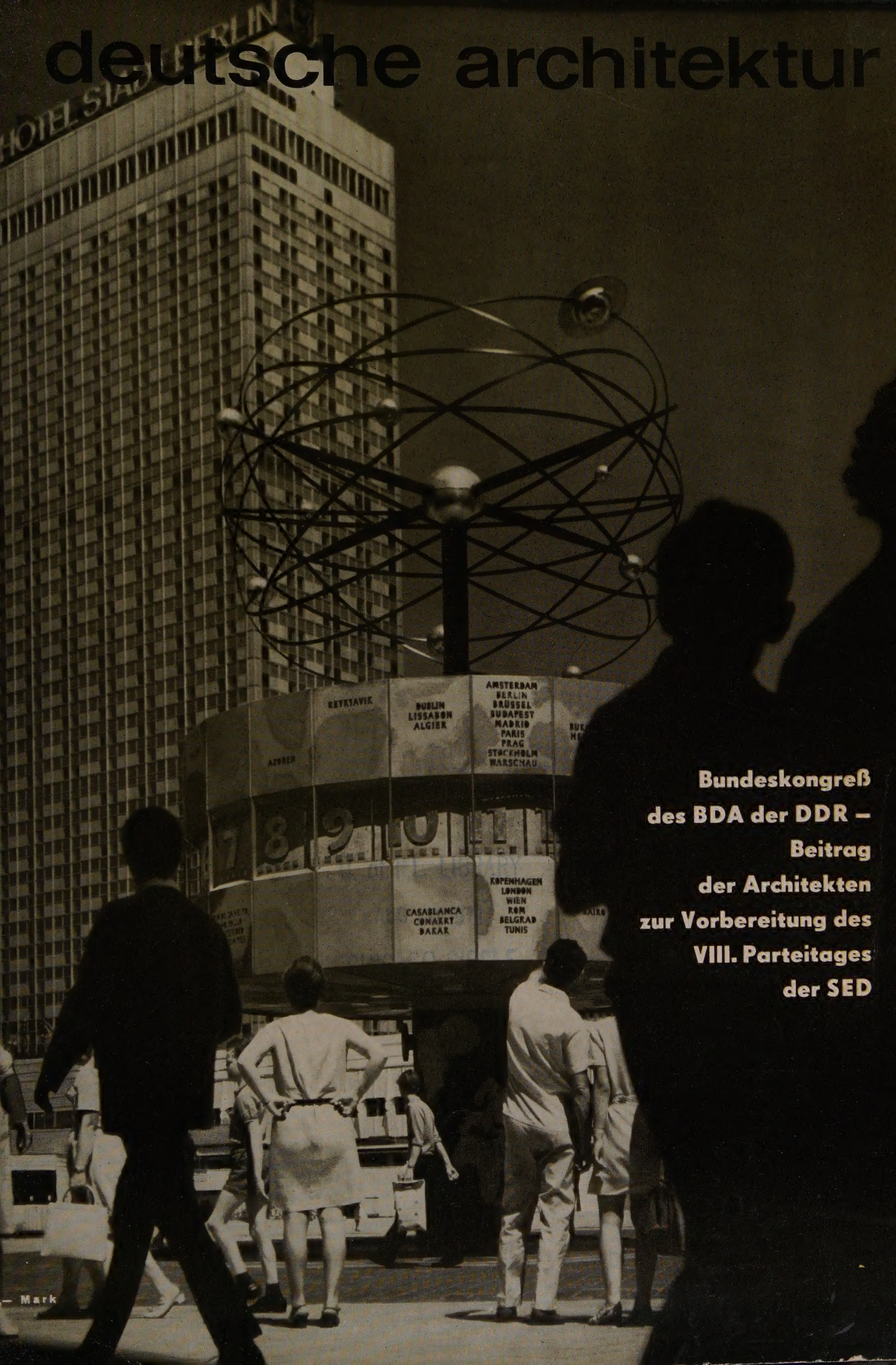

deutsche architektur
REYKJAVIK
DUBLIN
LISSABON
ALGIER
AMSTERDAM
BERLIN
BRÜSSEL
BUDAPEST
MADRID
PARIS
PRAG
STOCKHOLM
WARSCHAU
AZOREN
KOPENHAGEN
LONDON
WIEN
ROM
BELGRAD
TUNIS
CASABLANCA
CONAKRY
DAKAR
KAIRO
Bundeskongreß
des BDA der DDR –
Beitrag
der Architekten
zur Vorbereitung des
VIII. Parteitages
der SED
– Mark

Die Zeitschrift

**deutsche architektur**

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– M

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

**In der Deutschen Demokratischen Republik:**

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

**Im Ausland:**

- Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechtj
- Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana
- Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassill-Lewsky 6
- Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50
- Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23
- Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest
- Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová sluzba, Praha 2 – Vinohrady, Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14
- Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32
- Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, A – 1011, Wien I, Salzgries 16

- Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

- Westdeutschland
- Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Vertriebszeichen: A 21518 E

**Verlag**

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

**Redaktion**

Zeitschrift „deutsche architektur“, 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik

**Gesamtherstellung:**

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (1/16/01)



**Aus dem vorigen Heft:**

Neue Aspekte im Städtebau
Unsere Wohnumwelt – phantasievoll und farbig
Bezirksparteischule der SED in Rostock
Ausstellungshallen Karl-Marx-Stadt
Das System Territoriale Datenbank als Informationsbasis
für die städtebauliche Planung im Bezirk Halle
Stadtambulatorium Rosenhof und Kieferorthopädisches Zentrum
Lotsenstation Warnemünde

**Im nächsten Heft:**

Neue Funktionslösungen für gesellschaftliche Bauten
Raumeinheiten für Universitätsbauten
Zur Struktur des klinischen Labor- und Forschungskomplexes
bei medizinischen Hochschulbereichen
Hochschulbau in der Ungarischen Volksrepublik,
in der Volksrepublik Polen und in England

**Redaktionsschluß:**

Kunstdruckteil: 25. März 1971
Illusdruckteil: 5. April 1971

**Titelbild:**

Berlin, Alexanderplatz 1971
Foto: Helmut Diehl, Erfurt

**Fotonachweis:**

Sommerfeld/Ziebarth, Berlin (21); Hans-Joachim Schäffner, Berlin (2); Magistrat von Groß-Berlin, Bezirksbauamt (5); Jürgen Nagel, Berlin (5); Eckhard Zobel, Berlin (2); Kunstgeschichtliche Bildstelle der Humboldt-Universität zu Berlin (1); Zentralbild (4); Hans Wotin, Neubrandenbu g (6); VEB Industriebau Neubrandenburg (3); Karl Kraus, Neubrandenburg (1); Brigitta Haupt, Neubrandenburg (2); Foto-Brüggemann, Leipzig (5); Wolfram Guabbe, Berlin (1)

# 6 deutsche architektur

XX. Jahrgang
Berlin
Juni 1971



Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf




## 6. BdA-Kongreß beschloß neue Aufgaben

Am 25. und 26. März 1971 tagte in der Berliner Kongreßhalle am Alexanderplatz der 6. Bundeskongreß des BdA. Zu den herzlich begrüßten Ehrengästen zählten eine Delegation des ZK der SED, die vom Mitglied des Politbüros Paul Verner geleitet wurde, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Dr. Manfred Gerlach, Staatssekretär Dr. Karl Schmiechen, der Präsident der Deutschen Bauakademie, Prof. Werner Heynisch, Frau Oberbürgermeister Brunhilde Hanke sowie Vertreter von Ministerien, des FDGB, des Städte- und Gemeindetages der DDR, der KDT, des VBK der DDR, der Hochschulen und Baukombinate.
Das Referat, in dem, ausgehend von den Perspektivaufgaben des Bauwesens, die neuen Aufgaben der Architekten und ihres Fachverbandes abgeleitet wurden, hielt der Präsident des Bundes, Prof. Edmund Collein (siehe Seiten 326 bis 331).
In der Diskussion sprachen 20 Kollegen, weitere 15 gaben ihre Diskussionsbeiträge schriftlich ab.
Staatssekretär Dr. Schmiechen legte in seinem Schlußwort einige Grundsätze der Städtebaupolitik dar (siehe Seiten 332 bis 335).
Die Delegierten beschlossen eine Entschließung (wird im Heft 7/71 veröffentlicht), eine Namensänderung des Bundes, Grußadressen an das ZK der SED und den Ministerrat sowie eine Protestresolution gegen die USA-Aggression in Indochina und die Verfolgung von Angela Davis. Sie wählten den neuen Bundesvorstand und die Zentrale Revisionskommission (siehe Seite 325).

## „Banner der Arbeit" für Architektenbund

**Im Auftrage des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und auf Empfehlung des Präsidiums des Ministerrates zeichnete der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates, Dr. Manfred Gerlach, unter dem Beifall der Delegierten den BdA mit dem Orden „Banner der Arbeit" aus. Der Präsident des BdA dankte für die hohe Auszeichnung, die dem BdA in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung einer sozialistischen Architektengeneration und um die Stärkung der DDR verliehen wurde.**

## Neuer Name: Bund der Architekten der DDR

Die Delegierten des 6. Bundeskongresses beschlossen, dem Architektenverband den neuen Namen „Bund der Architekten der Deutschen Demokratischen Republik" zu geben. In dem dazu gefaßten Beschluß wird festgestellt, daß der Architektenverband damit seine Verbundenheit zu unserem sozialistischen Staat zum Ausdruck bringt und sich konsequent von dem staatsmonopolistischen System und dem bürgerlich orientierten BdA der BRD abgrenzt.

## Grüße an den BdA-Kongreß

Dem 6. BdA-Kongreß wurden Grußadressen des ZK der SED und des Ministerrates der DDR übermittelt (siehe S. 324). Weitere Grußadressen erhielt der Kongreß von Parteien des Demokratischen Blocks, vom Zentralvorstand der IG Bau-Holz, von der DSF, von der KDT, vom Verband Bildender Künstler der DDR, vom Städte- und Gemeindetag der DDR und von anderen gesellschaftlichen Organisationen.






1
Blick in die Kongreßhalle

2
Pausengespräch mit dem Mitglied des Politbüros Paul Verner (3. von links), Staatssekretär Dr. Schmiechen, BDA-Präsident Prof. Collein und Delegierten in der Ausstellung

3
Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates, Dr. Manfred Gerlach (links), überreicht den Repräsentanten des Bundes den Orden „Banner der Arbeit"

## UdSSR: Industriebau ist Schwerpunkt

Nach den Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU wird im neuen Fünfjahrplan der UdSSR der Industriebau weiter der Schwerpunkt der Bauaufgaben sein. Die Bauleistungen im Bereich des Ministeriums für Industriebau der UdSSR sollen in den nächsten fünf Jahren um 52 Prozent zunehmen und dabei 1975 einen Wert von 7850 Millionen Rubel erreichen. Einen besonderen Platz werden dabei Bauten für die Erdölförderung, die Petrolchemie und die Mineraldüngerproduktion einnehmen. Die wachsenden Bauleistungen sollen ohne eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl, also hauptsächlich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, erzielt werden. Als eine wichtige Aufgabe wird dabei die Vervollkommnung der Leitungsprozesse angesehen. Dazu sollen in den nächsten Jahren automatisierte Informationssysteme eingeführt werden. Eine weitere Richtung ist die Erhöhung des Mechanisierungsgrades in Verbindung mit einer umfassenden Industrialisierung des Bauens. Dazu gehören die komplexe Mechanisierung und die Erweiterung der Vorfertigung. Die komplette Vorfertigung von Industriegebäuden soll auf 80 bis 85 Prozent erhöht werden.



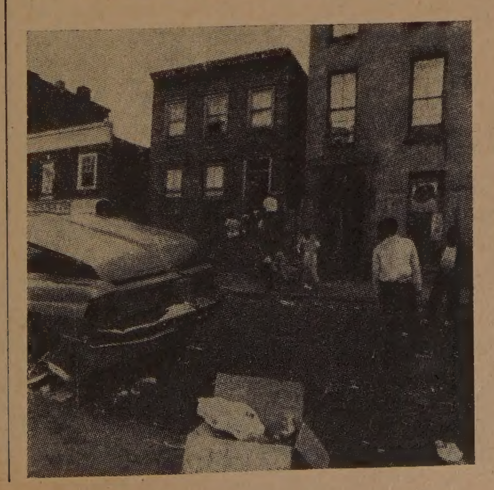
Rechts: Das zentrale Warenhaus in Fergana (Usbekische SSR). Architekt I. Pak

## Neue Wohnungen für 50 Millionen Menschen

Im Fünfjahrplan von 1971 bis 1975 sollen in der UdSSR 565 bis 575 Millionen Quadratmeter Wohnfläche geschaffen werden. Das bedeutet, daß rund 50 Millionen (!) Sowjetbürger in neue Wohnungen einziehen werden. Eine der Richtungen, die zur Entwicklung des Wohnungsbaus eingeschlagen werden, ist die Entwicklung eines unifizierten Systems von vorgefertigten Elementen, das eine große Variabilität in der Wohnungsgröße, Geschoßzahl (9 bis 25 Geschosse) und städtebaulichen Einordnung zuläßt. Ein Katalogsystem soll an Stelle starrer Typen den Bau vielfältiger Varianten ermöglichen. Ein 16geschossiges Experimentalgebäude dieser Art wurde jetzt in Moskau fertiggestellt. Bei der weiteren Bearbeitung sollen auch die Ergebnisse einer soziologischen Befragung von 87 000 Familien, die in Neubauten wohnen, ausgewertet werden. (Nach APN)

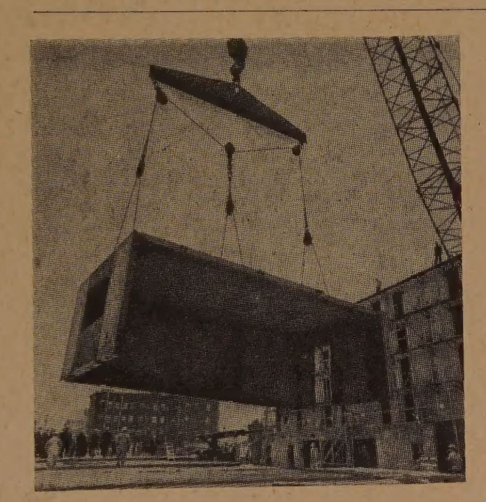
## Düstere Prognosen

Zu folgender aufschlußreichen Erkenntnis kam Prof. J. W. Forrester vom amerikanischen „Massachusetts Institut of Technology" auf Grund langjähriger Studien: Slumsanierung und Bau von billigen Wohnungen führen in den Großstädten der USA zu neuen übervölkerten Elendsvierteln. Planungen und Maßnahmen zur Verbesserung der mißlichen Situation in den großen Städten führten stets zum Gegenteil: Arbeitslosigkeit, Armut und Kriminalität nahmen zu. Analysen und Berechnungen ergaben einen scheinbar unlösbaren Kreislauf: Sanierungsmaßnahmen zogen noch mehr Einwohner aus niedrigen Einkommensschichten an, während das Arbeitsplatzangebot stagnierte. Das Steueraufkommen sank. Die Bewohner verarmten noch mehr. Die Folge war eine Ausweitung der Elendsviertel. Forresters Untersuchungen können sicher benutzt werden, um die minimalen Aufwendungen der USA-Regierung für die Sanierung und den sozialen Wohnungsbau zu rechtfertigen, weil er die sozialen Ursachen dieses Circulus vitiosus umgeht. Die Fakten jedoch bestätigen die bereits von Marx und Engels entdeckte Tatsache, daß eine Lösung des Wohnungsproblems unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich ist.



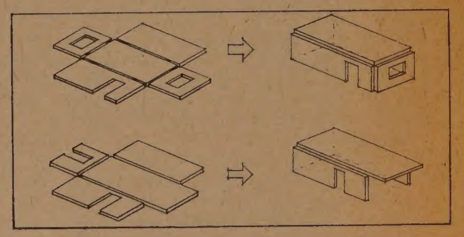
## DDR: Bauproduktion stieg um 48 Prozent

In den Jahren von 1966 bis 1970 stiegen die Bau- und Montageproduktion in der DDR um 48 Prozent. Die Volkswirtschaft setzte erhebliche Mittel ein, um diese Steigerung zu erreichen. So stiegen die Investitionen in der Bauwirtschaft von 408 Millionen Mark im Jahre 1965 auf eine Milliarde Mark im Jahre 1970. Der Grundmittelbestand je Beschäftigten im Bauwesen stieg von 9762 Mark (1965) auf 12 517 Mark (1969). Dabei wurde der Mechanisierungsgrad in der volkseigenen Bauindustrie wesentlich erhöht. Er erreichte zum Beispiel bei Erdarbeiten 92 Prozent, bei Beton- und Stahlbetonarbeiten 77,5 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft erhöhte sich von 470 000 (1965) auf 573 000 im Jahr 1970.



## Interessante neue Bauweise

Die französische Fachzeitschrift „BATIR" berichtet über eine interessante, neue Bauweise für den Wohnungsbau, bei der die Vorteile der Vorfertigung von Plattenelementen und der Montage von Raumzellen kombiniert sind. Die vorgefertigten Wand- und Deckenplatten werden auf der Baustelle liegend mit Scharnieren verbunden. Beim Heben der Elemente entsteht eine räumliche Konstruktion, die nun geschlossen montiert werden kann.



10geschossige, mit industriellen Methoden errichtete Wohnungsbauten in dem neuen Stadtteil Budapest-Kelenföld. Architekten Tibor Csordas und Istvan Arkai






# Architektenberatung in der Volksaussprache zum VIII. Parteitag der SED



Der Leiter der Abteilung Bauwesen beim ZK der SED, Gerhard Trölitzsch, trug die Grußadresse des Zentralkomitees der SED vor.

## Grußadresse des Ministerrates der DDR

**Der Ministerrat der DDR übermittelte dem 6. Bundeskongreß des BDA eine vom Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Willi Stoph, unterzeichnete Grußadresse, die folgenden Wortlaut hat:**

Liebe Freunde und Genossen!

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik entbietet den Delegierten und Gästen des 6. Bundeskongresses des Bundes Deutscher Architekten sowie allen Mitgliedern die herzlichsten Grüße.

Ihr Kongreß stellt sich das Ziel, in Vorbereitung des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die neuen Aufgaben bei der Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik zu beraten. Hierbei können Sie sich auf die Erfahrungen stützen, die bei der erfolgreichen Gestaltung städtebaulicher Ensembles in unserer Republik, besonders in den letzten Jahren, gesammelt wurden.

Unsere Städtebauer und Architekten haben beim Aufbau von Stadtzentren und Wohngebieten vorbildliche Leistungen vollbracht. Diese Ergebnisse waren nur möglich, weil die komplizierten und verantwortungsvollen Aufgaben zielstrebig in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit den gesellschaftlichen Auftraggebern, den Bauschaffenden und in zunehmendem Maße auch mit bildenden Künstlern gelöst wurden.

Der Ministerrat dankt allen Angehörigen des Bundes Deutscher Architekten recht herzlich für ihren hervorragenden Anteil an diesen Erfolgen.

Werte Freunde und Genossen!

Die weitere Gestaltung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen stellt auch Städtebau und Architektur vor neue, größere Aufgaben. Die technische und künstlerische Meisterung der mit hohem Nutzeffekt zu lösenden Bauaufgaben verlangt in der städtebaulich-architektonischen Planungs- und Entwurfspraxis eine immer wirksamere Anwendung der Ergebnisse der Bauforschung.

Auch im Städtebau und in der Architektur, besonders bei der weiteren Entwicklung auf dem Gebiet der Wohn- und Gesellschaftsbauten sowie des Industriebaues, müssen die sozialistische Rationalisierung durchgesetzt, die Einheit von Ökonomie, Technik, Funktion und Gestaltung verwirklicht und eine hohe gesellschaftliche und ökonomische Effektivität erreicht werden.

Der Ministerrat ist davon überzeugt, daß der Bund Deutscher Architekten mit seiner ganzen Kraft auch weiterhin dafür wirken wird, diese hohen Ziele zu erreichen.

Wir wünschen Ihnen, werte Delegierte, den Mitgliedern des Bundes sowie allen Architekten und Städtebauern der Deutschen Demokratischen Republik neue Erfolge in Ihrer verantwortungsvollen Arbeit.

## Grußadresse des Zentralkomitees der SED

**Das Zentralkomitee der SED übersandte an den VI. Bundeskongreß des BDA eine vom Ersten Sekretär des ZK und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, unterzeichnete Grußadresse. Sie hat folgenden Wortlaut:**

Verehrter Genosse Präsident!

Werte Delegierte und Gäste des VI. Bundeskongresses des Bundes Deutscher Architekten!

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands übermittelt Ihnen und allen Mitgliedern des Bundes Deutscher Architekten die herzlichsten Grüße.

Die Zeit seit Ihrem letzten Bundeskongreß ist gekennzeichnet von dem großen Elan der Arbeiterklasse und aller mit ihr verbündeten Schichten der Bevölkerung unserer Republik bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. In diesem Prozeß angespannter Arbeit hat der Bund Deutscher Architekten einen bedeutenden Beitrag für die allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und die Erhöhung ihres internationalen Ansehens als sozialistischer Staat geleistet. Dafür spricht das Zentralkomitee unserer Partei allen Mitgliedern des Bundes seinen Dank und seine Anerkennung aus.

Der VI. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten findet in einer Zeit großer politischer Ereignisse statt. Alle Welt blickt erwartungsvoll auf den unmittelbar bevorstehenden XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Er wird dem Sowjetvolk, mit dem wir uns in fester Freundschaft verbunden fühlen, für den weiteren siegreichen Vormarsch zum Kommunismus gewaltige Impulse geben. Weitreichend ist auch der zu erwartende Einfluß auf die fortschreitende Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft und den erfolgreichen Kampf der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung gegen den Imperialismus, für Frieden und sozialen Fortschritt. Seine wegweisenden Beschlüsse werden unsere Partei, unser ganzes Volk bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der Stärkung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht beflügeln.

Wir messen Ihrem Kongreß eine große Bedeutung bei. Die Beschlüsse der 14. und 15. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben die grundlegende Orientierung für die Arbeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in Vorbereitung des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gegeben. Es ist daher sehr bedeutsam, daß Ihr Kongreß berät, wie diese Beschlüsse des Zentralkomitees auf dem Gebiet der Architektur und des Bauens zum Wohle unseres Volkes durch wachsende Aktivität, hohes Verantwortungsbewußtsein, Ideenreichtum und schöpferische Mitarbeit aller Architekten verwirklicht werden. Der Bund Deutscher Architekten sollte sein Hauptanliegen darin sehen, die Initiative und das Schöpfertum der Architekten, Städteplaner und Projektanten im sozialistischen Wettbewerb zur allseitigen Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes zu fördern und auf die gründliche und termingerechte Vorbereitung der staatlichen Bauaufgaben zu richten. Es geht darum, daß wir unsere gemeinsamen Anstrengungen verstärken, um eine hohe Effektivität und Arbeitsproduktivität zu erzielen und dazu alle Möglichkeiten der sozialistischen Rationalisierung auszuschöpfen.

Wir sind überzeugt, daß von Ihrem Kongreß wichtige Impulse für die Arbeit des Bundes Deutscher Architekten und die aktive Mitarbeit aller Architekten an den Vorbereitungen zum VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgehen werden. Durch Ihr vertrauensvolles politisch-ideologisches Wirken und durch Ihre Überzeugungsarbeit sollen Sie beitragen, das sozialistische Bewußtsein der Architekten, Städteplaner und Projektanten zu festigen und sie zu befähigen, sich stets und überall von den Erfordernissen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus leiten zu lassen.

Der Bund Deutscher Architekten sollte deshalb den Architekten, Städteplanern und Projektanten besonders helfen, das ökonomische System des Sozialismus bei der Lösung der Aufgaben des staatlichen Planes richtig zu verwirklichen. Jeder einzelne soll künftig seine persönliche Verantwortung für die effektivste Verwendung unseres Nationaleinkommens noch besser wahrnehmen.

Daher gilt es, größten Wert darauf zu legen, daß bei allen Baumaßnahmen die ökonomische Rechnung unter Berücksichtigung unserer volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und der Erfordernisse unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu einer unerläßlichen Grundlage der Arbeit wird. Untrennbar damit ist das Ringen um niedrigste Kosten, höchsten Nutzeffekt, Weltstand in Konstruktion und Technologie, rationellste Funktionslösungen und hohe künstlerische Meisterschaft der Bauwerke und städtebaulichen Ensembles auf der Grundlage der weiteren Industrialisierung des Bauens verbunden. Zugleich sollte der Bund Deutscher Architekten helfen, die reichen Erfahrungen vor allem der sowjetischen Architekten und Städteplaner zu nutzen.

Die Verwirklichung der großen Bauaufgaben von heute und in den kommenden Jahren bietet ein breites Feld für eine schöpferische, fruchtbringende Arbeit des Architektenbundes, um die Lebensbedürfnisse der Werktätigen unserer sozialistischen Gesellschaft immer besser befriedigen zu helfen. Größte Aufmerksamkeit sollte der Bund der weiteren Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, der Aus- und Weiterbildung der Architekten, speziell ihrer marxistisch-leninistischen Bildung, widmen. Für den Erfolg seiner Tätigkeit wird die zielstrebige Zusammenarbeit mit den Staats- und Wirtschaftsorganen sowie den gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere der Industriegewerkschaft Bau/Holz, der Kammer der Technik und dem Verband Bildender Künstler, von großem Nutzen sein.

Die Beratungen Ihres Kongresses dienen dem Ziel, unsere Städte und Gemeinden für die Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft noch schöner und zweckmäßiger zu gestalten.

Wir sind davon überzeugt, daß die Architekten auch in Zukunft ihr ganzes Wissen und Können für die allseitige Stärkung unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und für die Festigung der Freundschaft und brüderlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft einsetzen werden.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wünscht Ihrem Kongreß einen vollen Erfolg, Ihnen allen weitere Fortschritte in Ihrem architektonischen Schaffen und alles Gute für Ihr persönliches Leben.




# Die auf dem Bundeskongreß neugewählten leitenden Organe des BdA der DDR

## Bundesvorstand

Dipl.-Ing. Isolde Andrä
Prof. Dr.-Ing. habil. Anita Bach
Prof. Dr.-Ing. Joachim Bach
Prof. Dr.-Ing. János Brenner
Architekt Ekkehard Böttcher
Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein
Architekt Alfred Dorn
Prof. Dr.-Ing. Peter Doehler
Dipl.-Ing. Bruno Flierl
Prof. Dipl.-Ing. Hans Gericke
Dr.-Ing. Bernhard Geyer
Architekt Heinz Graffunder
Dipl.-Gewi. Alfred Hoffmann
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge
Architekt Roland Korn
Dr.-Ing. Carl Krause
Dr. Gerhard Krenz
Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert
Dr. agr. Hellmut Lichey
Dipl.-Ing. Joachim Näther
Dr.-Ing. Walter Niemke
Dr.-Ing. Hellmut Sachs
Dipl.-Ing. Hubert Scholz
Prof. Dipl.-Ing. Werner Schneidratus
Architekt Werner Wachtel
Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel
Dipl.-Arch. Karlheinz Wendisch
Dipl.-Ing. Martin Wimmer
Dipl.-Ing. Gerhard Zeuchner
Dipl.-Ing. Werner Gräbner
Dipl.-Arch. Friedrich Kalusche
Dr.-Ing. Werner Rietdorf
Dipl.-Ing. Helmut Stingl
Dipl.-Ing. Kurt Ullmann
Architekt Siegfried Wagner
Architekt Hans-Eberhard Horn
Architekt Gerhard Guder
Dipl.-Ing. Heinz Kästner
Dr.-Ing. Johannes Bauch
Dipl.-Ing. Fritz Böhm
Dipl.-Ing. Siegfried Emmerich
Architekt Wolfgang Hänsch
Architekt Kurt Leucht
Dipl.-Ing. Christine Strobel
Dipl.-Ing. Ewald Henn
Architekt Siegfried Hopf
Architekt Friedrich Ihlenfeld
Architekt Werner Massopust
Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr
Dr.-Ing. Horst Wieland
Dipl.-Ing. Christian Zeil
Dipl.-Ing. Lothar Bortenreuter
Dr.-Ing. Hans-Peter Kirsch
Dipl.-Arch. Werner Lonitz
Dipl.-Arch. Bernd Czysch
Dr.-Ing. Kurt Lembcke
Architekt Horst Pförtner
Dipl.-Ing. Dietrich Stier
Architekt Lothar Hahn
Architekt Roland Kluge
Dipl.-Ing. Benno Kolbe
Dipl.-Ing. Rudolf Weißer
Architekt Frieder Gebhardt
Architekt Rudolf Hager
Dipl.-Gärtner Klemens Heinze
Dipl.-Ing. Jürgen Löber
Architekt Alfred Rämmler
Dipl.-Ing. Gisela Schilke
Dipl.-Ing. Herbert Cammradt
Architekt Gerhard Kristott
Dipl.-Ing. Harald Schultz
Dipl.-Ing. Werner Franck
Dipl.-Ing. Dietrich Karasch
Dr.-Ing. Georg Labeau
Dipl.-Ing. Marlies Pfeil
Dipl.-Ing. Ernst Pfrogner
Dipl.-Ing. Ulrich Janzen
Architekt Erich Kaufmann
Oberingenieur Kurt Tauscher
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Hiltscher
Architekt Ottfried Triebel
Dipl.-Ing. Bernhard Kadzioch
Dipl.-Ing. Peter Stange

## Präsidium

Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein
Prof. Dipl.-Ing. Hans Gericke
Dr. Gerhard Krenz
Architekt Roland Korn
Architekt Werner Wachtel
Dr.-Ing. Bernhard Geyer
Dipl.-Ing. Martin Wimmer
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge
Dipl.Ing. Gisela Schilke
Prof. Dipl.-Ing. Werner Schneidratus
Dipl.-Ing. Joachim Näther
Dipl.-Ing. Hubert Scholz
Architekt Ekkehard Böttcher
Dr.-Ing. Carl Krause
Dr. agr. Hellmut Lichey
Dr.-Ing. Walter Niemke
Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel
Dipl.-Arch. Karlheinz Wendisch
Dipl.-Ing. Helmut Stingl
Architekt Gerhard Guder
Architekt Wolfgang Hänsch
Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr
Dipl.-Ing. Christian Zeil
Dipl.-Arch. Werner Lonitz
Dr.-Ing. Kurt Lembcke
Architekt Lothar Hahn
Dipl.-Gärtner Klemens Heinze
Dipl.-Ing. Herbert Cammradt
Dipl.-Ing. Dietrich Karasch
Dipl.-Ing. Ernst Pfrogner
Oberingenieur Kurt Tauscher
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Hiltscher
Dipl.-Ing. Peter Stange

## Büro des Präsidiums

Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein
Präsident
Prof. Dipl.-Ing. Hans Gericke
1. Vizepräsident
Dr. Gerhard Krenz
Vizepräsident
Architekt Roland Korn
Vizepräsident
Architekt Werner Wachtel
Bundessekretär
Dr.-Ing. Bernhard Geyer
Dipl.-Ing. Martin Wimmer
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge

## Zentrale Revisionskommission

Architekt Ernst Braun
Architekt Klaus-Dieter Fahrland
Architekt Kurt Lässig
Architekt Erich Marquardt
Architekt Walter Mempel
Dipl.-Arch. Wolfgang Reichelt
Dipl.-Ing. Dieter Schlecht
Architekt Hanno Walther
Architekt Josef Zepper
Architekt Rudolf Steffens



## Die Aufgaben des BdA der DDR bei der Entwicklung des Städtebaus und der Architektur im Prozeß der weiteren Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR

**Aus dem Referat des Präsidenten des BdA der DDR
Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein, NPT**

Der VI. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten steht ganz im Zeichen der großen demokratischen Volksaussprache zur Vorbereitung des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die auf der 14. und 15. Tagung des ZK der Partei ausgelöst wurde und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßt hat. Wir Architekten der Deutschen Demokratischen Republik sehen deshalb in unserem Kongreß unseren spezifischen Beitrag zur Vorbereitung des Parteitages, der die Ziele abstecken und Aufgaben festlegen wird für die weitere Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, die ständige Stärkung der DDR als sozialistischen deutschen Nationalstaat sowie für den Ausbau und die Festigung des erprobten brüderlichen Kampfbündnisses mit der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft.

Von den Beratungen und Beschlüssen des XXIV. Parteitages der KPdSU werden mit weltweiter Ausstrahlungskraft starke Impulse für den weiteren Vormarsch der Sowjetgesellschaft zum Kommunismus, für den Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt der Menschheit, für Sicherheit und Frieden in der Welt ausgehen. Im Rahmen des Freundschaftsvertrages der DDR mit der Sowjetunion und der weiteren Wirtschaftsintegration im RGW wird sich die allseitige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion intensivieren und vertiefen zum gegenseitigen Nutzen für unsere brüderlich verbundenen Völker. Ende Oktober vergangenen Jahres hat eine Delegation unseres Bundes am V. Kongreß des Verbandes der Architekten der Sowjetunion teilgenommen, auf dem der Verband mit dem höchsten Orden des Landes, dem Leninorden, ausgezeichnet wurde. Die umfassende Diskussion und die von dem Kongreß gefaßten Beschlüsse sind auch für das Architekturschaffen in der DDR von großer Aktualität, um so mehr, als die dort behandelten Grundprobleme mit den von uns zu lösenden Fragen viel gemeinsames haben.

Unser Kongreß soll den Charakter einer Arbeitskonferenz und eines Forums des echten wissenschaftlichen Meinungsstreites tragen. Als Städtebauer und Architekten kommt es uns darauf an, die Ergebnisse des architektonischen Schaffens kritisch einzuschätzen und die auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur anstehenden Aufgaben und Probleme in einer offenen und parteilichen Aussprache zu behandeln.

Es geht uns darum, Erfahrungen auszutauschen und Vorschläge zu unterbreiten, wie wir als Fachverband der Architekten unsere gesamte Arbeit, insbesondere unsere politisch-ideologische Bildungs- und Erziehungsarbeit, verstärken und noch effektiver gestalten können.

Angesichts der gesellschaftlichen Rolle des Bauwesens, insbesondere aber des vom 14. und 15. Plenum des ZK der SED gesetzten strengen Maßstabes höchster Effektivität für die gesamte Bau- und Investitionstätigkeit, sehen wir die Hauptaufgabe unseres Kongresses darin, uns mit der Verantwortung des Architekten in der sozialistischen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Es gilt vor allem, den vollen Umfang unserer Verantwortung zu erkennen, die darin besteht, bei sparsamster Verwendung finanzieller und materieller Mittel zu größtmöglicher praktisch-nützlicher und ideell-ästhetischer Wirksamkeit der Architektur zu gelangen im Interesse der effektivsten Gestaltung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und der ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Im Zusammenhang damit ist es erforderlich, Klarheit zu schaffen über die Aufgaben des BdA bei der Herausbildung eines von Parteilichkeit, ökonomischem Denken und künstlerischer Meisterschaft geprägten Profils des sozialistischen Architekten.

Zur Unterstützung der Beratungen auf unserem Kongreß wurde in Vorbereitung auf den VIII. Parteitag im Rahmen der Volksaussprache in der Presse auch zu einer Reihe wichtiger Fragen der Theorie und Praxis des Städtebaus und der Architektur Stellung genommen, so daß bereits Diskussionsstoff schwarz auf weiß vorliegt. Dem gleichen Ziel dient das vorliegende, gemeinsam von der Deutschen Bauakademie und dem Bund Deutscher Architekten ausgearbeitete „Arbeitsmaterial zur Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur in der DDR."

Zunächst möchte ich einige wenige Fakten und Zahlen über die Entwicklung der Volkswirtschaft im Perspektivplan 1966 bis 1970 in Erinnerung rufen. Danach ist in diesem Zeitraum das produzierte Nationaleinkommen gegenüber 1965 um 29 Prozent gestiegen und 1970 betrugen die Investitionen 32,6 Milliarden Mark gegenüber 20,5 Milliarden im Jahre 1965. Die Arbeitsproduktivität stieg um 32 Prozent, das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung um 22 Prozent. Bereits 1969 konnte das Bauwesen die im vergangenen Perspektivplan gestellte Aufgabe erfüllen, das Bauaufkommen bis 1970 um 40 Prozent zu steigern, so daß bis 1970 der erreichte Produktionszuwachs 48 Prozent betrug. Auf das Zehnfache wurde das Aufkommen an Metallleichtbaukonstruktionen erhöht, wodurch vor allem zusätzliche Aufgaben im Industriebau gelöst werden konnten. 365 000 Wohnungen sind von 1966 bis 1970 entstanden. Die im Bericht angesprochene Nichterfüllung einiger Aufgaben im Industrie- und Wohnungsbau, bei der Errichtung von Schulen und Kindereinrichtungen und die noch vorhandene starke Differenziertheit in der Planerfüllung des Bauwesens müssen wir sehr ernst nehmen. Andererseits darf man nicht übersehen, daß über den ursprünglichen Perspektivplan hinaus die Volkswirtschaft weit mehr investiert hat zur Realisierung einer erheblichen Zahl von Automatisierungsvorhaben und von Investitionen strukturbestimmender Industriezweige, wie zum Beispiel der Chemie, des wissenschaftlichen Gerätebaus und nicht zuletzt des Bauwesens selbst. Wir haben über die ursprünglich im Perspektivplan vorgeschlagenen 5 Stadtzentren hinaus 13 weitere Zentren in den Umgestaltungsprozeß aufgenommen, haben Hotels, Warenhäuser usw. zusätzlich errichtet. Diese Zahlen verdeutlichen die große Fürsorge und kontinuierliche Politik der SED und ihres Zentralkomitees zur ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und Förderung der sozialistischen Lebensweise der Bürger. Genosse Walter Ulbricht faßte in seinem Referat auf dem 15. ZK-Plenum diese Entwicklung mit den Worten zusammen: „Das Bauwesen der DDR nahm einen bedeutenden Aufschwung. Neben dem Wohnungsbau trug die architektonische und städtebauliche Gestaltung der Zentren der meisten Bezirksstädte wesentlich dazu bei, das Verbundenheitsgefühl der Bürger mit ihrer Republik, mit ihrer Heimat zu entwickeln". Auf diese Leistungen können wir mit Recht stolz sein.

Wir dürfen jedoch nicht übersehen, daß im Bereich des Städtebaus und der Architektur auch erhebliche Schwächen sichtbar wurden. Schwierigkeiten sind vor allem deshalb entstanden, weil der für die städtebauliche Entwicklung geplante Aufwand weit überzogen wurde. Bei aller Anerkennung des Geleisteten und unter Berücksichtigung der oft starken zeitlichen Bedrängnis, in der auch manche komplizierten Aufgaben gelöst werden mußten, war es doch ein Selbstbetrug zu übersehen, daß nicht nur bei Projekten für die Stadtzentren, sondern auch anderenorts manche Auftraggeber, Städtebauer, Architekten und Projektanten überhaupt im Schwung der Erfolge, den Blick für die ökonomische Realität verloren.

Leichtfertiges Festlegen der Investitionsaufwendungen und Projektieren eines unvertretbaren Aufwandes, besonders bei einer Reihe gesellschaftlicher Bauten, haben mit dazu beigetragen, bestätigte Planbilanzen aus den Angeln zu heben. Vor dieser Wahrheit können wir nicht die Augen verschließen, weil die Sicherung der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft keine Ermessensfrage, sondern eine Grundfrage der höchsten Effektivität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ist. Das 14. Plenum des ZK der SED hat Klarheit darüber geschaffen, daß man die ökonomischen Gesetze nicht überlisten kann, einfach deshalb, weil keine Gesellschaft mehr verbrauchen kann, als sie erwirtschaftet.

Zur Sicherung der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung der DDR hat die Partei darauf orientiert, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses gewissenhaft und nüchtern von den realen Möglichkeiten auszugehen und zu diesem Zweck das Prinzip der Einheit von Strukturpolitik und proportionaler Entwicklung der Volkswirtschaft konsequent durchzusetzen. Dort, wo Korrekturen in der Investitionspolitik notwendig werden, geschieht das, um das gesteckte Ziel der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR planmäßig zu verwirklichen. Eben darin kommt die Kontinuität in der Politik der Partei zum Ausdruck.

Für das Bauwesen besagen die Beschlüsse der Partei, vorrangig die Objekte und Vorhaben der Industriezweige fortzuführen und fertigzustellen, die einen hohen Beitrag zum Nationaleinkommen leisten. Mit gleichem Nachdruck wird der Bau von Wohnungen, Schulen, Kinder- und Versorgungseinrichtungen gefordert. Gleichzeitig gilt es, den Aufbau der Stadtzentren planmäßig entsprechend unseren volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und in einer den gesellschaftspolitischen Erfordernissen entsprechenden Rang- und Reihenfolge weiterzuführen. Hierbei kommt es darauf an, die städtebaulich-architektonischen Konzeptionen vom Standpunkt der neuen Einsichten kritisch zu überprüfen und zu qualifizieren.

Im Prozeß der Realisierung dieser Beschlüsse treten natürlich viele komplizierte Probleme auf. Wir haben sicher alle Verständnis dafür, daß mancher Stadtplaner und Architekt sich nur sehr ungern von seinen Plänen und Projekten trennen möchte. Es geht aber gegen unser Berufsethos, wenn einige Architekten aus einer solchen Haltung heraus wenig Bereitschaft zeigen, die Initiative zu neuen, andersgearteten Aufgaben zu ergreifen. Wir möchten deshalb auf diesem Kongreß an das Verantwortungsbewußtsein aller Architekten appellieren, den Tatsachen mit nüchternem Verstand Rechnung zu tragen, so wie es Genosse Paul Verner im Bericht des Politbüros an die 14. Tagung des ZK zum Ausdruck brachte. Er sagte dort: „Manche Vorhaben des Gesellschaftsbaus, Bauten in den Stadtzentren und bestimmte Inve-

stitionen, die nicht bilanziert werden können, müssen später verwirklicht werden. Das mag manchem von uns weh tun, aber wir können nur von den realen Möglichkeiten ausgehen". Diesen Worten ist vor allem zu entnehmen, daß durch die Beschlüsse der jüngsten ZK-Tagungen in keiner Weise die Größe und Bedeutung der vor uns Städtebauern und Architekten im Verein mit allen Bauschaffenden stehenden Aufgaben gemindert werden. Im Gegenteil wir sind aufgerufen, anstehende und kommende ebenso große Aufgaben im Industrie- und Wohnungsbau realistisch und mit größerer Effektivität zu verwirklichen. Es ist eine wichtige Aufgabe unseres Kongresses, eine offene Aussprache auch über Unzulänglichkeiten in der Durchsetzung der Beschlüsse z. B. durch administrieren an Stelle von überzeugen zu führen, um damit Hemmnisse für eine zügige Umstellung auf die Vorbereitung und Durchführung der neuen Aufgaben überwinden zu helfen. Als BdA müssen wir die politisch-ideologische Arbeit darauf richten, unseren Kollegen überzeugend darzulegen, daß es selbstverständliche Sache und Pflicht des Architekten der sozialistischen Gesellschaft ist, sich den vordringlichen Aufgaben mit ganzer Kraft zuzuwenden, die das Leben stellt. Und das sind eben in den nächsten Jahren sehr vordergründig die Schwerpunkte Industriebau und Wohnungsbau, zwei Aufgaben von außerordentlicher volkswirtschaftlicher und sozialer Bedeutung.

Die Erfahrungen seit dem VII. Parteitag lehren uns, daß Städtebau und Architektur als Teil der Gestaltung des entwickelten sozialistischen Gesellschaftssystems nur unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei zu voller Entfaltung gebracht werden können. Die Partei schafft durch ihre theoretische, ideologische und organisatorische Tätigkeit die Voraussetzungen für den koordinierten, auf ein gemeinsames Ziel gerichteten schöpferischen Beitrag aller gesellschaftlichen Kräfte zur sozialistischen Gestaltung unserer Städte und Gemeinden.

Das Zentralkomitee der SED, sein Politbüro und der Erste Sekretär haben in dieser Hinsicht eine große schöpferische Arbeit geleistet. In dem von Genossen Walter Ulbricht unterzeichneten Brief an den Präsidenten unseres Bundes vom Januar 1968 wird tiefgründig und mit großer Weitsicht die gesellschaftspolitische Zielstellung für den Städtebau und die Architektur in der DDR konkretisiert und präzisiert. Die darin gegebenen prinzipiellen Hinweise machten uns die Größe der Aufgabe sichtbar, deren Lösung von uns verlangt, den grundlegenden Zusammenhang von sozialistischer Produktion, Lebensweise und Umweltgestaltung zu erkennen. In diesem Brief wurde uns Architekten die verpflichtende Aufgabe gestellt, „mit den Mitteln der Baukunst dazu beizutragen, das Streben der Bürger unseres Staates nach einem kulturvollen Leben in schönen Städten und Dörfern zu fördern, den Stolz auf ihre sozialistische Heimat zu vertiefen und das gewachsene internationale Ansehen unserer Republik weiter zu erhöhen".

Zur Vermeidung und Überwindung einer einseitigen Überbetonung der einen oder anderen Seite der Architektur, wie das in der Vergangenheit bei uns nicht selten zu beobachten war, verwies der Brief auf die Erreichung einer neuen Qualität der Einheit von Ökonomie, Technik, Funktion und baukünstlerischer Gestaltung als wesentliches Kriterium einer sozialistischen Architektur in der DDR. Mit allem Nachdruck stellte er den Kampf um höchsten volkswirtschaftlichen Nutzeffekt, um die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution in unserer Bau- und Investitionstätigkeit als entscheidende Voraussetzung für die Erfüllung der großen Aufgaben auf diesem Gebiet heraus.

Ich möchte sagen, daß dieser Brief von unseren Architekten mit Begeisterung begrüßt wurde und große Impulse und schöpferischen Elan ausgelöst hat. Weit über den engen Fachbereich hinaus hat er bewirkt, daß Städtebau und Architektur in der DDR einen sichtbaren Aufschwung nehmen.

In diesem Prozeß entwickelte sich ein neues schöpferisches Verhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Auftraggeber und den Architekten, bildeten sich sozialistische Architektenpersönlichkeiten heraus und festigte sich das geschlossene Kollektiv der Architekten.

Im Namen aller Architekten und insbesondere der Mitglieder unseres Bundes möchte ich der Parteiführung der SED und Genossen Walter Ulbricht persönlich für die große Unterstützung in unserer Arbeit von ganzem Herzen Dank sagen. Ohne diese Hilfe und die vielen kämpferischen Auseinandersetzungen, wie sie im Politbüro anläßlich der Beratungen der städtebaulichen Konzeptionen für die Neugestaltung unserer Städte ihrer Zentren und Wohngebiete geführt wurden, sind die in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit erreichten und anerkannten Erfolge, wie sie vor allem zum 20. Jahrestag unserer Republik sichtbar wurden, nicht denkbar.

**Die Entwicklung des Städtebaus und der Architektur seit dem VII. Parteitag**

Mit den Beschlüssen des VII. Parteitages wurde die Herausbildung der sozialistischen Stadt in das prognostische Bild der sozialistischen Zukunft der DDR einbezogen. Die daraus abgeleiteten gesellschaftspolitischen Zielstellungen für die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Städte und Siedlungen orientieren darauf, mit den spezifischen Mitteln der Organisation und Gestaltung der Umwelt dazu beizutragen, die Produktivität der Arbeit, die Effektivität der Produktion, die rationale Gestaltung der Lebensprozesse unserer Gesellschaft zu erhöhen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern und zugleich einen Beitrag zur Entfaltung der sozialistischen Nationalkultur zu leisten. Entsprechend der führenden Rolle der Arbeiterklasse stellt uns die sozialistische Gesellschaft die Aufgabe, bei der Gestaltung einer kulturvollen Arbeits- und Lebensumwelt von dem Neuen, Vorwärtsweisenden in der Lebens- und Verhaltensweise der progressivsten und aktivsten Schichten des Volkes, der Schrittmacher unter den Werktätigen, auszugehen. Es geht also darum, eine Architektur zu schaffen, die als Arbeits- und Lebensumwelt und Heimat der werktätigen Menschen die Entwicklung ihrer sozialistischen Lebensweise, ihr Schöpfertum und ihre Lebensfreude aktiv fördert und die Herausbildung sozialistischer Gemeinschaftsbeziehungen stimuliert. Das besagt, der Architekt muß schöpferisch und verantwortlich zum Mitgestalter des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus werden.

Das erfordert aber, sich mehr denn je von den grundlegenden objektiven Erfordernissen dieses Entwicklungsprozesses leiten zu lassen. Ich meine besonders solche Erfordernisse,

- daß bei aller Wechselbeziehung nicht der Städtebau, sondern die materielle Produktion die Grundlage des gesellschaftlichen Reichtums bildet,
- daß die ökonomischen Gesetze beachtet und richtig angewandt werden müssen,
- daß bei allen Bauvorhaben die ökonomische Effektivität vom Standpunkt eines minimalen Aufwands an Mitteln den entscheidenden Maßstab darstellt,
- daß wir auch im Städtebau nur das verbrauchen können, was erwirtschaftet wurde und
- daß deshalb eine hohe Plan- und Staatsdisziplin gewahrt werden muß.

Der Architekt kann diesen Auftrag nur erfüllen, wenn er auch im architektonischen Schaffen wie in allen Bereichen der gesellschaftlichen Tätigkeit bei der Gestaltung der entwickelten und sozialistischen Gesellschaft das Prinzip der Einheit von Rationalität und Humanität verwirklicht. Unser erfolgreicher Kampf um die Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beweist, daß der Gegensatz zwischen Rationalität und Humanismus, wie er für den staatsmonopolistischen Kapitalismus typisch ist, dem Sozialismus wesensfremd ist, weil es entsprechend dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus das Ziel aller Produktion ist, die Bedürfnisse der Menschen, die der Gemeinschaft wie die des einzelnen immer besser zu befriedigen.

In seinem Referat auf der internationalen wissenschaftlichen Session anläßlich des 150. Geburtstages von Karl Marx im Mai 1968 beschäftigte sich Genosse Walter Ulbricht sehr eingehend mit diesem Fragenkomplex und setzte sich mit den Manipulationen der Konvergenztheoretiker auseinander. Er stellte den humanistischen Zielen rationellen Wirtschaftens in der sozialistischen Produktion die Tatsache gegenüber, daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus rationeller ökonomischer Einsatz von Wissenschaft und Technik allein dem menschenfeindlichen Ziel dienen, die Profite zu vergrößern und das imperialistische Herrschaftssystem zu festigen. Ausgehend von diesem prinzipiellen, sozial-ökonomischen Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus, der in den Eigentums- und Machtverhältnissen liegt — was bekanntlich die Vertreter der Konvergenz leugnen — stellte Genosse Walter Ulbricht fest, daß Wissenschaft und Technik, Rationalität und Effektivität nie an sich existieren und auch nie aus sich heraus human oder nicht human wirken, sondern erst durch das gesellschaftliche System, in das sie eingeordnet sind, ihre Zielfunktion erhalten.

Daraus folgt, daß es zwischen Sozialismus und Kapitalismus keine Konvergenz geben kann. Der Antagonismus zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssystem kann nur aufgehoben werden durch den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dieser Grundprozeß unserer Epoche bestimmt auch die Entwicklung des Städtebaus und der Architektur. Davon müssen wir Architekten uns stets leiten lassen, denn gerade die dem Sozialdemokratismus verpflichteten oder ihm nahestehenden Ideologen in Westdeutschland, insbesondere um den Bundesminister Lauritzen, sind ja fleißig bemüht sich selbst, der Welt und nicht zuletzt auch uns einzureden, daß die modernen Probleme der Architektur- und Stadtentwicklung über gegenwärtige Grenzen von Ländern und Gesellschaftssystemen hinweg im Grunde ein und dieselben weltweiten Probleme der sogenannten Industriegesellschaft seien.

Eben deshalb müssen wir in unserer täglichen Arbeit als Architekten den Kampf um die Übereinstimmung von ökonomischer Rationalität und Humanität als eine grundlegend revolutionäre Zielstellung begreifen, die es nur im Sozialismus geben und auch verwirklicht werden kann, weil mit dem Sieg der sozialistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse das Volk zugleich Bauherr, Erbauer und Nutzer der Städte und Dörfer geworden ist.

Die Interessen der Monopole lassen die humanistische Zielstellung einer menschenwürdigen Gestaltung der Städte für den werktätigen Menschen nicht zu. Das erkennen auch progressiv denkende Menschen der kapitalistischen Welt immer mehr. Nicht wenige erkennen aber auch bereits die völlig entgegengesetzten Voraussetzungen für die Entwicklung des Städtebaus und der Architektur in der DDR im Sinne einer zutiefst sozialen und humanistischen Gestaltung der Umwelt des Lebens der Menschen.

So brachte sogar die „Frankfurter Rundschau" am 21. November 1970 ganzseitig eine Reportage über Planung und Neuaufbau Dresdens, in der sie gezwungen war, viel Gutes festzustellen. Wir stimmen der Erkenntnis der Reporterin zu, die wörtlich lautet: „Allerdings haben die Städteplaner

im sozialistischen Dresden Möglichkeiten um die ihre Kollegen im Westen sie nur beneiden können. Eine großzügige Zukunftsplanung ist natürlich leicht auszuführen, wenn man auf Privateigentum keine Rücksicht zu nehmen braucht, wenn für die Allgemeinheit notwendige Projekte nicht am Widerstand Einzelner oder an Bodenspekulationen scheitern können".
Da sich diese Besonderheiten unseres Städtebaus nicht auf Dresden beschränken, sondern für die ganze DDR zutreffen, können wir nur hinzufügen: Die DDR hat also auch in Städtebau und Architektur eine sehr brauchbare Alternative zum städtebaulichen Geschehen in Westdeutschland anzubieten.
Ich möchte als Schlußfolgerung zusammenfassend sagen: Die Übereinstimmung von Rationalität und Humanität muß für unser Schaffen immer mehr zum Hauptkriterium und damit zum Maßstab werden, nach dem wir arbeiten und mit dem wir messen. Wir alle wissen aus Erfahrung, daß es sich bei der Verwirklichung dieser Grundforderung um einen komplizierten Prozeß handelt, der einen ständigen Kampf mit Widersprüchen und zurückgebliebenen Auffassungen erfordert. Das Hauptmittel zur schrittweisen Beherrschung dieses Prozesses ist, ausgehend von unseren konkreten Möglichkeiten, die sozialistische Rationalisierung. Die Architekten und Städtebauer für diesen Hauptweg zu erziehen und ihnen das notwendige Wissen zu vermitteln, sehen wir als eine Hauptaufgabe unseres Bundes an. Wir werden uns von der notwendigen kritischen Analyse des Entwicklungsstandes unseres Städtebaus und unserer Architektur auch nicht abhalten lassen von den Leuten, die sich ihr Brot verdienen müssen mit unsachlichen und gehässigen Kommentaren für die westlichen Presse-, Rundfunk- und Fernsehorgane.
Wir gehen erfolgreich unseren eigenen sozialistischen Weg des Städtebaus und der Architektur in unserer Republik. Indem wir uns vom kapitalistischen Weg des Städtebaus und der Architektur in Westdeutschland bewußt abgrenzen und einen verstärkten ideologischen Kampf gegen die Einflüsse bürgerlichen Denkens führen, begreifen wir Mitglieder des BDA uns voll und ganz als „Bund der Architekten der Deutschen Demokratischen Republik", und wollen dies in der Namensgebung unseres Verbandes auch dokumentieren und im Statut verankern.
Die großen Veränderungen, die sich seit dem VII. Parteitag auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur immer deutlicher abzeichnen und in vielen guten Ergebnissen bereits Gestalt angenommen haben, zeigen sich vor allem:

1. In der neuen Qualität der Generalbebauungsplanung der Bezirke und Städte als Ergebnis des Zusammenwirkens von Prognosearbeit, Volkswirtschaftsplanung, Generalbebauungs- und Verkehrsplanung mit dem Ziel, die Systemzusammenhänge zwischen Wissenschaft und Produktion, Politik und Ökonomie, zwischen materieller und kultureller Entwicklung immer wirksamer in den Gestaltungsprozeß der Städte und Territorien einzubeziehen;
2. in der Herausbildung neuer wirtschaftlicher, kultureller und kommunikativer Beziehungen zwischen den Städten und Dörfern, die ihren Niederschlag in einem funktionsteiligen Siedlungssystem finden. Die bauliche Entwicklung des Dorfes selbst mit einer Konzentration der Neubauten und Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz erfolgt in zunehmendem Maße in Übereinstimmung mit der sozialistischen Umwälzung in der Landwirtschaft und der Herausbildung der sozialistischen Lebensweise der Genossenschaftsbauern sowie der übrigen Dorfbevölkerung;
3. im Streben nach einem hohen Grad der Komplexität der städtebaulichen Maßnahmen im Interesse einer harmonischen Gestaltung der sozialistischen Lebensprozesse in der Einheit von Arbeit, Wohnen, Kultur und Bildung, Erholung und Sport sowie zunehmender gesellschaftlicher Kommunikation;
4. im bewußten Übergang von der Gestaltung einzelner städtebaulicher Bereiche wie Stadtzentren und Wohngebiete zur planmäßigen Umgestaltung der Stadt als Ganzes in ihrer ständigen Veränderung und verbunden damit in der Einbeziehung der vorhandenen Bausubstanz, insbesondere wertvoller Baudenkmale, in die sich neu entwickelnde Gestalt der sozialistischen Stadt;
5. im Bemühen, geschlossene städtebaulich-architektonische Ensembles mit großer baukünstlerischer Einprägsamkeit als milieubestimmende Elemente der sozialistischen Stadt zu gestalten und dabei eine neue, dem Sozialismus gemäße Synthese von Architektur und bildender Kunst zu entwickeln;
6. in den intensiven Bemühungen um eine neue Qualität der Forschung im Bauwesen insgesamt und speziell auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur bei Herausbildung effektiver Formen der interdisziplinären Forschung und einer engen Zusammenarbeit mit dem gesellschaftlichen Auftraggeber und der Städtebaupraxis.
7. In der Erhöhung des Wirkungsgrades und der Leistungsfähigkeit der Bau- und Baumaterialienindustrie und der gesamten materiell-technischen Basis des Bauwesens sowie ihrer qualitativen Veränderung durch Nutzung der neuesten wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse des industriellen und besonders des leichten, ökonomischen Bauens.

Diese und weitere grundlegende Veränderungen müssen wir selbstverständlich als fortdauernden Gesamtprozeß sehen mit zum Teil sehr komplizierten Beziehungen der Teilprozesse, die es immer besser zu beherrschen gilt, in deren Wirksamwerden sich aber doch bereits die neue Qualität unserer gesamten Arbeit auf allen Gebieten des Städtebaus abzeichnet. Wir alle sind uns bewußt, daß die Bewältigung vieler grundlegender Probleme noch vor uns steht. Ich möchte nur herausgreifen, daß es uns noch immer nicht gelingt, die neue Qualität der Einheit von Ökonomie, Technik, Funktion und baukünstlerischer Gestaltung zu erreichen. Das wird uns in der ganzen Tragweite der Problematik klar, wenn wir diese Einheit nicht nur auf die Gestaltung einzelner Bauwerke oder Ensembles beziehen, sondern auf die Stadt als Ganzes. Unter diesem Aspekt vor allem die Ökonomie der Stadt in den Griff zu bekommen ist nur möglich, wenn sich bei allen Beteiligten eine komplexe, an gesellschaftlichen Maßstäben orientierte Betrachtungsweise durchsetzt und wenn die planmäßige Zusammenarbeit und Investitionskooperation der Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft, der Kombinate, Betriebe und Institutionen sowie der Städte und Gemeinden im Territorium mit großer Zielstrebigkeit durchgesetzt werden.
Ich möchte aber auf unserem Kongreß auch ausdrücklich unterstreichen, daß seit dem VII. Parteitag allen am Städtebau beteiligten gesellschaftlichen Kräften durch fundamentale gesetzgeberische Maßnahmen und Beschlüsse Orientierung und konkrete Anleitung zum Handeln gegeben wurde.
Dazu zählen in erster Linie die Verfassung der DDR, der Beschluß des Staatsrates der DDR zur Entwicklung der sozialistischen Kommunalpolitik und das Landeskulturgesetz.
Auch die 5. Baukonferenz des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrates der DDR, die Projektierungskonferenz des Ministeriums für Bauwesen sowie eine Reihe Plenartagungen der Deutschen Bauakademie sind in dieser Hinsicht von großer Bedeutung.
Als Städtebauer und Architekten muß uns ganz besonders der Beschluß des Ministerrates der DDR vom 16. Dezember 1970 über die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds bewegen. Mit den darin festgelegten Grundsätzen wird, wie es der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Dr. Kurt Fichtner, kommentierte, „eine wichtige Voraussetzung geschaffen, die Forderung der 14. Tagung des ZK der SED zu erfüllen, den Kampf um höchste Effektivität auf diesem entscheidenden Gebiet bei der weiteren Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus zu führen und die Einheit von Strukturpolitik und planmäßiger proportionaler Entwicklung auf dem Gebiet der Grundfondswirtschaft zu gewährleisten".
Ich möchte nunmehr eingehen auf die seit dem VII. Parteitag der SED zu verzeichnende Entwicklung auf einigen wichtigen Gebieten des Städtebaus und der Architektur und dabei die nächsten Aufgaben und damit zusammenhängende Probleme ansprechen.

### Industriebau

Ich möchte ganz bewußt mit dem Industriebau beginnen. Warum? Weil hier die entscheidenden materiellen Grundlagen für den Reichtum der sozialistischen Gesellschaft geschaffen werden, weil hier die Quellen für die Steigerung des Nationaleinkommens und damit für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen liegen und weil sich die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten in erster Linie im Prozeß der Arbeit und in der Arbeitsumwelt vollzieht. Ja, ich möchte sagen, von der heutigen Arbeit der Kollegen im Industriebau hängt in entscheidendem Maße ab, welche Mittel die Gesellschaft künftig für den Wohnungs- und Städtebau aufwenden kann.
Schließlich ist und bleibt die Industrie — auch im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution — der entscheidende städtebildende Faktor.
Ich betone das gerade deshalb so, weil die Rolle des Architekten im Industriebau noch oft unterschätzt oder einseitig gesehen wird. Das ist mit die Ursache dafür, daß auch in den leitenden Organen des BdA den Problemen des Industriebaus nicht die ihnen zukommende Aufmerksamkeit gewidmet wurde.
Zweifellos sind auf dem Gebiet des Industriebaus in den letzten Jahren Fortschritte erreicht worden. Solche gewaltigen Industriebauvorhaben wie die Kraftwerke Thierbach und Boxberg, die von Kollektiven des VE BMK Kohle und Energie projektiert wurden und das Erdölverarbeitungswerk Schwedt, das von Kollektiven des VE BMK Ost unter maßgeblichem Einfluß unserer Kollegen Just und Gross entworfen wurde, sind nicht nur Beispiele der wachsenden Wirtschaftskraft der DDR, sondern auch der Entwicklung der Architektur im Industriebau.
Sehr interessante Industriebauten entstanden bei der Verwirklichung der Strukturpolitik auf dem Gebiet der Elektrotechnik und Elektronik. Dabei verdienen die von Kollektiven des BMK Erfurt projektierten Erweiterungen für die Optima-Werke, die erst kürzlich im Architekturwettbewerb ausgezeichnet wurden, besondere Erwähnung, weil es hier gelungen ist, auf der Grundlage eines Angebotsprojektes einen hervorragenden Industriebau zu schaffen.
Eine neue Qualität im Industriebau konnte vor allem auf der Grundlage des leichten, ökonomischen Bauens erreicht werden. Ein Beispiel dafür ist das Textilkombinat Cottbus, das von einem Kollektiv des BMK Kohle und Energie unter Leitung der Architekten Weiser und Frömder projektiert wurde und bereits nach rund einem Jahr Bauzeit die Produktion aufnehmen konnte.
Schließlich wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß wesentliche Impulse zur Entwicklung der automatisierten Projektierung gerade von der Industrieprojektierung, z. B. von Dr.-Ing. Jänicke, Jena, ausgingen.
Wir können mit Berechtigung feststellen, daß die Architekten im Industriebau in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit den

Investitionsauftraggebern, mit Ingenieuren, Technologen und Neuerern der Produktion wesentlich dazu beigetragen haben, die Effektivität im Industriebau zu erhöhen, die Bauzeiten zu senken und die architektonische Qualität im Interesse guter Arbeitsbedingungen zu erhöhen.

Im gleichen Atemzuge müssen wir jedoch auf eine Reihe von Mängeln im Industriebau hinweisen, die ein ernstes Hemmnis für die Lösung der künftigen Aufgaben darstellen. Das beginnt bei dem noch völlig unzureichenden Einfluß der Städtebauer und Projektanten auf die territoriale und städtebauliche Standortoptimierung. Obwohl dafür seit langem Optimierungsmethoden entwickelt wurden und heute auch durch die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung anwendbar sind, werden nicht alle Standorte wirklich optimiert. Darin liegt bereits eine Quelle unrationeller Aufwendungen. Aber ich möchte diesen Mangel nicht einfach auf die Investitionsträger abschieben. In einer Studie des Institutes für Industriebau der DBA wird z. B. festgestellt, daß die Industrie oft von sich aus auf Standortsuche gehen muß, weil es keine entsprechenden Standortangebote der Territorial- und Stadtplanung gibt. Das Problem betrifft also auch die Bezirks- und Stadtarchitekten und die Architekten in den Büros für Städtebau.

Viele völlig richtige Forderungen, die der Minister für Bauwesen auf der Projektierungskonferenz darlegte, wie die stärkere Konzentration von Projektierungskapazitäten auf die Phase der Vorbereitung der Investitionen oder die Verteidigung von Projekten und Grundsatztechnologien, sind noch nicht in der notwendigen Breite durchgesetzt worden. Das trifft auch auf die vom BdA unterstützte Forderung zu, die Methode der Variantenuntersuchung stärker anzuwenden. Es ist unverständlich, wenn noch heute viele Investitionsauftraggeber damit zufrieden sind, einfach ein Projekt zu erhalten und auf Variantenuntersuchungen verzichten, die — wie Beispiele zeigen — zu einer wesentlichen Erhöhung der Effektivität der Investitionen führen können.

Wir können uns auch nicht damit abfinden, und das betrifft direkt die Architekten, daß Büro- und Verwaltungsbauten oftmals mehr als großzügig gestaltet und vorrangig gebaut werden, während die wichtigsten Arbeitsstätten der Produktion zurückbleiben. Wir sollten uns auch mit der Tendenz auseinandersetzen, mit der nachträglichen Aufstellung von ein paar Blumenbänken eine komplexe Arbeitsumweltgestaltung ersetzen zu wollen. Es ist andererseits eine Illusion, der auch Architekten noch anhängen, daß das Wohlbefinden der Werktätigen in erster Linie von der Schönheit der Industriearchitektur abhängt. Die Arbeiter werden auf die schönste und aufwendigste Aluminium- oder Glasfassade pfeifen, wenn die Technologie nicht funktioniert, wenn sie weite, unnütze Wege haben oder wenn die Klimatisierung nicht klappt. Erst wenn die materiellen Arbeitsbedingungen sinnvoll geplant sind, wenn eine hohe Arbeitsproduktivität ein Erfolgserlebnis sichert, wird sich der Arbeiter auch an der Schönheit der Architektur erfreuen können. Ökonomische Effektivität und Schönheit sind also durchaus kein Gegensatz, sondern eine Einheit.

Die Klärung solcher ideologischer Probleme ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Lösung der künftigen Aufgaben. Die Aufgaben im Industriebau werden im kommenden Fünfjahrplan wachsen. Der Industriebau hat außerordentlich verantwortungsvolle und komplizierte Aufgaben bei der weiteren, konzentrierteren Verwirklichung der Strukturpolitik der Volkswirtschaft entsprechend den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution, bei der Erhöhung der Effektivität der Grundfondswirtschaft und vor allem zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zu leisten.

Schwerpunkte bilden die intensive Erweiterung der Produktion und die vorrangige Entwicklung solcher strukturbestimmenden Zweige der Volkswirtschaft wie die Energieerzeugung, die Chemie, die Elektroindustrie und Elektronik und bestimmter Zweige des Maschinenbaus. Dabei handelt es sich neben bedeutenden Neubauvorhaben vor allem um umfangreiche Rekonstruktionsmaßnahmen, die im Zuge der sozialistischen Rationalisierung in vorhandenen Werken im wesentlichen bei laufendem Betrieb durchzuführen sind.

Wie diese Aufgaben zu lösen sind, dafür haben das 14. und 15. Plenum des ZK der SED eine ganz klare und eindeutige Orientierung gegeben: Es geht um höchste volkswirtschaftliche Effektivität, um die Senkung des spezifischen Investitionsaufwandes, um die schnelle und planmäßige Inbetriebnahme neuer Kapazitäten.

Es gibt dafür heute wesentlich bessere Voraussetzungen als früher: Ich meine damit den bereits zitierten Beschluß des Ministerrates vom 16. 12. 1970 über Grundsätze für die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds, an dessen Vorbereitung auch Mitglieder des BdA beteiligt waren und dessen Durchsetzung wir vor allem durch die Betriebsgruppen unseres Bundes unterstützen werden.

Die Verwirklichung dieses Beschlusses erfordert in vielen Fragen ein Umdenken und wirft auch eine Fülle neuer Probleme auf.

So wird sich die Tätigkeit der Architekten in der Industrieprojektierung stärker auf die Phase der Vorbereitung von Grundsatzentscheidungen verlagern müssen, weil hier schon die entscheidenden Weichen für die künftige Effektivität gestellt werden. Städtebauer und Architekten werden dabei in eine höhere Stufe der Gemeinschaftsarbeit eingebunden sein und schon von der ersten Phase der Investitionsvorbereitung an eine besondere Verantwortung für die städtebauliche Einordnung, für die funktionelle und gestalterische Lösung der Gesamtanlage bis zur komplexen Arbeitsumweltgestaltung haben. Ihre Aufgabe wird mehr und mehr darin bestehen, Varianten zu entwickeln und gemeinsam mit Auftraggebern, Technologen und Schrittmachern der Produktion die effektivste Lösung auf dem Wege der Optimierung von Aufwand und Nutzen zu finden.

Eine solche Arbeitsweise wird auch dazu beitragen, daß die baukünstlerische Gestaltung nicht mehr eine nachträgliche kosmetische Umhüllung technologischer Anlagen, sondern eine Einheit mit der Funktion und Technologie darstellt.

Eine weitere wesentliche Aufgabe ergibt sich für die Architekten des Industriebaus bei der Ausarbeitung von Systemlösungen katalogisierter Angebotsprojekte im Rahmen der Entwicklung des Einheitssystems Bau. Das entscheidende Problem ist dabei, die Effektivität in ihrem umfassenden Charakter zu entwickeln und die Ökonomie in der Bauausführung mit der Ökonomie in der Nutzung und Erhaltung sowie mit den Anforderungen an eine kulturvolle Arbeitsumweltgestaltung und eine harmonische städtebauliche Einordnung in Übereinstimmung zu bringen.

Auch das ist in hohem Maße ein ideologisches Problem und wird nicht konfliktlos, sondern nur im Kampf gegen engstirniges Ressortdenken und Betriebsegoismus zu lösen sein. Man kann voraussehen, daß es dabei manchen Streit geben wird. Aber gerade hier muß sich ein sozialistisches Eigentümerbewußtsein durchsetzen, das über den Horizont eines Betriebes hinaus die gesamtgesellschaftlichen Interessen in den Vordergrund rückt.

Das gilt auch für das Problem der Flächennutzung. Eine Untersuchung der Bauakademie hat ergeben, daß auf den in der DDR bereits genutzten Industrieflächen noch rund 3 Millionen m² Produktionsfläche eingeordnet werden können. Durch die Erhöhung des Anteils mehrgeschossiger Industriebauten, durch eine hohe Kompaktierung der Anlagen könnten also erhebliche Flächenreserven erschlossen werden. Hier muß z. B. durch Optimierung eine intensive Flächennutzung mit Kriterien der Flexibilität und berechtigten Gebrauchswertanforderungen in Übereinstimmung gebracht werden.

Wesentliche Reserven für eine höhere Effektivität der Grundfonds der Industrie sehen wir aber auch in der Kooperation und Kombination von Einrichtungen.

Gibt es nicht immer wieder Beispiele, wo das Denken am Werkzaun aufhört, wo z. B. Betriebe nach dem längst überholten Prinzip „klein aber mein" handeln, wenn es um Verwaltungs- und Sozialgebäude, um Lager, Garagen und ähnliches geht? Wir denken, daß hier ein echtes Arbeitsfeld der Architekten liegt. Vorschläge für eine gemeinsame effektive Nutzung von Einrichtungen mehrerer Betriebe oder von Betrieb und Stadt zu unterbreiten und auch durchzusetzen, wie das im Beschluß der 24. Staatsratstagung gefordert wird.

In diesem Zusammenhang sollten wir auch versuchen, andere eingefahrene Gleise zu verlassen. Zum Beispiel ist es allgemein bekannt, daß Bauten für Forschung und Verwaltung durch einen wachsenden Ausstattungsgrad immer aufwendiger werden, daß sich andererseits die Nutzungszeit durch die Senkung der täglichen Arbeitszeit relativ verringert hat. Hier sollte ernsthaft nach Wegen gesucht werden, um auch bei diesen Bauten durch Mehrzweck-, Mehrfach- und Mehrschichtnutzung eine höhere Grundfondseffektivität zu erreichen.

Ähnliches gilt für die übermäßig hohen Aufwendungen für Baustelleneinrichtungen, die die Effektivität der Investitionen erheblich mindern. Die Architekten sollten hier an neuen Lösungen, zum Beispiel an der Entwicklung leicht demontierbarer Einrichtungen oder an Vorschlägen für eine effektive Zwischennutzung, mitwirken.

Im gesamten Industriebau gilt es, auf der Grundlage des wissenschaftlichen Vorlaufes und der Ausnutzung der besten praktischen Erfahrungen schrittweise Altes, Überholtes zu überwinden und mit neuen Prinzipien den wissenschaftlich-technischen Höchststand zu erreichen.

Ich glaube, daß der BdA dazu sehr viel tun kann und auch tun muß. Seine primäre Aufgabe sehe ich darin, solche politisch-moralischen Faktoren gerade unter den Industriearchitekten zu fördern, die auf der Projektierungskonferenz betont wurden: Verantwortungsbewußtsein, Gewissenhaftigkeit, Mut zum Beschreiten völlig neuer Wege und Bereitschaft zur Einordnung in ein aufgabenbezogen zusammengesetztes interdisziplinäres Kollektiv.

Der neue Bundesvorstand sollte gemeinsam mit der Zentralen Fachgruppe Industriebau, der zentralen Kommission Projektierung und den Betriebsgruppen in den Industriebaukombinaten eine seiner ersten Aufgaben darin sehen, an der Lösung dieser wichtigen Aufgabe aktiv mitzuwirken.

### Wohnungsbau

Mit den Beschlüssen der 12. und 14. Tagung des ZK der SED und mit dem Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1971 wurden prinzipielle Wege gewiesen zu einer wirksamen Verbesserung der Wohnungssituation in der Republik und zugleich zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effektivität des Wohnungs- und Gesellschaftsbaues. Auf dem 12. Plenum des ZK der SED wurde betont, daß die Qualität des Wohnens sehr viel zu einem kulturvollen Lebensmilieu und zur Herausbildung der sozialistischen Lebensweise beiträgt, daß sie die Arbeitsproduktivität ebenso beeinflußt wie die allseitige Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit. Es wurde die große Bedeutung des Wohnmilieus für die Reproduktion der Arbeitskraft des Menschen hervorgehoben. Das zeigt, daß die gesellschaftliche Funktionstüchtigkeit sowie der Gebrauchs- und Kulturwert einer Stadt sich in erster Linie im Wohngebiet bewäh-

ren muß. Das erfordert aber, daß wir gerade bei der Gestaltung der Wohnungen und Wohngebiete davon ausgehen, daß der Begriff „Wohnen" für den Menschen unserer sozialistischen Gesellschaft einen großen Teil der Grundanforderungen der sozialistischen Lebensweise und der Herausbildung der sozialistischen Menschengemeinschaft umschließt. Es geht also um die Gestaltung einer vielseitigen, flexiblen Wohnumwelt, die all das aktiv fördert, was das Leben des Menschen in der Familie und in der Gemeinschaft umfaßt und sich ständig weiterentwickelt in den Bereichen Bildung, Muße und Erholung, aktive Körperkultur und Sport, gesellschaftliche Aktivität und kulturvolle Geselligkeit.

Diese grundsätzliche Verbesserung der Wohnbedingungen für eine immer größere Anzahl von Familien verlangt neben einer stetigen Steigerung des Neubaues von Wohnungen die systematische und planmäßige Erhaltung und Modernisierung von Wohngebäuden, verbunden mit entsprechenden Umgestaltungsmaßnahmen in den vorhandenen Wohngebieten.

Was haben wir seit dem VII. Parteitag der SED auf dem Gebiet des Wohnungsbaues erreicht? Man darf wohl mit Recht sagen, daß in Wissenschaft und Praxis große Anstrengungen unternommen wurden, die Lösung des Wohnungsbaues besser in den Griff zu bekommen, und wir dürfen auch sicher auf eine Reihe grundsätzlicher Fortschritte hinweisen. Die Funktionstüchtigkeit der Wohnungen selbst wurde verbessert. Es begann, wenn auch noch zögernd, der Übergang von starren Typenprojekten zu variableren Angebotslösungen wie z. B. die Wohnungsbaureihe P 2 für den mehr- und vielgeschossigen Wohnungsbau, für die das Kollektiv von Dr. Felz in Gemeinschaftsarbeit der Deutschen Bauakademie mit der Praxis die Grundlagen geschaffen hat. Der vielgeschossige Wohnungsbau wurde weiterentwickelt. Beim Bau von Wohnhochhäusern in Montagebauweise konnten neue Erfahrungen gesammelt werden.

Bei der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung ist es mit den besten Beispielen wie in Berlin, Halle-Neustadt, Rostock Lütten Klein, Schwedt, Erfurt und anderen gelungen, Schematismus und Monotonie zu überwinden. Der langweilige Zeilenbau ist interessanten, räumlich wirkenden Lösungen gewichen und damit einhergehend wurde in der Fassadengestaltung die Palette der Gestaltungsmittel bereichert. Übersehen wir auch nicht, daß wir in der Ausstattung der Wohngebiete mit den erforderlichen Gesellschaftsbauten, insbesondere Schulen, Kindereinrichtungen, Kaufhallen, Einrichtungen der Kultur und Erholung, des Sports, Fortschritte erzielt haben. Das betrifft auch die Herausbildung neuer Lösungen hinsichtlich Mehrzwecknutzung von Räumen und Anlagen und der Zusammenfassung der Gesellschaftsbauten zu Kommunikationszentren. Die bildende Kunst hat gerade in den neuen Wohngebieten viel dazu beigetragen, das Wohnmilieu kulturvoll zu gestalten. An den im komplexen Wohnungsbau erreichten Erfolgen waren mit besonderen Leistungen beteiligt die Kollegen Prof. Kaiser, Dr. Zumpe, Dr. Schmiedel, Prof. Dr. Bach und Erich Kaufmann, um nur einige zu nennen.

Wir wissen aber auch, daß es außer den sehr negativen Auswirkungen des Zurückbleibens in der Planerfüllung des Wohnungsbaues und einem Nachholebedarf an gesellschaftlichen Einrichtungen in den neuen und alten Wohnvierteln noch weitere, sehr ernste Mängel und große Qualitätsunterschiede in den Bezirken gibt. In erster Linie sind es die noch zu engen Vorstellungen, die den schnelleren Durchbruch des Neuen hemmen. Damit meine ich die immer noch anzutreffenden schematischen Auffassungen von der Struktur und Organisation der Wohnkomplexe und Gebiete, ferner das Denken in einzelnen Kategorien, das isolierte Nebeneinanderarbeiten der Fachorgane und Fachplanträger und das daraus erwachsende oft additive Bauen. Die ideologischen Ursachen dafür liegen vornehmlich darin, daß der gesellschaftspolitische Auftrag, für tausende Menschen eine zweckmäßige und schöne Wohnumwelt zu schaffen, nicht jederzeit und von allen zur Richtschnur des Denkens und Handelns gemacht wird. Im Wohnungsbau ist es noch nicht gelungen, die Prinzipien der Gebrauchswert — Kosten — Analyse als Handwerkszeug zur Ermittlung hoher Effektivität bei der Produktion architektonischer Gebrauchswerte bei allen Beteiligten insbesondere bei den Architekten durchzusetzen. Zusammenfassend kann man feststellen — und darauf weisen auch die Analysen der Bezirksgruppen hin —, daß es in einem Großteil der Wohnungsbauvorhaben trotz guter Einzelergebnisse nicht immer gelungen ist, die in den Grundkonzeptionen der gesellschaftspolitischen Zielstellungen angestrebte Effektivität und Qualität zu erreichen.

Wie können und müssen wir nun herangehen, um im dritten Jahrzehnt unserer Republik die Wohnbedürfnisse unserer Bürger besser befriedigen zu können?

Von großem Interesse für unsere strategische Politik im Wohnungsbau sind als Ausgangsmaterial die ersten Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung vom Januar 1971. Danach bauten wir in den letzten 10 Jahren 762 000 WE, rund 200 000 Wohnungen wurden aus der Nutzung gezogen — um 561 000 WE erweiterte sich demnach unser Wohnungsbestand. Insgesamt beträgt der Wohnungsfonds unserer Republik gegenwärtig rund 6 068 000 Wohnungseinheiten. Mit der Verwirklichung der Strukturpolitik unserer Volkswirtschaft verbunden, ist ein Verstädterungsprozeß, der in der Migration von 171 000 Einwohnern in große Städte in den letzten 6 Jahren zum Ausdruck kommt. Dieser Prozeß der Wanderung von Teilen der Landbevölkerung in die Zentren der Strukturpolitik der Volkswirtschaft wird stärker anwachsen und bedeutet für die betreffenden Städte eine zusätzliche Erweiterung ihres Wohnungsfonds.

Eine vordringliche Aufgabe für jeden Bezirk, jedes Territorium ist die Beseitigung des Wohnungsdefizits durch Erweiterung des Wohnungsfonds. Der Wohnungsneubau ist dabei weiter zu konzentrieren und im Massenwohnungsbau werden fünfgeschossige Wohngebäude dominieren und mit Abstand vielgeschossige Gebäude folgen. Wohnhochhäuser werden im Perspektivzeitraum nur in einigen Städten, die Zentren der Strukturpolitik sind, gebaut werden. Das verlangt in den Wohnungsbaukombinaten alle Möglichkeiten der komplexen sozialistischen Rationalisierung voll zu erschließen und effektive Technologien in breitem Umfang anzuwenden.

Neben dem Wohnungsneubau, der auch den Ersatz verschlissener Gebäude einschließt, haben die Räte Entscheidungen zu treffen über die Erhaltung und Modernisierung der erhaltenswerten Altbauwohnungen sowie über die Rekonstruktion solcher Stadtgebiete, die nach Durchführung bestimmter Maßnahmen den Anforderungen der Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Bevölkerung gerecht werden.

Diese Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit der Gebäude und baulichen Anlagen von Wohngebieten verlangt den Übergang zu industriellen Methoden. An die Stelle handwerklicher Bauausführungen müssen nach und nach Systemlösungen der industriellen Vorfertigung, des Austausches verschlissener Einzelelemente und der Gruppenaustausch von Bauwerksteilen nach dem Einheitssystem Bau treten.

Das auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses durchgeführte Experiment der Rekonstruktion von rund 400 Wohnungen eines alten Wohngebietes in Halle brachte den Beweis, daß die Rekonstruktion erhaltungswürdiger Wohnbausubstanz volkswirtschaftlich effektiv gestaltet werden kann. Der Bauaufwand für den Rohbau von 400 WE in Höhe von 3,6 Millionen Mark konnte eingespart werden.

Wir sollten uns als Architekten darin einig sein, daß wir die komplizierten Aufgaben der komplexen sozialistischen Rationalisierung der gegenwärtigen Verfahren und Erzeugnisse des Wohnungsbaues sowie die Weiterentwicklung progressiver Konstruktionssysteme und Verfahren auf der Grundlage des Einheitssystems Bau nicht allein den Ingenieuren und Technologen überlassen können. Die Ausarbeitung ausgereifter Angebotsprojekte für die Serienproduktion im Wohnungs- und Gesellschaftsbau auf der Grundlage komplexer Forschungs- und Entwicklungsergebnisse der Kombinate und des Erzeugnisgruppenverbandes ist für die Architekten eine Aufgabe von höchster gesellschaftspolitischer Bedeutung.

Insgesamt gilt es gerade im Wohnungsbau mehr als bisher, die fortgeschrittenen sowjetischen Erfahrungen der Wohnungsbaukombinate von Moskau, Leningrad und Kiew zu studieren und zu nutzen.

Es gilt auch, das sich immer noch sehr negativ auswirkende Zurückbleiben in der Industrialisierung der Ausbauprozesse schnell zu überwinden. Beträgt doch das Verhältnis des Aufwandes auf der Baustelle zwischen Gebäudekonstruktion und Gebäudekomplettierung 30 Prozent zu 70 Prozent. Das verlangt, daß der Schwerpunkt der technischen Politik nicht nur auf die Rationalisierung vorhandener und noch zu entwickelnder Bauweisen, sondern verstärkt auf die technisch-technologische Weiterentwicklung des Ausbaus gelegt wird. An dieser Stelle möchten wir, an die Adresse der Zulieferindustrie gewandt kritisch vermerken, daß eine Wende nicht nur vom Bauwesen allein erreicht werden kann, sondern nur durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Bereiche der Volkswirtschaft, die am komplexen Wohnungsbau beteiligt sind.

Das betrifft vor allem die ständig im Steigen begriffene Preisentwicklung bei vielen Erzeugnissen der Zulieferindustrie und die ansteigenden Kosten für Leistungen von Nachauftragnehmern, von der sanitären Einrichtung angefangen bis zu Heizflächen, Fahrstuhlanlagen und so weiter.

Bei der Steigerung des Wohnungsneubaues und der verstärkten Rekonstruktion der Altbaugebiete wird die stadttechnische Erschließung einschließlich der Medien für die Versorgung zu einem Hauptproblem ersten Ranges, das in Verbindung mit der Generalbebauungsplanung in seiner ganzen Tragweite erfaßt und durch weit vorausschauende Maßnahmen einer Lösung zugeführt werden muß. Nur so kann gesichert werden, daß der Wohnungsbau zügig mit größter volkswirtschaftlicher Effektivität und zur Befriedigung der Wohnbedürfnisse gelöst wird.

Wir können die Fragen des Wohnungsbaues natürlich nicht nur aus der Sicht des Bauwesens betrachten. Schließlich geht es in erster Linie im Wohnungsbau um die Verbesserung der Wohnverhältnisse und des Wohnmilieus der Arbeiterklasse. Das erfolgt einmal durch Baumaßnahmen und zum anderen aber auch durch wohnungspolitische Maßnahmen. Die Städtebauer und Architekten wissen aus ihrer täglichen Arbeit, daß viele Organe und Institutionen sich mit Teilproblemen des Wohnungsbaues und der Wohnungspolitik beschäftigen. Bedauerlicherweise gibt es kein Leitorgan für die Koordinierung der wichtigsten Fragen dieses Gesamtkomplexes. Wir Architekten können uns vorstellen, daß die gesamte Reproduktion des Wohnfonds mit höherer Effektivität erfolgen könnte, wenn eine solche koordinierende zentrale Stelle alle wichtigen Seiten des Wohnungswesens erfassen würde.

Eingangs sprach ich von der Aufgabe im Städtebau und der Architektur, die für den Sozialismus charakteristische Einheit von

Rationalität und Humanität wirksam werden zu lassen. Diese gesellschaftspolitische Zielstellung ist besonders im Wohnungsbau auf Grund seiner großen sozialen und kulturellen Bedeutung zu realisieren. Lohnt es sich nicht gerade für diese Aufgabe als Architekt sein ganzes Können einzusetzen? Und ist es andererseits nicht an der Zeit, daß die besten Wohnungsbauer als Architekten die gleiche Anerkennung erfahren wie Autoren bedeutender Gesellschaftsbauten oder zentraler Ensembles?

Haben doch in der Vergangenheit so bekannte Architekten wie Bruno Taut, Ernst Mai, Otto Haesler und andere ihren internationalen Ruf durch Leistungen im sozialen Wohnungsbau errungen. Auch in der DDR haben sich in verschiedenen Bezirken führende Architekten im Wohnungsbau einen Namen gemacht, wie die Kollegen Prof. Dr. Stahr oder Dr. Lasch. Selbst ein so profilierter Architekt wie Prof. Dr. e. h. Paulick hat sich lange Jahre der Gestaltung einer sozialistischen Wohnumwelt gewidmet. Von diesem Kongreß geht unser Ruf an die besten Architekten der Republik, sich bei der Lösung der großen und vielfältigen Aufgaben im Wohnungsbau an die Spitze zu stellen.

**Aufbau der Stadtzentren**

Mit den Beschlüssen des VII. Parteitages wurde die Umgestaltung der Stadtzentren der bedeutendsten Städte der DDR zu einem vorrangigen politischen Anliegen der Gesellschaft gemacht. Wenn wir heute zurückblicken, wie sich dieser bewegende gesellschaftliche Prozeß des Aufbaus der Stadtzentren insgesamt vollzogen hat und vollzieht, wenn wir durchdenken, was damit an Problemen, an kühnen Ideen und geistigen Auseinandersetzungen ausgelöst und welcher persönliche Einsatz und Kollektivgeist von allen Beteiligten abgefordert wurden, so dürfen wir auf die erreichten Erfolge stolz sein. Dabei möchte ich solche Architektenpersönlichkeiten auf unserem Kongreß hervorheben wie die Kollegen Näther, Korn, Graffunder und Radke aus Berlin, die Kollegen Hahn und Weißer aus Karl-Marx-Stadt, die Kollegen Löschau und Hänsch aus Dresden, die Kollegen Dr. Siegel und Ullmann aus Leipzig. Dem großen Kollektiv der Städtebauer, Architekten und Ingenieure sowie aller Bauschaffenden ist es in hohem Maße zu verdanken, daß unter ständiger Führung der Partei, der Volksvertretungen und ihrer Räte die geschichtlich einmalige Aufgabe des Aufbaus der bedeutendsten Stadtzentren der DDR in so kurzen Zeiträumen mit national und international anerkanntem Erfolg in Angriff genommen wurde.

Wir wissen, daß uns diese Ergebnisse nicht in den Schoß gefallen sind und schon gar nicht konfliktlos errungen wurden. Auf der einen Seite wurde gerade bei den genannten, vom Krieg stark zerstörten Stadtzentren immer deutlicher spürbar, daß eine Großstadt ohne dringend benötigte Zentrale Einrichtungen ihre Aufgaben zur Befriedigung der differenzierten Bedürfnisse ihrer Bürger nicht zufriedenstellend lösen kann. Aber auf der anderen Seite stand die Tatsache, daß es an ausgereiften städtebaulich-architektonischen Konzeptionen für die Zentren fehlte, die auf weitsichtige Prognosen der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der Stadt und des Territoriums aufbauten.

Mit der Ausarbeitung gesellschaftspolitischer Zielstellungen entstanden, fußend auf Beschlüssen der Parteiführung der SED, erstmalig umfassende Aufgabenstellungen, die Grundlage der komplexen städtebaulich-architektonischen und bildkünstlerischen Konzeptionen wurden. Mit diesen Konzeptionen werden die Stadtzentren zum Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens der ganzen Bevölkerung der Stadt und des umliegenden Gebietes, zum Bindeglied, das die Gesamtheit der Stadt sichert und sichtbar werden läßt. Sie werden immer mehr zu Stätten aktiven politischen Handelns, humanistischer Bildung und Kultur, zu Bereichen der Geselligkeit und komplexer gesellschaftlicher Versorgung. Der wachsenden Bedeutung der Wissenschaft, Lehre und Weiterbildung entsprechend werden Bildungszentren — wie z. B. der Universitätskomplex in Leipzig — zu gesellschaftlichen Mittelpunkten und städtebaulichen Dominanten. In anderen Städten übernehmen diese Rolle Forschungsinstitutionen und Wissenschaftliche Leitungszentren der strukturbestimmenden Industrie wie zum Beispiel in Jena. Ein weiteres hervorzuhebendes Wesensmerkmal ist die differenzierte Einbeziehung großstädtischen Wohnungsbaus in den Aufbau der Stadtzentren als Beitrag, die Zentren zu lebendigen Kontaktzonen zu entwickeln, wie das besonders in Berlin oder in Karl-Marx-Stadt der Fall ist.

Ein ebenso erfreuliches Ergebnis erlebnisreicher Stadtgestaltung ist die Einbeziehung und sinnvolle Nutzung der kulturhistorisch wertvollen Altbausubstanz. Gerade das harmonische Zusammenwirken des Alten und Neuen in den großen Ensembles der Stadtzentren, oft verbunden mit den landschaftlichen Besonderheiten führt zur einprägsamen typischen Gestalt unserer Städte. Denken wir zum Beispiel an die Vorschläge zur Neugestaltung von Magdeburg und Rostock als Städte am Wasser oder an Erfurt und Cottbus, wo aus dem Zusammenklang von historischer Substanz und neuen Ensembles eine neue Qualität erwächst.

Es ist ohne Zweifel das Hervorstechendste in der Bemühung um eine neue Qualität unseres Städtebaus, daß in allen Konzeptionen unserer Stadtzentren die Ensemblebildung zur gesellschaftlichen und künstlerischen Zielstellung des großen Gemeinschaftswerkes gemacht wurde. Mit der Durchsetzung dieses Ensemblegedankens, der das Einzelne zum untrennbaren Bestandteil eines bewußt gestalteten Ganzen macht, die Architektur und die bildende Kunst zu einer echten Synthese führt, und nicht zuletzt die Übereinstimmung der Interessen der einzelnen Planträger als Bauherrn mit den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen herbeiführt, bilden sich charakteristische Wesenszüge der sozialistischen Architektur heraus.

Die Inangriffnahme und Realisierung dieser großen städtebaulichen Ensembles hat darüber hinaus im Bauwesen dazu geführt, in sehr kurzen Fristen in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis das industrielle Bauen auf eine höhere Stufe zu heben, neue Bauweisen den neuen Aufgaben nutzbar zu machen sowie wissenschaftliche Methoden der Planung und Leitung anzuwenden. Das für unsere Gesellschaft entscheidende Ergebnis ist — und das kann man gar nicht hoch genug einschätzen —, daß sich in diesem Prozeß des Aufbaus unserer Städte und ihrer Zentren die Menschen weiterentwickelt und qualifiziert haben und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit aller an der Planung, Projektierung und Errichtung der Bauwerke beteiligten Bauschaffenden zustande kam.

Das alles sind entscheidende Ergebnisse, die uns aber nicht davon abhalten dürfen, aus den bereits abgeschlossenen Bauabschnitten Lehren zu ziehen. Eine wichtige Erkenntnis besagt, daß es notwendig ist die großzügigen einheitlichen städtebaulichen Gesamtkonzeptionen architektonisch sorgfältiger durchzuformen. Das bezieht sich auf eine harmonische maßstäbliche Abstimmung der einzelnen Gebäudekomplexe, ihre Gliederung, architektonische Struktur und Oberflächengestaltung der Fassaden. Man kann durchweg beobachten, daß ein Zuviel an gestalterischen Mitteln die Qualität eines Ensembles eher mindert als fördert und die Wertigkeit der Teile des Ensembles und ihr Verhältnis zueinander insbesondere zu den Dominanten verwischt.

Davon sind auch so großzügig konzipierte Ensembles wie das Gebiet rings um den Berliner Alexanderplatz, aber auch die Prager Straße in Dresden nicht frei. Auf diese Weise ist leider die Harmonie der durch den völlig neuen Maßstab der städtebaulichen Räume und der Baukörper wirkungsvollen Ensembles nicht immer bis ins einzelne erreicht worden.

Gleichzeitig wurde bei der Realisierung der städtebaulichen Konzeptionen solcher Größenordnung aber auch sichtbar, welche komplizierten und umfangreichen Rekonstruktionsmaßnahmen auf den Gebieten des Verkehrs und der stadttechnischen Versorgung gemeinsam von Spezialingenieuren, Städtebauern und Bauschaffenden zu bewältigen waren. Auch diese Leistungen verdienen hohe Anerkennung.

Ein Beispiel dafür, daß es auch im Maßstab mittlerer Städte möglich ist, interessante und lebendige Ensembles zu schaffen ist die Umgestaltung des Zentrums von Cottbus. Hier ist es den Architektenkollektiven unter Leitung der Kollegen Guder und Müller gelungen, einen neuen Zentrumsbereich in enger räumlicher Verbindung mit dem historischen Stadtkern zu gestalten. In seiner Geschlossenheit und Überschaubarkeit stellt dieses Ensemble eine neue Qualität der organischen Verbindung von Alt und Neu dar, in die auf glückliche Weise die bildende Kunst und die Gartenarchitektur einbezogen sind.

Nicht überall zeigen die Städtebauer und Architekten ein solch maßvolles Herangehen an die städtebaulich-architektonischen Aufgaben, so daß man in manchen Konzeptionen gerade auch für die Umgestaltung von Mittelstädten nicht selten einen Hang zum Gigantismus feststellen muß.

Das wird nicht zuletzt in einigen Wettbewerbsergebnissen der letzten Jahre sichtbar und sollte für uns Anlaß sein, die auch historisch entstandene Differenzierung im architektonischen Maßstab der Städte mehr zu beachten.

Von zentraler Bedeutung ist die Frage, wie weit wir gerade beim Aufbau der Stadtzentren unserer Mitverantwortung als sozialistische Eigentümer für den effektivsten Einsatz des verfügbaren Nationaleinkommens nachgekommen sind. Niemand wird behaupten, daß die Ursachen für die oft ungenügende ökonomische Durchdringung der gewaltigen Bauvorhaben nur bei den Projektanten zu suchen seien. Aber wir sind hier auf einem Kongreß der Architekten, und wir sind uns sicher einig, daß gerade Städtebauer und Architekten genau wie alle anderen Beteiligten dafür Sorge tragen müssen, daß ein strenger Maßstab an Aufwand und Nutzen entsprechend dem tatsächlichen Verwendungszweck angelegt wird. Es ist festzustellen, und dabei handelt es sich keinesfalls um Einzelfälle, daß gerade beim Aufbau der Stadtzentren Tendenzen der Verteuerung von Investitionsbauten nicht mit der notwendigen Konsequenz bereits von der Projektierung her unterbunden wurden.

Es ist doch zum Beispiel ein Zeichen unwissenschaftlicher Vorbereitung von Zentrumsbauten, wenn, wie in Dresden bei der Projekterarbeitung des Interhotels „Stadt Dresden", bei annähernd gleichbleibendem Grundprogramm die Investkosten auf über das Doppelte der ursprünglichen Festlegungen in der technisch-ökonomischen Zielstellung anstiegen. Es zeigte sich eindeutig, bei diesem Vorhaben, daß zuungunsten einer originellen Bauform, verbunden mit komplizierten Konstruktionen und überhöhtem Flächenaufwand für Nebenräume, entscheidende ökonomische Kriterien nicht beachtet wurden. Ganz allgemein muß festgestellt werden: Wenn Ideenreichtum und Originalität verwechselt werden mit teuren konstruktiven und architektonischen Raffinessen und modischen Effekten, die sich meist nicht einmal positiv auf die architektonische Qualität des fertigen Objektes auswirken, dann widerspricht das dem Wesen einer sozialistischen Architek-

tur, die sich nicht zuletzt durch eine Ökonomie der gestalterischen Mittel auszeichnet. Wir sollten uns auch kritisch der Innenarchitektur der gesellschaftlichen Bauten zuwenden, da es meines Erachtens gilt, hier ein Umdenken herbeizuführen. Es entspricht nicht unserer Auffassung von einem kulturvoll gestalteten Lebensmilieu des sozialistischen Menschen, wenn – wie es oft anzutreffen ist – in unseren Gesellschaftsräumen durch die Anhäufung einer Vielzahl kostspieliger Wand- und Deckenverkleidungen, Raumteilern und durch ganze Systeme komplizierter Lichttechnik usw. ein ungerechtfertigter Aufwand getrieben wird, der dazu noch die räumliche Wirkung eher zerstört als erhöht. Nicht selten wird dabei noch durch projektierte Importe für kostbares Material und Einrichtungsgegenstände die Außenhandelsbilanz belastet.

Noch ein letzter Hinweis sei mir gestattet, er betrifft den oft leichtfertigen Umgang mit unseren vorhandenen baulichen Grundfonds, die nicht immer aus zwingenden Gründen dem Neuen geopfert werden. Ganz abgesehen von dem Verlust an Gebrauchswerten ist es immerhin nicht ohne Einfluß auf die Gesamtkosten des Aufbaus der Stadtzentren, wenn die Aufwendungen für Abrißmaßnahmen in den bisherigen Konzeptionen im Durchschnitt der DDR mehr als 13 Prozent betragen. Hier liegen große Möglichkeiten durch sorgfältige städtebauliche Bearbeitung eine noch erhaltenswerte Substanz für einen längeren Zeitraum zu nutzen. Dabei sollte man auch in Kauf nehmen, daß etwas noch stehen bleibt, selbst wenn es die gesamt-städtebauliche Gestaltung zeitweilig beeinträchtigt.

Wir haben bei der Neugestaltung unserer Stadtzentren die Größe der politischen Aufgabenstellung verstehen gelernt. Wir dürfen uns aber nicht länger nur als Treuhänder oder Verwalter des verfügbaren Nationaleinkommens verstehen, sondern als sozialistische Eigentümer unserer Mittel und unserer Kräfte. Als Eigentümer pflegt man den Finger auf jeden Posten zu legen, wie Bert Brecht sagt. Wir haben praktische und theoretische Erfahrungen gesammelt, wie unter sozialistischen Bedingungen städtebauliche Aufgaben angepackt werden müssen. Dabei haben wir auch manches Lehrgeld gezahlt. Aus all diesen Erfahrungen gilt es nunmehr gründliche Schlußfolgerungen für den Industriebau, den Wohnungsbau und andere große Bauaufgaben zu ziehen, um den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten entsprechend mit hoher Effektivität die Bedürfnisse der Menschen immer besser zu befriedigen.

Das gilt natürlich nicht zuletzt auch für die bedeutende Aufgabe, die Umgestaltung der Stadtzentren entsprechend der im Plan festgelegten Rang- und Reihenfolge weiterzuführen. Es müssen die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die bestätigten Konzeptionen und Projekte der vorrangig weiterzuführenden Ensembles und Bauwerke gründlich zu überprüfen. Das betrifft die gewissenhafte Programmüberarbeitung durch Auftraggeber und Projektanten ebenso, wie die Sicherung einer hohen Funktionstüchtigkeit sowie eines vertretbaren gestalterischen Aufwandes. Es gilt exakt festzulegen, auf welche Weise Konstruktion und Technologie, Funktion und Gestaltung unter den objektiven Kriterien der Ökonomie in Übereinstimmung gebracht werden können.

Insgesamt verlangt die schrittweise Umgestaltung der Stadtzentren im Sinne der Grundfondspolitik auch eine komplexe Bearbeitung in den Generalbebauungsplänen der Städte. Nur so kann auch für die 70er Jahre die politische Wirksamkeit der weiteren Umgestaltung der Zentren in den festgelegten Etappen gesichert werden.

### Synthese Architektur und bildende Kunst

Eine besondere Akzentuierung erfuhr die Synthese von Architektur und bildender Kunst durch den großen Umgestaltungsprozeß der Stadtzentren, der zu einer engen Zusammenarbeit von Städtebauern, Architekten und bildenden Künstlern führte. Es wurden gemeinsam mit dem gesellschaftlichen Auftraggeber bildkünstlerische Konzeptionen für ganze Stadtzentren erarbeitet und auf dieser Grundlage die konkrete Realisierung angepackt.

Die den bezirklichen Ausstellungen folgende Zentrale Ausstellung Architektur und Bildende Kunst in Berlin anläßlich des 20. Jahrestages unserer Republik ließ vielversprechende Anfangsergebnisse dieses Vorstoßes in ästhetisches Neuland erkennen. Nachdem eine ganze Reihe der auf den Ausstellungen gezeigten Werke der bildenden Kunst in Zentren, Wohngebieten und vielen gesellschaftlichen Bauten inzwischen realisiert wurden schlagen wir vor, daß beide Verbände gemeinsam eine kritische Einschätzung des erreichten Standes vornehmen und Schlußfolgerungen ziehen für die weitere Entwicklung der Synthese von Architektur und bildender Kunst.

Es wurde im Vorwort des Katalogs der Zentralen Ausstellung von Minister Gysi und Minister Junker betont, daß die Forderungen nach einer Synthese weit über das hinausgehen, was bisher unter baugebundener Kunst verstanden wurde. Es heißt dort: „Die neue Qualität verwirklicht sich nur dort, wo unter Wahrung der Eigentümlichkeiten beider künstlerischer Genres eine untrennbare dialektische Wechselbeziehung von Bauwerk und Bildwerk erreicht wird, die wesentlich zur beiderseitigen Steigerung der ideellen und emotionalen Wirkung beiträgt und – bei ökonomischem Einsatz der Mittel – zu einer hohen Vollkommenheit von Zweckmäßigkeit und Schönheit führt".

Hier wird eine sehr klare Definition des Begriffs Synthese gegeben, der noch nicht immer die ideologische Basis gemeinsamen Denkens und Handelns ist. So gibt es noch ab und zu die Auffassung, daß erst in der Synthese mit der bildenden Kunst das Bauwerk ein Kunstwerk wird. Ebenso dürfen wir die sozialistische Architektur als Kunst nicht preisgeben, nur weil es ab und zu die Meinung gibt, mit der Industrialisierung der Bauprozesse sei das Ende der Architektur als Kunst gekommen. Architektur wäre danach eine Art industrieller Formgebung – und die Aufgabe bildender Künstler wäre es, die Bauten und Ensembles künstlerisch aufzuwerten.

Entsprechend der Konzentration unserer Bautätigkeit im vor uns stehenden Zeitraum des Fünfjahrplanes und ausgehend von den Erfordernissen eines sparsamen Wirtschaftens in der gesamten Investitionstätigkeit, müssen Architekten und bildende Künstler noch mehr als bisher die zur Verfügung gestellten Mittel konzentriert einsetzen, um besonders in gesellschaftlich bedeutenden Räumen der Begegnung der Menschen die bildende Kunst in Synthese mit der Architektur wirksam werden zu lassen. Darüber hinaus gilt es, die bildenden Künstler zur Mitarbeit bei der Gestaltung einer schönen, kulturvollen Arbeitsumwelt und des Wohnmilieus, nicht zuletzt auch bei den Arbeiten zur Erhaltung und Modernisierung der Altbaugebiete zu gewinnen. Ich möchte auch nicht versäumen, auf die in unserem Material zur Entwicklung des Städtebaus und der Architektur enthaltene Forderung hinzuweisen, im Sinne einer komplexen Umweltgestaltung alle künstlerischen Disziplinen systematisch und planmäßig in die ästhetische Gestaltung der Stadt einzubeziehen. Es geht um eine zielgerichtete gemeinsame Arbeit von Formgestaltern, Kunsthandwerkern, Gebrauchsgraphikern, Lichtgestaltern und anderen, so wie das in Schwedt mit einer Gesamtkonzeption zur kulturvollen Umweltgestaltung versucht wurde.

(Weitere wichtige Auszüge aus dem Referat insbesondere über Probleme der Generalbebauungsplanung, der Projektierung und der künftigen Arbeit des Bundes veröffentlichen wir im nächsten Heft. Red.)

# Zu einigen Grundzügen sozialistischer Städtebaupolitik

## Aus dem Schlußwort zum 6. Kongreß des BdA der DDR

Dr. Karl Schmiechen,
Staatssekretär im Ministerium für Bauwesen

**Der 6. Kongreß des Bundes der Architekten stellte sich das Ziel, in Vorbereitung des VIII. Parteitages der SED den erreichten Stand des architektonischen Schaffens seit dem VII. Parteitag einer kritischen Wertung zu unterziehen und davon ausgehend die mit den Beschlüssen der 14. und 15. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gestellten neuen, großen Aufgaben zu beraten, um die nächsten Schritte unserer gemeinsamen Arbeit festlegen zu können.**

**In den Grußadressen des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR sowie in der dem Verband verliehenen hohen staatlichen Auszeichnung kommt überzeugend zum Ausdruck, daß vom Bund der Architekten in den zurückliegenden Jahren Beachtliches geleistet wurde, daß in dieser schöpferischen Arbeit zahlreiche Mitglieder des Bundes in immer größere Aufgaben erfolgreich hineingewachsen sind und sich ihrer hohen Verantwortung der ganzen Gesellschaft gegenüber mehr und mehr bewußt werden.**

**Ich möchte in diesem Zusammenhang die vom Zentralkomitee der SED und vom Ministerrat der DDR erneut gegebene eindeutige Orientierung auf die notwendige Erhöhung des Nutzeffektes unserer Bau- und Investitionstätigkeit und auf die Verwirklichung der Einheit von Ökonomie, Technik, Funktion und baukünstlerischer Gestaltung besonders hervorheben.**

**Die Delegierten des 6. Bundeskongresses werden, dessen bin ich gewiß, ihre Schöpferkraft und ihren Elan weiterhin voll einsetzen, um in echter sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit allen anderen Bauschaffenden die neuen großen Bauaufgaben, die uns von Partei und Regierung gestellt sind, erfolgreich zu lösen.**

**Das umfassende Referat des Präsidenten des Bundes, Prof. Edmund Collein, hat, ausgehend von der Bilanz des Erreichten, die weiteren Aufgaben klar umrissen und zugleich die dabei zu meisternden Probleme sichtbar werden lassen.**

**Die offene und kritische, aber stets vorwärtsweisende und parteiliche Arbeitsatmosphäre des Kongresses zeigt, daß mit dem Referat eine gute Grundlage für die erfolgreiche Arbeit des Kongresses gegeben wurde, wofür ich unserem Genossen Prof. Edmund Collein recht herzlich danke.**

**Ich danke auch allen Diskussionsrednern, die in ihren Beiträgen Partei ergriffen haben für das Neue in unserer Entwicklung, die aber auch Kritik übten, wo Kritik am Platze ist. Viele kluge Ideen, Vorschläge und Empfehlungen werden vom Präsidium des BdA, vom Ministerium für Bauwesen und von der Deutschen Bauakademie sorgfältig ausgewertet und zur Klärung vor uns stehender Grundfragen herangezogen.**

**Das Referat zeigt und die Diskussion untermauert, daß die Architekten der Deutschen Demokratischen Republik mit der Vorbereitung und Durchführung dieses Kongresses begonnen haben, die notwendigen Schlußfolgerungen aus dem 14. und 15. Plenum des ZK der SED für ihre Arbeit abzuleiten, und daß sie sich aktiv in Vorbereitung des VIII. Parteitages an der großen Volksaussprache und am Wettbewerb beteiligen.**

**Unser Kongreß zeichnet sich durch ein sehr interessantes Phänomen aus, indem in vielen Beiträgen**

die Dinge und Erscheinungen sehr konkret angesprochen werden und es versucht wird, ein Stück des Lebens einzufangen und somit die echten Probleme zu packen. Mit großem Interesse verfolgten wir zum Beispiel die Ausführungen des Genossen Czysch aus Halle. Meines Erachtens ist sein Beitrag vor allem deshalb interessant, weil ein Architekt die echten Lebensprozesse in der Stadt, die er mitgebaut hat, mit nüchternem Blick und zugleich leidenschaftlich verfolgt. Die Aufgabe sehen wir nun darin, daß von allen Anwesenden gewissermaßen prophylaktisch Schlußfolgerungen für ihre eigene Arbeit zu ziehen sind. Die Wissenschaft sollte diese Erkenntnisse schnell verarbeiten, damit wir daraus einen unmittelbaren Nutzen bei der Lösung der vor uns stehenden Aufgaben im komplexen Wohnungsbau ziehen können.

Die künftige Hauptaufgabe besteht darin, die volkswirtschaftliche Effektivität unserer Arbeit zu erhöhen, daß heißt, das Nationaleinkommen rationeller zu erwirtschaften und effektiver zu verwenden. Für den Effekt der Verwendung eines bedeutenden Teiles des Nationaleinkommens haben wir Bauschaffenden eine hohe Verantwortung.

In den vergangene Monaten haben Partei und Regierung wirksame Maßnahmen eingeleitet, um die Investitionen besonders auf die Industrie, den Wohnungs- und Schulneubau sowie auf die Schaffung von Kindereinrichtungen zu konzentrieren. Gleichzeitig wurden mit der Ausarbeitung des Planes 1971 Voraussetzungen für eine reale und in ihren Grundproportionen bilanzierte Aufgabenstellung geschaffen. Dabei muß die oft diskutierte Stabilisierung des Planes als ein Prozeß verstanden werden, der uns ständig vor neue Probleme stellt und neue, effektive Lösungen verlangt.

In der Industrie besteht die Hauptaufgabe darin, die komplexe sozialistische Rationalisierung bestehender Betriebe durchzuführen, woraus sich für die Städtebauer komplizierte Aufgaben zur städtebaulichen Einordnung dieser umfangreichen Maßnahmen ergeben.

Ich unterstreiche deshalb das, was zum Industriebau und zu den für eine hohe Effektivität der Industrie zu schaffenden Voraussetzungen im Städtebau vom Präsidenten im Referat gesagt und von einigen Diskussionsrednern zum Ausdruck gebracht wurde.

Eines der Hauptprobleme, die vor uns stehen und zu denen von uns die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, ist die Verbesserung der Wohnbedingungen für eine möglichst große Zahl unserer Bürger und besonders für die Arbeiterklasse. Dies muß größtenteils durch Neubauten erreicht werden, aber auch durch die Modernisierung erhaltungswürdiger Altbausubstanz. Dabei liegt nicht allein in der Erhöhung der Zahl der zu errichtenden Neubauwohnungen das Problem, sondern darin, daß der Nutzeffekt erhöht werden muß. Wir können nicht gleichzeitig mit der steigenden Anzahl auch den Komfort, die Wohnfläche, die Bauhöhe, den standortbedingten Erschließungsaufwand, die Wärmedämmung, den Schallschutz und vieles andere mehr erhöhen. Ich möchte damit keinesfalls der Primitivität im Wohnungsbau das Wort reden.

Aber wir müssen gut überlegen und berechnen, wie wir im Rahmen der verfügbaren Materialien und finanziellen Fonds für die Gesellschaft das Beste erreichen, das heißt, die größte und für viele unserer Bürger spürbare Verbesserung der Wohnbedingungen erzielen. Das bedeutet aber die Rationalisierung bestehender und die Schaffung neuer Kapazitäten der Vorfertigung und Montage in den Wohnungsbaukombinaten, das erfordert die Industrialisierung im Ausbau und das verlangt die stadttechnische Erschließung zahlreicher neuer Bebauungsgebiete für den komplexen Wohnungsbau. Um nur das Wichtigste zu nennen.

Genosse Prof. Collein erwähnte in seinem Referat solche Architekten, wie Bruno Taut, Ernst May und Otto Haessler, die sich dem Wohnungsbau als sozialem Anliegen widmeten und die nicht weniger geachtet und anerkannt worden sind als andere, die in der Gestaltung attraktiver Einzelbauwerke ihr Ziel sahen. Gerade der sozialistische Wohnungsbau bietet mit seinem zutiefst sozialen Inhalt den Architekten und Städtebauern in der Deutschen Demokratischen Republik ein Wirkungsfeld, das höchstens unterschätzt, nicht aber überschätzt werden kann. Uns geht es darum, die besten Städtebauer und Architekten zu gewinnen, die sich dieser großen Aufgabe widmen. Wir brauchen die Besten deshalb, gilt es doch, ein ganzes System zu gestalten, mit dessen Hilfe Wohnbauten, gesellschaftliche Bauten einschließlich Tiefbauten und Außenanlagen auf der Grundlage des Einheitssystems Bau mit höchster Effektivität errichtet werden können.

Wie geht es damit im Jahre 1971 und in kommenden Jahren weiter?

Ich beschränke mich auf die in diesem Jahr durchzuführenden praktischen Schritte zur schrittweisen Verwirklichung der konzipierten Entwicklung des Einheitssystems Bau insgesamt und insbesondere im Wohnungs- und Gesellschaftsbau.

Mit der Bildung des Zentralinstituts Einheitssystem Bau wurden die Forschungskapazitäten des Instituts für TORG der Deutschen Bauakademie, des WTZ Bautechnische Projektierung und der Koordinierungsstelle für Standardisierung zusammengeführt. Damit liegen in einer Hand die Arbeiten an den Grundlagen des Einheitssystems Bau, auf dem Gebiet der technologischen Forschung, für die komplexe sozialistische Rationalisierung und Automatisierung bis zu den Maschinenkomplexen, den Unifizierungsgrundlagen und den Katalogen. Es wurden also wichtige inhaltliche und organisatorische Voraussetzungen geschaffen, um die erforderliche Komplexität in dieser Arbeit und deren kurzfristige Praxiswirksamkeit zu gewährleisten. Auf der Grundlage des Planes 1971 wird die straffe Organisation der arbeitsteiligen Zusammenarbeit der Kombinate und Betriebe geschaffen.

Mittels hochproduktiver Technologien und der ab 1971 als verbindliche Regelungen in Kraft zu setzenden Ordnungs- und Maßsysteme soll der schrittweise Übergang zur Automatisierung der Produktionsvorbereitung und der Vorfertigung von Bauelementen sowie zur komplexmechanisierten Baudurchführung nach den Erfordernissen des leichten ökonomischen Bauens gewährleistet werden.

Das Einheitssystem Bau muß immer mehr zu einem Instrument der komplexen sozialistischen Rationalisierung werden und ist als Rahmen zu nutzen für die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbes und zur Organisierung der Neuererbewegung auf höherem Niveau. Deshalb muß es den Bauarbeitern zugänglich gemacht und aufgehört werden, überspitzte Supersystemvorstellungen zu entwickeln, die uns nicht weiterhelfen.

Gleichzeitig haben wir in den vergangenen Monaten Maßnahmen eingeleitet, um im Wohnungsbau alle uns zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel der Forschung und Entwicklung auf diese vor uns stehenden Hauptaufgaben zu konzentrieren. Das sind zum überwiegenden Teil Aufgaben der Rationalisierung und das sind gleichzeitig Aufgaben, die uns einen notwendigen wissenschaftlichen Vorlauf für künftige Produktionsperioden im Wohnungsbau schaffen.

Dazu wurde am 1. 3. 1971 das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau unter Leitung von Genossen Prof. Herholdt bei der Deutschen Bauakademie gebildet.

Im Wohnungs- und Gesellschaftsbau ist die Aufgabe gestellt, auf der Grundlage des Einheitssystems Bau ein rationelles System von Finalerzeugnissen des Wohnungs-, Gesellschafts- und Tiefbaus sowie den dazu erforderlichen Bauwerksteilen und Elementen einschließlich effektiver Technologien zu entwickeln, das uns in die Lage versetzt, Wohnungen mit hoher Wohnqualität sowie Schulen, Kindereinrichtungen und andere Einrichtungen mit hohen Gebrauchswerteigenschaften und niedrigen Fertigungskosten zu produzieren und dabei gleichzeitig vielfältige architektonische und baukünstlerische Gestaltungsmöglichkeiten zu erreichen. Damit sollen auch bessere Voraussetzungen für die Ökonomie des Wohnungsbaues geschaffen werden, in dem die Wohnungsbaukombinate, verbunden mit eigenen Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Material- und Grundfondsökonomie und auf der Grundlage einer qualifizierten Planungs- und Leitungstätigkeit im Rahmen der derzeitigen Aufwandsnormative eine bedeutende Verbesserung ihrer Rentabilität erreichen und ihre Fonds grundsätzlich selbst erwirtschaften können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zum Diskussionsbeitrag des Genossen Dr. Lemke machen, mit dem ich in vielen Fragen völlig übereinstimme. Ich akzeptiere auch seinen Hinweis, daß die Leitung dieses Prozesses straffer in die Hand genommen werden muß. Wir haben bereits Schlußfolgerungen daraus gezogen. Im Ministerium für Bauwesen wurde ein relativ starker Bereich Städtebau, Wohnungsbau und Örtliches Bauwesen geschaffen.

Die Bildung des Instituts für Wohnungs- und Gesellschaftsbau gehört dazu sowie die Durchsetzung des arbeitsteiligen Zusammenwirkens zentraler und örtlichgeleiteter Kombinate und wissenschaftlicher Einrichtungen mit Hilfe des staatlichen Planes.

Genosse Dr. Lemke verweist darauf, daß in der gegenwärtig vorliegenden Konzeption zum Wohnungsbausystem 70 einiges nicht zusammen paßt: die Durchschnittsgröße der Wohnungen, die auf 56 m² zu begrenzen ist, der Kostensatz, der mit dem bisher erreichten Wert von 92 Prozent noch zu hoch ist, die Forderung nach erhöhtem Wärme- und Schallschutz, der Wohnungsverteilerschlüssel, der Geschoßverteilerschlüssel und das staatliche Aufwandnormativ. Das ist aber die Kernfrage der neuen Entwicklung im Wohnungsbau. Genosse Dr. Lemke hat sich zum „Wohnungsbausystem 70" bekannt, wir bekennen uns ebenfalls dazu. Es wäre ja auch zu einfach, nur Bedenken zu äußern. Erstens können wir nicht ewig den Typ „P 2" bauen, zweitens hat bereits die heute vorliegende Konzeption eine ganze Reihe von Vorteilen, die zum Beispiel darin zum Ausdruck kommen, daß der jetzt in Rede gestellte Kostensatz mit 92 Prozent zwar noch zu hoch ist, aber niedriger liegt als der bisher erreichte Kostensatz aller Wohnungsbaukombinate.

Dabei muß ich in aller Deutlichkeit erklären, das „Wohnungsbausystem 70" steht und fällt mit der Einhaltung oder Unterbietung der staatlichen Aufwandsnormative, wobei es eine andere Frage ist, ob dieses Ziel durch geringere Wohnungsgröße, geringere Bauhöhe, begrenzten Komfort, effektivere Technologien, geringeren Materialeinsatz oder ähnlichem erreicht wird. Sicherlich führen auch hier viele Wege ans Ziel. Der von Prof. Lammert erwähnte Vorschlag zur Bebauung des Markersdorfer/Hellmersdorfer Hanges in Karl-Marx-Stadt mit 83 Prozent fünfgeschossiger Bebauung weist auch hierfür einen richtigen Weg. Wir haben deshalb den an der Gestaltung des „Wohnungsbausystem 70" arbeitenden Fachleuten die Aufgabe gestellt, die ökonomischen Parameter dieses Systems so zu verbessern, daß die staatlichen Aufwandsnormen unterboten werden.

In diesem Zusammenhang wird die Frage nach höheren Wohnungsbaupreisen gestellt, und besonders mit steigenden Preisen der Zulieferindustrie begründet. Dabei sind Wohnungspreise nicht identisch mit den staatlichen Aufwandsnormativen, die bekanntlich einen sortimentsabhängigen Durchschnittswert darstellen. Gegenwärtig werden besonders im Rahmen des Typbeispieles Rostock eine Reihe von Gebrauchswert-Kosten-Analysen und anderen ökonomischen Untersuchungen durchgeführt, um die Zusammenhänge exakt zu klären und daraus die richtigen Beschlüsse abzuleiten. Dabei zeigt sich, daß wir bedeutend tiefer analysieren müssen, um die individuellen Kosten nach Kosten-Stellen, Kosten-Trägern und Kosten-Arten den gesellschaftlich notwendigen Kosten in den Wohnungsbaukombinaten gegenüberzustellen. Dabei zeigen sich große Mängel in der Handhabung sozialistischer Betriebswirtschaft in den Kombinaten, deren Überwindung aber eine Voraussetzung für die hohe Rentabilität ist.

Zu den Preiserhöhungen aus Vorstufenprozessen muß ich die Frage stellen:

Wer zwingt uns eigentlich, Preiserhöhungen der Vorstufenproduzenten inaktiv hinzunehmen? Es ist unser gutes Recht, auf der Grundlage gültiger Beschlüsse des Ministerrates, von den Vorstufenproduzenten die Einhaltung der festgelegten Preise und der Gebrauchswerteigenschaften zu verlangen, die unseren Preisanordnungen im Wohnungsbau zugrunde liegen. Wir arbeiten gegenwärtig eine neue Anordnung über die Ausstattung im Geschoßwohnungsbau aus, da die aus dem Jahre 1963 stammende Anordnung in vielen Punkten überholt ist.

Es kommt also darauf an, im Rahmen der Aufwandsnormative oder deren Unterschreitung, Gebrauchswerte zu schaffen, die eine unseren Bedürfnissen aber auch unseren Möglichkeiten entsprechende Wohnqualität aufweisen.

Unsere Konzeption für die weitere Arbeit sieht vor, das neue Wohnungsbausystem in den Jahren 1971 und 1972 vollständig auszuarbeiten und dabei 1971 bereits Teilergebnisse zu gewährleisten, die es grundsätzlich ermöglichen, im Jahre 1972 die projektmäßige Vorbereitung für die Anwendung der neuen Projektlösungen ab 1973 zu schaffen. Das bedeutet jedoch nicht, daß ab 1973 in allen Bezirken die Einführung neuer Wohnungstypen erfolgen muß. Im Gegenteil, in jedem Bezirk muß sorgfältig geprüft werden, ausgehend von den vorhandenen Produktionsanlagen und den gegenwärtig angewendeten Typen und Technologien, welches der günstigste Zeitpunkt zur Einführung des „Wohnungsbausystems 70" ist.

Für die Verbesserung der Ökonomie im Wohnungsbau einiger Bezirke ist es effektiver, die derzeitig angewendeten Typen und Technologien zu rationalisieren und in dieser Form noch zwei oder drei Jahre zu produzieren und erst dann zur Einführung des neuen Systems überzugehen. Das gilt besonders für Schulen und Kindereinrichtungen.

Entscheidend ist also, daß die neuen Projektierungsunterlagen ab 1972 (zur produktionswirksamen Anwendung ab 1973) zur Verfügung stehen, um jene Bezirke nicht zu Eigenentwicklungen zu zwingen, die in naher Zukunft zur grundlegenden Erneuerung ihres Wohnungs- und Gesellschaftsbausortiments kommen müssen.

So werden also in einer Reihe von Jahren sowohl die bisher bereits angewendeten Typen teils in rationalisierten Varianten neben den neuen Typen projektiert und produziert werden. Das ergibt sich auch aus den materiellen Möglichkeiten der Umstellung der Vorfertigungsbetriebe, insbesondere der Plattenwerke. Deshalb möchte ich nachdrücklich unterstreichen, daß der Rationalisierung bestehender Typen im Wohnungs- und Gesellschaftsbau ebenso große Beachtung geschenkt werden muß wie der Entwicklung des neuen Wohnungsbausystems, das selbst eine Rationalisierungsaufgabe komplexer Art ist.

Was verstehen wir unter Rationalisierung der Wohnungsbautypen?

Dazu gehört die Rationalisierung der Herstellungsprozesse, aber auch der Finalprodukte. Zu ersterem möchte ich hier nichts sagen. Zur Rationalisierung der Finalprodukte möchten, können und müssen die Städtebauer und Architekten einen beträchtlichen Beitrag leisten. Zunächst geht es darum, die gleiche Wohnqualität mit niedrigeren baulichen Aufwendungen und Kosten zu errichten. Ein Weg dazu wurde im Wohnungsbaukombinat Frankfurt mit der Deutschen Bauakademie beschritten, die gemeinsam eine Ideenkonferenz zu Fragen der Rationalisierung des Wohnungsbaues durchführten. Durch die Anwendung der dort unterbreiteten Vorschläge können die Selbstkosten je Wohnung um mehr als 1500 Mark gesenkt werden. Dieses Beispiel steht für viele. Es zeigt, welche großen Reserven zur Verbesserung der

Ökonomie des Wohnungsbaues, und zwar volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich, noch zu nutzen sind.
Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt, unter dem diese Problematik gesehen werden muß.
In den letzten Jahren wurde eine ganze Reihe von Erhöhungen der Gebrauchswerteigenschaften und der Wohnqualität, des Komforts und der Ausstattung vorgenommen, die in den meisten Fällen mit erhöhten Kosten verbunden sind.
Zweifellos gibt es Verbesserungen, an denen ein gesellschaftliches Interesse besteht und die deshalb in TGL-s, Standards und ähnlichen Vorschriften festgelegt sind. Es läßt sich aber sehr leicht zeigen und ist in diesem Kreise hinreichend bekannt, daß wir zahlreiche derartige Veränderungen des Gebrauchswertes unserer Finalprodukte vorgenommen haben, deren gesellschaftlicher Nutzen höchst zweifelhaft ist, so daß es nicht im Interesse der Gesellschaft und jedes unserer Bürger liegen kann, dafür Geld auszugeben.
Man möge mir entgegnen, daß es eine ganze Reihe von Gebrauchswerterhöhungen gibt, die mit zusätzlichen baulichen Aufwendungen und Kosten verbunden sind, und die ihren Ursprung in TGL-s oder Standards haben. Das ist zweifellos der Fall. Grundsätzlich sind Standards und TGL-s verbindliche Rechtsnormen, die einzuhalten sind. Es ist jedoch an der Zeit und wir sind bereits dazu übergegangen, diese Rechtsnormen gründlich zu überarbeiten, sie auf den neuesten Erkenntnisstand und mit den Maßstäben in Übereinstimmung zu bringen, die mit dem 14. und 15. Plenum des ZK der SED gesetzt sind.
In vielen Fällen teile ich die Meinung des Kollegen Brandstädter aus dem WBK Halle. Wenn ich jedoch seine kritischen Hinweise richtig verstanden habe, so sagte er, daß das Aufwandsnormativ die technisch-wissenschaftliche Weiterentwicklung behindert, wie die Mehrschichtplatte oder die Sanitärzelle. Ich halte das für eine prinzipielle Frage.
Wenn eine Neuentwicklung, wie die leichte Sanitärzelle zu Mehrkosten führt, die gegenwärtig von den Produzenten mit etwa 5000 Mark je WE beziffert werden, dann kann man diese Neuentwicklung nicht einführen. Sie wäre, wenn überhaupt, nur zu begründen, wenn ein volkswirtschaftlicher Vorteil entsteht, der diese Mehraufwendungen rechtfertigt. Bei der leichten Sanitärzelle ist das nach allen bisher vorliegenden Forschungsergebnissen nicht der Fall. Deshalb führen wir solche Neuerungen nicht ein und sehen keine Veranlassung, deshalb das Normativ zu verändern. Das ist unser grundsätzlicher Standpunkt. Deshalb pflichte ich auch dem Kollegen Wendisch in einem Punkt nicht zu, nämlich wenn er fordert ‚daß wir industriell vorgefertigte Ausbauelemente brauchen, ich zitiere wörtlich: „... deren Montageaufwand so gering als möglich ist." Das ist kein ausreichendes Kriterium, sondern der Gesamtaufwand muß sinken.
Anders ist das bei der erhöhten Wärmedämmung. Da stehen Energieeinsparungen den erhöhten baulichen Aufwendungen gegenüber. Zur Verwirklichung dieser Verbesserung sind jedoch materielle Voraussetzungen erforderlich, die wir nur schrittweise schaffen können. Wir halten es deshalb für erforderlich, in diesen Fällen Festlegungen über die stufenweise Einführung zu treffen, da speziell diese Standards perspektivische Zielsetzungen enthalten, die nur schrittweise geschaffen werden können.
In Verantwortung des Ministeriums für Bauwesen wurden und werden mehrere dieser Bestimmungen überprüft und notwendige Veränderungen vorgenommen beziehungsweise eingeleitet.
Völlig zu Recht wurde im Referat und in einigen Diskussionsbeiträgen auf die neuen Grundsätze über die rationelle und effektive Nutzung der Grundfonds gesprochen. Außer Zweifel steht, daß die Verwirklichung dieses Beschlusses uns gerade im Zusammenhang mit den umfangreichen Aufgaben des komplexen Wohnungsbaues vor neue, komplizierte Probleme stellt. Der Beschluß weist uns aber zugleich den Weg, auf welche Weise wir die Lösung anstreben müssen. Eine der Kernfragen des komplexen Wohnungsbaus ist, wenn wir von vornherein eine hohe Effektivität und Rationalität anstreben, in welcher Qualität die Vorbereitung der Investitionen erfolgt. Es geht darum, ausgehend von dem Generalbebauungsplan, über die Investitions- und Grundsatzentscheidung, die Projektierung bis zur Ausführung die Verantwortung und Entscheidung für den komplexen Wohnungsbau exakt zu regeln. Wir haben uns mit dem Institut für die Weiterbildung der Städtebauer und Architekten verständigt und sind übereingekommen, daß mit interessierten Kollegen aus Berlin und den Bezirken Leipzig und Halle eine Problemberatung zu diesem Fragenkomplex demnächst durchgeführt wird.
Im Zusammenhang mit der Rationalisierung der Finalprodukte und Technologien sowie der Entwicklung eines neuen Wohnungsbausystems stehen große Aufgaben vor der Projektierung. Auf der Projektierungskonferenz des Bauwesens im Mai 1970 wurden die Grundfragen der weiteren Entwicklung der Projektierung eingehend beraten und die weiteren Schritte festgelegt.
Die Ergebnisse dieser Beratung sind nach wie vor aktuell. Seit dieser Konferenz sind zweifellos Fortschritte erzielt worden. Genosse König vom BMK Erfurt hat hier dargelegt, wie in diesem Wirkungsbereich diese Probleme recht gut gemeistert werden. Er hat insbesondere unterstrichen, daß überall dort Schwierigkeiten entstehen, wo die Architekten aufhören um die Einheit von politisch-ideologischer, wissenschaftlich-technischer, wissenschaftsorganisatorischer, ökonomischer und baukünstlerischer Aufgabenstellung zu kämpfen. Das kann ich nur unterstreichen.
In einigen anderen Kombinaten können wir mit dem erreichten Grad der Integration der Projektierung, mit der erreichten Einflußnahme der Kombinate mittels ihrer Projektierungskollektive auf die Vorbereitungsphase der Investitionen sowie nicht zuletzt mit der erreichten Arbeitsproduktivität in der Projektierung nicht zufrieden sein.
Die ungenügende Durchführung der Beschlüsse wird jedoch von Projektierungskollektiven zum Anlaß genommen, die Beschlüsse selbst in ihrer Richtigkeit anzuzweifeln. Einige Projektanten verweisen nicht ohne Grund auf falsche Auffassungen, die es bei verschiedenen Auftraggebern noch gibt. Oft seien es nicht die Projektanten, die eine aufwendigere Lösung durchsetzen wollen. Sie stehen den überhöhten Forderungen der Auftraggeber oder ihrer eigenen Kombinatsleitungen oder in einigen Fällen beider Institutionen gegenüber, wodurch es ihnen außerordentlich erschwert und in manchen Fällen gänzlich unmöglich gemacht wird, die volkswirtschaftlich günstigere Lösung durchzusetzen. Dabei sind es in erster Linie einseitige betriebliche Motive, die manchen Auftraggeber oder auch Kombinatsdirektor veranlassen, einer volkswirtschaftlich weniger effektiven Lösung das Wort zu reden. Das ist natürlich eine sehr grundsätzliche Problemstellung, die damit aufgeworfen ist. Sicherlich ist es notwendig, diese Fragen ideologisch weiter zu klären und das ökonomische System voll zur Wirkung zu bringen, um derartige falsche Einstellungen zu überwinden. Trotzdem werden Projektanten naturgemäß immer in einem Entscheidungsfeld operieren müssen, das von den Interessen der Auftraggeber und der Auftragnehmer bestimmt wird. Wir haben auf der Projektierungskonferenz gründlich herausgearbeitet, daß es keine grundsätzlichen oder gar antagonistischen Widersprüche zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer unter sozialistischen Bedingungen geben kann, aber es hieße doch das Leben unzulässig vereinfachen, wollte man von einer völligen Übereinstimmung der Ziele und Interessen beider ausgehen.
Das führt zweifellos zu bestimmten Konfliktsituationen in der Projektierung, die aber nicht durch Strukturveränderungen überwunden werden können, sondern durch das bessere Argument im täglichen Kampf um die effektivste Lösung. Uns geht es um den Inhalt der Arbeit, um die Durchsetzung der besseren Standpunktes. Dazu sollte gerade die Verteidigung der Projekte vor geeigneten Gremien unter Einbeziehung der Bürger und ihrer gewählten Vertreter als wichtige Form sozialistischer Gemeinschaftsarbeit stärker genutzt werden. Sicher – diese Schlußfolgerung ziehen wir als Ministerium für Bauwesen – müssen wir die Projektanten in diesem Bemühen besser unterstützen, indem wir zum Beispiel zentrale Erfahrungsaustausche und Arbeitsanleitungen organisieren sowie bestimmte Grundsatzfragen zentral entscheiden. Gegenwärtig nutzen wir viel zu wenig die Möglichkeiten, die uns jetzt gegeben sind. Oftmals wird unterschätzt, daß es neben den staatlichen Verordnungen und den ökonomischen Systemregelungen den Meinungsaustausch mit dem Ziel der Herausbildung eines einheitlichen Standpunktes gibt. Hier sehen wir als Ministerium für Bauwesen eine besondere Verpflichtung, den Erfahrungsaustausch mit den Städtebauern und Architekten sowie mit Verantwortlichen der Projektierungsbetriebe so durchzuführen, daß die besten Erkenntnisse schnell zum Allgemeingut werden.
Feststeht jedoch, daß das eigentliche Problem, vor dem unsere Projektanten täglich aufs neue stehen, nicht durch die Veränderung der Struktur, sondern nur durch Beharrlichkeit in der Auseinandersetzung mit den Auftraggebern bei der Durchsetzung optimaler Projektlösungen zu erreichen ist. Eine weitere grundlegende Aufgabe in der Projektierung besteht darin, den Entwurfsprozeß produktiv und effektiv zu gestalten. Das ist unerläßlich, um das Defizit an Projektierungsbedarf abzubauen, um Varianten auszuarbeiten und um schließlich den Projektierungsimport zu verringern. Das erfordert, die Aufgaben zur Rationalisierung und Automatisierung routinemäßiger Arbeiten zielstrebig zu verwirklichen.
Bedeutet die Konzentration der Kräfte auf Industrie, Wohnungsbau, Schulbau und Kindereinrichtungen, daß die sozialistische Umgestaltung der Zentren nicht weitergeführt wird? Genosse Prof. Collein hat in seinem Referat auf diese Frage unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Genossen Paul Verner im Bericht an die 14. Tagung des ZK eine eindeutige Antwort gegeben, der ich nicht viel hinzuzufügen habe. Es geht also nicht darum, die Zentren nicht mehr weiterzubauen. Aber es reicht nicht aus, nur einfach das Tempo der weiteren Bautätigkeit in den Stadtzentren zu verlangsamen, sondern in vielen Fällen neu zu durchdenken, welche effektiveren Lösungen es für die Zentrumsgestaltung gibt. In manchen Fällen besteht die Lösung gegebenenfalls darin, das Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen eines Bauwerkes im Zentrum wesentlich zu verbessern, im anderen Fall ist es notwendig, die Rang- und Reihenfolge der Zentrumsbebauung entsprechend den realen Möglichkeiten neu festzulegen oder die Funktion der vorgesehenen Gebäude zu ändern. Auch das hat Grenzen, denn wir müssen im Wohnungsbau die Masse der Wohnungen in fünfgeschossiger Bebauung errichten. Deshalb wird eine Reihe von Bauten, die in den Zentren vorgesehen waren, erst zu einem späteren Zeitpunkt in den Plan aufgenommen werden können.

## Zu einigen Grundzügen sozialistischer Städtebaupolitik

Auf der Grundlage und in ständiger Wechselwirkung mit der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus haben sich bei der Umgestaltung unserer Städte neue Züge einer sozialistischen Städtebaupolitik herausgebildet. Von den gesellschaftspolitischen und volkswirtschaftlichen Zielen und Voraussetzungen ausgehend und abgeleitet aus dem vorliegenden Arbeitsmaterial möchte ich, unsere Erfahrungen und Erkenntnisse zusammenfassend, einige Gedanken zu den Grundzügen der sozialistischen Städtebaupolitik der nächsten Jahre darlegen.

1. Sozialistischer Städtebau ist eine hochrangige gesellschaftspolitische Aufgabe und fordert, die Ökonomie der Stadt als Resultat des bewußten Ausnutzens der Wirkung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus so zu gestalten, daß die höchste Effektivität im Bauen der Städte und für das Leben in der Stadt erreicht wird. Dazu ist die Stadt mit ihren Funktionen, Kommunikationen und ihrer Gestaltung als Ganzes zu planen und sind die Schwerpunkte des planmäßigen schrittweisen Umgestaltungsprozesses, ausgehend von den Interessen des Volkes, besonders der Arbeiterklasse, festzulegen. Das heißt in den 70er Jahren vorrangig die sozialistische Rationalisierung und Entwicklung der Industrie und die Verbesserung der Wohnbedingungen durch Neubau und Modernisierung zu gewährleisten.

2. Es zeichnet sich ab, daß zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte und der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität der Konzentrationsprozeß bei der Umgestaltung der Städte als Grundlinie fortgesetzt wird unter Berücksichtigung der Anforderungen, die die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft an eine gesellschaftlich und volkswirtschaftlich effektive Territorialstruktur stellt.
Damit ergibt sich die Notwendigkeit, in den Bezirken, Kreisen und Städten auf der Grundlage zentraler Festlegungen die notwendige Rangordnung und Reihenfolge, auch der zeitlichen Durchführung der Investitionsvorhaben, festzulegen und keine Verzettelung der Baumaßnahmen zuzulassen.

3. Die einheitliche, sich wechselwirkend bedingende Entwicklung der Produktivkräfte und der Arbeits- und Lebensverhältnisse führt zu einer ständig zunehmenden Verflechtung von Zweig- und Territorialentwicklung. Daraus erwächst den Volksvertretungen und ihren gewählten Organen die nur im Sozialismus zu lösende Aufgabe, die Planung der Stadt und ihres Umlandes so zu leiten, daß jede Baumaßnahme zu einem wirksamen Beitrag für die Umgestaltung der ganzen Stadt wird.
Es geht darum, gemeinsam mit den Leitungen der Zweige, mit Kombinaten und Betrieben die effektivsten Formen der Kombination, Kooperation und Mehrfachnutzung der neu zu errichtenden und vorhandenen Bauten und Anlagen zu realisieren.

4. Die Grundfondspolitik läßt unter den konkreten Bedingungen des vorhandenen Siedlungsnetzes der DDR die Schlußfolgerung zu, daß die städtebauliche Hauptaufgabe darin bestehen wird, die vorhandenen Städte entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und den realen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten sozialistisch umzugestalten und teilweise zu erweitern. Wir müssen die Umgestaltung der Stadt als Bestandteil eines ständigen Reproduktionsprozesses durchführen und dabei die effektivste Grundfondspolitik mit in den Vordergrund der Lösung der Planaufgaben stellen. Das bedingt ein optimales Verhältnis zwischen Erhaltung, Ersatz und Erweiterung der Baugebiete und die effektivste Nutzung der vorhandenen Grundfonds. Abrisse werden wir nur dort und in dem Umfang durchführen, wo der Ersatz der vorhandenen Substanz durch Neubauten die optimale Lösung ist und die Bebauung der durch Abriß gewonnenen Flächen unmittelbar nach dem Abriß auch planmäßig vorgesehen ist.

5. Unsere Wohnungspolitik wird sich darauf richten, nicht überspitzten Komfort für wenige, sondern angenehme Wohnbedingungen für viele, vorrangig für die Arbeiterklasse, zu schaffen. Deshalb begrenzen wir bewußt mit Normativen den Aufwand für eine Wohnung und steuern den begrenzten Einsatz von vielgeschossigen Wohnhäusern. Wohnhochhäuser werden wir in den nächsten Jahren nur in begründeten Ausnahmefällen zulassen. Es geht um die Schaffung vieler guter und zweckmäßiger Wohnungen und nicht um wenige exklusive Wohnungen. Man muß Schluß machen mit der Errichtung von Wohnhochhäusern, bei denen eine WE mehr als 100 000 Mark kostet. Die Aufgabe besteht jedoch auch darin, die Ausstattung alter und neuer Wohngebiete mit Vorschul-, Bildungs- und Versorgungseinrichtungen zu verbessern.

6. Unsere Städte sollen ein klares und charakteristisches Gesamtgepräge erhalten und abwechslungsreich in ihren Ensembles sein, wobei Altes und Neues sinnvoll zu vereinen ist. Wir wenden uns gegen schematische Auffassungen des Umgestaltungsprozesses, auch dagegen, daß die Umgestaltung der Stadt von innen beginnend baulich realisiert werden kann, ohne Rücksicht auf den Effekt und die konkrete Situation.

7. Die Verwirklichung einer Synthese von Architektur und bildender Kunst ist nach wie vor eine Aufgabe, deren erfolgreiche Lösung die Qualität unserer städtebaulichen Leistungen in den nächsten Jahren entscheidend mitbestimmen wird. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß wir künftig auch den Einsatz bildkünstlerischer Mittel noch rationeller planen müssen. Wir stellen die Forderung nach Einbeziehung der bildenden Kunst in städtebaulich-architektonische Aufgaben auch besonders bei der Gestaltung unserer Wohnkomplexe, wobei es nicht in erster Linie darum geht, ob mehr oder weniger Mittel hierfür zur Verfügung stehen, sondern darum, daß die verfügbaren Mittel so wirksam als möglich eingesetzt werden.

Dazu sollten die Ideen und Hinweise der in den Wohngebieten lebenden Bürger in breitem Maße genutzt werden.

8. Sozialistische Städtebaupolitik schließt die ständige Verbesserung der Kommunikationen und der technischen Versorgung ein. Ein bedeutender Teil der Baumaßnahmen bei der Umgestaltung der Städte, auch ihrer einzelnen Bereiche, ist als unterirdische Baumaßnahme zwingende Voraussetzung zur Schaffung lebensfähiger Städte, ohne selbst stadtgestaltend sichtbar zu werden.

Der außerordentlich hohe Bedarf an neuen Primäranlagen und Netzen der Stadttechnik und an Verkehrsbauten in den kommenden Jahren gebietet deren Planung und Realisierung mit höchster Effektivität und die Sicherung des notwendigen Vorlaufes als zwingende Voraussetzung für die städtebauliche Umgestaltung.

9. Sozialistische Städtebaupolitik gründet sich darauf, daß das Volk zugleich Bauherr, Erbauer und Nutzer der Städte und Dörfer ist. Das wissenschaftlich begründete Bild der Zukunft unserer Städte und der Weg der schrittweisen Umgestaltung der Städte werden erarbeitet und verwirklicht im Auftrage und durch die Arbeit des ganzen Volkes. Das Beraten und Mitplanen der Grundlinie der Entwicklung unserer Städte und Gemeinden und das Mitarbeiten, vor allem auch im Rahmen der Volksinitiative „Schöner unsere Städte und Gemeinden – mach mit!", sind ein Kernstück der Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie und Grundprinzip der Planungs- und Leitungstätigkeit.

## Zur Verbesserung der Planungs- und Leitungstätigkeit

Der Beschluß des Staatsrates zur Entwicklung sozialistischer Kommunalpolitik ist die grundlegende Ordnung für die Planungs- und Leitungstätigkeit der zentralen und örtlichen Staatsorgane, in die auch die Aufgaben zur Durchsetzung der sozialistischen Städtebaupolitik eingeordnet sind.

Die wichtigste Erkenntnis für die Qualifizierung der Leitungstätigkeit hat uns die Partei gelehrt: Jede neue Planungsaufgabe muß mit einer klaren politisch-volkswirtschaftlichen Zielstellung beginnen.

Ausgehend von dieser Zielstellung gilt es, eine hohe Effektivität in jeder Planungsphase als Grundlage für die Entscheidungen örtlicher Staatsorgane zu gewährleisten.

Das Rechnen und Bilanzieren, der Nachweis des volkswirtschaftlichen Nutzens, gehören mehr denn je zu den Aufgaben unserer Städtebauer und Architekten. Das beginnt beim Generalbebauungsplan und führt bis zum exakt berechneten effektiven Projekt, wie das in mehreren Diskussionen zum Ausdruck gebracht wurde. Wir müssen uns darüber klar sein, daß es in vielen Fällen noch nicht gelungen ist, die volle Übereinstimmung von städtebaulich-architektonischer Entwicklung und wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Entwicklung des Bauwesens herzustellen und die realen, aus der Prognose abgeleiteten Schritte zur Verwirklichung der städtebaulichen Grundlinie ökonomisch zu begründen.

Die Generalbebauungsplanung darf nicht ausschließlich als Prognosearbeit betrachtet werden. Es kommt gleichfalls darauf an, aus der prognostizierten Hauptrichtung der städtebaulichen Entwicklung quantifizierte, ökonomisch begründete Wege und Etappen für einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren in Form langfristiger Konzeptionen herauszuarbeiten und davon ausgehend die Eckpunkte für den Fünfjahrplan abzuleiten.

Bei der weiteren Arbeit am Fünfjahrplan bis 1975 müssen wir die städtebaulichen Aufgaben mit der Kapazitätsentwicklung des Bauwesens unter Beachtung entscheidender volkswirtschaftlicher Verflechtungen bilanzieren. Das ist eine Voraussetzung für die Kontinuität und Effektivität in der Bauproduktion. Dazu gehört zum Beispiel die rechtzeitige Klärung der Wärmeenergieprobleme, die mit der Inbetriebsetzung von Wohngebäuden, Schulen und Kindereinrichtungen verbunden sind. Eine solche Arbeitsweise charakterisiert die wissenschaftlich begründete Vorbereitung für die zu den jeweiligen konkreten Vorhaben zu treffenden Grundsatzentscheidungen gemäß dem Beschluß über die Grundsätze der Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds.

Unser Hauptanliegen zur Verbesserung der Leitungstätigkeit ist es, die Ergebnisse städtebaulicher Planungen so effektiv wie möglich in die unter Verantwortung der örtlichen Räte stehenden Gesamtplanung im Territorium einzubeziehen. Gegenwärtig ist die Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet des Städtebaues unter der Leitung der örtlichen Staatsorgane noch recht unterschiedlich und es gilt auch hier, die besten Erfahrungen und Methoden zu verallgemeinern. Die Bezirksbaudirektoren tragen als Ratsmitglieder eine hohe Verantwortung dafür, daß die Übereinstimmung der städtebaulich-architektonischen und der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Entwicklung des Bauwesens im Territorium gewährleistet wird und in Übereinstimmung mit der Grundlinie der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Entwicklung im Rat behandelt und einer Entscheidung zugeführt wird.

Für die Herausarbeitung der städtebaulich-architektonischen Grundlinie im Bezirk ist der Bezirksarchitekt verantwortlich. Die von mir gekennzeichneten neuen Aufgaben haben deutlich gemacht, daß die Planungs- und Vorbereitungsphasen eine immer größere Bedeutung erlangen.

Deshalb halte ich es für zwingend notwendig, daß die Bezirksbaudirektoren den Bezirksarchitekten als ihren Stellvertreter für Städtebau und Architektur zielgerichtet zur Lösung dieser Aufgaben einsetzen, aber auch stärker in die gesamte Leitungstätigkeit des Bezirksbauamtes einbeziehen. Andererseits erwarte ich von den Bezirksarchitekten, und das gilt auch für die Stadtarchitekten, daß sie die Prozesse städtebaulicher Planung straffer leiten und ein reaktionsschnelles Handeln vor allem in den Büros für Städtebau durchsetzen. Das erfordert, wissenschaftliche Ergebnisse, insbesondere der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft, anzuwenden und verstärkt auf die politisch-fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter im Hinblick auf volkswirtschaftliches Denken und ökonomisches Berechnen Einfluß zu nehmen.

Zur Unterstützung der Bezirke habe ich veranlaßt, daß im Ministerium für Bauwesen der Erfahrungsaustausch und die Problemdiskussion wesentlich erweitert werden. Ergänzend zu den Beratungen mit den Bezirksbaudirektoren und den Bezirksarchitekten werden wir künftig auch Beratungen mit Stadtarchitekten, Chefarchitekten der Kombinate und Neuerern der Produktion sowie den Verantwortlichen für Wissenschaft und Technik der Bezirksbauämter durchführen.

Auf dem Gebiet der Generalbebauungsplanung wird im Sinne der Vorschläge des Präsidenten gegenwärtig an einer einheitlichen Regelung gearbeitet. Als eines der ersten Ergebnisse des Großforschungsvorhabens „Sozialistische Umgestaltung der Städte und Siedlungen" ist eine Richtlinie für die Generalbebauungsplanung vorgesehen.

Alle die von mir dargelegten Aufgaben und Maßnahmen sind darauf gerichtet, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus immer besser für die sozialistische Umgestaltung unserer Städte und Siedlungszentren zu nutzen.

## Zu den Aufgaben der Forschung und Weiterbildung

Ausgehend von der für die Wissenschaftsorganisation des Bauwesens in der DDR festgelegten Grundlinie, wurden die für die Lösung dieser großen Forschungsaufgaben erforderlichen Zentren der Forschung geschaffen, und es besteht Klarheit über die Verantwortlichkeit, wobei das Zentralinstitut Einheitssystem Bau und das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau bei der Deutschen Bauakademie ein besondere Verantwortung tragen. Wir sind auch in der Programmierung der Forschungsvorhaben einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Sie alle wissen aus eigener Erfahrung, daß die eindeutige Aufgabenstellung für den Erfolg jeder Arbeit entscheidend ist. Eine Reihe unserer Forschungsaufgaben ist hinsichtlich der ökonomischen Fundierung unzureichend begründet. Um die Forschung im Bauwesen praxisbezogen durchzuführen, wurden mit dem Plan 1971 exakte Aufgaben für das Forschungsvorhaben „Sozialistische Umgestaltung der Städte und Siedlungen" gestellt, die sich besonders auf die Erzielung hoher Effektivität in der Generalbebauungsplanung, einer wissenschaftlichen Vorbereitung des komplexen Wohnungsbaues und auf die Schaffung rationellster Lösungen für die Modernisierung und Werterhaltung beziehen.

Die Aufgabenstellung für die Forschung hat grundsätzlich von den realen Anforderungen und volkswirtschaftlichen Möglichkeiten auszugehen. Das bedeutet, daß die Problemerkundung große Bedeutung für die Konzipierung der Forschungsprogramme erhält. Es ist notwendig, hierbei erfahrene Kader der Praxis einzubeziehen und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in allen Ebenen und Bereichen weiterzuentwickeln.

Wir müssen die vielfältigen Verflechtungen bei der Durchführung der Forschungsarbeiten erkennen und beherrschen lernen, um die Arbeit großer Forschungskollektive zielstrebig zu einem komplexen Ergebnis zu führen.

Die Lösung der Aufgaben auf dem Gebiet von Städtebau und Architektur erfordert eine ständige Qualifizierung der betreffenden Kader.

Der Bund der Architekten der DDR hat bei der Weiterbildung seiner Mitglieder beachtenswerte Ergebnisse erzielt. Dafür gebühren ihm Dank und Anerkennung. Aber auch die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, einschließlich des Weiterbildungsinstituts für Städtebau und Architektur, sowie die Technische Universität Dresden verfügen bereits über Erfahrungen auf diesem Gebiet.

Entsprechend dem System der Aus- und Weiterbildung der Bauschaffenden kommt es jetzt darauf an, mit aktiver Unterstützung des Bundes der Architekten in verstärktem Maße die Weiterbildung an den Hochschulen sowie für einen großen Kreis von Städtebauern und Architekten an den Bezirksakademien des Bauwesens zu organisieren.

An den Hochschulen sollten die guten Erfahrungen der Technischen Universität Dresden bei der Weiterbildung auf dem Gebiet der Erhaltung von Gebäuden umfassend genutzt werden. Der Bund der Architekten sollte in Abstimmung mit den genannten Institutionen seine Arbeit in den Bezirksgruppen und natürlich auch auf zentraler Ebene auf dem Gebiet der Weiterbildung zielstrebig fortsetzen.

Wir erwarten, daß dabei das Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur sowie die Zeitschrift „deutsche architektur" Aufgaben bei der wissenschaftlichen Vorbereitung von Lehrprogrammen sowie zum Teil auch bei der Veröffentlichung von Lehrmaterialien übernehmen.

Durch das Ministerium für Bauwesen wird die Regelung für das arbeitsteilige Zusammenwirken der genannten Einrichtungen erarbeitet, und der Bund der Architekten der DDR sollte dabei mitwirken.

Der 6. Bundeskongreß des Bundes der Architekten zeigte, welche großen, besonders aber auch lohnenden Aufgaben wir in den nächsten Jahren bei der Durchsetzung der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ziele auf dem Gebiet von Städtebau und Architektur und insbesondere auf dem Gebiet des Wohnungsbaues zu lösen haben.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, wie die Städtebauer und Architekten künftig die Effektivität ihres Schaffens wesentlich erhöhen können. Dabei wurde auch die große Bereitschaft der Mitglieder des Bundes sichtbar, ihre Kraft, ihr Können und ihre Erfahrungen zur Erreichung der großen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ziele einzusetzen. Dabei wird es für eine größere Wirksamkeit des Bundes entscheidend sein, wie er den Architekten und Städtebauern hilft, sich zu bewußten Kämpfern für die Ziele unserer sozialistischen Gesellschaft zu entwickeln. Das hier auf dem Kongreß herausgearbeitete Anerbieten des Bundes zu noch stärkerer Mitarbeit in allen Fragen der städtebaulich-architektonischen Entwicklung sollten die staatlichen Leiter des Bauwesens sowie die Leiter der Baukombinate und Betriebe aufgreifen und die politischen und fachlichen Potenzen der Mitglieder des Bundes zur Lösung der großen volkswirtschaftlichen Aufgaben stärker nutzen. Wir erwarten besonders von den Bezirksbaudirektoren und den Kombinatsdirektoren, daß sie die Beziehungen zu den Bezirksgruppen herstellen beziehungsweise vertiefen. Viele Probleme der städtebaulichen Planung, der Entwicklung des Bauwesens, der Forschung und Projektierung lassen sich besser lösen, wenn sie im Kreise der Mitglieder des Bundes beraten werden. Davon zeugen viele gute Erfahrungen. Auch die örtlichen Volksvertretungen und die Nationale Front sollten noch mehr die große Kraft und die schöpferischen Fähigkeiten des Bundes der Architekten nutzen und ihn in die Arbeit der Kommissionen und der Wohnbezirksausschüsse einbeziehen.

Von den Mitgliedern des Bundes erwarten wir, daß sie mit ihren Vorschlägen und klugen Ideen beitragen, in den staatlichen Organen, in den Baukombinaten und den Kommissionen die gestellten Aufgaben mit hoher Effektivität zu erfüllen. Viele Mitglieder des Bundes werden neben ihrer eigenen Weiterbildung als Dozenten einen wichtigen Beitrag zur Weiterbildung ihrer jungen Kollegen leisten. Auf zentraler Ebene werden wir die Zusammenarbeit mit dem Bund noch enger gestalten, um die Grundlinien der Tätigkeit des Bundes mit den staatlichen Führungsaufgaben abzustimmen und die Erfahrungen und Kenntnisse, die besonders in den zentralen Fachgruppen zusammenfließen, auch für die Erfüllung staatlicher Aufgaben zu nutzen.

Die Beratungen des 6. Bundeskongresses, des Arbeitskongresses des sozialistischen Fachverbandes der Architekten der DDR in Vorbereitung auf den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind beendet.

Jetzt geht es darum, die Ideen, Vorschläge und Beschlüsse des Kongresses zu verwirklichen und sich mit Elan und Schöpferkraft einzureihen in den sozialistischen Wettbewerb und die große Volksaussprache zum VIII. Parteitag der SED.

# Der Leninplatz in Berlin

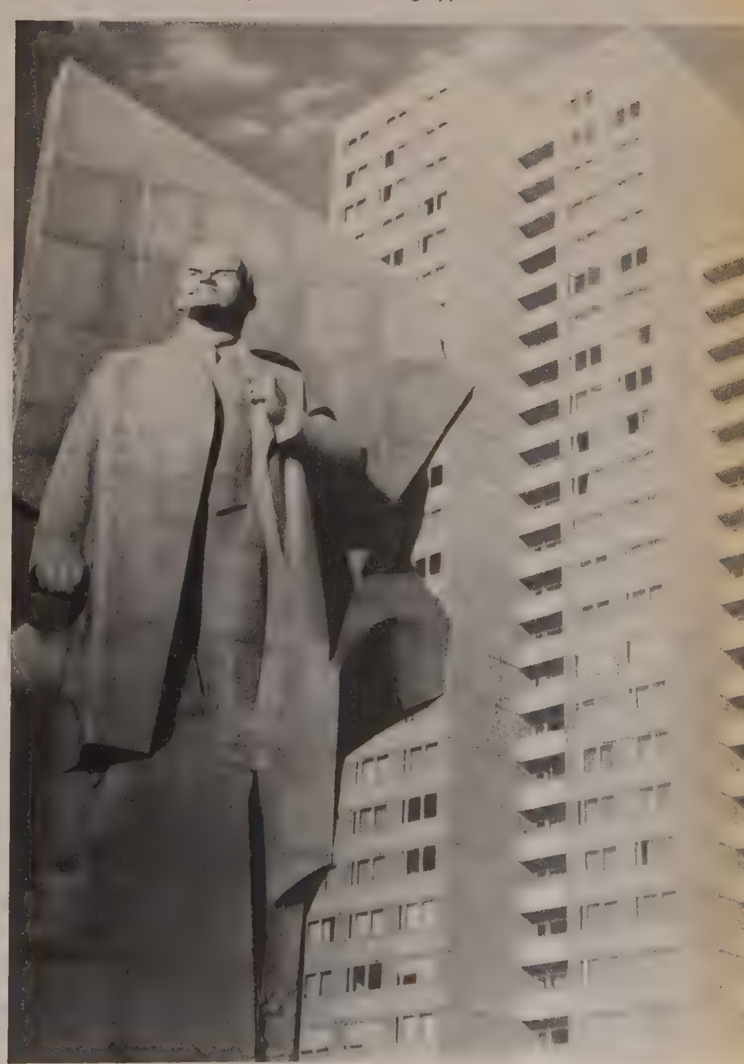
Dipl.-Ing. Heinz Mehlan
VE Wohnungsbaukombinat Berlin

Am 19. April 1970, wenige Tage vor dem 100. Geburtstag des großen Führers der internationalen Arbeiterklasse, wurde im Herzen des sozialistischen Berlins feierlich das Lenindenkmal enthüllt und damit der neue Leninplatz eingeweiht.
In seiner Ansprache vor 200 000 Teilnehmern der machtvollen Großkundgebung hob der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, hervor, daß Bauarbeiter, Architekten und Künstler hier unter gewaltigen Anstrengungen in gemeinsamer Arbeit einen der schönsten Plätze des neuen Berlins geschaffen haben, der Wladimir Iljitsch Lenins würdig ist.
Der Leninplatz entstand inmitten eines neuen sozialistischen Wohngebietes, dort, wo in den vergangenen Jahrzehnten Mietskasernen mit lichtlosen Hinterhöfen standen.
Durch dieses neue Wohngebiet, das sich von der Karl-Marx-Allee bis zum Volkspark Friedrichshain erstreckt, verläuft die von Nordosten sich dem Stadtzentrum nähernde Leninallee. Karl-Marx-Allee und Leninallee werden durch eine Ringstraße miteinander verbunden, die das unmittelbare Stadtzentrum umläuft. Diese Ringstraße bildet eine Querachse zur großen Ost-West-Magistrale, der Karl-Marx-Allee, und verläuft hier vom Strausberger Platz, dem wichtigsten städtebaulichen Schwerpunkt der Karl-Marx-Allee, zum neuen Leninplatz.
Außer dem Wohnhochhaus und den beiden elfgeschossigen Wohnbauten gehören zum Wohnkomplex Leninplatz noch eine Kaufhalle, ein Kindergarten und eine Kinderkrippe, eine Fernsprechvermittlungsstelle mit Postamt sowie eine Oberschule. Bis auf die Kaufhalle entstehen alle genannten Objekte außerhalb des Platzraumes und wurden darum in die Darstellung nicht einbezogen. Die Kaufhalle wurde auf dem Geländedreieck südlich der Straßenkreuzung, etwa in der Flucht der westlichen Bebauung der Ringstraße, errichtet und trägt zur Maßstabsbildung der vielgeschossigen Bebauung bei.
Bei der Gestaltung des Leninplatzes galt es insbesondere, die vom Strausberger Platz her bestehenden hervorragenden Sichtbeziehungen zu berücksichtigen und den Volkspark Friedrichshain mit seinem 40 Meter hohen grünen Hügeln, von den Berlinern scherzhaft „Mont Klamott" genannt, mit einzubeziehen.
Weiterhin mußten bei der Erarbeitung der städtebaulichen Lösung die bereits fertiggestellten Gebäude der angrenzenden Wohnbebauung und die gesamte Verkehrskonzeption des Stadtzentrums beachtet werden.
Der Auftrag zur Erbauung des Leninplatzes in Berlin ist vor allem ein Beispiel für die Herausbildung neuer Bauaufgaben, die mit dem Fortschreiten sozialistischer Umweltgestaltung durch immer größere Komplexität gekennzeichnet sind. Dabei geht es sowohl um das Bewußtmachen der neuen gesellschaftlichen Ideen und Verhältnisse beim Aufbau des Sozialismus mit den Mitteln der Architektur und der bildenden Kunst, wie auch um die Bedeutung der Architektur als soziales und kulturelles Milieu des Menschen und um die Verflechtung der Architektur mit den ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Bedingungen der Bauproduktion.
Mit dem Leninplatz wurde nach den Investitionskomplexen Unter den Linden, Alexanderplatz und Rathaus-Liebknecht-Straße ein neuer Abschnitt beim Aufbau des Zentrums der Hauptstadt der DDR eingeleitet.
Die Konzeption des Leninplatzes soll die Synthese von Städtebau, Architektur und bildender Kunst in der sozialistischen Umweltgestaltung zum Ausdruck bringen.
Im Mittelpunkt des Platzensembles wurde ein monumentales Denkmal zu Ehren W. I. Lenins errichtet, dessen Gestaltung Professor Nikolai Tomski, Präsident der Akademie der Künste der Sowjetunion, übernahm.
Denkmal, Hochbauten und Freiflächen bilden eine kompositionelle Einheit, die der Bedeutung des Platzes gerecht wird. Die städtebauliche Lösung geht von der Grundidee aus, die axialen Beziehungen Strausberger Platz—Leninplatz mit Denkmal und Volkspark Friedrichshain darzustellen.
Die konvergierenden Fluchten der am Strausberger Platz beginnenden älteren Bebauung werden am Leninplatz von zwei geschwungenen elfgeschossigen Wohnbauten aufgenommen und zusammen mit einem Wohnhochhaus zu einem halbrunden, jedoch asymmetrischen Platz weiterentwickelt. Die konvex gebogenen Teile der elfgeschossigen Wohnbauten stehen sich diagonal verschoben gegenüber. Dadurch wird die angestrebte Dynamik des Platzraumes noch gesteigert. Die Schwingungen der elfgeschossigen Platzbebauung sind außerdem so angelegt, daß sie auch zu den Baufluchten der Leninallee überleiten.
Die beherrschende Dominante des Ensembles ist das vertikal gegliederte und in der Höhe dreifach abgestufte Wohnhochhaus. Die drei Bauteile des Hochhauses sind in sich und gegeneinander so versetzt, daß der gesamte Baukörper zum Platz hin eine konkave Krümmung erhält und zusammen mit dem konkaven Teil der westlichen elfgeschossigen Bebauung den halbrunden, zum Friedrichshain aber geöffneten Platzabschluß bildet.
Der dem Hochbau vorgelagerte Flachbau, in dem sich gastronomische Einrichtungen und Geschäfte befinden, unterstützt diese Wirkung durch eine markante 1,20 m hohe Dachkante, die nach Westen hin ausschwingt.
Die Entwurfsarbeit an dieser Konzeption des Platzensembles, die zwar von den städtebaulichen Bedingungen ausging, wurde von Beginn an mit den Überlegungen über den günstigsten Standort des Lenindenkmals und seiner Gestaltung engstens verknüpft.
Der Standort des Denkmals wurde im räumlichen Schwerpunkt des Platzes, auf der vor dem Wohnhochhaus liegenden Freifläche gewählt, der auch den vorhandenen Sichtbeziehungen am besten entspricht.
Massenaufbau und Größe des Denkmals, seine Orientierung sowie die Gestaltung der das Denkmal umgebenden Freifläche waren wiederum mit den städtebaulichen Proportionen und der allgemeinen Flächenstruktur des Platzes abzustimmen. Durch die vorgesehene Höhenentwicklung der Platzbebauung (Höhe des Hochhauses rund 75 m, Höhe der elfgeschossigen Wohnbauten rund 33 m) und die räumliche Ausdehnung des Platzes waren von vornherein die Voraussetzungen für eine entsprechende monumentale Gestaltung des Denkmals gegeben.
Zwei der Wettbewerbsarbeiten enthielten in unterschiedlicher Weise die Idee, das Denkmal Lenins in Verbindung mit dem Symbol der Arbeiterfahne zu gestalten. Vom Bildhauer Prof. Nikolai Tomski wurde dieser Gedanke in einer vollkommen neuen Auffassung in seinem Entwurf herausgearbeitet und im Herbst 1968, anläßlich der Grundsteinlegung am Leninplatz, für die Ausführung bestimmt.
Die Statue Lenins und das Fahnensymbol sind im Denkmal in vollendeter Harmonie miteinander verschmolzen. Auf einem kreisrunden niedrigen Sockel von 26,0 m Durchmesser erhebt sich das eigentliche Denkmal bis zu einer Höhe von 19 m und wird damit weithin sichtbar. Der vom Bildhauer für das Denkmal, das insgesamt aus 13 Schichten zusammengesetzt ist, ausgewählte rote ukrainische Granit steht mit dem Grün des Volksparkes Friedrichshain im Hintergrund im lebhaften Kontrast.
Das Motiv der Fahne, das für die Komposition des Denkmals entscheidend ist, klingt gewissermaßen in der geschwungenen Platzbebauung neu an, ohne daß ein gewollter Symbolismus in Erscheinung tritt, und läßt die Entwurfsidee des ganzen architektonischen Ensembles augenfällig werden.
Eine weitere wichtige Komponente für die gesamte städtebaulich-architektonische und künstlerische Lösung des Platzes ist die Freiflächengestaltung.
Mit den vielgeschossigen Wohnbauten und Hochhäusern des modernen Städtebaus gewinnt die Sicht von oben auf die Freifläche zunehmend an Bedeutung. Das trifft in besonderem Maße auf Freiflächen

1 Blick vom Strausberger Platz zum Leninplatz

| | |
|---|---|
| Städtebauliche Konzeption: | Gemeinschaftsarbeit von Kollektiven der Deutschen Bauakademie Institut für Städtebau und Architektur; des Bezirksbauamtes Berlin, Abt. Städtebau und Architektur und des VE Wohnungsbaukombinates Berlin auf der Grundlage eines Wettbewerbsentwurfes eines Kollektivs unter Leitung von Prof. Hermann Henselmann |
| Lenindenkmal: | Prof. Nicolai Tomski |
| Projekt und Ausführung: | VE Wohnungsbaukombinat Berlin |
| Projektierungs-kollektiv: | Leitung: Dipl.-Ing. Heinz Mehlan<br>Architekt BDA Herbert Boos<br>Architekt BDA Erwin Kussat<br>Architekt BDA Karl-Heinz Schneider<br>Dipl.-Ing. Joachim Boetticher<br>Architekt BDA Harry Reichert<br>Architekt BDA Erika Bärhold<br>Dipl.-Ing. Ruth Krause<br>Architekt Dietrich Kämling |
| Statik: | Ingenieur Karl Panten<br>Ingenieur Werner Senftleben<br>Ingenieur Wolfgang Beyer<br>Ingenieur Werner Grams |
| Bauwirtschaft: | Ingenieur Heinz Kleinschmidt<br>Ingenieur Hermann Stabenow<br>Ingenieur Kurt Grasse |
| Heizungsanlagen: | Ingenieur Hans-Dieter Schwenk<br>Ingenieur Werner Taudien |
| Sanitäranlagen: | Ingenieur Otto Polzin<br>Ingenieur Horst Ziemke |
| Elektroanlagen: | Ingenieur Joachim Jagnow |
| Fernmeldeanlagen: | Ingenieur Kurt Preuß |
| Freiflächen: | Gartenarchitekt Eberhard Horn<br>Gartenarchitekt Jürgen Lobst<br>Gartenarchitekt Mertel |
| Kaufhalle: | VE BMK Ingenieurhochbau Berlin |

2 Lenindenkmal. Im Hintergrund die Hochhausgruppe






3

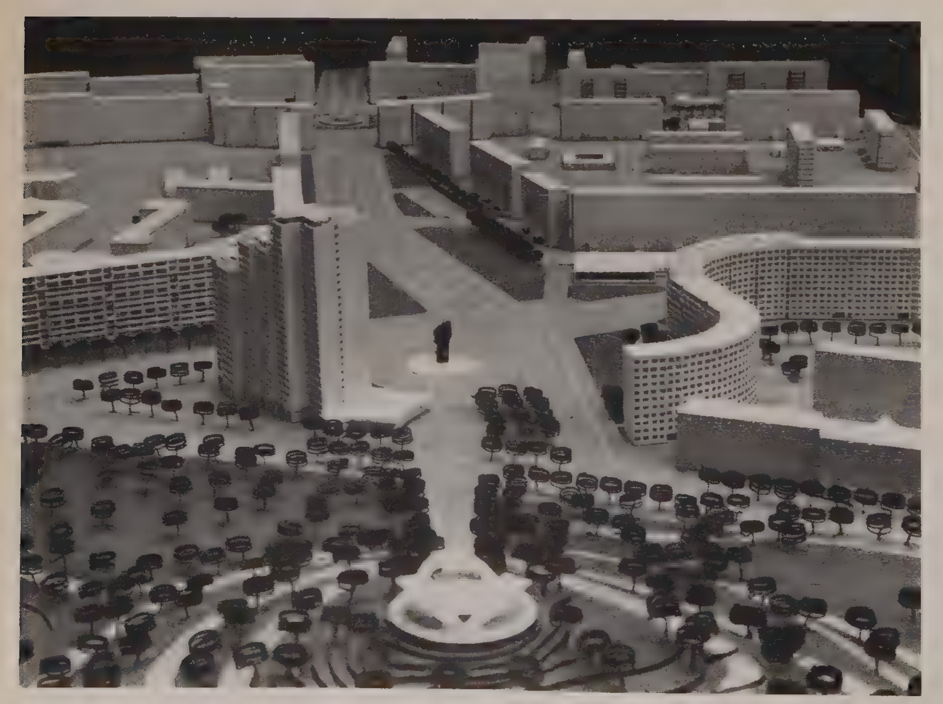
**Kapazität:**

| | |
|---|---|
| Wohnhochhaus: | 280 Wohnungseinheiten |
| Flachbau: | 160 Gaststättenplätze und 150 m² Verkaufsfläche |
| elfgeschossige Bebauung: | 964 WE |
| Kindergarten: | 180 Plätze |
| Kinderkrippe: | 80 Plätze |
| Schule mit Turnhalle: | 720 Plätze |
| Kaufhalle: | 1020 m² Verkaufsfläche |

3
Blick auf die Hochhausgruppe

4
Modellfoto

4



zu, die das Denkmal unmittelbar umgeben. In Anbetracht ihrer Symmetrie und Regelmäßigkeit lag es deshalb nahe, ausgehend von dem kreisförmigen Denkmalssockel, hier die mit Natursteinplatten befestigten Flächen geometrisch zu gestalten. Hell- und dunkelgraue Granitplatten wurden strahlenförmig über die Fläche verteilt.

Der gesamte Denkmalsbereich wurde gegenüber den angrenzenden Gehwegen bzw. Straßen erhöht, um ihn optisch hervorzuheben. Die drei flachen, zwischengelegten Stufen sind jedoch für den Passanten leicht zu überwinden, so daß eine unerwünschte Isolierung dieses Platzraumes vermieden werden konnte.

In Richtung zum Hochhaus und Friedrichshain wurde dieser Bereich durch eine viertelkreisförmige Grünanlage abgeschlossen. Sie besteht aus einem breiten Blumenfeld und einem sogenannten Hochbeet, das eine Rosenpflanzung erhielt. Mit dem Hochbeet wird gleichzeitig das am Hochhaus liegende Gelände abgefangen. Es wirkt dadurch als niedrige Stützmauer, die den Denkmalsbereich nach hinten räumlich abschließt. Zwei Unterbrechungen mit Differenztreppen stellen die Verbindung vom Denkmal zum Hochhaus und in Richtung Friedrichshain her.

Die Freiflächengestaltung der übrigen Abschnitte des Platzes ist ebenfalls integrierender Bestandteil der gesamten Konzeption des Platzes. Mit schwerpunktmäßig angeordneten Baumgruppen oder Baumreihen, Blumenfeldern, Rasenflächen und einer auf die Baufluchten bezogenen Wegführung wird der städtebauliche Grundgedanke unterstützt.

Eine entscheidende Rolle für die künstlerische Aussagekraft des Ensembles spielt natürlich die architektonische Gestaltung der einzelnen Bauwerke.

Das Wohnhochhaus wurde in Großplattenbauweise nach dem System der Wohnhochhäuser „Fischerinsel" und „Windmühle" und die vielgeschossige Wohnbebauung nach dem System der Wohnungsbauserie (P 2) Berlin errichtet. Die Objekte des Wohnkomplexes Leninplatz wurden aus der zehngeschossigen Serie weiterentwickelt und weisen folgende Merkmale auf:

- Einführung eines elften Wohngeschosses
- Senkung des Verkehrsflächenanteils
- Vergrößerung der Schlafzimmertiefen von 3600 auf 4800 mm
- generelle Anordnung von Loggien
- Einführung von trapezförmigen Sonderachsen
- Bauzeitverkürzung durch Rationalisierung, Auswertung und Anwendung der Moskauer Erfahrungen
- Veränderung der Müllberäumungskonzeption

Die architektonische Gestaltung mußte mit den aus der Plattenbauweise abgeleiteten Möglichkeiten der Dynamik der bewegten städtebaulichen Form folgen. Während das Wohnhochhaus infolge seiner starken vertikalen Gliederung und seiner Abstufung von sich aus eine lebhafte tektonische Struktur aufweist und deshalb hauptsächlich die Oberflächenbehandlung und die Farbgebung gründlich überlegt und sorgsam ausgeführt werden mußten, ergaben sich für die beiden elfgeschossigen, geschwungenen und über 300 m langen Wohnblocks neuartige Gesichtspunkte.

Die gebogenen Bauteile werden durch Einfügen trapezförmiger Sonderachsen, die in der Plattenbauweise ein Novum darstellen, erzielt.

Entsprechend dem Wechsel von geraden

5
Sektion der Wohnungsbaureihe Berlin (P2) mit trapezförmigen Sonderachsen 1 : 250

6
Normalgeschoß 1 : 500
1 Einzimmerwohnung
2 Zweizimmerwohnung
3 Dreizimmerwohnung

7
Erdgeschoß 1 : 500
1 Gaststätte
2 Büfett
3 Topfspüle
4 Warme Küche
5 Kellneroffice
6 Kalte Küche
7 Vorbereitung
8 Lager
9 Spüle
10 Büro
11 Kühlzellen
12 Frauenruheraum
13 Warenannahme
14 Müllraum
15 Naßgemüse
16 Konserven
17 Eingangshalle
18 Wäsche
19 Fahrradaufbewahrung
20 Espresso
21 Umkleideraum
22 Post
23 Souvenirladen
24 Personalraum
25 Blumenladen
26 Arbeitsraum
27 Pumpenraum
28 Heizzentrale
29 BMSR-Zentrale
30 Druckerhöhungsanlage
31 Sanitär-Zentrale
32 Hauskeller
33 Aufenthaltsraum
34 Lüfterzentrale
35 Schalldämpfer
36 Hausanschluß — Elektro
37 Trafostation



5

6



7



8

9

und konvex oder konkav gekrümmten Bauteilen, entstand in der Fassadenabwicklung ein spannungsreicher Rhythmus verschieden breiter Sonderachsen, der den Gestaltungsabsichten entgegenkam und am ausdrucksvollsten durch einen stark plastischen Fassadenaufbau verdeutlicht werden konnte. Als zweckmäßigste Lösung dafür wurde die generelle Ausbildung der Platzfassaden als Loggienkonstruktion vorgesehen, wobei die Loggien im vierten, siebenten und zehnten Geschoß eine zusätzliche äußere Verglasung erhielten. Die verglasten Loggien unterbrechen die Struktur der Fassaden, indem sie eine horizontale Gliederung als Gegenspiel zum vertikalen Rhythmus der Sonderachsen herbeiführen.

In Höhe des vierten, siebenten und zehnten Geschosses wurden auch in den Sonderachsen Balkone eingefügt, die, ohne die Vertikale aufzuheben, eine Verklammerung des gesamten Fassadenrasters zum ausgewogenen System bewirken.

Die Farbgebung der elfgeschossigen Bauten unterstreicht die städtebauliche und architektonische Idee des Ensembles. Als Farbträger wurden — soweit technologisch möglich — beständige und pflegearme Materialien gewählt, wie glasierte Keramik und emaillierte Fassadenbleche.

Der Grundton der Fassaden ist gebrochen weiß und wird durch die Loggienbrüstungen mit weißem Waschbeton beziehungsweise durch die Loggienwände mit weißem Silikatanstrich erreicht.

Die Sonderachsen mit einer gelben Keramikverkleidung stehen dazu im Kontrast und gliedern die Fassade. Die Brüstungen des ganzen Erdgeschosses wurden mit einer gleichfarbigen Keramik versehen und heben als durchlaufendes Band die Einheitlichkeit der geschwungenen Baukörper hervor. Als weiterer Farbeffekt wurden seitliche Blenden an den verglasten Loggien des vierten, siebenten und

10

8/10
Die geschwungene Baukörperform der elfgeschossigen Wohnbauten und die Hochhausgruppe entsprechen in ihrer räumlichen Anordnung der Dynamik des Platzes.

9
Blick vom Friedrichshain auf die Hochhausgruppe

11
Blick vom Dachgeschoß des Wohnhauses auf den Leninplatz

12
Die komplette Küche-Bad-Zelle wird montiert.

zehnten Geschosses aus emailliertem Blech angebracht.

Die trapezartig profilierten Blechtafeln sind in einem blauen Farbton emailliert. Durch ihr stehendes Format bringen sie in die Fassadenbereiche zwischen den Sonderachsen zusätzliche vertikale Akzente.

Für die Farbgebung des Wohnhochhauses wurde eine Kombination von weißen Waschbetonelementen aus unterschiedlichem Anteil roten Zuschlagstoffes gewählt. Die Brüstungsflächen sind dabei in gebrochen weißer Tönung gehalten, die Giebelflächen dagegen mehr rötlich. Die Loggienbrüstungen wurden mit flach dreieckig abgekanteten und weiß gespritzten Leichtmetallblechen verkleidet.

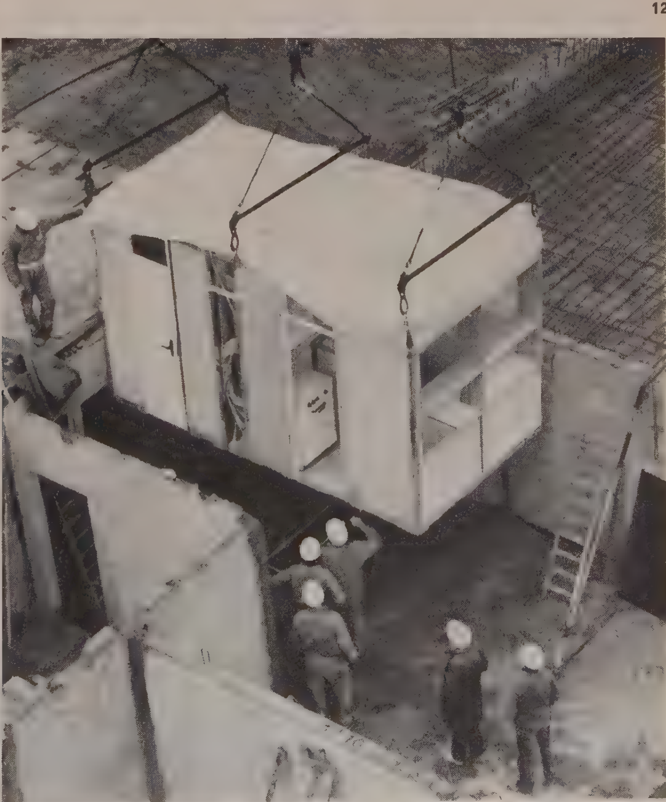
Die Bauarbeiten am Leninplatz sind noch nicht ganz abgeschlossen. Deshalb ist eine endgültige Beurteilung des Geplanten und Erreichten noch nicht möglich. Die städtebauliche, architektonische und bildkünstlerische Einheit des Ensembles ist allerdings bereits erkennbar und zeugt von den neuen Wegen, die die Architektur in der DDR beschritten hat.

11





12



13 Das elfgeschossige Wohnhaus. Im Vordergrund die Kaufhalle

14 Blick von der Leninallee zum Leninplatz und Alexanderplatz



1
Blick von der S-Bahn auf den Alexanderplatz

# Städtebau für das Leben – Berlin, Alexanderplatz

Dipl.-Ing. Joachim Näther, NPT
Chefarchitekt der Hauptstadt der DDR, Berlin
Ordentliches Mitglied der Deutschen Bauakademie

Auf der 15. Tagung des ZK der SED regte Genosse Walter Ulbricht eine breite Volksaussprache zur Vorbereitung des VIII. Parteitages an. Unter anderem brachte er zum Ausdruck, daß auf den verschiedenen Gebieten der sozialistischen Ideologie, darunter auch der Entwicklung des Städtebaus und der Architektur in der DDR, genügend Anregungen zur Diskussion gegeben sind. Als Architekten müssen wir uns in diesem Zusammenhang die Frage vorlegen, wie wir seit dem VII. Parteitag bei der Gestaltung unserer Städte vorangekommen sind. Unser gesellschaftlicher Auftrag lautete, „unter Nutzung der Vorzüge und Triebkräfte des Sozialismus durch städtebauliche Ordnungsmittel und Gestaltungsmöglichkeiten die Herausbildung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen bewußt zu fördern und mit den Mitteln des Städtebaus und der Architektur einen wirksamen Beitrag zu leisten, um alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu einem harmonischen Ganzen zu entwickeln".

Diese Zielsetzung fiel mit dem konkreten Auftrag zusammen, in der Hauptstadt der DDR, Berlin, mit dem konzentrierten Aufbau des Stadtzentrums zu beginnen. Innerhalb dieser umfassenden Aufgabenstellung bildete die komplexe Neugestaltung des Alexanderplatzes einen ersten Höhepunkt. Der Alexanderplatz sollte zu einem Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens, des Handels und der Gastronomie gestaltet werden. Gleichzeitig war eine grundsätzliche Neuordnung der Verkehrslösung herbeizuführen. In einem Wettbewerb, an dem sechs Architektenkollektive teilnahmen, wurden Anfang 1964 erste Vorschläge für die Gestaltung des Alexanderplatzes erarbeitet.

Der Wettbewerbsentwurf unseres Kollektivs im Bezirksbauamt, Bereich Städtebau und Architektur, wurde als Grundlage für die weitere Bearbeitung durch den gesellschaftlichen Auftraggeber bestätigt.

Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, um die weitere städtebauliche Planung und Projektierung in Angriff zu nehmen. Von besonderer Bedeutung war dabei, daß die Planung des Alexanderplatzes von Anfang an in eine einheitliche städtebauliche Konzeption für das gesamte Stadtzentrum eingebunden war. Die bis dahin noch oft praktizierte Inselplanung wurde überwunden. So konnte dieses neue Ensemble sinnvoll als Teil des Ganzen realisiert werden. Auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfs und der Programme der verschiedenen Planträger begannen 1965 im damaligen VEB Berlin-Projekt die umfangreichen



2



3

4



Projektierungsarbeiten für die Bauten des Verkehrs, der Stadttechnik und des Hochbaus. Die vorgegebenen Programme brachten allerdings keine genügende Voraussetzung für eine komplexe Lösung der gestellten Aufgabe. Der Gedanke eines Investitionskomplexes war von dieser Seite und zu dieser Zeit noch sehr unvollkommen. Auch das Wirken einiger Architekten bewegte sich noch stark in Richtung auf die Gestaltung von Einzelgebäuden. Sie waren geistig noch nicht alle darauf vorbereitet, in den neuen Dimensionen eines so großen Ensembles zu denken. Daher war es von besonderer ideologischer Bedeutung, die Gemeinschaftsarbeit der Architekten dahingehend zu entwickeln, daß eine harmonisch geschlossene, unsere Gesellschaft repräsentierende städtebaulich-architektonische Lösung entstand. Dieser Prozeß wurde durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit und durch die ideologische Unterstützung von der Partei- und Staatsführung ständig gefördert.

Allein der Umfang der zu realisierenden Bauaufgaben, der von der grundlegenden Neuerschließung des unterirdischen Raumes, einer völligen Neuordnung der Verkehrslösung und der Errichtung von Hochbauten in der Größenordnung eines Hotels mit 2000 Betten und 1600 Gaststättenplätzen, eines Warenhauses mit 15 000 m² Verkaufsfläche, verschiedener Bürogebäude mit 7500 Arbeitsplätzen sowie weiteren Läden und gastronomischen Einrichtungen ausging, erforderte während der Projektierung völlig neue wissenschaftlich-technische Lösungen. Sie mußten oft sogar während des Bauprozesses durchdacht und weiterentwickelt werden. So wurde für das Hotel kurzfristig eine neue Technologie als Gleitbauverfahren entwickelt, die eine wesentliche Verkürzung der Bauzeit ermöglichte. Dabei war die unmittelbare Unterstützung der Deutschen Bauakademie ein Beispiel für die schnelle Überführung vom Forschungsergebnis in die Praxis. Das Neue in diesem Prozeß war, daß sich an dieser komplizierten Aufgabe eine immer umfassendere sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Bauarbeitern, Projektanten und Wissenschaftlern herausbildete.

Im Prozeß der Neugestaltung des Stadtzentrums regte der gesellschaftliche Auftraggeber auch die Einbeziehung bildkünstlerischer Werke in die städtebaulichen Ensembles an. Mit der Synthese von Bau-

5



6



kunst und Bildkunst wurden die Möglichkeiten weiter erhöht, das Neue im Leben unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung wirksam zum Ausdruck zu bringen. Hierbei haben sich Formen einer engen Zusammenarbeit von Architekten und bildenden Künstlern entwickelt. Insgesamt kann man feststellen, daß wir Architekten in der Auseinandersetzung mit dieser vielseitigen, problemreichen und begeisternden Aufgabe gewachsen sind. Wir begannen, uns Schritt für Schritt aus den Fesseln formal-ästhetischer Vorstellungen zu lösen und wurden uns immer mehr des dialektischen Zusammenhanges von Architektur und sozialistischer Lebensweise bewußt. Immer klarer wurde erkannt, daß das Stadtzentrum der Hauptstadt große nationale und internationale Bedeutung besitzt und Mittelpunkt des Lebens der gesamten Bevölkerung, Stätte aktiven politischen Handelns, humanistischer Bildung und Kultur, der Geselligkeit, des Vergnügens und der komplexen Versorgung ist.

Heute nach wenigen Jahren haben die Pläne und Zielvorstellungen konkrete Gestalt angenommen. Die Vielfalt der unterschiedlichen Einrichtungen am Alexanderplatz und seiner unmittelbaren Umgebung sowie die Differenziertheit der städtebaulichen Räume ergeben eine Fülle neuer Erlebnisbereiche, die das Zentrum für die Bürger und Gäste der Stadt zu einer Stätte von großer Anziehungskraft werden läßt. Hier entstehen menschliche Kontakte und intensives großstädtisches Leben, die deutlich vor Augen führen, wie unsere Menschen von ihrem neuen Stadtzentrum Besitz ergreifen. Nunmehr kann man die Frage stellen, ob das Geplante und Gebaute den Ansprüchen des Lebens genügt, was den Menschen gefällt, was sie anzieht, aber auch kritisch analysieren, was nach dem heutigen seit der Planung gereiften Erkenntnisstand besser sein könnte oder auch noch verbessert werden kann.

Für den in einer solchen Arbeit selbst sehr engagierten Architekten ist es nicht immer leicht, in derartigen Fragen objektiv zu sein. Lassen wir deshalb zunächst andere sprechen. Es gibt eine Fülle von Meinungen der Berliner und ihrer Gäste über den Alex, die wir gesammelt haben, um sie für unsere künftige Arbeit auszuwerten.

Einige typische Meinungen seien hier wiedergegeben:

„Unser Alex", so sagen die Bauarbeiter, „hat vor allem viel Platz für die Menschen. Das Zentrum können wir nur einmal bauen. Es muß auch vor den Blicken unserer Enkel bestehen können."

„Der neue Alexanderplatz ist beispielhaft für die Kraft der Arbeiterklasse", äußerte das Mitglied des Politbüros der KP Syriens, Omar Kaskas, anläßlich eines Besuches in der Hauptstadt.

„Es ist schön, wie geräumig der Platz gegenüber dem alten Alex geworden ist. Aber der Platz müßte noch mehr durch Blumen und große Bäume belebt werden. Kann man vor dem Hotel nicht ein Café im Freien einrichten?" Diese Meinung brachte Frau Rönhild vom Demokratischen Frauenbund Deutschlands zum Ausdruck.

„Der Piccadilly Circus in London soll in jahrzehntelangen Fristen umgebaut werden. Es ist beachtlich, wie hier am Alexanderplatz die Planung in so wenigen Jahren verwirklicht wurde", sagte der britische Abgeordnete Richard Kelley, London.

„Es macht uns Spaß, am Alex zu bummeln. Die Erdgeschoß-Ladenfronten des Platzes, zum Beispiel am Berolina-Haus, sollten jedoch noch attraktiver sein", bemerkten Studenten der Berliner Humboldt-Universität. In den zustimmenden Meinungen wird meist darauf verwiesen, daß an diesem Platz, wie die Berliner sagen, „etwas los ist". Tatsächlich gibt es hier auch eine Fülle von Möglichkeiten menschlicher Begegnungen. Von 18 m unter der Erde — U-Bahnhof, unterirdische Versorgungsanlagen des Warenhauses — bis 140 m über der Erde — Panorama-Café des Hotels — ist vielfältiges Leben.

In den Gebäuden rings um den Alex gibt es Veranstaltungen mannigfaltigster Art.




7

2
Ein traditioneller Blumenstand ist da. Es könnten aber mehr sein.

3
Einer der Ausgänge aus dem Fußgängertunnel

4
Die Eisbar des Hotels — ein Treffpunkt der Jugend

5
Hier beginnt der Straßentunnel, der den Alex unterquert.

6
14 m unter dem Platz: Der Bahnsteig der U-Bahnlinie E

7
Ein kleines Boulevardcafé vor dem Hotel

8
Über zwei Geschosse gehen die Schaufenster des Warenhauses (Projektierungskollektiv unter Leitung von Architekt Kuhnert, nach einem Entwurf von Prof. Kaiser)

9
Auch am Vormittag stark frequentiert: Das Warenhaus „Centrum"

8



9



10

11



12



13



In der Kongreßhalle tagt die oberste Volksvertretung der DDR. Hier treffen sich Mediziner, Gesellschaftswissenschaftler und Pädagogen zu Tagungen. Kürzlich fanden wir Architekten uns hier zum 6. Kongreß des BdA der DDR zusammen. Aber auch Konzerte, Protestkundgebungen, Bälle, Dichterlesungen und Treffen junger Talente gehören zum Programm. Das Haus des Lehrers ist eine einzigartige Bildungsstätte für Pädagogen, für die ständige Weiterbildung und die kulturelle Selbstbetätigung.
Den Gästen aus aller Welt und der internationalen Begegnung dient das Hotel „Stadt Berlin". Aber auch allen Berlinern stehen die Türen der zahlreichen Einrichtungen dieses gastlichen Hauses offen. Der zunehmenden internationalen Touristik wird das im Bau befindliche Haus des Reiseverkehrs Rechnung tragen. An der Nordseite des Platzes repräsentiert sich der wichtigste Industriezweig der Hauptstadt mit dem Haus der Elektroindustrie, das in den oberen Geschossen Tausende Arbeitsplätze vereinigt und im Erdgeschoß eine belebte Ladenzone besitzt.
Der größte Magnet des Platzes ist jedoch das Warenhaus mit seinem Angebot an Tausenden von Dingen, vom Hosenknopf bis zum Farbfernsehgerät.
Auf und an diesem Platz kann man uneingeengt ganz nach Lust und Laune vieles tun: Arbeiten, sich bilden, mit Freunden diskutieren, schauen, suchen und kaufen, essen und trinken, sich treffen, lesen, tanzen und Kunst genießen oder einfach bummeln. Hier treffen sich Junge und Alte, Berliner und Gäste, Arbeiter und Wissenschaftler und natürlich viele Pärchen. Gerade für sie sind die Weltzeituhr und der Brunnen am Alex beliebte Treffpunkte geworden. Unter den vielen inhaltsreichen Werken bildender Künstler, die den Alexanderplatz bereichern, hat die Weltzeituhr durch ihren praktischen Informationsgehalt besonderes Interesse gefunden.
Das alles findet die Zustimmung der Bürger Berlins und ihrer Gäste. Daneben gibt es aber auch kritische Stimmen, die nicht verschwiegen werden sollten. Im Gegenteil, als Architekten müssen wir uns damit auseinandersetzen. Eines dieser Argumente ist, es gäbe zu wenig „Nachtleben", Leuchtreklamen und andere Effekte. Dazu muß man sagen, daß wir uns nicht die Aufgabe gestellt haben, den Amüsierbetrieb des Kurfürstendammes oder den hektischen Rummel des Place Pigalle nachzuahmen. Der Alex ist im Gegensatz zu einer kapitalistischen City kein Tummelplatz für reiche Müßiggänger, sondern ein Platz für die Muße arbeitender Menschen.
Während der Projektierungs- und Bauzeit gab es auch Diskussionen darüber, ob der Alexanderplatz in seiner Flächenausdehnung nicht zu groß sei. Tatsächlich nimmt er in seiner heutigen Form die dreieinhalbfache Fläche gegenüber seiner ehemaligen Gestalt ein. Man darf jedoch nicht übersehen, daß der veränderte Maßstab seiner Bauten völlig neue Proportionen des gesamten städtebaulichen Ensembles zur Folge hat. Die Realität macht im übrigen den Vorzug der großzügigen Freiflächen deutlich. Bedingt durch die vielfältigen Funktionen des Platzes und seiner angrenzenden Gebiete, wie der Rathaus- und Liebknechtstraße mit dem Fernsehturm, ergeben sich hier starke Fußgängerströme. Viele Menschen, die in diesem Bereich des Stadtzentrums den unterschiedlichsten Tätigkeiten nachgehen, ziehen gewissermaßen weitere an, denen es nur daran gelegen ist, menschliche Kontakte und großstädtische

10
Das Hotel „Stadt Berlin" (Projektierungskollektiv unter Leitung von Architekt Roland Korn) am Alexanderplatz

11
Das Haus der Elektroindustrie (Projektierungskollektiv unter Leitung von Dipl.-Ing. Heinz Mehlan) ist der größte Arbeitsstättenkomplex am Alex

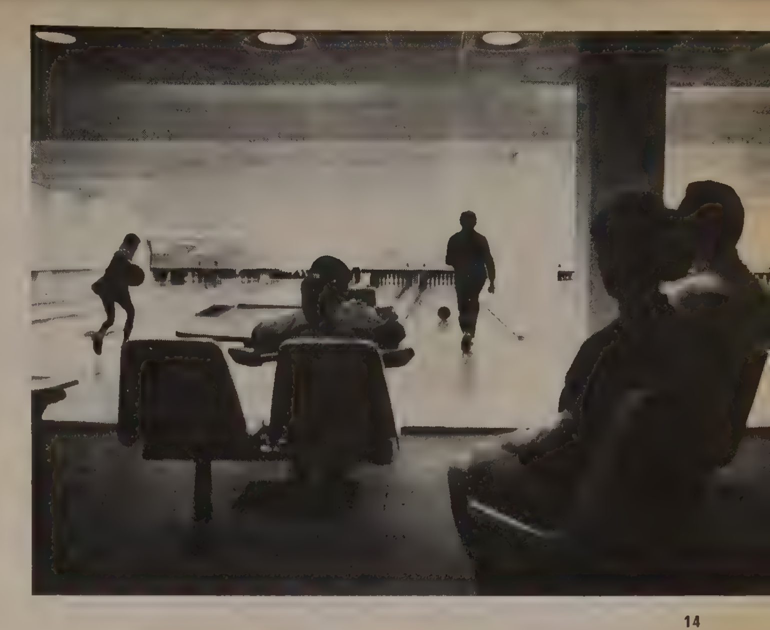
12
Der neue Springbrunnen am Warenhaus (Gestaltung: Prof. Walter Womacka)

13
Der Alex gegen Feierabend

14
Sport und Vergnügen in der Bowlingbahn in der Rathausstraße unweit des S-Bahnhofes Alexanderplatz

15
Ball in der Kongreßhalle am Alex

16
Straßentunnel und S-Bahnbrücke am Haus des Lehrers



14



15

16

17 Der Alexanderplatz um 1806 (nachdem französische Truppen Berlin besetzt hatten).

18 Der Alexanderplatz um 1904 – noch mit Pferdedroschken und den ersten elektrischen Straßenbahnen

19 In den 20er Jahren erhielt der Alex zwei neue, große Bürogebäude (Architekt Peter Behrens).

20 1945: Vom Alex blieben nur tote, ausgebrannte Ruinen.

21 Blick vom Warenhaus auf das Haus des Lehrers mit der Kongreßhalle (Projektierungskollektiv unter Leitung von Prof. Hermann Henselmann).



21



17



18



19



20

Atmosphäre zu genießen. Aber eines ist wahr. Der Alex könnte und sollte noch belebter sein. Das ist meines Erachtens jedoch weniger eine Frage an die Architekten, sondern mehr an den Handel, die Gastronomie und die Kultur. Es geht nicht darum, noch mehr zu bauen, sondern den städtebaulichen Raum noch lebendiger zu nutzen. Wäre es nicht vorstellbar, daß hier Platzkonzerte stattfinden? Sollten nicht so traditionelle Berliner Originale wie die Blumenfrau und der Leierkastenmann hier einen Platz finden?

Wäre der Platz nicht auch für Sportwerbeveranstaltungen geeignet? Warum sollten hier – wo sich so viele Jugendliche treffen – nicht die Singeklubs und Agitprop-Gruppen ein sinnvolles Betätigungsfeld finden? Könnten nicht auch Künstler ihre neuesten Werke vorstellen? Wäre es schließlich nicht schön, wenn man auf dem Alex an warmen Sommerabenden im Freien tanzen könnte? Alles das und noch vieles andere ließe sich sicher ohne viel Aufwand und Organisation bewerkstelligen.

Natürlich wird das Leben auf dem Alex auch noch vielfältiger durch das, was jetzt und in Zukunft noch gebaut wird. Die bewegte Geschichte des Alexanderplatzes sah schon viele Ereignisse. Könnten die Steine erzählen, so würden sie darüber berichten, daß er in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts als Viehmarkt diente und den Namen „der Ochsenplatz" trug.

1805 erhielt er zur Erinnerung an den Zaren Alexander I. seinen heutigen Namen. Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts bekam der Alexanderplatz seine erste städtebaulich-architektonische Gestalt. Sie war von zwei- und dreigeschossigen Gebäuden geprägt, die vorwiegend der Manufaktur dienten. Jahrzehntelang war ein Teil des Alexanderplatzes Exerzier- und Paradeplatz, da sich in seiner unmittelbaren Umgebung mehrere Kasernen befanden. Mit dem weiteren Wachstum der Stadt entwickelte sich der Alexanderplatz schließlich zu einem wichtigen Verkehrs- und Handelszentrum. Ende der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts wurde er für das neue U-Bahn-Netz zum zentralen Umsteigebahnhof bestimmt, nachdem zuvor bereits die S-Bahn im Verlaufe des zugeschütteten Festungsgrabens den Platz tangierte. In den 20er Jahren erlebte der Alex darüber hinaus viele Klassenauseinandersetzungen, insbesondere den Kampf der Arbeiter gegen den Kapp-Putsch. In der Zeit nach 1933 war das ehemalige Polizeipräsidium am Alex eine der Zwingburgen des Faschismus, wo zahllose fortschrittliche Menschen zu Tode gequält wurden. Die kapitalistische Grundstücks- und Bodenspekulation verhinderte über lange Jahre den Abschluß einer Gesamtgestaltung. Schließlich fiel der größte Teil der Bauten des Alexanderplatzes dem faschistischen Krieg zum Opfer. Lediglich die beiden Gebäude von Peter Behrens, das Alexander- und das Berolinahaus, konnten wiederhergestellt werden.

So war es unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung vorbehalten, den Alexanderplatz einer komplexen städtebaulich-architektonischen und verkehrstechnischen Lösung zuzuführen. Er ist nicht mehr Teil der ehemaligen kapitalistischen City mit ihren engen, lichtlosen Hinterhöfen, sondern ein Brennpunkt der sich entwickelnden sozialistischen Lebensweise im Zentrum unserer Hauptstadt. Mit der Fertigstellung des Hauses des Reiseverkehrs und des Hauses der Verlage sowie mit den Abrundungsbauten beiderseits der Memhardtstraße wird die Gestaltung des Platzes nach einer einheitlichen städtebaulichen Idee zu Ende geführt. Darüber hinaus soll die Attraktivität einiger vorhandener Bauten erhöht werden. So wird im Alexanderhaus noch ein großes Möbelkaufhaus eingerichtet, und in der jetzt wenig interessanten Erdgeschoßzone des Berolinahauses können weitere gastronomische Einrichtungen vorgesehen werden.

Wie in der städtebaulichen Planung der Alexanderplatz keine Insel darstellte, sondern als Teil des ganzen Stadtzentrums betrachtet wurde, entwickelt sich nunmehr auch das großstädtische Leben in größeren zusammenhängenden Bereichen. Die Rathaus- und Liebknechtstraße mit ihren Ladengeschossen und dem Fernsehturm sowie die Karl-Marx-Allee, die Hans-Beimler-Straße und die Prenzlauer Straße sind mit dem Alexanderplatz durch ihre Funktionen und die städtebauliche Gestaltung verbunden. In diesem vielfältigen Geflecht von Funktionen des Arbeitens, des Wohnens und des Erholens, verbunden mit zahlreichen gesellschaftlichen Einrichtungen sowie mit der architektonischen und bildkünstlerischen Gestaltung des Ensembles, kommen bereits neue Wesenszüge des sozialistischen Städtebaus zum Ausdruck.

Bei unserer weiteren schöpferischen Arbeit wird es jedoch erforderlich, den Fragen der Ökonomie der Stadt bedeutend mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Es geht darum, künftig alle städtebaulichen Maßnahmen so zu realisieren, daß mit den vorhandenen Mitteln der höchste Nutzeffekt für die Steigerung des Nationaleinkommens und seine rationelle Verwendung erreicht wird.

Insgesamt können wir feststellen, daß mit der Neugestaltung des Alexanderplatzes und seiner Umgebung der Stolz der Bürger auf unser neues Stadtzentrum gewachsen ist.

Schließlich tragen die sichtbaren Ergebnisse von Städtebau und Architektur in der Hauptstadt der DDR, Berlin, nicht unwesentlich dazu bei, das internationale Ansehen unserer Republik weiter zu erhöhen.

# Architekten an unserer Seite

## Joachim Näther

1

Er braucht sich nicht in den Vordergrund zu drängen. Mit seinen 1,92 m überragt er wohl die meisten seiner Berufskollegen. Aber das nur nebenbei. Das wirklich Herausragende an Joachim Näther ist ewas ganz anderes, etwas nicht äußerliches, etwas, was vielleicht nur die bemerken, die ihn ganz aus der Nähe, aus der unmittelbaren Arbeit mit ihm kennen: Hart erworbenes Können, Sinn für Phantasie und Realität und eine erstaunliche Zähigkeit in der Durchsetzung einmal für richtig gefundener Entscheidungen.
Wenn man sein Arbeitszimmer in der Berliner Behrenstraße betritt, hat man das überraschende Gefühl, einen Mann zu besuchen, der hier nur residiert: Keine Aktenberge auf dem Tisch, alles aufgeräumt, nichts Überflüssiges oder Bohemehaftes, was manche Architekten noch immer für besonderen Lebensstil halten. Aber dahinter verbirgt sich eine der prägnantesten Eigenschaften des Berliner Chefarchitekten, nämlich ein guter Arbeitsstil, die Fähigkeit zu leiten, die Kunst, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Joachim Näther ist nämlich kein einsamer Städtebaubeamter. Der Kontakt zu anderen, kollektives Beraten, Gemeinschaftsarbeit sind ihm Bedürfnis. Vielleicht liegt hier der Schlüssel für die beruflichen Erfolge des heute 46jährigen, in Waldau bei Zeitz geborenen Architekten. Geschenkt wurde ihm nichts. 1946 – nach den Wirren des Krieges, oft mit knurrendem Magen – begann er sein Studium an der Ingenieurschule in Magdeburg. Der Beginn seiner beruflichen Laufbahn fiel mit der Gründung der DDR zusammen, und seine Entwicklung ist nur in der Verbundenheit zu unserem Staat richtig zu werten. Als einer der ersten trat er 1949 in ein gerade gegründetes volkseigenes Entwurfsbüro ein. Von Magdeburg über Halle führte ihn sein Weg nach Schwerin. Hier wurde ihm die Leitung einer Jugendbrigade anvertraut. Nach einzelnen Wohn- und gesellschaftlichen Bauten erhielt er hier den ersten größeren Auftrag: Die Planung des Wohngebietes Wismar – Vorwendorf. Nebenbei kamen Wettbewerbsarbeiten für den Berliner Bersarinplatz, für Kulturhäuser, Wohnbauten – verbunden mit einem 1. Preis – und 1952 der 2. Preis im Wettbewerb für den Neuaufbau der Langen Straße in Rostock, der der Ausführung zugrunde gelegt wurde. Am 1. 1. 1953 wurde Joachim Näther vom Vorsitzenden des Rates des Bezirkes als Chefarchitekt für den Aufbau der Rostocker Langen Straße berufen. Das war eine begeisternde Aufgabe, einen ganzen Straßenzug als Ensemble zu gestalten. Seitdem sind über 15 Jahre vergangen. Die Architektur der Langen Straße, die Traditionen norddeutscher Baukunst mit modernen Mitteln verarbeitet, wurde gelobt, sie wurde umstritten, und heute wird sie als ein aus dem Gesicht der Stadt nicht mehr weg zu denkender Bestandteil anerkannt. Die Arbeit an dieser Aufgabe führte den Architekten auch dazu, sich mit der Frage auseinanderzusetzen: Für wen baue ich? Er umging die Antwort nicht. 1953 wurde er Mitglied der Partei der Arbeiterklasse. Der Bau des Hauses der Schiffahrt und seine Diplomarbeit an der Hochschule in Weimar, ein Theaterprojekt für Rostock bildeten einen gewissen Abschluß seiner Tätigkeit als Chefarchitekt des Entwurfsbüros für Hochbau.
1963 ging er nach Berlin, zunächst als Chefarchitekt des VEB Typenprojektierung, und nur ein Jahr später wurde er zum Chefarchitekten der Hauptstadt der DDR, Berlin, berufen.
Vor ihm stand eine gewaltige, aber auch kaum schöner denkbare Aufgabe: Die Neugestaltung des Zentrums der Hauptstadt der DDR. Nach Wettbewerbsarbeiten und vielen Konzeptionen kam mit dem VII. Parteitag der SED der Startschuß für den Aufbau des Alexanderplatzes. In kurzer Zeit wurde unter Leitung des Chefarchitekten die Bebauungsplanung für das riesige über- und unterirdische Ensemble fertiggestellt. Es folgten im Zusammenwirken mit Architekten der Baukombinate und bildenden Künstlern Arbeiten für den interessanten Bereich Rathaus- und Liebknechtstraße, für die Neugestaltung des Berliner Fischerkietzes mit Wohnhochhäusern, für den Leninplatz, für die Leipziger Straße und viele andere neue Ensembles der Hauptstadt. Als die bedeutendste Leistung aber ist wohl die Ausarbeitung des Generalbebauungsplanes zu nennen, mit der die Hauptstadt zum ersten Mal eine weit in die Zukunft reichende bauliche und gestalterische Entwicklungskonzeption erhielt. Heute sind die Pläne für die Neugestaltung Berlins nicht mehr nur Papier, vieles davon ist bereits Realität geworden und hat vielseitige Anerkennung gefunden. Unser Staat würdigte die Leistungen Joachim Näthers bei der Entwicklung des sozialistischen Städtebaus mit der Auszeichnung als Verdienter Aktivist, mit der Verdienstmedaille der DDR, mit dem Orden Banner der Arbeit und 1969 mit dem Nationalpreis 1. Klasse. Ein erfolgreicher Architekt. Aber seiner eigenen Arbeit gegenüber ist er sehr kritisch. Manchmal nörgelt er an sich selbst herum. Dann – das wissen auch seine Mitarbeiter – ist mit ihm nicht immer gut Kirschen essen. Er grübelt, wälzt Probleme, diskutiert, streitet, er hat immer eine Meinung und sucht den Erfahrungsaustausch. Ihm liegt eine enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis am Herzen. Er befaßt sich selbst mit wissenschaftlichen Problemen der Generalbebauungsplanung, der Anwendung der Datenverarbeitung im Städtebau und ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen. Die Deutsche Bauakademie berief ihn 1965 zum Kandidierenden und 1968 zum Ordentlichen Mitglied.
Einige Jahre – bis Anfang 1971 – leitete er die Sektion Wohn- und Gesellschaftsbau. Seit diesem Jahr wurde er mit dem Vorsitz der Sektion Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie betraut. Daneben ist er aktiv im BdA, seit vielen Jahren als Mitglied des Präsidiums und als Vorsitzender der Zentralen Arbeitsgruppe Architektur und bildende Kunst. Beim Magistrat ist er Vorsitzender des Beirates für Stadtgestaltung und bildende Kunst. Schließlich ist er langjähriges Mitglied unseres Redaktionsbeirates. Ein vielbeschäftigter Mensch und – wie er betont – nicht zuletzt Familienvater mit seinen alltäglichen Sorgen und Freuden. Ein Hobby? Er zuckt lächelnd mit den Schultern. Na ja, wenn das ein Hobby ist: Knobeln an Problemen, zu denen der Arbeitstag oft wenig Zeit läßt, zum Beispiel an der Frage, die Architektur aus ihrer formal-ästhetischen Fessel zu lösen, sie zur vollen Integration mit der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise führen, die Stadt für ihre Menschen zu gestalten und dadurch neue Impulse für die Entfaltung des sozialistischen Lebens auszulösen.

-Z-



2



3

1
Joachim Näther (zweiter von links) in der Diskussion mit seinen Kollegen Roland Korn, Heinz Graffunder und Wolfgang Radtke, die zum Nationalpreisträger-Kollektiv gehören

2
Die Lange Straße mit dem Haus der Schiffahrt in Rostock

3
Wohnhochhäuser am Berliner Fischerkietz

4
Modell des Alexanderplatzes in Berlin

4







2

# Stadthalle Neubrandenburg

Architekt BdA DDR Karl Kraus, Neubrandenburg

1
Gesamtansicht der Halle von der Stadtseite

2
Blick auf die Eingangsseite

Techn. Leitung: Architekt BdA/DDR Werner Franck
Entwurf: Architekt BdA/DDR Karl Kraus
Statik: Bauingenieur Kurt Ihloff
Statik der Hyparschalen: Dipl.-Ing. Ulrich Müther
Bauleitung: Bauingenieur Robert Brenndörfer
Elektroakustik: Dipl.-Ing. Werner
Elektroanlagen: Ingenieur Siegfried Preisich

Vom Bezirkstag Neubrandenburg wurde am 30. 1. 1968 beschlossen, in Neubrandenburg eine Mehrzweckhalle für die Lehr- und Leistungsschau des Bezirkes sowie für politische, sportliche und gesellschaftliche Großveranstaltungen zu errichten. Es sollte eine Halle entstehen, die durch kühne Konstruktion und originelle Form sowohl den wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Bauwesen demonstriert als auch einen wirksamen Beitrag zur Entwicklung eines unverwechselbaren Stadtbildes und damit zur Vertiefung des Heimatgefühls leistet.
In funktioneller Hinsicht sollte die Stadthalle folgenden Zwecken dienen:

- Politische Großveranstaltungen
1000 Teilnehmer bei Möblierung mit Tischen oder
1600 Teilnehmer bei Möblierung mit Stühlen
- Sportveranstaltungen
1000 Zuschauerplätze auf Bänken und Traversen
- Ausstellungen verschiedenster Art
1600 m² Ausstellungsfläche
- Zu besonderen Anlässen sollte die Halle für Tanzveranstaltungen für rund 800 Personen nutzbar sein, wobei Möglichkeiten für die Verpflegung geschaffen werden mußten.

Der Bauablauf war in zwei Abschnitte zu gliedern:
1. Bauabschnitt
Rohbaufertigstellung bis 1. 9. 1968 nutzbar für die Lehr- und Leistungsschau des Bezirkes
2. Bauabschnitt
Fertigstellung zum 20. Jahrestag der DDR
Programm, Terminstellung und Kostenvorgaben verlangten den Einsatz außergewöhnlicher Mittel. Der Rat des Bezirkes stattete daher das Kollektiv mit weitreichenden Vollmachten aus und beauftragte das Mitglied des Rates des Bezirkes und Leiter der Abteilung Finanzen Ernst-Otto Ortmann, einen im Bezirk bekannten Förderer des Sports, mit der Leitung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, die das Autorenkollektiv in jeder Weise unterstützte.
Als Grundelement wurde eine von Dipl.-Ing. Müther, Binz, für die Feriengaststätte in Glowe auf Rügen entwickelte Hyparschale verwendet. Bau- und Projektierungsarbeiten begannen zum gleichen Zeitpunkt.
Die Stadthalle erhielt ihren Standort auf dem Gelände des Kulturparkes, da sich hier am besten die Mehrzwecknutzung zwischen Sport und Ausstellung sowie politischen Großveranstaltungen lösen ließ, andererseits verlangte die starke Dynamik der Konstruktion eine Konfrontation mit der Natur.
Dieser Standort brachte jedoch Probleme, da der Baugrund im Gelände des Kulturparkes bei einem Grundwasserspiegel von 1,50 m unter Terrain von unterschiedlich mächtigen Torfschichten überlagert ist. Es wurde schließlich eine Sandinsel ausgewählt, bei der sich die tragfähigen Schichten über den Grundwasserspiegel erheben. Die bis zu 1,20 m dicke Torfschicht wurde abgeschoben und das gesamte Bauwerk auf ein Kiespolster gesetzt.
Das zweite Problem des Standortes bestand in der Beheizung. Fernwärme stand nicht zur Verfügung, die Errichtung eines Heizhauses innerhalb des Kulturparkgeländes schied ebenfalls aus, es verbot sich außerdem aus Zeit und Kostengründen, so daß eine elektrische Beheizung des gesamten Komplexes vorgesehen wurde.

### Funktionelle Lösung

Der Ausgangspunkt für die funktionelle Ordnung ergab sich aus der Möglichkeit, vier Hyparschalen gleicher Abmessungen zusammenzustellen. Damit ließ sich eine stützenfreie überdachte Grundfläche von 1764 m² schaffen, die für die Hauptnutzungsarten, Sport und Ausstellung, ausreichte. Um die geforderten 1600 m² Ausstellungsfläche zu erhalten, wurden neuartige zusammenschiebbare Traversen entwickelt. Diese Traversen lassen sich innerhalb von drei Stunden demontieren und durch Motorkraft auf die Breite einer einzigen Sitzreihe zusammenschieben. Dadurch wird nahezu die gesamte Grundfläche wieder frei für alle übrigen Veranstaltungen. Die Nebenräume wurden in eingeschossigen Anbauten untergebracht, nachdem die ursprüngliche Absicht, diese

Räume in einem Untergeschoß unterzubringen, aus Zeit- und Kostengründen aufgegeben werden mußte.

Zwei dieser Anbauten beherbergen die Räume für das Publikum und die technische Ausrüstung, während die anderen die Umkleide- und Waschräume für Sportler sowie Abstellräume und Essenausgaben aufnehmen. Bei Schulsport dienen die Publikumsgarderoben als Umkleideräume.

### Versorgungstechnische Ausstattung

Die Halle besitzt eine über das gesamte Parkett verteilte Fußbodenheizung (470 kW), die sich ausgezeichnet bewährt hat. Sie war in der Lage, kurzzeitig bei Außentemperaturen von minus 20 °C den Raum auf plus 16 °C aufzuheizen. Zusätzlich zu dieser Heizung sind in die Saalwände großvolumige Nachtspeicheröfen eingebaut, die während der Übergangsperioden die Halle temperieren. In allen übrigen Räumen wird nur mit Nachtspeicheröfen geheizt. Sie sind in den Publikumsgarderoben als Garderobentische ausgebildet, in den Essenausgaben als Wärmerechaud. Der Gesamtanschlußwert der Nachtspeicheröfen beträgt 450 kW. Für die Belüftung der Halle wird der natürliche Auftrieb genutzt. Frischluft dringt über Lüftungsklappen oberhalb der fest verglasten Fenster (Thermophanverglasung) ein. Die verbrauchte Luft entweicht über die Lüftungsjalousien im Dachaufbau.

Die Beleuchtung erfolgt am Tage durch die mit Sonnenblenden ausgestatteten Oberlichtbänder und durch das umlaufende Fensterband. Für die Abendbeleuchtung ist in der Spitze der Schalen eine zentrale Lichtquelle aufgehängt. Sie besteht aus sechsundfünfzig 1000-Watt-Scheinwerfern, die in sechseckigen prismatischen Aluminiumkörpern aufgehängt sind und insgesamt einen Kugelabschnitt darstellen. Diese Zentralbeleuchtung trägt gleichzeitig die Panikbeleuchtung sowie eine Effektbeleuchtung aus zwölf UV-Strahlern. Sie kann in fünf Varianten entsprechend den Bedürfnissen der jeweiligen Veranstaltung geschaltet werden.

Beleuchtung und elektroakustische Anlagen werden von zwei Kabinen oberhalb der Traversen gesteuert.

In die Stützenverkleidung der Fensterwände sind Kaltlichtröhren eingelassen, die vor allem zu festlichen Anlässen die Hauptbeleuchtung ergänzen. Für Ballspiele sind oberhalb der Tore Zusatzbeleuchtungen in den Lichtbändern vorgesehen.

### Gestaltung

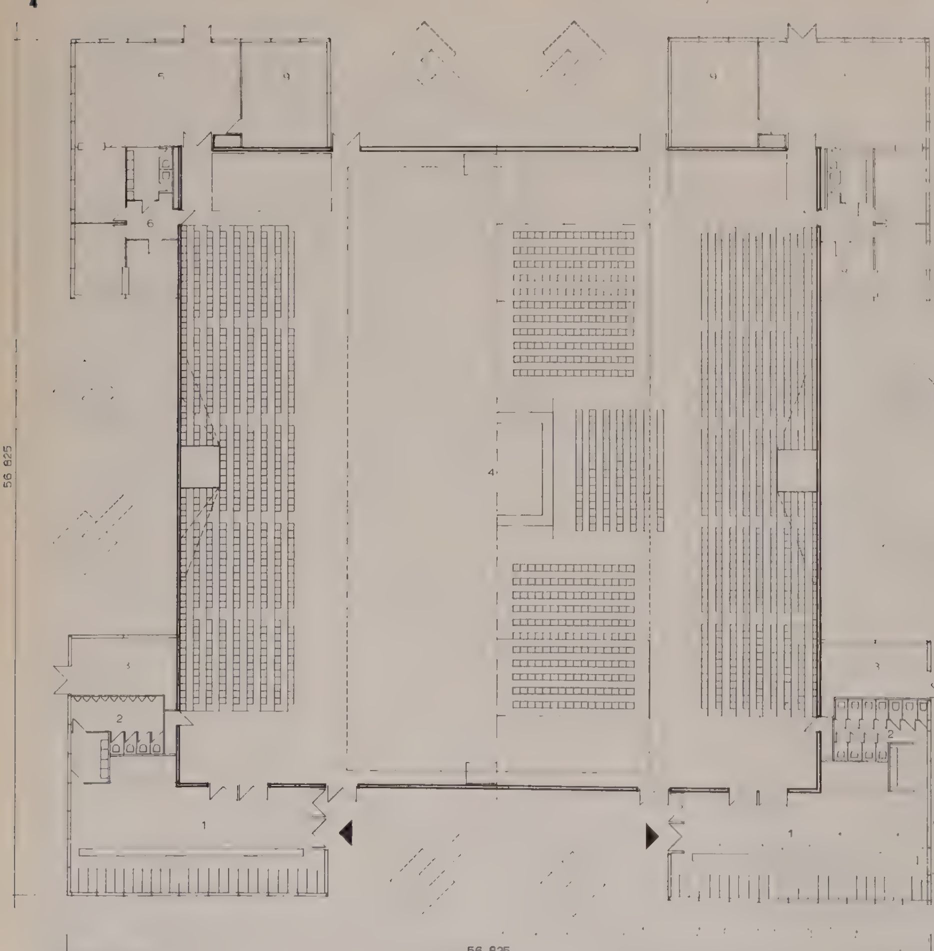
Das gestalterische Problem bei der Anwendung von Hyparschalen besteht eigentlich darin, daß sie, will man die Eleganz und Dynamik der Konstruktion als logische Einheit von innen und außen wirken lassen, keinerlei Ein- oder Anbauten vertragen.

Alle Nebenräume müßten dann in einer Art Basisgeschoß untergebracht werden, das sich möglichst wenig über Terrain erhebt. Daraus ergeben sich allerdings wieder Verluste in der Flächennutzung der Halle durch die notwendigen Treppenhäuser sowie Schwierigkeiten bei der Gestaltung des Einganges, der dann im Untergeschoß liegen müßte. Im vorliegenden Falle ergab jedoch eine überschlägliche Berechnung, daß die Anwendung eines Basisgeschosses unter den gegebenen Baugrundverhältnissen sowohl eine Verdoppelung der Kosten als auch der Bauzeit nach sich ziehen würde. Damit lautete



3

4



5

3
Verbindung zwischen Anbau und Hauptbaukörper

4
Grundriß 1 : 500
1 Eingang
2 WC
3 Technikraum
4 Podium
5 Abstellraum
6 Umkleideraum Frauen
7 Umkleideraum Männer
8 Hausmeister
9 Essenausgabe

5
Detail. Stütze und Oberlichtband

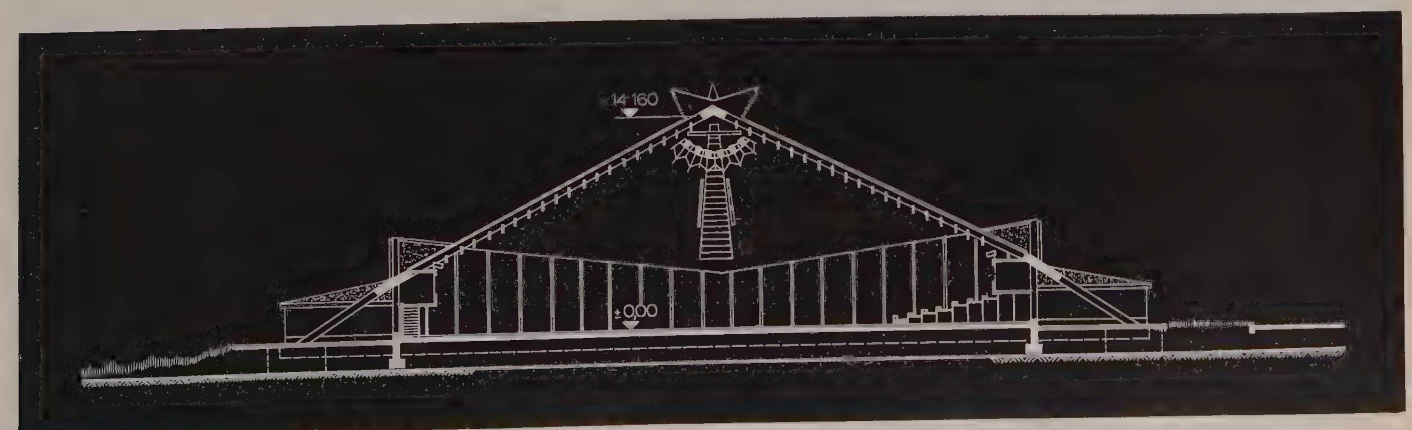
6
Blick auf die Stadthalle im Winter

7
Schnitt 1 : 500



6

7



8 Innenraum, gestaltet zum Festakt anläßlich des 20. Jahrestages der DDR

die gestalterische Aufgabe: Unterbringung aller Nebenräume in ebenerdigen Anbauten, aber so, daß nur eine minimale Beeinflussung der schwungvollen Linien des Hauptbaukörpers eintritt und das statische Prinzip der Schalen ablesbar bleibt (Bild 2 und 12).

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die Anbauten symmetrisch an den vier Ecken der Halle angeordnet, ihre Traufe, soweit vertretbar, nach unten gezogen und die dadurch sichtbar werdenden Dachflächen der Anbauten ebenfalls als hyparbolisch gekrümmte Paraboloidflächen gestaltet. Die Wandflächen sind in U-Verglasung ausgeführt, sie wirken dadurch leicht und treten nicht in Konkurrenz zu der wertvoll erscheinenden Fassade des Hauptbaukörpers, die aus türkisblauen Stahlstützen, Aluminiumquerbändern und weißen Stahlfensterrahmen besteht.

Im Innenraum kam es darauf an, vor allem die Deckenflächen frei von jeglichen Einbauten zu halten. Das bedeutete, die Beleuchtung so einzuordnen, daß sie die räumliche Wirkung der Halle bereichert und nicht zerstört. Die vorgesehene Mehrzwecknutzung der Halle erforderte, für die Beleuchtungsquelle über den rein technischen Zweck hinausgehend eine Form zu finden, die auch in ästhetischer Hinsicht befriedigt.

So entstand nach eingehenden Modellstudien schließlich die auf einen Punkt konzentrierte Hauptbeleuchtung aus 56 Scheinwerfern, die in prismatischen Aluminiumkörpern untergebracht und zu einem Kugelabschnitt zusammengefügt wurden.

**Nutzungseinschätzung**

Die Halle wurde, wie in der Aufgabenstellung gefordert, abschnittsweise in Betrieb genommen, und allein im Jahre 1970 konnten rund 160 000 Besucher zu den verschiedensten Veranstaltungen gezählt werden. Nach fast zweijähriger Nutzung kann jedoch festgestellt werden, daß entgegen der Aufgabenstellung Veranstaltungen mit festlichem Charakter, Betriebsfeste, Jugendtanz, Modenschauen, Konzerte und Konferenzen überwiegen.

Die kurzfristige Wandelbarkeit der Innenausstattung, ermöglicht durch die einschiebbaren Traversen, hat zu einem besonderen Verhältnis der Besucher, insbesondere der Jugendlichen, zur Stadthalle geführt. Der Besucher, der am Vormittag einem internationalen Handballturnier zusieht und am Abend im selben Raum bei gänzlich veränderter Umgebung und Beleuchtung an festlich gedeckten Tischen eine Tanzveranstaltung erlebt, ist gewissermaßen an der Umgestaltung des Raumes mit beteiligt.

Zur Beliebtheit dieses Treffpunktes trägt in hohem Maße auch die Art und Weise bei, mit der die Direktorin des Hauses

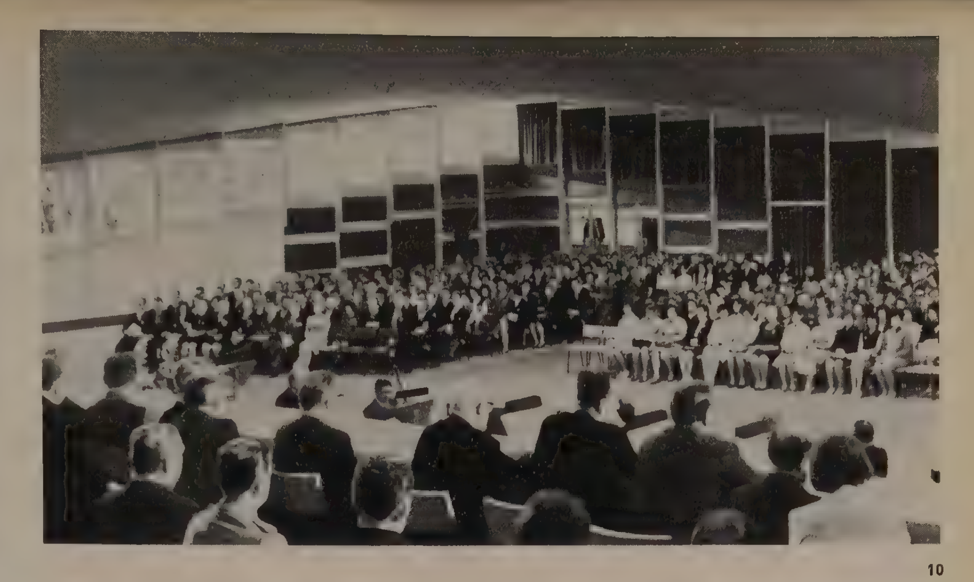
9 Essenausgabe bei geöffneter Wandverkleidung



und ihr Kollektiv das Haus führen. Ein Beispiel dafür ist der Brauch, bei Betriebsfesten jeder Dame zur Begrüßung eine rote Nelke zu überreichen, eine Geste, die sofort einen Kontakt zum Hause herstellt. Die zentrale Beleuchtungsquelle erweist sich insbesondere bei eingeschalteter Effektbeleuchtung auch als Stimmungsquelle. Die Verpflegung der 800 Gäste wird bei Betriebsfesten durch ein 30 m langes Selbstbedienungsbüfett übernommen, das an der Saalrückwand aufgebaut ist. Getränke, Erfrischungen und Imbiß werden über Servierwagen aus den beiden Essenausgaben an die Tische gebracht.

Die Akustik stellte bei einem Raum dieser Größenordnung verständlicherweise ein besonderes Problem dar. Nachdem Versuche, die Decke mit Schaumstoffen zu spritzen, aus technischen und gestalterischen Gründen scheiterten, wurden eine schallschluckende Ausführung der Oberlichtblenden, eine stark gebrochene Wandverkleidung aus Sperrholz mit Schlackenwollehinterfüllung und für die Vorhänge schwerer Velour gewählt. Dadurch wurde eine verhältnismäßig gute Akustik erzielt, die insbesondere bei Sinfoniekonzerten voll zur Geltung kommt. Bei Sport und Tanzveranstaltungen, wo der Besucher selbst „Lärm" erzeugt, ist der Geräuschpegel relativ hoch.

Nach nun fast zweijähriger Nutzung kann festgestellt werden, daß solche großen Mehrzweckräume wegen ihrer ökonomischen Vorteile, aber auch infolge der Möglichkeit, neue Kontakte zwischen Mensch und Bauwerk durch rasch wechselnde räumliche Erlebnisse herzustellen, eine Zukunft haben. Es deuten sich Möglichkeiten an, unifizierte Systeme wandelbarer und vielfach verwendbarer Ausstattungselemente zu schaffen, die nicht nur in neuen, sondern vielerorts in bereits bestehenden Großräumen eingesetzt werden könnten. Durch eine zielgerichtete Forschungsarbeit in dieser Richtung könnten wertvolle Reserven in unseren Städten und Gemeinden für die Kulturarbeit erschlossen werden.



10



11



10 Innenraum während einer politischen Großveranstaltung
11 Innenraum, vorbereitet für Tanzveranstaltungen

12 Die Wandverkleidung ist heruntergeklappt und verdeckt die Essenausgabe
13 Blick in die Stadthalle während einer Sportveranstaltung

12



13





1

# Gebäude der Bezirksleitung der SED und des Rates des Bezirkes in Neubrandenburg

Architekt BDA Manfred Lüdke
VEB Industriebau Neubrandenburg

| | |
|---|---|
| Entwurf: | Architekt BdA DDR Manfred Lüdke<br>Dipl.-Ing. Waldemar Abraham<br>Architekt BdA DDR Harald Heyde, Innengestaltung |
| Statik und Konstruktion: | Dipl.-Ing. Joachim Töpfer<br>Ingenieur Kurt Ihloff |
| Heizung, Lüftung, Sanitär: | Ingenieur Hans Fuchs |
| Elektroanlagen: | Ingenieur Peter Liebetreu<br>Ingenieur Arnt Ostermann |
| Bauwirtschaft: | Friedrich Stolpe |
| Außenanlagen: | Architekt BdA DDR Klaus Radecke |

1
Blick von Osten auf das Verwaltungsgebäude

Mit zunehmender Bedeutung der Stadt Neubrandenburg als politisch-ökonomisches, geistig-kulturelles und wissenschaftliches Zentrum des Bezirkes wurde es notwendig, die Partei- und Staatsorgane in die Bezirksstadt zu verlagern.
Für die Bezirksleitung der SED und für den Rat des Bezirkes wurde ein gemeinsames Gebäude errichtet. Der Standort wurde so gewählt, daß der Haupteingang zu dem Gebäude genau auf der Achse der Turmstraße liegt, in deren Verlängerung auf dem zentralen Platz (Karl-Marx-Platz) das Rathaus gebaut werden soll. Die städtebauliche Einordnung gewährleistet eine repräsentative Wirkung des Gebäudes. Die für die Errichtung des Bauwerkes erforderlichen Abbruchmaßnahmen konnten auf einem ökonomisch vertretbarem Maß gehalten werden.
Gute Anschlußmöglichkeiten an alle notwendigen Versorgungsleitungen waren ebenfalls vorhanden. Somit waren alle Voraussetzungen gegeben, das Gebäude entsprechend den Forderungen in kurzer Zeit und mit möglichst geringem Aufwand fertigzustellen.

Für das Bürogebäude wurde die 5-Mp-Wandbauweise angewendet, während das Saalgebäude in Stahlbeton-Skelettbauweise errichtet wurde.

Alle Materialien der Fassaden- und Außenhautverkleidung wurden so gewählt, daß keinerlei Pflege und Unterhaltungsarbeiten erforderlich sind.

Die gesamte Fassadengliederung und die Farbgebung sowie die Wahl der Materialien verleihen dem Gebäude einen freundlichen und einladenden Eindruck. Die bildkünstlerisch gestaltete Eingangsüberdachung läßt die beiden Seiten der in Aluminium und Farbglas gestalteten Geschosse zu einer Einheit verschmelzen. Die Eingangshalle, gestaltet durch die beiden Fresken — Kampf und Sieg der Arbeiterklasse —, wird durch den anschließenden Innenhof optisch vergrößert. Besonders in

2
Grundriß 1 : 600
1 Windfang
2 Eingangshalle
3 Innenhof
4 Garderobe
5 Konferenzsaal
6 Sekretariatssitzungsraum
7 Vorzimmer
8 Lektionsraum
9 Kantine

3
Blick auf die Rückseite des Gebäudes

36 980

116 320

2

3

4

5

6

4
Eingangshalle

5
Sitzungssaal

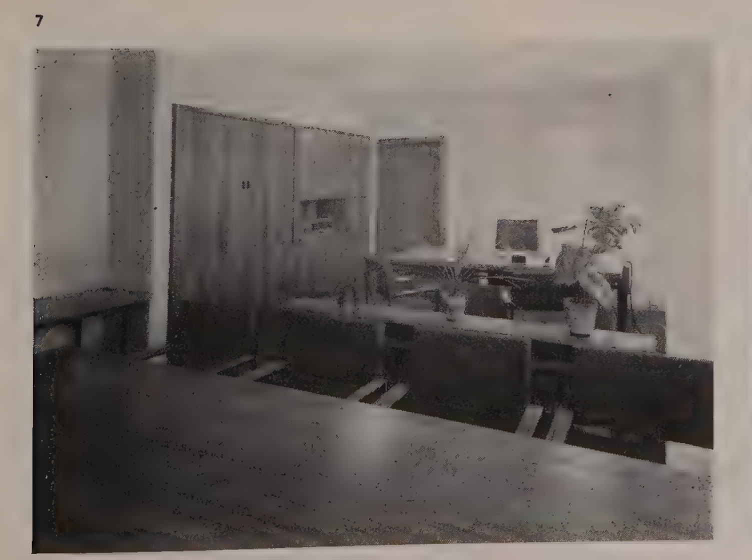
6
Kantine

7
Arbeitsraum

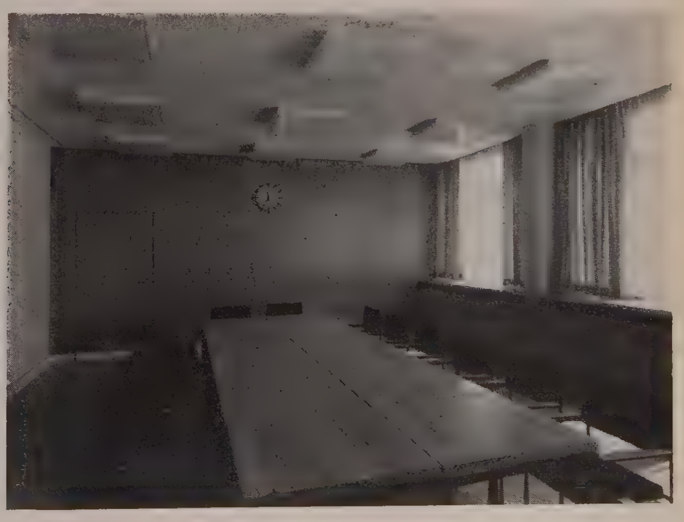
8
Kleiner Besprechungsraum

den Morgenstunden verleiht das einfallende Licht der Halle eine besondere Atmosphäre.
Durch die Glasflächen der Eingangshalle zum Innenhof wurde der Plenarsaal in die Erdgeschoßzone mit einbezogen. Die Bronzeplastik im Innenhof (fliegende Kiebitzgruppe auf einem Metallstab) ist eine gute Ergänzung zu den sonst strengen Linien der Architektur.
Der Plenarsaal selbst wurde ein Raum mit repräsentativem Charakter, geeignet zu festlichen Anlässen. Er gewährleistet konzentrierte Arbeit und besitzt eine ausgezeichnete Akustik. Im Anbau befinden sich neben dem Plenarsaal noch Räume für Sekretariats- und Ratssitzungen sowie ein Lektionsraum und eine Kantine mit den notwendigen Nebenräumen.
Obwohl das Saalgebäude von beiden Dienststellen gesondert zugänglich ist, stellt der Gesamtkomplex doch eine Einheit dar.
Mit der Gestaltung der Arbeitsräume im Bürogebäude ist es gelungen, auch für andere Betriebe Maßstäbe für die Arbeitsplatzgestaltung zu schaffen.
Es wurde vom Architekten- und Künstlerkollektiv versucht, eine Einheit von Architektur und bildender Kunst herauszuarbeiten mit der Absicht, mit den Mitteln der Kunst auf eine sozialistische Bewußtseinsbildung unserer Bürger einen positiven Einfluß zu nehmen.

7



8





1 Zweigeschossiger Kompaktbau für Betriebe der Nahrungsmittelindustrie.
Entwurf: R. M. Mokruschew

# Zur weiteren Entwicklung des Industriebaus in der Sowjetunion

M. Ostrowki

Sowohl in der Sowjetunion als auch im Ausland wurden umfangreiche wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet des Städtebaues veröffentlicht. Viele bekannte Architekten haben Projekte für die Städte der Zukunft ausgearbeitet, jedoch wird dem Bereich der Industrie in fast allen Arbeiten nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet.

Es gibt so wenige theoretische, direkt dem Industriebau gewidmete Untersuchungen, daß man sich auch bei der Prognose seiner Entwicklung nur auf die Erfahrungen des übrigen Bauwesens stützen kann.

Die wichtigste Aufgabe des Industriebaus besteht darin, mit der geplanten räumlichen Umwelt materielle Voraussetzungen für die Produktionsprozesse zu schaffen und mit den ihm eigenen spezifischen Mitteln zur Steigerung der Produktivität beizutragen und gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. In jedes architektonische Werk fließen neben sozialen und gesellschaftlichen Aspekten auch die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik ein. Darum muß man beim Entwurf zukünftiger Werke die Entwicklungstendenz und das Zusammenwirken von Technologie, Bautechnik und Arbeitsbedingungen kennen.

Der Einfluß dieser Faktoren ändert sich entsprechend dem Produktionscharakter. Die Entwicklung der Technologie für metallurgische Werke wird sich anders auf die Planung des Territoriums und die Gestaltung der Gebäude und Einrichtungen auswirken als zum Beispiel technologische Änderungen in der Leichtindustrie.

Zu den Perspektiven der einzelnen Industriezweige sollten auch komplexe Experimentalprojekte einzelner Industriebauten der Zukunft gehören.

Allgemeine Tendenzen für viele Industriezweige sind

- die dynamische Entwicklung, die sich in der häufigen Modernisierung der Produktionsprozesse und der Ausrüstungen ausdrückt
- die Mechanisierung und Automatisierung der Produktion und
- die Spezialisierung.

Daraus resultieren eine notwendige Universalität und Flexibilität der Gebäude.

Die Baukosten übersteigen häufig die Hälfte der Gesamtinvestitionen. Das verdeutlicht, welche ökonomische Effektivität in der Anwendung der beiden genannten Prinzipien liegt. In der Regel wurden sie in den Projekten für einzelne Gebäude und Einrichtungen berücksichtigt, künftig sollen sie auf die Planung des Territoriums und auf die Lösung allgemeiner Bausysteme ausgedehnt werden, die für den Industriebau zu entwickeln sind.

Mechanisierung und Automatisierung der Produktion erlauben immer mehr, für den Produktionsprozeß ferngesteuerte Anlagen einzusetzen, wobei der Arbeitsplatz von der Maschine räumlich getrennt werden kann. Das vergrößert einerseits die Anzahl der Anlagen, die offen oder in unbeheizten Gebäuden aufgestellt werden, erfordert jedoch andererseits spezielle Räume für die Fernsteuerung der Maschinen, in denen die Arbeitsbedingungen denen eines Labors entsprechen können.

Die Spezialisierung in einer Reihe von Industriezweigen ist der Festlegung einheitlicher Forderungen an die Planung der Betriebe und der architektonischen und konstruktiven Lösung für die einzelnen Gebäude und Einrichtungen dienlich. Die Entwicklung der Bautechnik wird nach wie vor eine Vereinheitlichung und Typisierung der Erzeugnisse und Konstruktionen fordern, da sonst mangels Massenproduktion von Bauelementen die industriellen Bauweisen unökonomisch werden.

In der Zukunft sollen sich Vereinheitlichung und Typisierung nicht nur auf die Gebäude erstrecken, sondern auch auf alle Bereiche und Einrichtungen der gesamten Betriebswirtschaft.

Eine andere Hauptentwicklungsrichtung im Industriebau besteht darin, tragende Konstruktionen und Verkleidungen so leicht wie möglich zu gestalten. Das erfordert neue Baustoffe und effektive Konstruktionen ebenso wie moderne Planungs- und Entwurfsmethoden.

In den nächsten Jahrzehnten werden sich die Arbeitsbedingungen wesentlich verändern. Es geht nicht nur darum, daß sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte und dem sozialen Fortschritt die Arbeitszeit verkürzt und der Anteil der manuellen Arbeit sinkt. Es gilt eine Praxis für die Projektierung des gesamten Systems der Bedienungsobjekte und der Produktionsstätten vorzusehen. Unsere Architekten sehen ihr Ziel und ihre Aufgaben darin, ständig die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Produktionskultur zu erhöhen. Verstärkte Aufmerksamkeit ist der Erhöhung der künstlerischen Qualität, der emotionalen Wirkung der Architektur zu widmen, ohne die keine harmonische Arbeitsatmosphäre geschaffen werden kann. Der Mensch muß im Mittelpunkt der architektonischen Konzeption jedes sozialistischen Betriebes stehen.

Mit jeder neuen Entwicklungsetappe der Kultur und Volkswirtschaft erweitern sich die Funktionen und vergrößern sich die Aufgaben im Industriebau.

Tätigkeitsfeld der Architekten waren anfangs einzelne Produktions- und Nebengebäude, später nahm er dann Einfluß auf die wachsenden Werksanlagen und ganze Industriegebiete. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß nur eine komplexe Lösung der Fragen des Industriebaus von der Anordnung und Zuordnung der Betriebe bis zur Inneneinrichtung der einzelnen Gebäude und Produktionsstätten einen hohen technischen, ökonomischen und künstlerischen Effekt gewährleisten kann. Darum ist künftig der Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Architekten mehr und mehr in der Planung von Industriekomplexen, die viele Fabrikgebäude und Werke vereinigen, zu suchen.

Gegenwärtig sind Industrieanlagen

- unmittelbar an Wohngebieten, in Gewerbestättengebieten oder in besonders abgegrenzten Zonen einer Stadt und
- aus sanitären, hygienischen oder ökologischen Gründen weit von der Stadt entfernt

angeordnet.

Offensichtlich wird diese Gliederung auch in Zukunft von Bedeutung sein. Mit Abbruchmaßnahmen gegen schädliche Einflüsse (Immissionen) und der Vervoll-

kommnung der Technologien (geschlossene Kreisläufe) wird sich die Notwendigkeit der Schutzzonen verringern, und die Industrie kann in vielen Fällen unmittelbar neben dem Wohnungsbau vorgesehen werden. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß Produktionsstätten mit neuen, in ihrem Ausmaß noch nicht absehbaren schädlichen Einflüssen entstehen können (in Verbindung mit der Entwicklung der Kerntechnik, der Chemie usw.), die von den Wohngebieten in bestimmten Schutzabständen angeordnet werden müssen. Vielleicht wird es sich auch in ferner Zukunft als zweckmäßig erweisen, ferngesteuerte, vollautomatisierte Produktionsstätten außerhalb der Städte unterzubringen. Um eine Reihe von Ursachen zu beseitigen, die einen harmonischen Städtebau erschweren, sowie der Flexibilität als auch der Ausdehnung der Fabriken und Werke hinderlich sind, ist ein wissenschaftlich begründetes System für die Anordnung und Planung der Industriebetriebe zu schaffen.

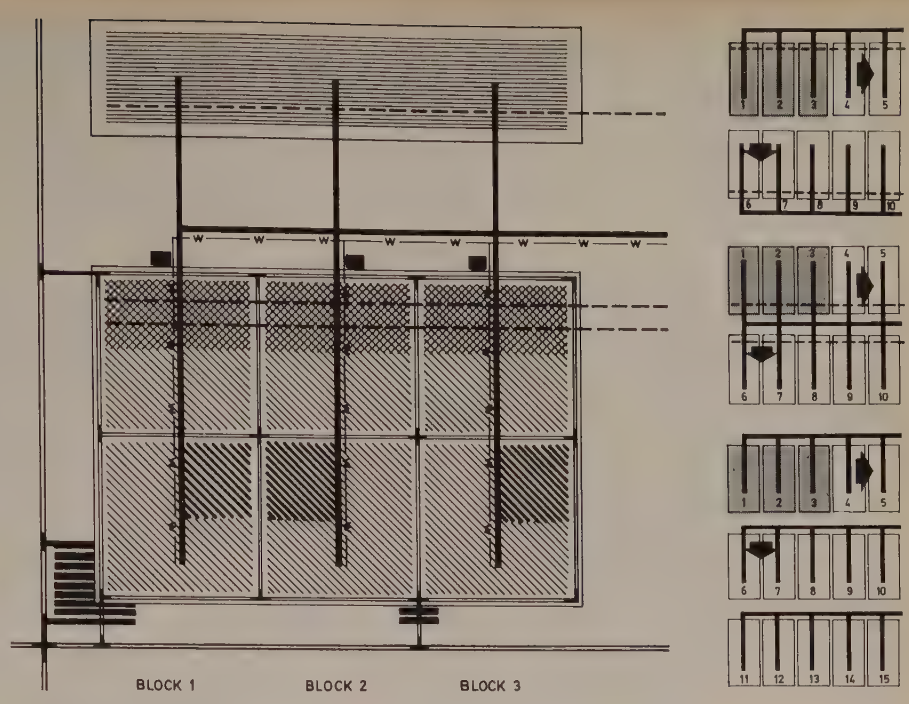
Bis jetzt haben wir uns in der Regel auf Untersuchungen beschränkt, die für die Klärung und Normierung der sanitären Probleme und des Brandschutzes, der technischen Sicherheit usw. erforderlich waren.

Natürlich gibt es Werksanlagen, in denen klare Planungsprinzipien erkennbar sind, jedoch wurden die Bebauungspläne abhängig von der schöpferischen Fähigkeit der Architekten und unter Beachtung der gültigen Projektierungspraxis des jeweiligen Industriezweiges entworfen.

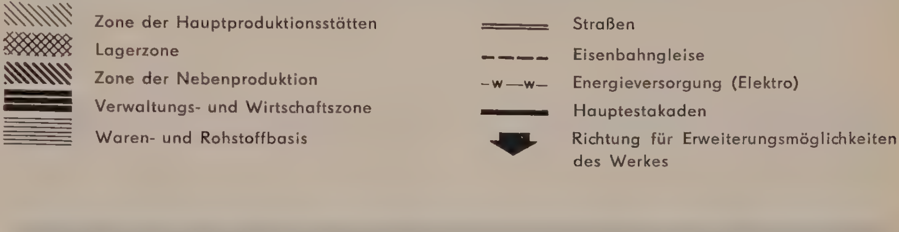
Die wachsenden Anforderungen an die architektonisch-räumliche Gestaltung im Industriebau ergeben sich aus dem ständigen Wachstum und der zunehmenden Kompliziertheit der Produktionsprozesse und bedingen ein universelles und elastisches Planungssystem, das sowohl einzelne Produktionsgebäude als auch Betriebe und Gruppen von Betrieben erfaßt.

In der Sowjetunion wurde bereits 1963 ein Experimentalprojekt für einen Chemiebetrieb neuen Typs abgeschlossen, in dem ein System angewendet wurde, das auf dem Prinzip der Blockplanung, der planmäßigen Inanspruchnahme des Territoriums, der Einteilung der Werke beziehungsweise der Objekte in Zonen entsprechend ihrer Funktionen, der zentralen Anordnung der Kommunikationseinrichtungen und der Vereinheitlichung der Maße (Modularkoordination) (Abb. 2) beruht. Das ermöglichte, die Planung der Transportsysteme und aller Versorgungsnetze des Betriebes wesentlich zu verbessern, wobei die Möglichkeit einer unabhängigen Entwicklung derselben gegeben ist.

Eine besondere Rolle spielt das Planungssystem bei der Erhöhung der ästhetischen Qualität im Industriebau, indem es Bedingungen für eine klare architektonische und bauliche Gestaltung des gesamten Betriebsgebäudes schafft und dabei die Lösung vieler städtebaulicher Aufgaben erleichtert. Der Versuch einer weiteren Entwicklung des Blockplanungssystems in der Chemieindustrie muß den Forderungen der weiteren Spezialisierung von Betrieben entsprechen. Vorgesehen ist der Bau eines Betriebes mit Komplexen, die aus einer bestimmten Anzahl miteinander verbundener Betriebsstätten bestehen, die unabhängig voneinander mit Elektroenergie, Wasser oder anderen Medien versorgt werden. Das beschleunigt den Bau und die Inbetriebnahme der einzelnen Produktionsstätten, weil jede neu zubauende Reihe sowohl technologisch als auch baulich relativ selbständig ist und




2 Schema für die Zoneneinteilung eines Betriebes und die Anordnung der Blöcke





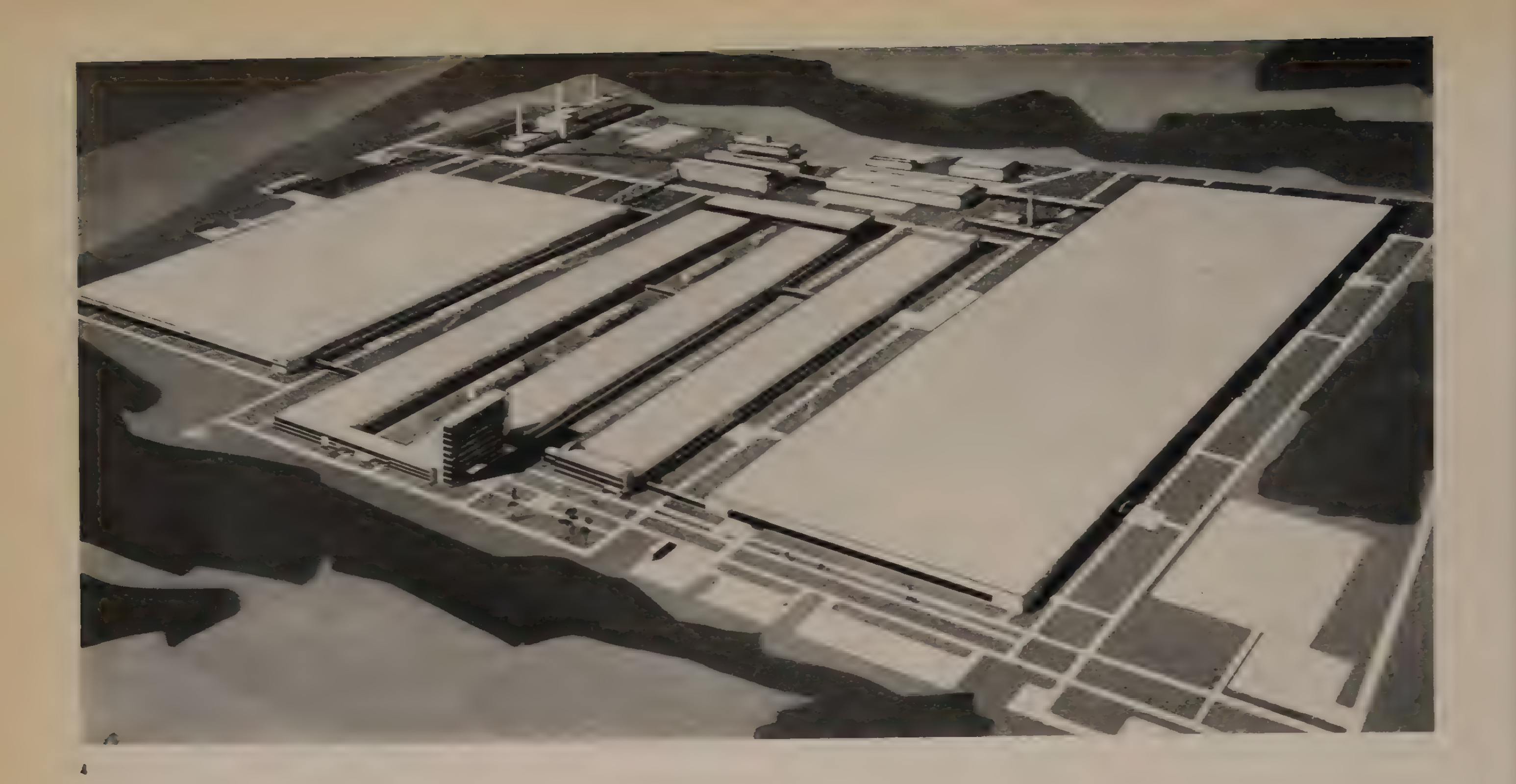

3 Das Bauwerk kann in spezialisierten, technologisch abgeschlossenen Komplexen errichtet werden, denen in der Regel die Planblöcke entsprechen.
Neben den Hauptproduktionsstätten sind in jedem relativ selbständigen Block die erforderlichen Nebenobjekte, Bedienungsnetze und Einrichtungen angeschlossen. Das ermöglicht eine Betriebserweiterung ohne eine Störung der Produktion anderer Abteilungen. Das Prinzip des Blockbausystems kann auch auf Betriebsgruppen ausgedehnt werden, die in einem „Industrieknotenpunkt“ (Industriegebiet) liegen. Das vorgeschlagene Planungssystem gewährleistet eine exakte Reihenfolge für den Bau aller Betriebsobjekte und die Inanspruchnahme des Territoriums in einer vorher festgelegten Ordnung.

unter normalen Bedingungen bis zum endgültigen Abschluß des Baues des gesamten Werkes bereits betrieben werden kann. Ein analoges System zur Blockbebauung kann für die Gruppierung von Betrieben verwendet werden, die in einem Industriegebiet liegen (Abb. 3).

Bei der Entwicklung dieses Systems wurde ebenfalls das Prinzip der modularen Koordination bei der Konzeption des Generalplanes angewendet. Der geplante Block und die einzelnen „Viertel“ haben Modulabmessungen und eine gleichartige Typenstruktur, die in einer bestimmten Anordnung der Produktionsstätten, der Lager und Kommunikationsstrassen besteht (Bild 3).

Die Anordnung und Planung der Betriebe ist mit einer Analyse der Mengenkennziffern (Materialflußanalyse) verbunden, deren Zusammensetzung und Komplexität von Jahr zu Jahr wächst. Dieses Planungssystem ermöglicht die maximale Anwendung der elektronischen Rechentechnik.

Die Veränderungen der Produktion und der Arbeitsbedingungen sowie die Entwicklung der Bautechnik wirken sich besonders für die Projektierung der einzelnen Gebäude und Einrichtungen aus. Die sowjetischen Architekten und ihre Kollegen in den sozialistischen Ländern berücksichtigen seit langem die dynamische Entwicklung neuer Produktionstechnolo-



4

4 Kombinat für Seidenstoffe aus Stapelfaser (GPI). Entwurf: Architekten A. J. Abesgus, B. M. Kaplan, Ingenieure L. N. Genischta, J. B. Fedorowa, L. K. Krasawina

5 Fabrik für synthetischen Kautschuk als Beispiel für eine Freibauweise.
Entwurf: Architekten J. I. Zyganowow, W. S. Subow, M. B. Shislin

gien und -verfahren. Jedoch haben sie sich bis vor kurzem nur auf universelle Raumplanungen beschränkt. Künftig muß überprüft werden, ob das Prinzip der Universalität auch auf die einzelnen Bauelemente der Gebäude (wie Wände, Dächer, Fundamente, Fußböden, Heizungs- und Ventilationssysteme oder Anlagen der Elektroversorgung) auszudehnen ist. Das erhöht die moralische Lebensdauer und die Funktionsqualitäten der Gebäude.

Natürlich kann man die Lebensdauer der technologischen Prozesse und der baulichen Einrichtungen auch in Übereinstimmung bringen. Für eine Reihe von Produktionsstätten (z. B. in der chemischen Industrie) ist es zweckmäßig, einfache Baukonstruktionen zu verwenden, deren Lebensdauer relativ gering ist und die mit der veralterten technologischen Ausrüstung demontiert wird. Es bestehen weiterhin Bedürfnisse und Möglichkeiten, montagefähige und mobile Gebäude zu errichten. Bereits jetzt gilt es, Funktionslösungen dieser Art zu entwickeln, insbesondere für kleinere oder entsprechend den Betriebsbedingungen einfache Objekte. Immerhin wird jedoch auch in Zukunft für viele Industriebetriebe die Verwendung gegenwärtig für den Industriebau typischer Gebäude (wie Geschoßbauten mit hohen Deckenlasten, eingeschossige Gebäude mit Brückenkranen mit großer Tragkraft) unumgänglich bleiben.

Man braucht nicht zu befürchten, daß durch universelle Gebäude der Industriebau an Gestaltungsmöglichkeiten verliert und ihre Anwendung zur Monotonie führt.

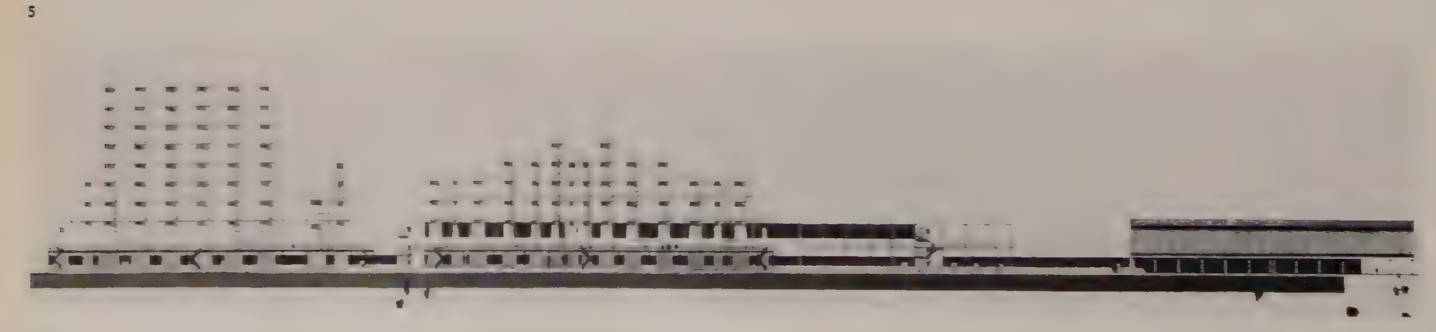
Die Typisierung und Vereinheitlichung von architektonischen Lösungen wird noch lange Zeit der effektivste Weg in der Industrialisierung des Bauwesens bleiben. Neben der Vereinheitlichung der industriezweigtypischen Bauten ist in Zukunft auch der Vereinheitlichung innerhalb eines Werkes oder einer Gruppe von Fabriken, die in einem Bezirk liegen, große Aufmerksamkeit zu schenken. Das Bestreben nach Vereinheitlichung der Bauten muß auf die Hilfs- und Produktionsausrüstungen ausgedehnt werden. Es sind Lösungen zu finden, die bei einem begrenzten Sortiment von Elementen eine große Vielfalt der architektonischen Formen gewährleisten.

Es ist allgemein bekannt, welche Bedeutung dem Problem des Leichtbaues beigemessen wird. Bei einigen Industriezweigen bieten sich Lösungen an, indem die Anzahl der unbeheizten Gebäude erhöht wird. Die ungedämmten Verkleidungskonstruktionen dienen nur als Wetterschutz. Zu diesem Zweck sind die Raumplanungs- und Konstruktionslösungen für die unterschiedlichen klimatischen Bereiche strenger zu differenzieren. Für jeden speziellen Fall sind die Betriebsbedingungen der Produktionsstätten und die Möglichkeiten für die vollständige oder teilweise Aufstellung der technologischen Ausrüstungen in unbeheizten Räumen zu analysieren. Es sind effektive Mittel für eine lokale Beheizung der Arbeitsplätze zu finden. Ebenso müssen die Reparaturmethoden für die Ausrüstungen unter diesen Bedingungen überarbeitet werden.

Über die Schaffung klimatischer Bedingungen im Industriebau gibt es unterschiedliche Auffassungen. Es gibt viele Anhänger extremer Standpunkte, die zum Beispiel nur natürliches Licht oder nur künstliche Beleuchtung oder vollkommen künstliches Klima in den Werkstätten anwenden. Richtiger ist die Annahme, daß die Entwicklung in beiden Richtungen verlaufen wird. Das natürliche Klima unterliegt häufigen Schwankungen, die vorläufig nicht vom Menschen beeinflußt werden können, während der gegenwärtige Stand der Beleuchtungs- und Lüftungstechnik es gestattet, die natürlichen Bedingungen bis zu den gewünschten oder erforderlichen Werten zu erreichen.

Für die Produktionsstätten, in denen bestimmte Klimabedingungen unbedingt einzuhalten sind, muß ein künstliches Klima geschaffen werden. Künstliches Klima in Produktionsstätten ist ebenfalls dort zweckmäßig, wo extreme Witterungsbedingun-

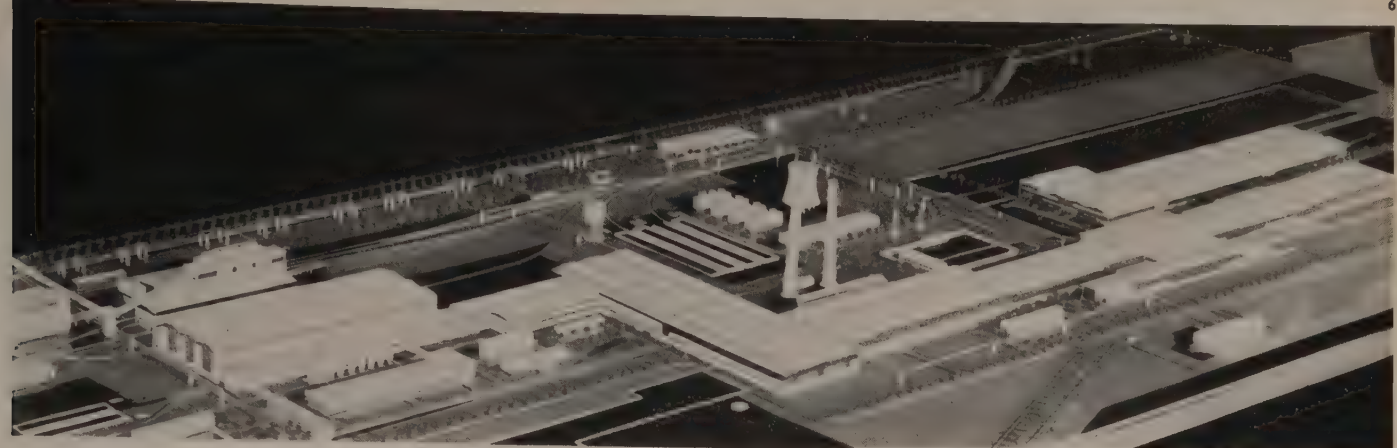
5



6 Gebäude (Pavillontyp) für ein Polyvinylchlorid-Werk.
Entwurf: Architekt S. N. Kabezki, Ingenieure G. M. Ingenieur M. Kleer

7 Komplex einer Walzstraße.
Entwurf: Architekt S. N. Kabezki, Ingenieure G. M. Wadjajew, W. E. Charkewitsch


6


7

gen herrschen (im hohen Norden oder im Süden der Sowjetunion).
Andererseits werden zum Beispiel durch hermetisches Abschließen von Ausrüstungen, die Entwicklung neuer Technologien ohne schädliche Immissionen oder Maßnahmen zur Reinigung, Befeuchtung, Entkeimung und Ionisierung der Raumluft in den Betrieben Bedingungen geschaffen, die denen der natürlichen Umwelt entsprechen.
Häufig kommt es vor, daß bei der Verbindung der natürlichen mit den künstlichen Bedingungen in den Produktionsräumen die besten Ergebnisse erzielt werden können.
Die Produktionskultur und damit auch die Arbeitsbedingungen sind zu erhöhen, wenn der Architekt sich mehr als bisher mit der Gestaltung der Inneneinrichtung befaßt. Es muß ein System für die Innenraumgestaltung der Produktionsstätten geschaffen werden, das verbunden ist mit der Anordnung der technologischen Ausrüstungen, dem planmäßig organisierten Verlegen der Kommunikationseinrichtungen innerhalb der Werkstätten und der Anordnung der Beleuchtungs- und Belüftungsapparaturen. Dieses System wird die Technologie nicht stören. Es schafft aber eine bestimmte Ordnung in die Projektierung der Inneneinrichtungen analog dem, was bei uns für die Raumplanung in Form von modulierten Parametern und vereinheitlichten Größenschemata üblich ist. Eine organisierte Anordnung der Anlagen und Kommunikationseinrichtungen erhöht die Qualität der Inneneinrichtungen wesentlich.
In der Sowjetunion laufen bereits Arbeiten in Richtung der komplexen Gestaltung der Inneneinrichtungen für eine Reihe von Industriezweigen (Abb. 1).
Von wichtiger Bedeutung bei der Inneneinrichtung der Industriegebäude ist die Farbe. Die künstlerische Lösung der Farbgestaltung der Werkstätten wird immer individuellen Charakter tragen und vom Talent des Autors abhängen. Jedoch darf die farbliche Gestaltung nicht nur den ästhetischen Erfordernissen Rechnung tragen, sondern muß auch eine notwendige farbliche Ordnung schaffen, wobei die spezifischen Besonderheiten des Produktionsprozesses berücksichtigt werden müssen. Wir sind berechtigt zu erwarten, daß die Wissenschaft in nächster Zukunft dem Architekten noch exaktere Forschungsergebnisse vermittelt.
Vollziehen sich künftig in der Massengliederung der Gebäude insgesamt wesentliche Veränderungen? Werden prinzipielle Unterschiede zu den vorhandenen Gebäuden in Erscheinung treten? Einige Autoren unternehmen Versuche, Modelle für zukünftige Werke mit komplizierten konstruktiven Strukturen zu entwerfen (kugel- oder pyramidenförmig, unterirdische Werksanlagen und ähnliches). Bis auf wenige Ausnahmen werden diese Vorschläge in den nächsten Jahrzehnten durch die Forderungen der Technologie nicht bedingt. Bereits die Kluft zwischen Funktion und Form spricht von einer nicht sehr hohen Qualität dieser Vorschläge, ganz zu schweigen von der fragwürdigen Ästhetik dieser Bauwerke. Ein wesentlicher Grund dafür, daß solche Gebäude und Strukturen sich nicht durchsetzen werden, ist ihre mangelnde (aber nicht nachgewiesene) bauwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Effektivität.
Die Erfahrungen zeigen, daß neue Gebäudetypen relativ selten in Erscheinung treten. Parameter werden erhöht, Einrichtungen des Transportsystems, der Lüftung und Beleuchtung werden verbessert, Verkleidungen und tragende Konstruktionen ändern sich, jedoch verändern sich die bisher üblichen Formen der mehr- und eingeschossigen Gebäude relativ langsam.
In den letzten zwei bis drei Jahrzehnten entstanden neue Gebäudetypen wie fensterlose Kompaktbauten oder Pavillonbauten. In ihrer Struktur unterscheiden sie sich zwar von den eingeschossigen Gebäuden mit Fenstern, jedoch bewegen sie sich in den Grenzen der bisher üblichen Formen. Man kann mit dem Einsatz runder Industriebauten oder mit breiten zweigeschossigen Gebäuden rechnen, wo das erste Geschoß dem Verlegen der Kommunikationseinrichtungen und dem Aufstellen der schweren Anlagen vorbehalten ist. Für eine Reihe von Produktionsstätten wird es zweckmäßig sein, Gebäude mit einer Stützweite von 100 Metern und darüber anzuwenden. Jedoch für die Werkstätten der Maschinenbau-, Textil- und gummitechnischen Erzeugnisse und ähnliche Industriezweige, wo eine große Zahl Werkbänke eingesetzt werden und wo viele Menschen beschäftigt sind, wird für die nächsten Jahrzehnte der Haupttyp der eingeschossige Flachbau bestehend aus mehreren Schiffen, fensterlos oder mit Oberlicht bleiben.
Als bestes Beispiel für solche Gebäude können die Produktionshallen des Automobilwerkes in Togliatti und des Kombinats für Seidenstoffe aus Stapelfaser in Tschaikowski (Abb. 4) dienen.
In einer Reihe von Zweigen der Schwerindustrie mit großen Aggregatanlagen wird sich eine Freibauweise oder eine Halbfreibauweise anbieten.
Je nach dem Grad der Automatisierung und der Verlängerung der Zeitspanne für wartungsfreien Betrieb erweitert sich das Gebiet der offenen Aufstellung von Ausrüstungen (Kompressoren, Pumpen, Turbinen). Im Zusammenhang damit muß den Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, die die Arbeitsbedingungen der Arbeiter verbessern, die offene Anlagen warten. Die offenen Anlagen können eine wichtige Rolle bei dem architektonischen Ausdruck eines Industrieensembles spielen (Abb. 5).
Jedoch wird ein bedeutender Teil der Anlagen in den Produktionsstätten der Schwerindustrie nach wie vor in geschlossenen Räumen untergebracht werden müssen.
Für eine Reihe solcher Produktionsstätten werden beheizbare und nicht beheizbare eingeschossige Pavillons projektiert, in denen die Ausrüstungen auf ihren Fundamenten und in technologischen Gerüsten angeordnet sind.
Als Beispiel kann man auf die beheizbaren Gebäude der Produktionsstätte für Polyvinylchlorid (Abb. 6) und das Gebäude für eine Walzstraße (Abb. 7) hinweisen. Je nach der Entwicklung der Bautechnik und nach dem Einsatz leichter Baustoffe werden sich Höhe und Ausladung der Pavillons vergrößern. Die Hebe- und Fördermittel werden ebenfalls leistungsfähiger. Das erhöht die Universalität solcher



8

Gebäude bedeutend, indem sie diese in mächtige Hüllen verwandelt, die die Montageflächen (Paletten), auf denen verschiedene technologische Ausrüstungen aufgestellt werden können, nach außen abschließen.

Bis zur letzten Zeit hat der Anteil der mehrgeschossigen Gebäude am Gesamtumfang der Industriebauten 20 Prozent nicht überschritten. Jedoch ist dieses Gebiet zu erweitern, weil die Erhöhung der Produktionskultur und die Verringerung der schädlichen Einflüsse die Anzahl der Betriebe erhöhen wird, die in unmittelbarer Nähe der Ortschaften angelegt werden. Die Ökonomie des städtischen Territoriums bedingt eine vertikale Entwicklung der Gebäude. Insbesondere in der DDR, wo angenommen wird, daß sich im nächsten Jahrzehnt der Bedarf an den Flächen für mehrgeschossige Produktionsgebäude auch erheblich steigern wird, werden bedeutende Untersuchungen für die Vereinheitlichung von Gebäuden und Konstruktionslösungen durchgeführt. Die gesamte Arbeit erfolgte im Rahmen des „Baukasten-Systems", dessen Prinzipien im Einheitssystem Bau weiterentwickelt wurden.

In der Perspektive können in einigen Städten Hauptverkehrsstraßen auf verschiedenen Ebenen angeordnet werden, was die Voraussetzung für einen günstigen Betrieb mehrgeschossiger Gebäude schafft, weil Ein- und Ausfahrt aus dem Gebäude in zwei und drei Ebenen möglich werden. Das wiederum erlaubt, den technologischen Prozeß neu aufzubauen.

In den Städten werden bereits in der nächsten Zeit mehrgeschossige Gebäude für Produktionsstätten des Präzisionsmaschinenbaues, der Elektrovakuumindustrie und sogenannte Mehrzweckgebäude, in denen Gruppen von kleinen „Fabriken" untergebracht sind (wie Konfektionsbetriebe, Möbelfabriken, Konsumgüter-Fertigungsbetriebe, verschiedene Werkstätten für Dienstleistungen) wesentlich erweitert. Solche in Wohngebieten liegenden Gebäude können entsprechend ihrer architektonischen Bedeutung vollkommen mit großen öffentlichen Gebäuden gleichgesetzt werden (Abb. 12). Bei unseren Massenindustriebauten hatten die Geschoßbauten in der Regel nicht mehr als vier bis fünf Stockwerke und eine Breite von vierundzwanzig bis achtundvierzig Metern. Eine Vergrößerung der Gebäude in Breite und Höhe findet seine Grenzen mit den Schwierigkeiten bei der Lösung der innerbetrieblichen Transportfragen bei großem Warenfluß, mit dem Fehlen der natürlichen Belichtung für alle Räume sowie mit den Schwierigkeiten bei der Lüftung.

In einer Reihe von Fällen wurde die Aufstockung begrenzt durch den Bedarf an relativ großen Flächen im Erdgeschoß, wo die schweren Anlagen aufgestellt werden müssen und der Transport von und nach außen laufen muß. Dieser letzte Umstand erfordert Gebäude, die aus einem Flachbau mit einem mehrgeschossigen Trakt bestehen (Abb. 13).

Es gibt bereits jetzt Beispiele für mehrgeschossige unterirdische Garagen und Lager. Jedoch sollten, wenn dafür keine speziellen Forderungen vorliegen, kaum Räume unter der Erde angelegt werden, in denen viele Menschen arbeiten müssen. Es ist möglich, daß es pyramidenförmige Gebäude geben wird, in denen jedes höhere Stockwerk schmaler als das darunterliegende sein wird. Stufenförmige Gebäude lösen drei Aufgaben: der Flächenanteil des Erdgeschosses wird größer, die Summe der mit Tageslicht beleuchteten Flächen erhöht sich und die Transportströme sind einfacher zu organisieren, weil für diese Zwecke teilweise das ebene Dach des daruntergelegenen Stockwerkes genutzt werden kann. Wie bereits oben gesagt, sind mehrgeschossige Gebäude meist kostenaufwendiger. Eben darum müssen sie universell sein. Geschoßbauten finden auch in einigen Zweigen der Schwerindustrie Anwendung (Erzbergbau, Chemie), wo die Probleme häufig individuell gelöst werden. Die Ausrüstungen, die in solchen Gebäuden untergebracht sind, werden je nach ihrer Vervollkommnung immer häufiger offen aufgestellt (auf großen Gestellen, einzeln stehende Stützen, mit teilweiser Abdeckung). Die Möglichkeit besteht, daß in einigen Fällen solche mehrgeschossigen Gebäude durch eingeschossige, als Pavillon ausgebildete Gebäude ersetzt werden. So wie mit den Aufbereitungsanlagen (Abb. 10 und 11) verfahren wurde. Man darf bei der Entwicklungsperspektive Verwaltungs- und Versorgungsgebäude nicht umgehen. In diesen werden Büroräume, Laboratorien, Speiseräume, Krankenbehandlungsräume oder Versorgungsstätten untergebracht.

Wir haben viele ausgezeichnet organisierte Werkstätten, die dem Weltstand entsprechen, aber gut ausgeführte Gebäude für administrative und Versorgungszwecke sind zu zählen. Der Kostenanteil bei diesen Gebäuden an den gesamten Investitionen für den Bau einer Fabrik ist relativ gering und eine Verbesserung der Raumplanungslösungen und der Ausstattung verteuert den gesamten Bau nur geringfügig, kann jedoch in der Konsequenz sogar zu einem höheren ökonomischen Effekt führen.

In der architektonischen Ausdrucksweise eines Industriekomplexes sind diese Gebäude nicht von geringer Bedeutung. Die theoretischen Untersuchungen im Industriebau stehen unzulässig hinter der Praxis zurück. Um entscheidende Erfolge zu erzielen, muß der Umfang der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet um das Vielfache erhöht werden.

Eine andere wichtige Aufgabe ist die Erhöhung der Rolle des Architekten im Industriebau. Je stärker sein organisatorischer Einfluß bei der Lösung eines komplizierten Fragenkomplexes bei einem modernen Betrieb ist, desto höher wird die Produktionskultur sein, desto ökonomischer und schöner werden unsere Fabriken und Betriebe sein.

9

8 Hauptgebäude eines Werkes der Elektrovakuum-Industrie.
Entwurf: Architekten M. O. Breschtsch, G. S. Tosunow, W. G. Bystrow, Konstrukteure W. A. Popik, A. F. Lunin, W. P. Sawinow

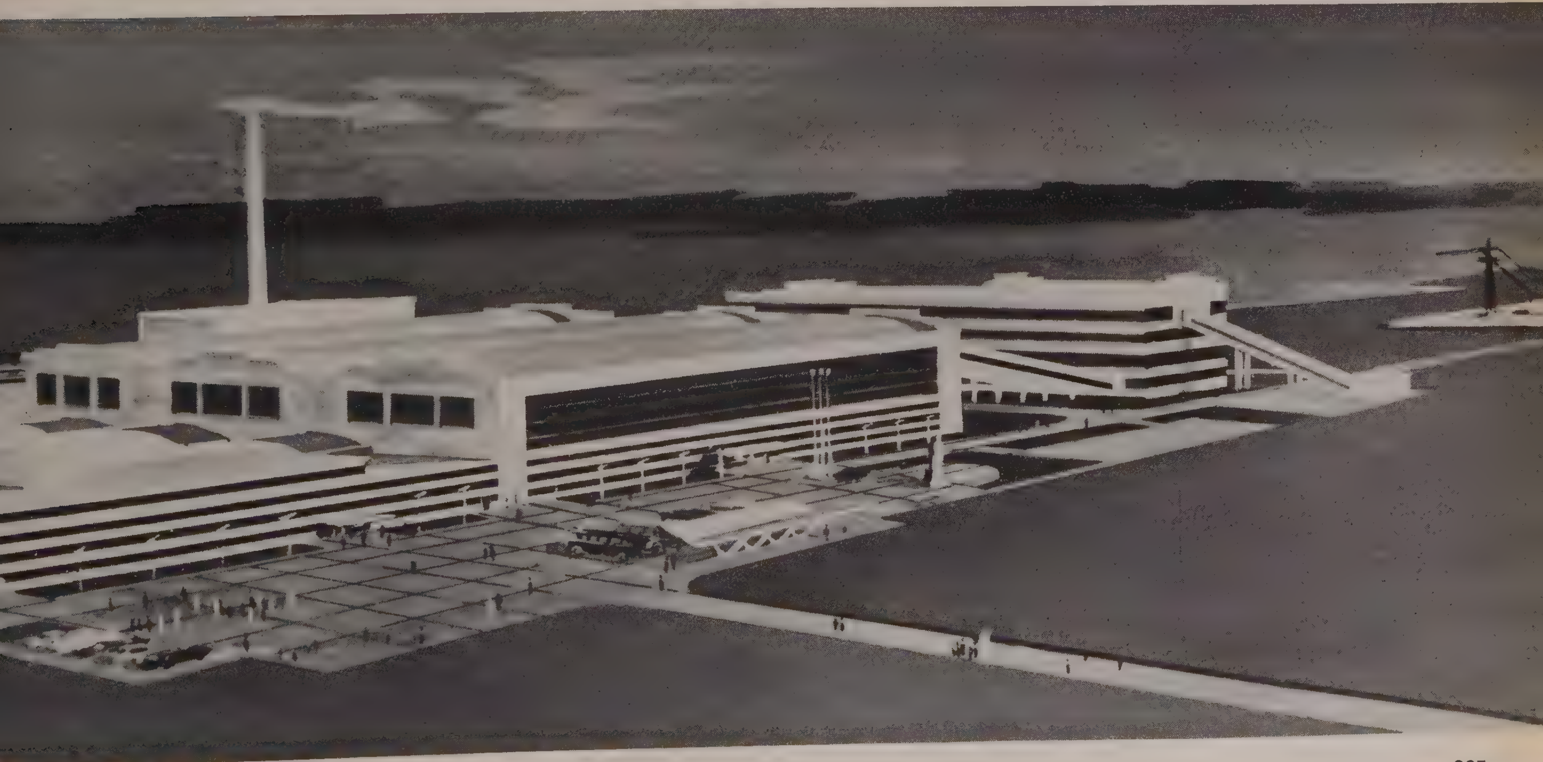
9 Fabrik für Rechenmaschinen in Orel.
Entwurf: Architekten G. I. Michailow, A. M. Michailowa, Konstrukteure I. N. Korko, J. G. Morosow

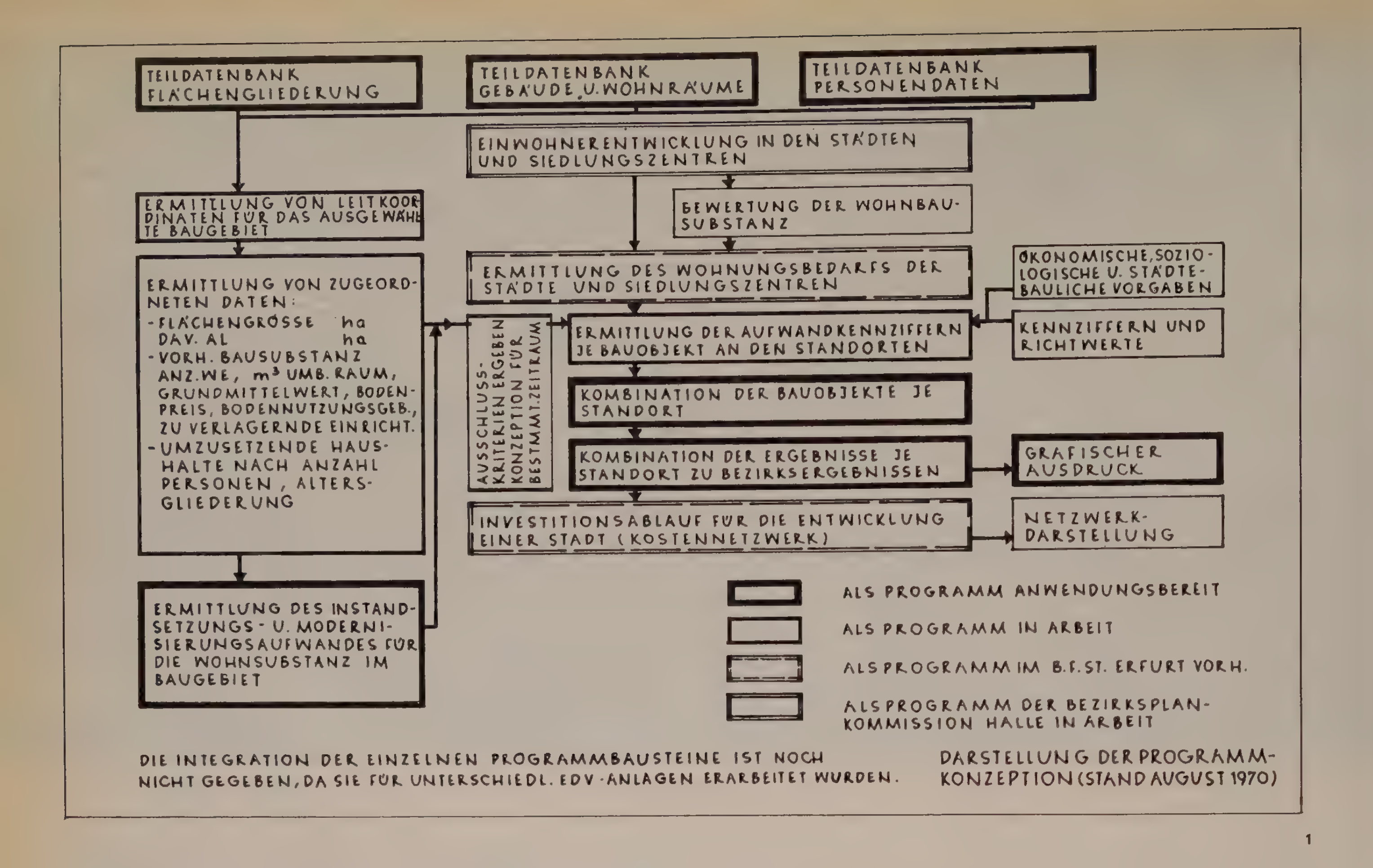
10|11 Gebäude für eine Aufbereitungsanlage.
Schnitt und Perspektive



10

11






1

# Modell zur Optimierung des komplexen Wohnungsbaus

Dipl.-Ing. Kurt Ludley
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Das Modell wurde durch das Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle (Teil Problemanalyse, Aufgabenstellung und Systemlösung) und durch das Zentrum für Organisation und Datenverarbeitung Bauwesen Berlin, Abteilung automatisierte städtebauliche Planung (Teil Rechenprogramm) auf Grund eines Wirtschaftsvertrages ausgearbeitet. Anlaß, diese Problematik zu untersuchen, war die Vorbereitung des Perspektivplanes 1971 bis 1975 hinsichtlich der Standortverteilung, des Umfangs, der funktionellen und städtebaulichen Gestaltung und des zu erwartenden Kostenaufwandes des komplexen Wohnungsbaus im Bezirk Halle unter Beachtung der Gegebenheiten und der verfügbaren finanziellen und materiellen Mittel.

Das Modell geht davon aus, gegenwärtig praktizierte und wiederholt auftretende Routinearbeitsprozesse mit großem Datenanfall innerhalb städtebaulicher Planungsarbeiten zu formalisieren, zu modellieren und mit Hilfe von Datenverarbeitungsanlagen durchzuführen.

Dadurch werden erreicht:

- die Vereinheitlichung der Methodik der betreffenden Planungsschritte und -prozesse sowie die Vergleichbarkeit der Ergebnisse
- die einheitliche Gliederung der Kennziffern
- die Möglichkeit der kurzfristigen Berechnung beliebig vieler Varianten bei relativ geringem Umfang an einzugebenden spezifischen Kennziffern.

Das Modell beziehungsweise Programm ist anwendbar

- in der Planungsebene „Generalbebauungsplanung der Stadt oder des Bezirkes" zur Berechnung von Konzeptionen für die Standort- und Mengenverteilung des Wohnungsbaus innerhalb eines bestimmten Territoriums und Zeitraums und im Rahmen vorgegebener Kriterien (z. B. finanzieller und/oder materieller Kennziffern),
- in der Planungsebene oder -phase „Ausarbeitung von Bebauungskonzeptionen für ein bestimmtes Baugebiet" zur Ermittlung von Kennziffern von Bebauungsvarianten im Rahmen der Funktionstüchtigkeit des zu realisierenden Baugebietes und der Erfüllung ökonomischer, soziologischer und städtebaulich-architektonischer Kriterien.

Das Modell kann in der vorliegenden Form als selbständiges System genutzt werden oder als Baustein in Programmkonzeptionen dienen. Einen Vorschlag dazu gibt das Schema in Abbildung 1 wieder, das bereits angewendete oder ausgearbeitete Programmbausteine zu einer Programmlinie zusammengefaßt darstellt. Diese Programmlinie ist gegenwärtig noch nicht durchgehend realisierbar, da die Bausteine isoliert und für unterschiedliche EDV-Anlagen entwickelt wurden. Die Paßfähigkeit der Bausteine könnte durch Angleichung an ein einheitliches Rechnersystem oder durch Verwendung maschinenlesbarer Outputs von vorgelagerten Programmteilen (Lochkarten, Lochbänder, evtl. Magnetbänder) als Inputs für anschließende Programme hergestellt werden.

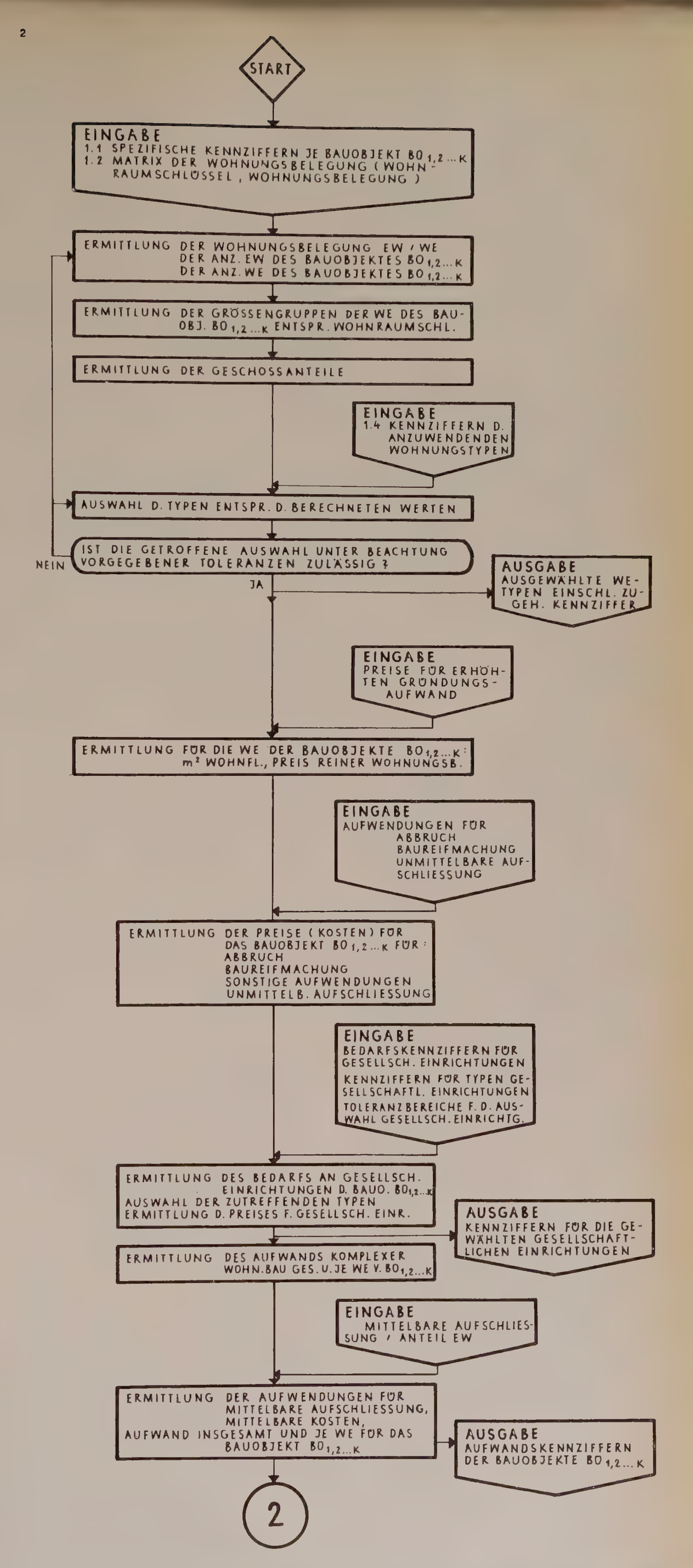
Aus bisherigen Erkenntnissen kann geschlußfolgert werden, daß eine über viele Phasen durchgängige automatische Realisierung von Planungsprozessen bei Weiterführung aller möglichen Varianten infolge des stochastischen Charakters der Prozesse und der hohen Anzahl von qualitativen und quantitativen Variablen problematisch ist. Es würde zu enorm vielen Ergebnisvarianten in den jeweils anschließenden Planungsphasen führen. Deshalb müssen die Varianten nach jeder oder nach mehreren Phasen eingeschränkt werden durch Kriterien und Toleranzbereiche als Bewertungsgrundlage und durch Zwischenentscheidungen des Bearbeiters oder eines Kollektivs.

Dazu sind weitere Untersuchungen und Erfahrungen erforderlich, da die Festlegung von Grenzbereichen und Optimierungskriterien ausschlaggebend für das Gesamtergebnis ist. Der Algorithmus des Modells, die erforderlichen Eingabedaten sowie die Ergebnisse der Berechnungen sind als Übersicht in dem Flußbild (Abb. 2 und 3) dargestellt.

Mit dem Modell soll erreicht werden, den komplexen Wohnungsbau eines bestimmten Territoriums (Bezirk, Stadt, Gemeinde) innerhalb einer bestimmten Zeitspanne entsprechend gegebener Bedingungen

1
Darstellung einer Programmkonzeption

2
Flußbild für den Programmkomplex 1 „Ermittlung von Aufwandskennziffern je Bauobjekt“




oder Anforderungen zu optimieren. Durch Veränderung von Parametern ergeben sich für die einzelnen Baugebiete, die untersucht werden sollen, unterschiedliche Bebauungsvarianten (wie unterschiedliche Aufwandskennziffern für die Realisierung). Durch Kombination von einander nicht ausschließenden Bebauungsvarianten mehrerer Baugebiete ergeben sich unterschiedliche Gesamtergebnisse, die bewertet werden müssen (z. B. Einhaltung von Vorgaben). Die zulässigen Ergebnisse eines Standortes können wiederum mit denen anderer Standorte zu Kombinationen für größere Gebiete (Kreis, Ballungsgebiet, Bezirk, Republik) verbunden und einer Bewertung unterzogen werden.

Mit dem Modell sollen

- die Aufwandskennziffern für einzelne Bebauungsvarianten ermittelt werden, ausgehend von spezifischen Bedingungen der Baugebiete und unter Nutzung eines Katalogs von Berechnungskennziffern (Programmkomplex 1)
- die Ergebnisse aus den Bebauungsvarianten je Standort zu Standortkombinationen kombiniert werden und diese wiederum zu Gesamtkombinationen für das Territorium des Bezirkes (Programmkomplex 2)
- die berechnete Gesamtkombination mittels Schnelldrucker in einer Bezirkskarte grafisch dargestellt werden mit Angabe der Standorte des Wohnungsbaus und jeweils berechneter ausgewählter Kennziffern, wie Anzahl der Wohnungen je Standort, Geschoßanteile, Realisierungsaufwand (Programmkomplex 3).

Das Programm ist in FORTRAN IV geschrieben für die EDVA IBM 360/40 und Controldata. Die Programmkomplexe 2 und 3 sind anwendungsbereit, Berechnungen für den Bezirk Halle wurden bereits durchgeführt.

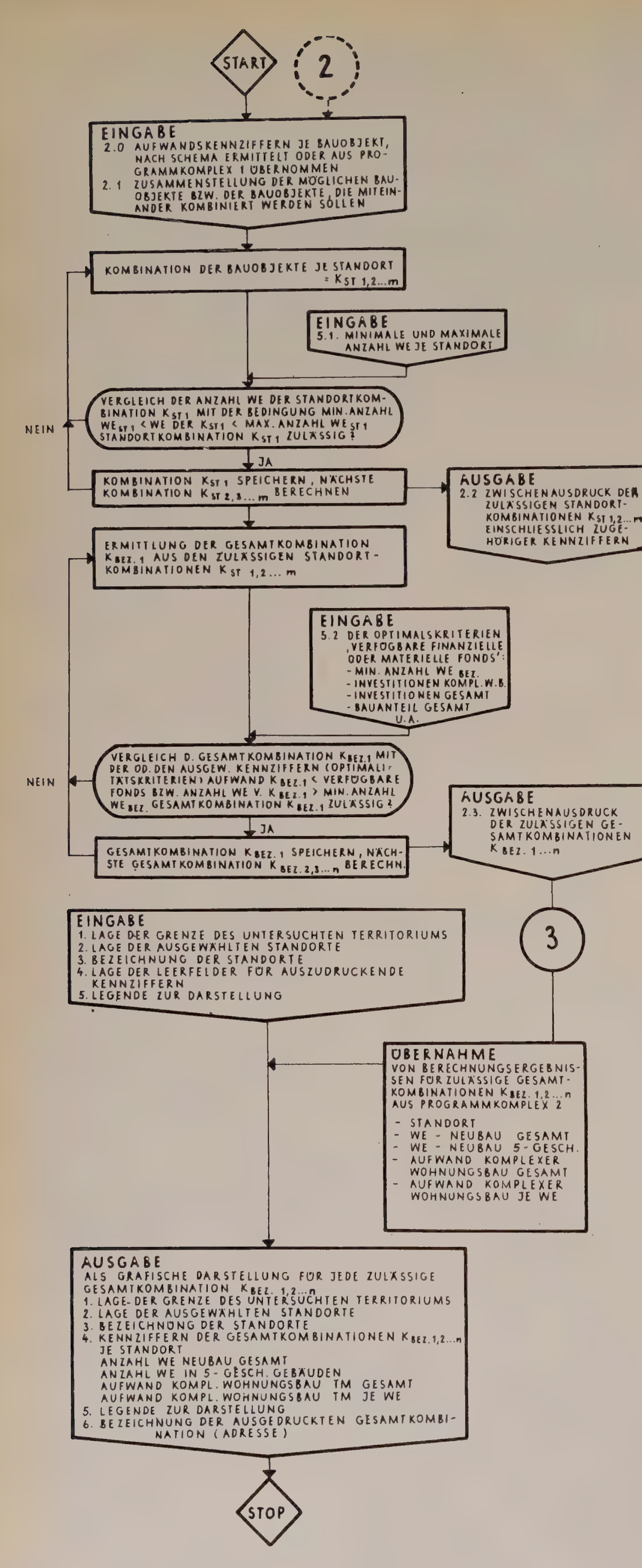
**Programmkomplex 1: „Ermittlung von Aufwandskennziffern für Baugebiete“**

- Zielstellung und Inhalt

Für ein zur Bebauung mit Wohngebäuden ausgewähltes Gebiet (Baugebiet) einer Stadt (Standort) sind auf der Grundlage des Generalbebauungsplanes oder von Strukturuntersuchungen Bebauungsvarianten (Bauobjekte) zu ermitteln. Unter Beachtung qualitativer Anforderungen an die Bebauung hinsichtlich Funktionserfüllung, Wirtschaftlichkeit und städtebaulich-architektonischer Gestaltung sind die sich bei einzelnen Varianten ergebenden quantitativen Werte zu ermitteln und mit gegebenen Kriterien zu vergleichen oder zu bewerten. Danach ist die optimale Variante als Grundlage der weiteren Bearbeitung und Realisierung auszuwählen.

Als quantitative Bewertungskriterien können verwendet werden

- die Anzahl der zu errichtenden Wohnungen insgesamt oder nach Größengruppen (Räume je Wohnung)




3

- die durchschnittliche Wohnungsgröße ($m^2$/WE)
- die Anteile der mehr-, vielgeschossigen und Hochhausbebauung,
- die verfügbaren absoluten (TM) oder relativen Aufwendungen (TM/WE) für den komplexen Wohnungsbau bzw. einzelne Aufwandsarten (entsprechend „Vorläufige Richtlinie der SPK vom 30. 9. 1969 für den komplexen Wohnungsbau im Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975") oder für das Baugebiet insgesamt (einschließlich mittelbarer Aufwendungen).

Bezogen auf einen bestimmten Zeitraum können die sich aus den Bebauungsvarianten ergebenden quantitativen Werte mit den verfügbaren Kapazitäten (Vorfertigung von Bauelementen, Hochbau-, Tiefbauleistungen; Leistungsfähigkeit von Netzen und Anlagen des Verkehrs und der ingenieurtechnischen Versorgung) und Mitteln (Investitionen, Bauanteile) bilanziert werden.

Die Bebauungsvarianten für das betrachtete Baugebiet (Bauobjekte) ergeben sich durch die Variation

- der gewünschten Einwohnerdichte und damit zusammenhängend der Anteile der mehr-, vielgeschossigen und Hochhausbebauung
- der Größe der zu bauenden Wohnungen nach Wohnfläche und Zimmerzahl (entsprechend dem vorhandenen und geplanten Typenangebot).

Sollte das Typenangebot den funktionellen, ökonomischen und städtebaulichen Notwendigkeiten nicht entsprechen, würden sich Anforderungen an die Baukombinate für Neuentwicklungen ergeben.

- der Ausstattung des Baugebietes mit gesellschaftlichen Einrichtungen (Versorgungsgrad je EW oder WE, Berücksichtigung von Nachholebedarf, Veränderung von Versorgungsbereichen und Einzugsgebieten)
- der Aufwendungen für die ingenieurtechnische Erschließung des Baugebietes (drei-, zwei- oder einschienige Energieversorgung, Anwendung von Kollektoren für die Leitungsverlegung)
- der Aufwendungen für die Verkehrserschließung und den ruhenden Verkehr
- der Aufwendungen für die Freiflächengestaltung
- der Anzahl abzureißender, zu modernisierender oder instand zu setzender Wohnungen und Gebäude innerhalb eines Rekonstruktionsgebietes und der davon abhängigen Aufwendungen einschließlich Verlagerungs- und Ersatzmaßnahmen, Entschädigung und Grunderwerb.

Die sich aus den Varianten der Bebauung ergebenden unterschiedlichen Aufwandskennziffern (als Kapazitätseinheiten beziehungsweise als absoluter oder relativer Wertausdruck) ermöglichen den quantitativen Vergleich der Varianten und unter Betrachtung der qualitativen Merkmale die Auswahl der optimalen Variante entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten. (Die Auswahl kann erfolgen durch kollektive Beratung oder mit Hilfe eines zu entwickelnden Programms, in dem die einzelnen nicht direkt quantifizierbaren oder noch nicht quantifizierten Qualitätsmerkmale unterschiedlich gewichtet und auf die einzelnen Varianten bezogen werden.)

Der Genauigkeitsgrad der ermittelten Variantenergebnisse wird in den jeweiligen städtebaulichen Planungsphasen oder -ebenen unterschiedlich sein:

- Erste Überlegungen zu potentiellen Baugebieten im Rahmen der Generalbebau-

3
Flußbild für die Programmkomplexe 2 und 3 „Auswahl und Kombination der Bauobjekte“ und „Graphischer Ausdruck von Ergebnissen“

4
Ablochbeleg „Spezifische Aufwandskennziffern je Bauobjekt“

| 1 | | | | | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| BEZIRK | KREIS | STADT/GEMD. | PRÜFZ. | FUNKT.GEB. ART | FUNKT.GEB. NR. | | NAME DES STANDORTES | BEZEICHNUNG DES BAUGEBIETES | | BEBAUBAR AB | ADRESSE IM PROGRAMM | KARTENKENNZEICHEN |
| 1 2 | 3 4 | 5 6 | 7 | 8 9 | 10 – 12 | 13 – 28 | 29 – 42 | 43 – 62 | 63 | 64 – 67 | 68 – 75 | 76 – 80 |
| | | | | | | | | | | | | 1 |

| 9 | | | 10 | | | | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 7 | 8 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| FLÄCHE GESAMT ha | DAVON AL ha | DAVON GL ha | WE-NEUB. GESAMT WE | DAVON BIS 5-GESCHOSS WE | DAVON BIS 11-GESCH. WE | DAV. HOCHHÄUSER WE | ABRISS WE | NEUBAU WOHNFLÄCHE GESAMT m² | WOHNFL. JE WE m²/WE | AUFWAND REINER WE-NEUBAU TM | ERHÖHTER GRÜNDAUFW. TM | SONSTIGE AUFWENDG. TM | VORBEREITG. BAUGELÄNDE TM | ADRESSE IM PROGRAMM | KARTENKENNZEICHEN |
| 1 – 3 | 4 – 6 | 7 – 9 | 10 – 14 | 15 – 19 | 20 – 24 | 25 – 29 | 30 – 34 | 35 – 41 | 42 – 45 | 46 – 52 | 53 – 57 | 58 – 62 | 63 – 67 | 68 – 75 | 76 – 80 |
| | | | | | | | | | | | | | | | 2 |

| 18 | 19 | 20 | | 21 | | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 7 | 8 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| UNMITTELBAR AUFSCHLIESS. TM | GEMEINSCH. EINRICHTG. TM | KOMPLEXER WOHNUNGSNEUBAU GESAMT TM | TM/WE | AUFWAND FÜR DAS BAUOBJEKT GESAMT TM | TM/WE | ZENTR.GES. EINRICHTG. TM | EINRICHT. VOLKSBILD. TM | EINRICHT. GESUNDWES. TM | EINR. HAND. U.VERSORG. TM | DIENSTLG.-EINRICHT. TM | AUFSCHLIESS.-ANTEIL E.V. TM | ADRESSE IM PROGRAMM | KARTENKENNZEICHEN |
| 1 – 6 | 7 – 12 | 13 – 19 | 20 – 23 | 24 – 30 | 31 – 35 | 36 – 41 | 42 – 46 | 47 – 51 | 52 – 56 | 57 – 61 | 62 – 67 | 68 – 75 | 76 – 80 |
| | | | | | | | | | | | | | 3 |

| 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | 34 | 35 | 36 | 37 | 38 | 7 | 8 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| STRASSENBAU TM | NAHVERKS.-MITTEL TM | WASSERVERSORGUNG TM | ENTWÄSSERUNG TM | ELT VERSORGUNG TM | GASVERSORGUNG TM | WÄRMEVERSORGUNG TM | POST- U. FERNMELDEWES. TM | FREIFLÄCHEN TM | MITTELBARE AUFSCHLIESS. GES. TM | MITTELBARE KOSTEN GES. TM | ADRESSE IM PROGRAMM | KARTENKENNZEICHEN |
| 1 – 6 | 7 – 12 | 13 – 18 | 19 – 24 | 25 – 30 | 31 – 36 | 37 – 42 | 43 – 48 | 49 – 54 | 55 – 61 | 62 – 67 | 68 – 75 | 76 – 80 |
| | | | | | | | | | | | | 4 |

4

ungsplanung einer Stadt werden von Einschätzungen, Kennziffern und Erfahrungswerten ausgehen. Die Ergebnisse können, wenn relativ große Fehler- und Ungenauigkeitsbereiche (in Abhängigkeit von der Genauigkeit der Untersuchungen und der verwendeten quantitativen Werte) beachtet werden, für die Ermittlung von mittel- und langfristigen Konzeptionen zur Entwicklung des Wohnungsbaus einer Stadt oder mehrerer Städte innerhalb eines Gebietes (Kreis, Ballungsgebiet, Bezirk, Republik) verwendet werden.

Werden die einzelnen Bebauungsvarianten je Baugebiet zu Standortkombinationen und diese Standortkombinationen zu Gesamtkombinationen für ein betreffendes Gebiet zusammengefaßt, ergibt sich eine Vielzahl möglicher Varianten. Diese müssen durch vorgegebene Kriterien bewertet werden. Die Kriterien entsprechen den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Gegebenheiten für einen bestimmten Zeitraum beziehungsweise den prognostizierten Entwicklungsbedingungen. Sie ermöglichen damit eine mehr oder weniger genaue Bilanz zwischen gesellschaftlichem Bedarf und volkswirtschaftlichem Aufkommen.

■ Auf der Grundlage verbindlicher staatlicher Vorgaben oder ausgewählter Orientierungskennziffern (als fixer Wert oder mit einem Toleranzbereich definiert) können innerhalb der Ausarbeitung einer Bebauungskonzeption für ein bestimmtes Baugebiet unterschiedliche Varianten unter Beachtung standort- und entwurfsspezifischer Gegebenheiten und Möglichkeiten wesentlich genauer ermittelt werden. Damit werden die Kapazitäten für einen Perspektivplanzeitraum oder Volkswirtschaftsplan exakt bilanziert und der Anschluß der bautechnischen und technologischen Projektierung und Vorbereitung sowie Ablaufplanung ermöglicht.

■ Erforderliche Eingabedaten

Grundlage für die Gliederung der Kennziffern waren die vorläufigen Richtwerte für den komplexen Wohnungsbau (1), Untersuchungen zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Wohnungsbaustandorten (2) und bisherige Erfahrungen. Zur Erfassung der spezifischen Aufwandskennziffern beziehungsweise der auftretenden Leistungsarten für das jeweilige Baugebiet oder Bauobjekt wurde ein Schema entwickelt. Die im Schema eingetragenen Werte und angekreuzten Leistungsarten werden in den Ablochbeleg „Spezifische Aufwandskennziffern je Bauobjekt“ (Abb. 4) übertragen.

Die Programmadresse des Bauobjektes (8 Stellen) wird wie folgt festgelegt:

1. und 2. Stelle
Nummer des Standortes, der Stadt oder Gemeinde, in der Wohnungsbau geplant und realisiert werden soll (frei zu wählen)

3. und 4. Stelle
Nummer des Stadtbezirkes, in dem das vorgesehene Baugebiet (Wohnungsneubau oder Rekonstruktion) liegt

5. und 6. Stelle
Nummer des Baugebietes innerhalb des Stadtbezirkes

7. Stelle
Nummer des Bauobjektes (mögliche Bebauungsvariante für das Baugebiet)

8. Stelle
Schlüsselnummer für das Jahr der Bebaubarkeit des Baugebietes (z. B. 1974 = 4)

Als weitere erforderliche Angabe sind in das Schema „Wohnraumschlüssel und Wohnungsbelegung“ (Abb. 5) die gewünschten Wohnungen einschließlich Anzahl der Räume in Prozenten oder bezogen auf je 100 Wohnungseinheiten sowie die jeweils gültigen Normative für die Wohnungsbelegung einzutragen.

Der Aufwand für die Baureifmachung des Gebietes kann durch Einordnung des Gebietes in eine entsprechend charakterisierte Kategorie mit zugeordneter Kennziffer (Aufwand in TM je WE Abbruch) oder bei entsprechend vorhandenen Unterlagen (z. B. durch Auswertung der Teildatenbank Flächengliederung) exakt ermittelt werden.

Ein analoges Verfahren ist für die Bestimmung des Abbruchaufwandes im Rekonstruktionsgebiet anwendbar.

Der vorgesehene Katalog der Berechnungskennziffern geht davon aus, daß bestimmte Kostenfaktoren direkt abhängig oder methodisch als abhängig von der Anzahl der anzusiedelnden Einwohner oder Haushalte, zum Beispiel die Kapazität gesellschaftlicher Einrichtungen, zu betrachten sind, beziehungsweise von der Anzahl der für diese Einwohner zu bauenden Wohnungen. Diese Aufwendungen steigen linear entsprechend der Anzahl neu zu bauender Wohnungen beziehungsweise anzusiedelnder und zu versorgender Einwohner. Die Kennziffern dafür werden nicht jeweils als Eingabewerte vorgegeben, sondern sind in Katalogform im Datenspeicher der EDVA abzuspeichern; eine entsprechende Kennziffergliederung liegt vor.

Lineare Kostenfaktoren je Wohnungseinheit Neubau sind

■ reiner Wohnungsbau (abhängig von Typ und Geschoßzahl der Gebäude)

■ gesellschaftliche Einrichtungen (abhängig vom Versorgungsgrad „Kapazität je WE“ für die einzelnen Einrichtungen)

■ unmittelbare Erschließung.

Nichtlinear von der Anzahl Wohnungen oder Einwohner abhängig, sondern partiell auftretend und damit in absoluten oder relativen Werten für jedes Baugebiet spezifisch zu bestimmen sind die Kostenfaktoren

■ Bodennutzungsgebühr

■ Grundstückserwerb

5
Schema Wohnraumschlüssel und Wohnungsbelegung

6
Ablochbeleg „Sortierung der Bauobjekte"

■ Entschädigungen für Gebäude, bauliche Anlagen und Aufwuchs
■ Verlagerung
■ Ersatz und
■ Abbruch.

Vorstehende Kennziffern können bei Funktion des Systems Territoriale Datenbank für den betreffenden Standort aus den Teildatenbanken Flächengliederung und Gebäudedaten entnommen werden.
Weitere nichtlineare Faktoren sind
■ Baureifmachung des Geländes
■ mittelbare Erschließung des Baugebietes
■ zentrale gesellschaftliche Einrichtungen, die in das Baugebiet einzuordnen sind
■ sonstige auftretende Aufwendungen
■ erhöhter Gründungsaufwand
■ Grundwasserabsenkung, Drainage.

Im Gesamtergebnis der Berechnung der quantitativen Kennziffern jedes Bauobjektes werden die linearen und nichtlinearen Kostenfaktoren entsprechend einem mathematischen Modell summiert und als Aufwendungen für den komplexen Wohnungsbau beziehungsweise für das Bauobjekt gesamt (absolut und bezogen auf eine WE Neubau) ausgedruckt. Die ermittelten Kennziffern dienen als Eingabewerte für den anschließenden Programmkomplex 2.
Flächengebundene Bestandsdaten für das jeweilige untersuchte Baugebiet (wie Flächengröße der Flurstücke oder des Gebietes, Art der Nutzung, Bodenpreis, Bodennutzungsgebühren, Struktur der eventuell umzusiedelnden Haushalte) werden in Zukunft durch Programme aus den Territorialen Datenbanken entnommen, die für wichtige Städte und Gemeinden des Bezirkes aufgebaut werden.

**Programmkomplex 2: „Kombination der Bebauungsvarianten"**

■ Zielstellung und Inhalt

Die Ergebnisse aus dem Programmkomplex 1 für die jeweils untersuchten Baugebiete sind die Eingabewerte für den sich anschließenden Programmkomplex 2. Der Programmkomplex 2 kann aber auch unter Benutzung der gleichen Erfassungs- und Ablochbelege wie für Programmkomplex 1 als Einzelprogramm genutzt werden.
Die Anwendung des Programms ermöglicht, für mehrere Baugebiete (Wohnungsneubau oder Rekonstruktion) mit unterschiedlichen Bebauungs- und damit Aufwandsvarianten an einem Standort eine Gesamtkonzeption des Wohnungsbaus mit Varianten für einen bestimmten Planungszeitraum zu berechnen.
Die wiederum daraus berechneten Standortkombinationen (Varianten je Standort) werden miteinander kombiniert zu Ergebnissen für den gesamten Bezirk. Die Weiterführung für alle Bezirke der DDR ist ebenfalls möglich.
Zur Verdeutlichung werden die verwendeten Begriffe nochmals erläutert:

■ Standortkombination:

Zusammenfassung aller Bauobjekte an einem Standort zu Gesamtergebnissen für den betreffenden Standort. Zum Beispiel ergeben sich für einen Standort mit 6 Baugebieten, von denen für 4 Baugebiete je 1 Bauobjekt und für 2 Baugebiete je 3 Bauobjekte (Bebauungsvarianten) ermittelt oder festgelegt wurden, insgesamt 9 Standortkombinationen $(1 \times 1 \times 1 \times 1 \times 3 \times 3)$.

■ Gesamtkombination:

Zusammenfassung aller Standortkombinationen innerhalb eines bestimmten Territoriums (Kreis, Gebiet, Bezirk) zu Gesamtergebnissen für das bestimmte Territorium.
Durch die Vorgabe von Toleranzbereichen (z. B. minimale und maximale Anzahl der Wohnungen je Standort bzw. Bezirk, maximal verfügbares Bauaufkommen für den komplexen Wohnungsbau, Investitionskennziffern) können nichtzutreffende Varianten ausgeschieden werden. Die Zahl der zulässigen Varianten wird um so mehr eingeschränkt, je enger die Toleranzbereiche fixiert werden.

■ Erforderliche Eingabedaten

Wird der Programmkomplex 2 als selbständiger Teil angewendet, kann für die Ermittlung der Aufwandskennziffern je Baugebiet das für den Programmkomplex 1 entwickelte Datenerfassungsschema benutzt werden. Nachdem die Angaben zu den in die Untersuchung einbezogenen Baugebieten oder den jeweils dafür vorgesehenen Bebauungsvarianten (Bauobjekten) vorliegen, werden diese in dem Ablochbeleg „Sortierung der Bauobjekte" (Abb. 6) untereinander eingetragen. Damit wird festgelegt, welche Bauobjekte miteinander zu Standortkombinationen zusammenzufügen sind. Durch überschlägliche Summierung der ermittelten Anzahl der Wohnungen aller Baugebiete je Standort ist eine Kontrolle vorzunehmen, ob die-

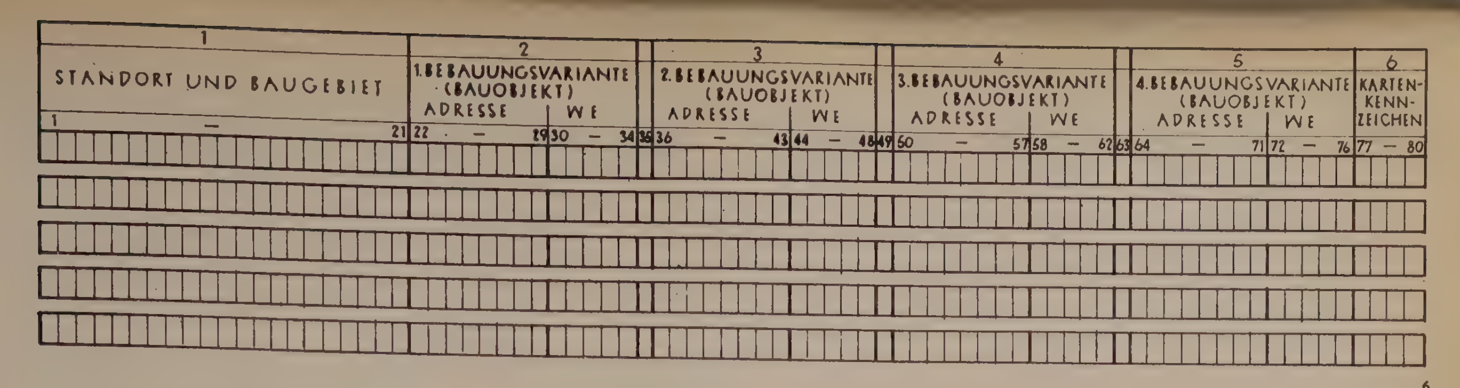
5

| BELEGUNG DER WE MIT EINWOHNERN JE NACH WOHNUNGSGRÖSSE $P_{1...6}$ / ANZAHL WE / 100 WE D. WOHNUNGSGRÖSSE $W_{1...5}$ (WOHNRAUMSCHLÜSSEL) | WOHNUNGSBELEGUNG BZW. HAUSHALTE MIT ANZAHL DER PERSONEN $P_{1...6}$ (P = HAUSHALTSGRÖSSENGRUPPE) | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | $P_1 = 1$ | $P_2 = 2$ | $P_3 = 3$ | $P_4 = 4$ | $P_5 = 5$ | $P_6 = 6$ UM. | |
| $(w_1)$ 1-RAUM-WE | $a_{11}$ | $a_{12}$ | $a_{13}$ | $a_{14}$ | $a_{15}$ | $a_{16}$ | $E_1$ |
| $(w_2)$ 2-RAUM-WE | $a_{21}$ | $a_{22}$ | $a_{23}$ | $a_{24}$ | $a_{25}$ | $a_{26}$ | $E_2$ |
| $(w_3)$ 3-RAUM-WE | $a_{31}$ | $a_{32}$ | $a_{33}$ | $a_{34}$ | $a_{35}$ | $a_{36}$ | $E_3$ |
| $(w_4)$ 4-RAUM-WE | $a_{41}$ | $a_{42}$ | $a_{43}$ | $a_{44}$ | $a_{45}$ | $a_{46}$ | $E_4$ |
| $(w_5)$ 5-RAUM-WE | $a_{51}$ | $a_{52}$ | $a_{53}$ | $a_{54}$ | $a_{55}$ | $a_{56}$ | $E_5$ |
| 100 WE | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % | $E_{1...5}$ |

DIE WERTE FÜR a KENNZEICHNEN DEN ANTEIL, DEN DIE EINZELNEN HAUSHALTSGRÖSSENGRUPPEN AN DEN WOHNUNGSGRÖSSENGRUPPEN HABEN, Z.B.:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| $w_1 = 15$ | $a_{11} = 70$ | | | | | |
| $w_2 = 27$ | $a_{21} = 30$ | $a_{22} = 50$ | $a_{23} = 20$ | | | |
| $w_3 = 40$ | | $a_{32} = 50$ | $a_{33} = 65$ | $a_{34} = 50$ | $a_{35} = 15$ | |
| $w_4 = 15$ | | | $a_{43} = 15$ | $a_{44} = 40$ | $a_{45} = 70$ | $a_{46} = 50$ |
| $w_5 = 3$ | | | | $a_{54} = 10$ | $a_{55} = 15$ | $a_{56} = 50$ |
| 100 WE | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % |

AUS DEN VORSTEHENDEN WERTEN WIRD DIE DURCHSCHNITTLICHE WOHNUNGSBELEGUNG EW/WE FÜR DAS JEWEILIGE BAUOBJEKT BERECHNET.



| 1 | 2 | | 3 | | 4 | | 5 | | 6 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| STANDORT UND BAUGEBIET | 1. BEBAUUNGSVARIANTE (BAUOBJEKT) | | 2. BEBAUUNGSVARIANTE (BAUOBJEKT) | | 3. BEBAUUNGSVARIANTE (BAUOBJEKT) | | 4. BEBAUUNGSVARIANTE (BAUOBJEKT) | | KARTEN-KENN-ZEICHEN |
| | ADRESSE | WE | ADRESSE | WE | ADRESSE | WE | ADRESSE | WE | |
| 1 — 21 | 22 — 29 | 30 — 34 | 36 — 43 | 44 — 48 | 50 — 57 | 58 — 62 | 64 — 71 | 72 — 76 | 77 — 80 |

6

ses Ergebnis innerhalb des vorgegebenen Toleranzbereiches „minimale und maximale Anzahl WE je Standort in einem bestimmten Realisierungszeitraum“ liegt. Ergeben sich große Abweichungen, ist die Anzahl der vorgesehenen Baugebiete zu reduzieren oder ein Austausch vorzunehmen.

Je Standort können auch bestimmte Grundvarianten entwickelt und berechnet werden, die zum Beispiel eine Konzentration auf Rekonstruktionsgebiete oder eine Realisierung des Wohnungsneubaus auf bisher unbebauter Flächen in Randlage eines Standortes vorsehen.

Aufwendungen, die einem einzelnen Bauobjekt oder Baugebiet eines Standortes nicht zugerechnet werden können, sondern für die Funktionstüchtigkeit mehrerer Baugebiete oder des Standortes insgesamt erforderlich sind (z. B. zentrale Kläranlage, Umspannwerke, zentrale Speisenvorbereitung) sind einem fiktiven Bauobjekt zuzuordnen und in die Kombination der Bauobjekte je Standort insgesamt einzubeziehen.

Das Programm berücksichtigt bisher nicht den Baulandflächenwert sowie die laufenden Aufwendungen, die durch eine mehr oder weniger intensive Nutzung von zentralen innerstädtischen Bereichen oder Baugebieten in Randlage sowie im Ergebnis von Funktionsbeziehungen innerhalb des Stadtgebietes und des Einzugsbereiches der Stadt (Wohnen — Arbeiten — Erholen) entstehen. Durch vorhergehende Untersuchungen im Rahmen der Generalbebauungsplanungen für die Städte und Siedlungszentren sind für die möglichen Baugebiete entsprechende Bewertungen vorzunehmen und die sich daraus ergebende Rangigkeit bei der Zuordnung der Bauobjekte zu Standortkombinationen zu berücksichtigen.

■ Erfahrungen aus Testrechnungen mit dem Programmkomplex 2. Es zeigte sich, daß die Zahl möglicher Varianten für den Gesamtbezirk — ausgehend von Bebauungsvarianten der Baugebiete und den sich ergebenden Varianten der Standortkombination — sehr rasch anwächst, je weniger Beschränkungen vorgesehen werden.

**Beispiel für die Anzahl der möglichen Kombinationen für den Gesamtbezirk**

| Standort Nr. | Baugebiete Anzahl | Anzahl der Bauobjekte je Baugebiet | mögliche Kombinationen je Standort |
|---|---|---|---|
| 1 | 7 | 1 1 1 1 2 3 1 | 6 |
| 2 | 10 | 1 1 2 1 1 3 4 2 1 1 | 48 |
| 3 | 8 | 1 1 1 3 1 2 1 4 | 24 |
| 4 | 6 | 1 1 1 2 3 1 | 6 |
| 5 | 2 | 1 2 | 2 |
| 6 | 1 | 1 | 1 |
| 7 | 3 | 1 3 2 | 6 |
| 8 | 1 | 1 | 1 |
| 9 | 2 | 1 1 | 1 |
| 10 | 1 | 1 | 1 |
| 10 | 41 | 64 | 96 |

Die 96 möglichen Kombinationen an allen 10 Standorten ergeben für den gesamten Bezirk 498 624 mögliche Gesamtkombinationen (6 × 48 × 24 × 6 × 2 × 1 × 6 × 1 × 1 × 1).

Daraus wird deutlich, daß durch fixierte Toleranzbereiche die Anzahl der möglichen Kombinationen reduziert werden muß. Verringert sich die Anzahl der zulässigen Kombinationen je Standort (z. B. durch Ausschluß der Kombinationen, die eine bestimmte Anzahl WE oder eine verfügbare Investitionssumme je Standort überschreiten) beispielsweise bei Standort Nr. 1 auf zwei zulässige Kombinationen je Standort, bei Nr. 2 auf acht, bei Nr. 3 auf drei, bei Nr. 4 auf zwei, bei Nr. 7 auf zwei, so ergeben sich an den zehn untersuchten Standorten insgesamt 23 zulässige Kombinationen. Diese ergeben für den gesamten Bezirk nur noch 384 Kombinationen (2 × 8 × 3 × 2 × 2 × 1 × 2 × 1 × 1 × 1), die durch weitere Ausschlußkriterien, die für den Bezirk insgesamt gelten, weiterhin eingegrenzt werden können.

Bemerkenswert ist die erforderliche Zeit für die Berechnung der zulässigen Varianten der Gesamtkombinationen durch die Elektronische Datenverarbeitungsanlage des Zentrums für Organisation und Datenverarbeitung des Berliner Bauwesens. Bei einem Beispiel mit 10 Standorten und 39 Baugebieten beziehungsweise 49 Bauobjekten ergaben sich im Rahmen der fixierten Toleranzbereiche für die einzelnen Standorte (minimale und maximale Anzahl WE) 14 zulässige Standortkombinationen von insgesamt 432 möglichen. Die Anzahl der zulässigen Kombinationen für den Bezirk im Rahmen weiterer für den Gesamtbezirk gültiger Ausschlußkriterien betrug acht von insgesamt acht möglichen, das heißt, alle möglichen Varianten waren auch zulässig.

Der Zeitaufwand bezogen auf die Inanspruchnahme des Kernspeichers der Datenverarbeitungsanlage für die Berechnung dieses Beispiels betrug 117,23 Sekunden.

### Programmkomplex 3: „Grafischer Ausdruck der Ergebnisse der Gesamtkombinationen für den Bezirk“

Um ausgewählte Ergebnisse der Gesamtkombinationen zu verdeutlichen und besser zu überschauen, wurde ein Programm für ihren grafischen Ausdruck mittels Schnelldrucker der EDVA entwickelt und getestet. Auf einem Eingabeformular werden die Grenzen des untersuchten Territoriums, die Lage der ausgewählten Standorte und ihre Bezeichnung, die Lage der Leerfelder für die auszudruckenden Kennziffern sowie die Legende zur Darstellung und weitere alphanumerische oder numerische Angaben dargestellt, anschließend gelocht und auf Magnetband gespeichert. Die gewünschten Kennziffern werden aus den im Programmkomplex 2 für die Gesamtkombinationen berechneten Ergebnissen übernommen und an die vorgesehenen Standorte angeschrieben.

Als Kennziffern wurden je Standort ausgewählt

die Anzahl WE Neubau gesamt

die Anzahl der WE in 5geschossigen Gebäuden

der Aufwand für den komplexen Wohnungsbau gesamt in TM

der Aufwand je WE Neubau (komplexer Wohnungsbau) in TM/WE.

Die Wahl anderer oder weiterer Kennziffern ist möglich, bedarf aber geringer Veränderungen des Programms.

Der Kernspeicher wurde für eine grafische Darstellung bei einem Testbeispiel nur 38,81 Sekunden in Anspruch genommen.

### Zusammenfassung

Die Angebote der Baugebiete einschließlich der ökonomischen, soziologischen und städtebaulichen Aspekte ihrer Bebauung (möglichst in Varianten) ergeben sich aus der Generalbebauungsplanung für die Städte und Siedlungszentren. Für die Bauobjekte sind die zugehörigen Aufwandskennziffern durch den Programmkomplex 1 oder nach dem vorgegebenen Schema zu ermitteln und als Eingabedaten für den Programmkomplex 2 zu nutzen, um Gesamtkombinationen zu ermitteln. Der Programmkomplex 3 ermöglicht die grafische Darstellung der Gesamtergebnisse. Bei Präzisierung oder Veränderung von Bauobjekten sind die Aufwandskennziffern entsprechend zu verändern beziehungsweise neue Berechnungen durchzuführen.

Es ist jeweils zu entscheiden, wann bei Veränderung einer Reihe von Eingabedaten die Gesamtberechnung wiederholt werden soll. Zur Qualifizierung der Arbeitsergebnisse ist die ständige Aktualisierung der Richtwerte und Kennziffern notwendig.

Die für das vorliegende Programm sowie für weitere vorhandene oder vorgesehene Programme und die städtebauliche Planungsarbeit überhaupt erforderlichen Richtwerte sind nach einheitlichem System zu ermitteln und aufzubereiten.

#### Literatur

(1) Vorläufige Richtwerte der Staatlichen Plankommission vom 30. 9. 1969 für den komplexen Wohnungsbau im Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975, SPK Berlin, 1969

(2) Schattel, J., Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur: Methodische Hinweise zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Wohnungsbaustandorten, Manuskript

(3) Kress, S., Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur: Einwohnerdichte, Geschoßanzahl und Kostenentwicklung im komplexen Wohnungsbau, in: deutsche architektur, Heft 3 1968

(4) Schattel, J.; Hering, S.; Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur: Analyse der territorialen Entwicklungsmöglichkeit von Städten, Schriftenreihe der Bauforschung, Städtebau und Architektur, Heft 26 (1969), Deutsche Bauinformation

(5) Gluschkow, W.: Das Gedächtnis der Menschheit, in: „Freiheit“, Halle vom 16. 10. 1970, Nachdruck aus „Nauka i shisn“

# Über die künftige Entwicklung des sowjetischen Städtebaus

Dr. Arch. N. Baranow

Im Programm der KPdSU wird festgestellt, daß der entfaltete Aufbau des Kommunismus die rationellste Standortverteilung der Industrie, die komplexe Entwicklung aller Bezirke des Landes, die Beseitigung übermäßiger Zusammenballungen der Bevölkerung in den großen Städten und die Überwindung der Unterschiede zwischen Stadt und Land fordert.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt bedeutet eine wesentliche Unterstützung bei der Lösung dieser schwierigen Aufgaben. Die Prognosen, die für die Entwicklung des Städtebaus ausgearbeitet wurden, berücksichtigen jedoch seinen Einfluß und die Möglichkeiten, die er in der Zukunft zu eröffnen vermag, nicht in vollem Maße. Dadurch wird die moralische und technische Überalterung der Städte beschleunigt, es entsteht ein Bruch zwischen dem technischen und dem moralischen Verschleiß der Häuser und Bauwerke. Die Bebauung der Siedlungen muß vorzeitigen Rekonstruktionen unterzogen werden.

Um das zu rasche Veralten der städtischen Substanz zu verhüten, erwies sich die Ausarbeitung langfristiger Entwicklungsprogramme für den sowjetischen Städtebau als notwendig. Prognosen dieser Art werden bei der Aufstellung von Projekten der Gebietsplanung und von Generalplänen für die Städte bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus als Grundlage dienen.

Die wissenschaftlichen Entdeckungen des 20. Jahrhunderts haben besondere Bedeutung auf den Gebieten der Kern-Energiewirtschaft und der Quantenelektronik, die zu einem entscheidenden Faktor in den Wandlungsprozessen der industriellen Technologie geworden sind. Wahrscheinlich werden in Zukunft sämtliche relativ einfachen Funktionen von Maschinen ausgeführt, so daß sich die Tätigkeit des Menschen mehr und mehr auf die Lösung vielgestaltiger schöpferischer Aufgaben konzentrieren kann.

Die Automatisierung und Mechanisierung von Fertigungsprozessen werden es möglich machen, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Anzahl der Beschäftigten in Industrie und Landwirtschaft zu verringern. Die Bedeutung der Wissenschaft und die Anzahl der wissenschaftlichen Kader werden weiter zunehmen. Ebenso werden auch der Ausbildungsstand und die zahlenmäßige Stärke der Beschäftigten in den Dienstleistungs-Organisationen auf ein höheres Niveau gehoben. Die grundlegende Umgestaltung der industriellen Produktion und des Dienstleistungswesens fordert die Ausbildung hoch qualifizierter Arbeiter, Ingenieure und anderer Fachkräfte. Diese Entwicklung wird eine allmähliche Aufhebung heute noch erkennbarer Grenzen zwischen geistiger und körperlicher Arbeit zur Folge haben.

Alle diese Faktoren werden die Entwicklung des Städtebaus in hohem Grade beeinflussen.

Als wichtige Kenngrößen für die Perspektive des sowjetischen Städtebaus werden die wahrscheinliche Bevölkerungszahl des Landes im Jahre 2000 mit 330 bis 340 Millionen Menschen bei einem Anteil der Stadtbevölkerung von 72 bis 75 % (240 bis 250 Millionen Menschen) sowie ein voraussichtliches Anwachsen der Bevölkerung auf 500 bis 550 Millionen Einwohner bei einem Anteil der Stadtbevölkerung von 90 bis 92 % (ungefähr 450 Millionen Einwohner) bis zum Jahre 2070 angenommen.

Die erkundeten Vorräte an Brennstoffen, Hydroenergie, Bodenschätzen, Nutzwäldern und die vorhandenen Wasser-Ressourcen berechtigen zu der Annahme, daß im voraussehbaren Intervall der Perspektive die Gebiete West- und Ostsibiriens, des Fernen Ostens, Kasachstans und Mittelasiens eine besonders intensive Entwicklung erfahren werden. Hier werden umfangreiche Basen der Brennstoffgewinnung, Wärme- und Wasserkraftwerke, metallurgische Kombinate, große Komplexe der Forstwirtschaft und Holzverarbeitung, Betriebe der Baustoffindustrie, Häuserbau-Kombinate und Betriebe der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie entstehen. Auf dieser Grundlage werden viele neue Städte emporwachsen.

Schon im Jahre 1918 zeigte W. I. Lenin in seinem „Entwurf eines Planes der wissenschaftlich-technischen Arbeit" den Weg zum Aufbau einer neuen Siedlungspolitik, die in einer rationellen Standortverteilung der Industrie auf dem Territorium Rußlands wurzelt.

In den Jahren der Sowjetmacht vollzogen sich große Veränderungen in der Standortverteilung der Produktivkräfte, aber vieles bleibt noch zu tun. Hierbei handelt es sich vor allem um die Beseitigung von Disproportionen, die in der Standortverteilung der Produktivkräfte im europäischen und asiatischen Teil der UdSSR aufgetreten sind.

Das gewachsene Siedlungssystem weist noch starke Kontraste auf und fordert weitreichende Maßnahmen zu seiner Verbesserung. Nach den Resultaten der Volkszählung von 1970 leben in 33 Städten mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 500 000 Menschen 27,2 % der städtischen Bevölkerung, während in 5093 Kleinstädten und Siedlungen mit städtischem Charakter, deren Einwohnerzahl 50 000 nicht erreicht, 34,8 % der Stadtbevölkerung der UdSSR wohnen.

Der Bedarf der Menschheit an Nahrungsmitteln und nutzungsfähigen Rohstoffen beschleunigt die Erforschung und Ausbeutung der Ressourcen der Weltmeere, auf deren Festlandssockeln bereits Lagerstätten von Erdöl, wertvollen metallischen Erzen und anderen wichtigen Rohmaterialien festgestellt worden sind. Darum ist in der Perspektive auch an Möglichkeiten zur Schaffung von Siedlungen zu denken, die auf Pfahlkonstruktionen und schwimmenden Unterlagen zu errichten wären.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß sich ungefähr 30 % des Territoriums der Sowjetunion jenseits des Polarkreises befinden, in einem Gebiet also, das sehr harten klimatischen und meteorologischen Bedingungen ausgesetzt ist. Mittelasien besteht zu einem erheblichen Teil aus Sandwüsten. Weite Bereiche dieser Wüsten und Halbwüsten werden in Zukunft durch die sibirischen Flüsse, aus dem Aralsee und dem Kaspischen Meer sowie durch unterirdische Wasserläufe, die unter den wasserlosen Gebieten vorhanden sind, systematisch bewässert werden.

Die Unterbringung einer Stadtbevölkerung der angenommenen Größenordnung fordert nach den Unterlagen des Zentralen Forschungs- und Projektierungsinstituts für den Städtebau bis zum Jahre 2070 eine Bebauungsfläche von etwa 300 000 km², das sind 1,37 % der Bodenfläche des gesamten Landes oder 2,95 % der für eine Besiedlung überhaupt geeigneten Territorien für die Errichtung städtischer Wohn- und Industriebezirke. Das für die Erholung der Bevölkerung und für Heilzwecke benötigte Gelände nimmt 500 000 km² in Anspruch. Das sind rund 2,7 % der Bodenfläche oder 4,9 % der für die Besiedlung geeigneten Fläche.

Diese Zahlen lassen bereits heute erkennen, daß es in der UdSSR im kommenden Jahrhundert Städte sehr unterschiedlicher Größen geben wird und daß diese Städte in der Regel nicht von der Gefahr bedroht sein werden, mit Nachbarstädten zu gigantischen Massiven oder endlosen Siedlungsgürteln zusammenzuwachsen. Im Bereich der größten Städte treten allerdings derartige Prozesse des ausgedehnten Flächenwachstums in Erscheinung. So dehnten sich z. B., von Charkow ausgehend, die komplexen Bebauungsmassive 20 bis 25 km in südlicher Richtung bis nach Mefera aus, und in den Richtungen nach Poltawa und Isjum sind ehemals getrennte Siedlungen und Dörfer ineinander gewachsen.

Die Erscheinung des Zusammenwachsens einander nahe gelegener Städte zwingt dazu, ihr weiteres Wachstum zu begrenzen und neue Sputnikstädte in größerer Entfernung von der Hauptstadt zu planen. Im 18. und 19. Jahrhundert, als das Transportwesen im wesentlichen noch auf dem Einsatz von Pferdefuhrwerken beruhte, entstanden Satellitensiedlungen in Entfernungen von 20 bis 30 km von der Hauptstadt. Dies gilt z. B. bei Leningrad von Puschkin, Krasnoje Selo, Kolpino, Sestrorezk u. a. m. Bei der heutigen Wachstumsgeschwindigkeit von Städten könnte die Anlage von Sputnikstädten innerhalb derartiger Entfernungen von den Hauptstädten dazu führen, daß sie sehr bald mit der Hauptstadt zusammenwachsen. In der Nähe der größten Städte, wo Zehntausende von Werktätigen, die in der Hauptstadt arbeiten, in den Vorortsiedlungen wohnen, würde sich eine solche Entwicklung in noch kürzerer Zeit vollziehen.

So birgt auch z. B. das rasche Wachstum einiger Städte in der Nähe von Moskau, wie z. B. Podolsk, Luberzy usw., alle Möglichkeiten für das Zusammenwachesn mit Moskau in nicht zu ferner Zukunft in sich. Um einem derartigen Wachstum der im Umkreis von 50 bis 60 km von Moskau gelegenen Städte vorzubeugen, müßte man entsprechende wachstumsbeschränkende Maßnahmen für diese Siedlungen vorsehen und neue Sputnikstädte in Entfernungen von 80 bis 100 km von der Hauptstadt anlegen. Diese Schlußfolgerung gilt auch für Leningrad und die anderen größten Städte der UdSSR, bei denen eine Beschränkung des Wachstums mit einer gleichartigen Beschränkung für die nächstgelegenen Sputnikstädte Hand in Hand gehen muß.

Am Beispiel von Moskau und Charkow kann man ablesen, daß die Auffassung von der Stadt als einem autonomen Gebilde vor dem Begriff der Stadtgruppen zurücktreten wird und daß das Objekt der Perspektivprognostik nicht mehr die einzelne Stadt, sondern ein System miteinander verbundener Siedlungsplätze sein wird. Hierdurch verstärkt sich die Bedeutung der Gebietsplanung, auf deren Grundlage die Konturen der Perspektiventwicklung der Städte bestimmt werden.

Der spontanen Ausbreitung kapitalistischer Städte und Stadtagglomerationen, die zum allmählichen Ineinanderfließen Hunderter von Städten und schließlich zur Bildung gigantischer Stadtgebiete führen wird, setzt der sozialistische Städtebau das planmäßige Wachstum der Städte und die Schaffung eines Systems von Planetenstädten (Wörtliche Übersetzung. Es sind darunter Gruppen von nahegelegenen, kooperierenden Städten zu verstehen. Red.) und Stadtsiedlungen entgegen. Nach diesem Prinzip wird die historisch gewachsene Anordnung von Siedlungen durch die Wahl rationeller Standorte für die Produktivkräfte in Systeme von Stadtsiedlungen umgewandelt — Planetenstädte —, die in sozialer, ökonomischer, wissenschaftlich-technischer und produktionsmäßiger Hinsicht untereinander verbunden sind.

In den nächsten Jahrzehnten werden ländliche Siedlungen und Dörfer einer tiefgreifenden Umgestaltung unterzogen.

Ein komplexes Siedlungssystem, das der Planung und Bebauung neue Maßstäbe setzt, sowie ein System von Einrichtungen der kulturellen Betreuung und des Dienstleistungswesens, das auch die entsprechenden technischen Ausstattungen in sich schließt, werden die noch bestehenden Unterschiede zwischen den Städten und den ländlichen Siedlungen beseitigen. Auf diese Weise werden sämtliche Siedlungen der UdSSR, unabhängig von ihren Dimensionen, Städte oder Stadtsiedlungen, die sich lediglich nach ihrem Profil — Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft, Kurorte usw. — voneinander unterscheiden. Sie werden zu Komponenten eines Systems künftiger Planetenstädte. Die immense Vielfalt der natürlichen, klimatischen, technischen und ökonomischen Bedingungen des riesigen Landes sowie die Eigenart der stadtbildenden Faktoren erlauben die Annahme, daß die Siedlungssysteme der Zukunft durch eine weitgehende Vielgestaltigkeit gekennzeichnet sein werden.

Die auf der Gestaltung ganzer Systeme von Planetenstädten beruhende Siedlungsweise wird es ermöglichen, die stadtbildenden Faktoren jeder individuellen Stadt unter Berücksichtigung des gesamten Städtesystems zu regeln und — vor allem — die Bedürfnisse der Bevölkerung innerhalb der Grenzen einer jeden dieser individuellen Städte zu befriedigen.

Im Laufe der letzten Jahre hat eine Reihe sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler und Architekten die Zweckmäßigkeit einer Weiterentwicklung vorzugsweise in der Richtung auf große und größte Städte bejaht. Hierbei ließen sie sich von der Vorstellung leiten, daß eine vielseitige berufliche Entwicklung und die erfolgreiche Entfaltung wissenschaftlicher Tätigkeit nur in derartigen Städten möglich seien.

An dieser Stelle erscheint es nützlich, daran zu erinnern, daß sowohl in als auch außerhalb der Sowjetunion viele bedeutende Zentren der Wissenschaft nicht in den größten, sondern in Mittel- und Kleinstädten aufgebaut worden sind und daß die Vielfalt der produktiven Tätigkeit nicht nur in Groß-, sondern auch in Mittel- und Kleinstädten gesichert werden kann. Planung und Bebauung der Stadt der Zukunft müssen günstigste Voraussetzungen für die Arbeit, die Lebensweise und die Gesundheit der Bevölkerung gewährleisten und die Ergänzung der in den Arbeitsprozessen verbrauchten Energie sicherstellen. Diese Voraussetzungen können leichter in Klein-, Mittel- und Großstädten als in den größten Städten geschaffen werden, wo die Durchführung besonderer städtebaulicher Maßnahmen erforderlich wäre. Darum müssen die im Programm der KPdSU zum Ausdruck gebrachte Auffassung W. I. Lenins, die übermäßige Zusammenballung der Bevölkerung in den Großstädten zu beseitigen, sowie die im Entwurf der Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU geforderte Begrenzung der Entwicklung der großen Städte noch eine Reihe von Jahrzehnten Maßstab bleiben.

Es ist zu erwarten, daß die Zahl der größten Städte bis zum Jahre 1980 47 gegenüber 33 im Jahre 1970 betragen wird. Im gleichen Zeitraum wird die Zahl der Großstädte von 47 auf 66, der Mittelstädte von 197 auf 252 und der Kleinstädte von 1573 auf 1770 steigen.

Ein wichtiges Mittel der rationellen Siedlung und zur Regelung des Wachstums der größten Städte kann im Bau neuer Städte gesehen werden. Allein bis zum Ende unseres Jahrhunderts darf man die Entstehung von etwa 1000 neuen Städten in der UdSSR erwarten. Von 1926 bis 1966 nahm die Stadtbevölkerung um 100 Millionen Menschen zu, von denen 33 % in neuen Städten angesiedelt wurden. Im Prognosezeitraum

kann der Anteil der in den neuen Städten wohnenden Bevölkerung noch erheblich zunehmen.
Die dargelegten Voraussetzungen können einen wesentlichen Einfluß auf die Planungsstruktur künftiger sowjetischer Städte haben. Fortschritte in Wissenschaft und Technik werden es erlauben, bestehende Industriegebiete umzugestalten und zu sanieren. Die verbesserte Produktionstechnologie und die neue Energiewirtschaft dürften in der Regel Gewähr dafür bieten, daß Luft und Gewässer in Siedlungen frei von Verunreinigungen bleiben.
Große Teile der Industrie werden wahrscheinlich in der Nachbarschaft von Wohnmassiven — auf der Oberfläche oder unterirdisch (automatisch arbeitende Betriebe, Lager usw.) — angeordnet werden, und der Wohnbezirk wird zu einem gemischten Wohn-Produktions-Gebiet.
Schon heute können 30 % der Industriebetriebe vom Standpunkt ihrer Arbeitsweise, der Lastenförderung und des Fehlens schädlicher Ausscheidungen aus betrachtet in Wohnbezirken untergebracht werden. Betriebe, die die Umwelt verunreinigen, werden außerhalb der Stadt untergebracht, und die Produktionsvorgänge laufen ferngesteuert ab.
Die weit verbreitete Praxis des Baus eingeschossiger Industriehallen wird aller Voraussicht nach durch die Organisation mehrstufiger Produktionsprozesse in zwei- bis drei- oder mehrgeschossigen Bauten abgelöst werden.
Die Entwicklung der wissenschaftlichen Einrichtungen führt zum Bau von Städten der Wissenschaft und fordert darum die Bereitstellung ausgedehnter Geländeflächen für den Bau von Forschungsinstituten und Versuchsbetrieben in zahlreichen Städten.
Die Ausweitung der Hoch- und Fachschulbildung wird den Bedarf an Baugrund für Hochschulen und Technika wesentlich steigern. Die künftige Entwicklung der Medizin, die auf die Verhütung von Erkrankungen orientiert ist, fordert die umfassende Entwicklung prophylaktischer Heileinrichtungen und eines Netzes von Sportbauten und wird damit in der Planung und Bebauung städtischer Produktions-Wohngebiete eine erhebliche Rolle spielen.
Die Erhöhung des Niveaus der Dienstleistungen für die Bevölkerung und die Schaffung vielseitiger Möglichkeiten für eine sinnvolle Freizeitgestaltung verlangen die Bereitstellung ausreichender Bauflächen für gesellschaftliche, Bildungs- und Erholungszwecke in den Städten und an ihrer Peripherie.
Die Entfaltung der gesellschaftlich nützlichen und der schöpferischen Tätigkeit erhöht die Bedeutung der Stadtzentren. Die Dimensionen und die architektonisch-räumliche Gestaltung dieser Zentren werden dem immer stärker in Erscheinung tretenden Massencharakter der Beteiligung an Volksfeiertagen und dem Aufschwung der gesellschaftlichen Tätigkeit entsprechen.
Die angedeuteten Perspektiven müssen schon heute in der Generalplanung der Städte sowie in den Projekten für die Bebauung von Stadtzentren ihren Niederschlag finden.
Die reichlich zur Verfügung stehende Freizeit wird das Bewegungsbedürfnis der Bevölkerung nachhaltig stimulieren und damit zur kräftigen Ausweitung des Verkehrs in der Stadt und zwischen benachbarten Städten führen. Um diesen Ansprüchen genügen zu können, müssen zahlreiche Autobahnen gebaut werden. Das Netz der Kurorte bedarf einer erheblichen Erweiterung, in den landschaftlich schönsten und im Hinblick auf Flora und Fauna wertvollsten Gebieten des Landes sind Nationalparks zu schaffen.
Großen Einfluß auf die Planung und Bebauung der Städte wird das ständig wachsende Volumen des Wohnungsbaus haben. Selbstverständlich wird die Wohnsubstanz im Laufe von 100 Jahren einer umfassenden Erneuerung bedürfen.
Die Bedeutung der Wohnung, in der ein großer Teil der Freizeit für die Bildung, schöpferische Betätigung und Erziehung von Kindern verbracht wird, nimmt zu.
Nach vorliegenden Prognosen können die Ausmaße der für Wohnzwecke genutzten städtischen Territorien um das Drei- bis Vierfache erweitert werden, und dies muß man bei der Bestimmung der Reserven an städtischen Böden für das kommende Wachstum von Siedlungen ins Auge fassen. Mitunter wird auf die Möglichkeit einer Vergrößerung der Bebauungsdichte durch die Errichtung von Wohnhochhäusern mit mehr als 100 Geschossen verwiesen, wenn man nach Mitteln sucht, um die fortschreitende Ausdehnung des Stadtgebiets in Grenzen zu halten.
In diesem Zusammenhang sei angenommen, daß sich die Errichtung derartiger Bauwerke in der Zukunft als Massenbau ökonomisch als durchführbar erweisen würde. Welche ernst gemeinte Begründung will man aber dafür geben, überall Wolkenkratzerstädte zu errichten, wenn doch die städtischen Territorien nur knapp 3 % des gesamten Territoriums des Landes ausmachen?
Selbstverständlich wird man in Großstädten und dort, wo geeignetes Baugelände nicht mehr zur Verfügung steht oder nur unter Schwierigkeiten frei gemacht werden kann, Häuser mit vielen Geschossen bauen — auch städtebauliche oder architektonische Forderungen könnten ein zwingender Anlaß dazu sein.
In kleinen Städten, stadtartigen Siedlungen und in Gebieten, die seismischen Gefahren ausgesetzt sind, wäre der Sinn des Massenbaus von Hochhäusern doch wohl kaum zu begreifen.
Mitunter taucht die Frage auf, ob die Stufenstruktur der Planung und Bebauung erhalten bleiben wird, wenn man gemischte Produktions- und Wohngebiete erbaut und der Bevölkerung mehr Freizeit zur Verfügung steht und ihre Beweglichkeit erhöht wird.
Die Antwort auf diese Frage muß man in den Verpflichtungen und Bedürfnissen der Bevölkerung suchen. Die Menschen werden arbeiten, sich eine höhere fachliche Qualifikation aneignen, Kinder erziehen, sie in den Schulen unterrichten und sich erholen. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß das künftige Mitglied der kommunistischen Gesellschaft alle Funktionen der Arbeit, des Wohnens und der Erholung nur innerhalb der Wohnung oder in Erholungsgebieten ausführen wird. Wahrscheinlich werden die Stätten der Arbeit, Berufsausbildung, Erholung, Wohnung und Kindererziehung erhalten bleiben. Sicher werden einige Stufen (Produktions- und Wohngebiete) eine komplexere Gestalt annehmen — die Bedeutung dieser Stufen als Mittelpunkte des gesellschaftlichen Lebens wird zunehmen.
Die wachsende Freizeit und Beweglichkeit der Bevölkerung werden das System der Dienstleistungen flexibler machen.
Der Zeitfaktor wird sowohl bei der Gestaltung der Planstrukturen und der Bestimmung der Dimensionen der Städte als auch bei der Schaffung von Systemen von Planetenstädten eine größere Rolle spielen. Neue Arten des unterirdischen, Oberflächen- und möglicherweise auch Luft-Schnellverkehrs in den Städten werden eine schnellere, weniger gefährliche und bequemere Beförderung der Stadtbewohner gewährleisten. Die Möglichkeit der umfassenden Nutzung vielsitziger Hubschrauber für die Beförderung zahlreicher Passagiere zu den Naherholungsgebieten wurde bereits unter Beweis gestellt. Die Verwendung von Flugzeugen innerhalb von Planetenstadt-Systemen, die in ökonomischer und kultureller Hinsicht untereinander verbunden sind, kann sich ebenfalls als wirksam erweisen.
Der Straßenverkehr wird eine bedeutende Entwicklung erfahren. Die überaus große Problematik des Kraftfahrzeugs läßt sich aus den Erfahrungen ablesen, die man in den USA mit der Automobilisierung gemacht hat. Nach den Prognosen des Zentralen Forschungs- und Projektierungsinstituts für den Städtebau (UdSSR) wird die Entwicklung des individuellen Verkehrs dazu führen, daß auf 1000 Einwohner 250 bis 300 Automobile entfallen. Um die Vorteile, die das Automobil zu bieten vermag, voll nutzen zu können, muß ein ausgedehntes Netz von Stadt- und Fernstraßen geschaffen werden, das eine hohe Durchlaßfähigkeit aufweist.
Viele Städtebauer treten dafür ein, daß alle Freiflächen im Gelände der gesellschaftlichen Zentren, der Hauptstraßen und Plätze, der Wohnmassive und der Erholungsgebiete den Fußgängern eingeräumt werden sollen, während Zufahrtswege und Parkplätze unterirdisch angelegt werden sollen.
Besondere Bedeutung für die Lösung des

Problems des Stadtverkehrs haben die Plätze für das ständige und das zeitweilige Parken von Fahrzeugen des öffentlichen und individuellen Verkehrs. Hierbei sei daran erinnert, daß in vielen Städten der USA das Problem des Straßenverkehrs darum nicht gelöst werden kann, weil es unmöglich ist, zeitweilige Parkplätze zu schaffen. Darum muß die Planungsstruktur von Städten nicht nur auf Verkehrswege ausgelegt sein, sondern auch ein verzweigtes System von ständigen und zeitweiligen Parkplätzen für den Stadtverkehr vorsehen.

Die künftige Entwicklung der Architektur und die konkrete Gestalt der Städte des 21. Jahrhunderts lassen sich kaum voraussagen. Eine relative Gültigkeit kann nur allgemeinen Entwicklungstendenzen und wahrscheinlichen Wesensmerkmalen der räumlichen Gliederung der Bebauung von Siedlungen zugesprochen werden.

Man darf annehmen, daß die mehrstufige räumliche Gliederung eine wichtige Besonderheit der Städte sein wird. In Abhängigkeit von den Dimensionen der Städte werden mehrere unterirdische Ebenen für den Fahrverkehr und Parkplätze sowie für die Unterbringung von Produktionsbetrieben und Lagern geschaffen. Mehrere oberirdische Ebenen sollen für Betriebe des Handels und der Gemeinschaftsverpflegung, für Selbstbedienungseinrichtungen sowie für Verbindungen zwischen den Hochhäusern auf verschiedenen Niveaus genutzt werden. Darum ist es schon jetzt erforderlich, bei der Entwicklung von Generalplänen und Bebauungsprojekten für die Städte nicht nur die oberirdische Planung, sondern auch die unterirdischen Ebenen zu berücksichtigen, die als Bestandteil dieser Projekte angesehen werden müssen.

Mit welchen Mitteln kann eine klare architektonische Gestaltung der Städte geschaffen werden?

Die Grundlagen für die Komposition von Architekturensembles, die sich im Laufe vieler Jahrhunderte entwickelt haben, gelten auch für den modernen Städtebau. Man muß annehmen, daß auch in der Zukunft das Architekturensemble, das auf der harmonischen Einheit der räumlichen Komposition von Gebäuden und Bauwerken, auf der Einheit ihres Maßstabs, Rhythmus und Moduls beruht, als eine Schöpfung städtebaulicher Kunst und als wichtigstes Mittel zur Entwicklung hoher architektonischer Qualitäten der städtischen Bebauung angesehen wird.

Wahrscheinlich wird man ein System räumlich aufeinander bezogener Architekturensembles der gesellschaftlichen Zentren, Industrie- und Wohnkomplexe schaffen, das den gesamten Organismus der Stadt umfaßt.

Während in den Städten der Vergangenheit der Stein dominierte, wird in den Städten der Zukunft die Begrünung eine aktive Rolle bei der räumlichen Gestaltung von Straßen und Plätzen, Wohn- und Industriebezirken spielen. Die qualitativen und quantitativen Beziehungen zwischen Grünflächen, offenen Räumen und bebauten Flächen werden durch die sanitär-hygienischen und künstlerischen Anforderungen der räumlichen Komposition und durch die Thematik der Architekturensembles geregelt.

Die wissenschaftlich-technische Revolution hat tiefgreifende Veränderungen in den gewachsenen Verfahren der Planung und Bebauung von Industrieobjekten und in der Architektur von Produktionsbauten herbeigeführt und wird dies in Zukunft in noch viel stärkerem Maße tun. Die traditionellen Vorstellungen über die Gestaltung von Fabriken und Betrieben werden dann der Vergangenheit angehören. Man kann kaum bezweifeln, daß neue Arten von Produktionsgebäuden und Bauwerken geschaffen werden.

Zur Verhütung des raschen moralischen Verschleißes von Industrieobjekten werden großflächige, universell für Produktionsprozesse nutzbare Betriebe entstehen. In der Zukunft wird es möglich sein, überdachte Flächen mit Stützweiten in der Größenordnung von Kilometern auf Masten zu errichten, auf denen Großbetriebe angelegt werden können. Riesige Stützweiten und die Höhe der Industrieobjekte sowie völlig neuartige konstruktive Lösungen werden prinzipiell neue Wesenszüge in die Architektur der Städte hineintragen. Um die Fristen der moralischen Amortisation zu verlängern, wird die Planung von Wohn- und Gesellschaftsbauten ebenfalls flexibel und auf eine Transformation ausgerichtet sein. Wahrscheinlich wird die Architektur der Wohngebiete lyrisch und intim sein und damit den Bedürfnissen des Wohnens und der Erholung der Bevölkerung entsprechen. Die Architektur der gesellschaftlichen Zentren wird die Würde, den Humanismus, die hohe Kultur und die wissenschaftlich-technischen Errungenschaften der kommunistischen Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Der Begriff der Architektur ist unlösbar mit dem Komfort, einer sinnvollen Ökonomie und der Schönheit verbunden. Diese Qualitäten der Architektur werden auch im 21. Jahrhundert ihre Geltung behalten.

Schon in den nächsten Jahrzehnten kann die einförmige Bebauung der Städte, wie sie in der ersten Stufe der Typenprojektierung und der Großplattenbauweise in Erscheinung getreten ist, überwunden werden. Typisiert und in Betrieben hergestellt werden nicht Häuser oder Hauselemente, sondern Ingenieurkonstruktionen, deren unterschiedliche Zusammenstellung die Möglichkeit eröffnen wird, vielgestaltige architektonische Lösungen zu erreichen.

Neue Baustoffe werden es erlauben, das Gewicht der Baukonstruktionen radikal zu verringern. Durchbrochene Flächen und Leichtigkeit werden zu charakteristischen Merkmalen der Architektur. Der Begriff der Monumentalität wird, ebenso wie viele andere architektonische Kriterien, eine neue künstlerische Auslegung erfahren.

Die rasche Zunahme der Bevölkerung der Erde beschleunigte die Entwicklung des Städtebaus und führte zu einer außerordentlichen Zuspitzung des Wohnungsproblems. Im Jahre 1969 wurde auf einer Sitzung der Kommission für Wohnungsfragen, Städtebau und Gebietsplanung der UNO festgestellt, daß sich die Vorstellungen dieses Gremiums über die Entwicklung des Wohnungsbaus, nach denen für die Zeit von 1960 bis 1970 der Bau von 10 Wohnungen für je 1000 Einwohner vorgesehen war, nicht erfüllt haben. Es wurden im internationalen Durchschnitt weniger als zwei Wohnungen je 1000 Einwohner erbaut.

In den in der Entwicklung befindlichen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens ist die Bereitstellung von Wohnungen zurückgegangen, die Städte sind von riesigen Elendsvierteln umgeben, in denen sämtliche Annehmlichkeiten fehlen.

In den USA, in Japan und anderen kapitalistischen Ländern führten die Lawine des spontanen Wachstums der Städte und die Ungeregeltheit ihrer Planung und Bebauung dazu, daß New York, London, Tokio und andere Städte sich zu Kolossalgebilden entwickelten.

Die spontane Ausbreitung der kapitalistischen Städte vereitelte alle Bemühungen, diese Entwicklung in geregelte Bahnen zu lenken, und führte zu einer neuerlichen Verschärfung der Krise des Städtebaus. Die Unhaltbarkeit früher aufgestellter urbanistischer Theorien wurde offensichtlich.

Auf der Suche nach Möglichkeiten zur Überwindung dieser Krise tauchten neue Theorien eines sogenannten dynamischen Städtebaus auf, deren Urheber die Ursache der Krise darin sehen, daß die Planstruktur der Städte das rasche Wachstum der Siedlungen nicht berücksichtigt.

Es ist ein typischer Mangel dieser Theorien, daß sie von den konkreten politischen und sozialökonomischen Bedingungen isoliert sind; ihre Urheber umgehen das Problem der Verwirklichung der empfohlenen räumlichen städtebaulichen Systeme.

In der UdSSR und in anderen sozialistischen Ländern ist die Dynamik der Entwicklung der Städte stets berücksichtigt worden. Die Prognosen dieser Entwicklung wurden jedoch für relativ kurze Zeiträume von 25 bis 30 Jahren aufgestellt. Bei der modernen Wachstumsgeschwindigkeit der Städte sind solche Zeiträume nicht ausreichend. Den Prognosen über die Gebiete, Bevölkerungsstärke, Hauptrichtungen der Entwicklung von Städten und Dimensionen ihres territorialen Wachstums sowie über die Entwicklung der gesellschaftlichen Zentren und der Transportkommunikationen ist ein Perspektivzeitraum von 80 bis 100 Jahren zugrunde zu legen. Auf solche Art lassen sich viele Fehler in der Planung und Bebauung von Siedlungen vermeiden und die Qualität des sowjetischen Städtebaus kann auf ein neues, höheres Niveau gehoben werden.



## Wie arbeiten Sie mit der „deutschen architektur"?

**Interview mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises Sondershausen, Genossen Heinz Reimann**

Red.: Genosse Vorsitzender, wir hörten, daß Sie die Zeitschrift „deutsche architektur" mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Liegt das an Ihrem persönlichen Interesse an Problemen des Städtebaus und der Architektur, oder sehen Sie in der Zeitschrift ein Informationsmittel, das Ihnen hilft, Ihre verantwortungsvollen Aufgaben als Staatsfunktionär zu lösen?

Heinz Reimann: Um der großen Verantwortung der Staatsmacht bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gerecht zu werden, muß sich jeder Leiter vielfältiger Informationsquellen bedienen.

Auch die Zeitschrift „deutsche architektur" halte ich für eine wertvolle Informationsquelle zur Lösung spezifischer Teilprobleme unserer gesellschaftlichen Entwicklung im jeweiligen Territorium.

Das Kreisbauamt unseres Rates des Kreises erhält das monatliche Exemplar Ihrer Zeitschrift und gibt mir dieses regelmäßig zur Einsicht. Da die Problematik der Zeitschrift sehr umfangreich ist, können natürlich nur bestimmte und für unsere Aufgaben besonders zutreffende Artikel zur Auswertung kommen. Aus solchen Artikeln schöpfen wir aufschlußreiche Erfahrungen, aus denen wir in gemeinsamer Arbeit mit unseren Spezialisten auf dem Gebiet der Bauwirtschaft und der Architektur zu wertvollen Schlußfolgerungen für unser Territorium gelangten und in der Praxis angewandt haben.

Meine Aufmerksamkeit für Ihre Zeitschrift liegt nicht nur an einem besonderen persönlichen Interesse an Problemen des Städtebaus und der Architektur, sondern an der Notwendigkeit, sich als staatlicher Leiter allseitig zu informieren und die äußerst interessanten und neuen Erkenntnisse, welche Ihre Zeitschrift auf ihrem speziellen Gebiet vermittelt, in die Leitungstätigkeit unseres Rates des Kreises einfließen zu lassen.

Red.: Es wäre für andere Leser sicher sehr anregend, zu erfahren, wie Sie mit der Zeitschrift arbeiten. Können Sie uns sagen, wie Sie Informationen, die Sie in unserer Zeitschrift finden, für die staatliche Leitung in Ihrem Kreis auswerten?

Heinz Reimann: Ich habe bereits angeführt, daß nur bestimmte Artikel Ihrer Zeitschrift zur Einsicht und Auswertung vorgelegt werden. Ich verfüge zwar nicht über das Fachwissen eines Architekten, aber verschiedene Beiträge Ihrer Zeitschrift gaben mir Anregung zur Führung von Problemdiskussionen und waren eine ausgezeichnete Hilfe bei der Ausarbeitung der Perspektiv- und Volkswirtschaftsplanung sowie bei der Lösung von Problemen des Generalbebauungsplanes und des Verkehrsschemas.

Die Auswertung der Informationen aus Ihrer Zeitschrift erfolgt in verschiedenen Formen, wie z. B.:

- Hinweise an Ratsmitglieder, wie Kreisschulrat, Kreisarzt, Abteilung Wohnungswirtschaft und Handel und Versorgung;
- Auswertung in den betreffenden Fachorganen des Rates;
- Verwendung in Schulungen mit Bürgermeistern, Abgeordneten, Ständigen Kommissionen, um vor allem auch die Grundkenntnisse auf diesem Gebiet zu vertiefen;
- Nutzung in Problemdiskussionen im Rat und anderen Gremien;
- Anlaß zu individuellen Gesprächen mit entsprechenden Fachexperten auf diesem Gebiet u. a.

So war es z. B. möglich, in Vorbereitung der Generalbebauungsplanung gemeinsam mit dem Büro für Städtebau unter Ausnutzung der Informationen aus der Zeitschrift „deutsche architektur" die gesamten Planungsunterlagen mit allen Ständigen Kommissionen des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt zu beraten, so daß noch während der Planungsphase wichtige territoriale Fragen und spezifische Anregungen, die wir in Ihrer Zeitschrift fanden, berücksichtigt werden konnten.

Man kann deshalb zu der Schlußfolgerung kommen, daß die Hinweise Ihrer Zeitschrift mitgeholfen haben, bei solchen spezifischen Problemen die richtige Entscheidung zu treffen.

Ich möchte auch ein solches Beispiel hervorheben:

Vor dem 20. Jahrestag der DDR hat Ihre Zeitschrift in einer Sonderbeilage ein Schreiben des 1. Sekretärs des ZK der SED an den Präsidenten des BDA veröffentlicht, worin es um Probleme der schöneren Gestaltung unserer sozialistischen DDR ging. Dieser Aufruf des Genossen Walter Ulbricht wurde in enger Gemeinschaftsarbeit mit dem bildenden Künstler unserer Kreisstadt, Herrn Heinz Scharr, vor dem Kreistag, dem Rat des Kreises und der Stadt sowie vor dem Sekretariat der Nationalen Front ausgewertet und hat positive Einwirkung auf die Entwicklung des Wettbewerbes unserer Städte und Gemeinden genommen.

Red.: Welche Beiträge oder Informationen aus den letzten Heften waren Ihnen besonders nützlich?

Heinz Reimann: Ich möchte Ihnen einige Beiträge konkret nennen, die für mich und die Staatsorgane besonders nützlich waren:

Heft 12/70: Die Rekonstruktion von städtischen Altbauwohngebieten
Heft 8/70: Probleme der Prognose der Städte
Heft 5/1970: Zentren — Stätten der Menschengemeinschaft
Heft 4/1970: Lenin und die Entwicklung des sozialistischen Städtebaus
Heft 4/1969: Zur Prognose und Analyse im Städtebau. Der Wohnungspreis in Abhängigkeit von Wohnungs- und Gebäudegröße
Heft 2/1969: Fragen der Funktion und Struktur unserer Stadtzentren
Die Gestaltung von Siedlungszentren (Volksvertretung geht neue Wege)
u. a.

Es gab viele weitere sehr interessante Artikel über die Generalbebauungsplanung in den Städten der DDR, wie Berlin, Dresden usw.

Interessant und nützlich waren in solchen Beiträgen die Probleme der Zusammenarbeit des Auftraggebers und Auftragnehmers, der Durchsetzung der sozialistischen Demokratie in diesem Bereich im Zusammenhang mit einer echten Entscheidungsfindung im Planungsprozeß.

Red.: Genosse Vorsitzender, wir wären Ihnen auch dankbar, wenn Sie uns aus Ihren Erfahrungen einige Hinweise geben könnten, wie die Praxiswirksamkeit der Zeitschrift für die Arbeit der örtlichen Organe der Staatsmacht erhöht werden könnte. Welche Themen, Informationen usw., die für die Arbeit der örtlichen Volksvertretungen und die Räte notwendig wären, vermissen Sie gegenwärtig in unserer Zeitschrift?

Heinz Reimann: Wichtig sollte in besonderem Maße für die Zeitschrift „deutsche architektur" das Thema sein „Das Bauen geht alle an", um mitzuhelfen diese Losung noch stärker zu erfüllen.

Es wäre u. a. für unser Staatsorgan äußerst interessant, wenn vielleicht ein- oder zweimal im Jahr (eventuell auch in einem Sonderheft) stärker zum Problem Stellung genommen wird, wie die Menschen auf dem Lande und in den Städten bis ca. 30 000 Einwohner morgen wohnen werden.

Wir begannen 1968 mit ersten Studien zur Rekonstruktion der Kreisstadt, nachdem wir den Bau eines neuen Stadtteils mit rund 1000 Wohnungen fast vollendet haben. Es gibt bereits erste Varianten hierzu. Ihre Zeitschrift könnte durch gezielte Hinweise und Erläuterungen der Partei- und Staatsführung unseres Kreises bei der richtigen Entscheidungsfindung helfen.

Allein an diesem Beispiel möchte ich nachweisen, daß es für Ihre Zeitschrift notwendig wäre, bestimmte Probleme in ihrer speziellen Thematik noch differenzierter zu betrachten und noch breiter unterschiedlichen Forderungen gerecht zu werden. Nicht zuletzt sollte die „deutsche architektur" bei der Behandlung der vielfältigen Probleme noch stärker zur Klärung damit verbundener ideologischer Fragen beitragen.

# Begründung eines komplexen funktionalen Systems für die Arbeits- und Wohnumwelt in der sozialistischen Gesellschaft

Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel
Technische Universität Dresden,
Sektion Architektur, Gebiet Gesellschaftsbauten

In dem Referat Walter Ulbrichts auf der 15. Tagung des Zentralkomitees über die politische Vorbereitung des VIII. Parteitages ist die Aufgabe umrissen, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus in der DDR weiter zu gestalten. In den grundlegenden Ausführungen werden wir im besonderen dazu aufgerufen, uns mit solchen komplizierten Problemen zu beschäftigen, wie die sich entwickelnden Bedürfnisse, vor allem diejenigen der sozialistischen Lebensweise, immer besser befriedigt werden können (1). Bereits auf der 12. Tagung hatte Walter Ulbricht im Referat über „Grundlegende Aufgaben im Jahre 1970" die bewußte Förderung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen durch städtebauliche Ordnungsmittel und architektonische Gestaltungsmöglichkeiten hervorgehoben und die Vorzüge des sozialistischen Städtebaus in der funktionellen und baulichen Integration der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche gesehen (2).

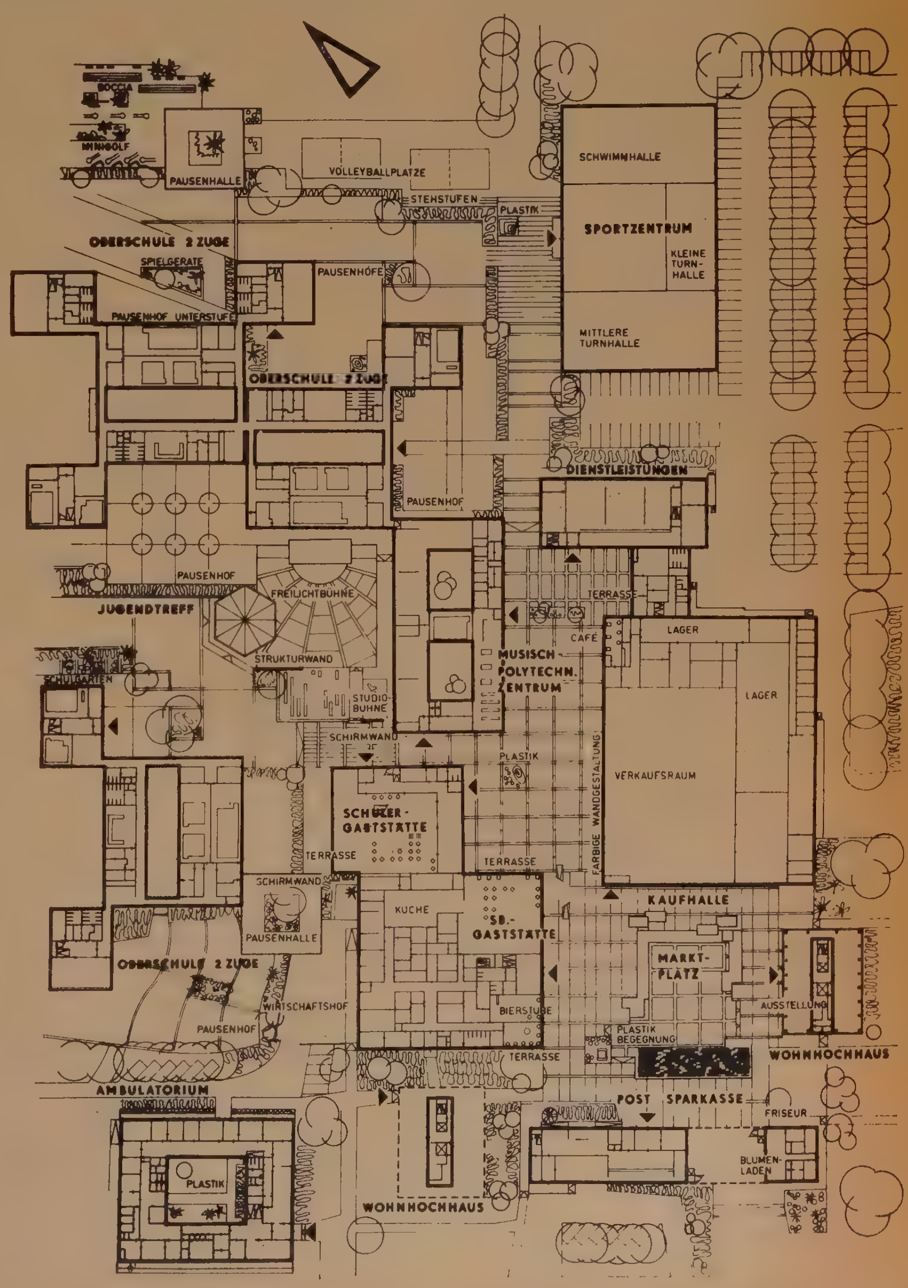
Ein Beispiel für ein komplexes Wohngebietszentrum zeigt die Abbildung 1. Hier wurde 1967 in einer Studie für den Wohnkomplex 9 von Hoyerswerda statt verteilter Einzeltypen durch die Konzentration und Kooperation der bestätigten Normalprogramme gesellschaftlicher Einrichtungen für ein Einzugsgebiet von 12 000 Einwohnern ein komplexes Zentrum vorgeschlagen. Statt der Zeichen-, Musik-, Werkräume und Schülerbibliotheken in den drei zweizügigen Schulen, die dem Zentrum zugeordnet wurden, konnte ein differenziertes, hochwertiger ausgestattetes polytechnisch-kulturelles Zentrum zum Nutzen aller Einwohner des Einzugsgebietes vorgesehen werden, das zugleich auch Anziehungspunkt für den benachbarten Wohnkomplex 8 werden sollte, der hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Einrichtungen ergänzungsbedürftig ist. Anstelle von drei auf die Schulen verteilte Normalturnhallen wurde dem Zentrum ein Sportkomplex mit Gymnastik-, Turn- und Schwimmhalle zugeordnet. Wohngebietsgaststätte und Schulspeiseeinrichtung haben eine gemeinsame Bewirtschaftung. Gleichzeitig wurde ein festlicher Veranstaltungsraum für das Wohngebiet gewonnen. Die Schularztzimmer konnten in den drei Schulen eingespart werden, da das unmittelbar benachbarte Ambulatorium bessere Voraussetzungen für ärztliche Hilfe und Betreuung bietet. Mit der komplexen räumlichen Konzeption wurde zugleich eine Fülle nutzbarer Kommunikationsräume im Freibereich gewonnen. Zwischen den Versorgungs- und Bildungseinrichtungen wurden in Einheit von Architektur, bildender Kunst und Grüngestaltung räumliche Bedingungen für vielfältige Freizeitbegegnungen vorgesehen. Sie sind in differenzierten Pausenräumen für die verschiedenen Altersstufen der Schüler, in Freisitzplätzen bei den Gaststätten, einem die Handelseinrichtungen erweiternden Marktplatz, in einer Freilichtbühne, durch vielfältige Treffpunkte für alle Altersgruppen, die durch Brunnen, Plastiken und Wandgestaltungen bereichert werden, ablesbar. Eine inmitten der Kristallisationspunkte gelegenen Kunstausstellung weitet sich vom Erdgeschoß eines Punkthauses in den Freiraum der Begegnung hinaus aus. Ein großer Teil der Berufstätigen arbeitet in großen Entfernungen von diesem Wohngebiet, im Werk Schwarze Pumpe. Die Busverbindungen vom Werk münden am Eingang zu dem gezeigten Zentrum.

Wir haben zur Entwicklung der sozialistischen Lebensweise in der Arbeits- und Wohnumwelt mit verbindlichen Programmen für die Einrichtungen der Versorgung und Dienstleistungen, der Bildung und Kultur, der gesundheitlichen Betreuung, der Erholung, des Sports usw. entscheidende Elemente geschaffen und können sie in zahlreichen Beispiellösungen analysieren. Sie sind als Teileinheiten städtischer Systeme im Laufe kontinuierlicher Entwicklung unter Verantwortung einzelner Planträger und spezialisierter Projektierungsbetriebe funktionell vervollkommnet, in ihren Größen optimiert und auch bautechnisch qualifiziert, jedoch oft noch zu wenig im Zusammenhang und bezüglich effektiver Nutzung unter gesamtvolkswirtschaftlichen Aspekten gesehen worden (3). Die Wechselbeziehungen innerhalb der Arbeits- und Wohnumwelt sind jedoch mit der Summierung einzelner Funktionen des produktiven und reproduktiven Bereiches der Arbeitskraft noch nicht auf die mögliche Entfaltung der Wesenszüge unseres sozialistischen Gesellschaftssystems abgestimmt. Eine entscheidende Qualifizierung wird erst erreicht, wenn wir die marxistisch-leninistische Lehre von der ökonomischen Gesellschaftsformation, mit der organischen Einheit und Wechselwirkung aller gesellschaftlichen Verhältnisse und aller Formen und Sphären der menschlichen Lebenstätigkeit (4) (produktiver und reproduktiver), auch in unser baulich-räumliches Konzept aufnehmen.

Seit der 24. Sitzung des Staatsrates der DDR am 16. April 1970 über die weitere Gestaltung des Systems der Planung und Leitung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden sind uns mit dem „Beschluß zur Entwicklung sozialistischer Kommunalpolitik" entscheidende Grundlagen für eine komplexe Sicht der territorialen Planung und des Reproduktionsprozesses der Grundfonds gegeben (15).

Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Thesen über die Entwicklung der sozialistischen Architektur und den Aussprachen zur Vorbereitung des VIII. Parteitages wollen die folgenden Gedanken zu einem komplexen funktionalen System der Arbeits-

1 Planungsstudie für den WK 9 Hoyerswerda – 1967. Beispiel eines ersten Kooperationsversuches in einem Wohnkomplexzentrum durch die Vereinigung geeigneter Funktionsbereiche im polytechnischen und kulturellen Zentrum, im Gaststätten- und Sportkomplex
Autorenkollektive der Lehrgebiete Gesellschaftsbauten, Prof. Trauzettel; Landschaftsarchitektur, Prof. Linke und Grundlagen der Gestaltungen, Dozent Heinze



und Wohnumwelt innerhalb unseres territorialen Systems einen Beitrag leisten.

**Probleme der sozialen Prognostizierung und die Entwicklung der Bedürfnisse**

Das funktionale System, die Beziehungen der Elemente untereinander und deren baulich-räumliche Organisation bildet die Grundlage für den sozialistischen Umgestaltungsprozeß unserer Siedlungen, darunter der Städte als deren entwickeltste Formen. Wir sehen in der Stadt mehr als die ökonomischste und kulturellste Form des menschlichen Zusammenlebens, sie ist ein wirksamer Stimulator sozialistischer Lebensweise. Die Neuordnung des funktionalen Systems wird durch die im Wandel befindlichen Lebens- und Verhaltensweisen und den sich verändernden Charakter der Bedürfnisse begründet. Um nicht der Gefahr zu unterliegen, mit unseren praktischen Aktionen Strukturen festzulegen, die uns von den Produktionsverhältnissen, dem Leben und den Bedürfnissen von gestern noch anhaften, müssen wir uns mit dem Leben und seinen Bedingungen in der vervollkommneten sozialistischen Gesellschaft und mit der materiell-technischen Basis für die Periode des Kommunismus vertraut machen (5). Mit Bedürfnisanalysen auf der Grundlage von Befragungen werden noch keine Ziele abgesteckt; Wunschvorstellungen dienen leicht einer Konsumideologie. Wir müssen aus der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsprognose ableiten, welche Zielfunktionen wir in einer weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen sehen, welchen Abstand wir von ihnen haben und welche Rangfolge auf dem Weg schrittweiser Annäherung unsere strategischen Konzeptionen ökonomisch begründet.

Es könnte jetzt die Frage aufgeworfen werden, ob durch die bei der Vorbereitung des VIII. Parteitages verlangte Konzentration auf wichtige herangereifte Probleme, die in den letzten Jahren betriebene Prognosearbeit an Bedeutung verliert. Aber gerade die ständig steigenden baulichen Investitionen aus dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds für einen sich harmonisch entwickelnden gesellschaftlichen Organismus verlangen, durch eine soziale Prognostizierung die Perspektive der gesellschaftlichen Entwicklung aufzudecken und klare Vorstellungen für die sozialistische Umgestaltung unseres Lebensraumes daraus abzuleiten. „Die Voraussage der Zukunft ist folglich eine notwendige Voraussetzung und damit ein notwendiges Mittel der Korrektur der heutigen praktischen Tätigkeit, der Steigerung ihrer Effektivität, der bewußten Ausnutzung der subjektiven Faktoren des historischen Prozesses" (6). Das Problem der sozialistischen Stadt ist vor allem ein Problem der planmäßigen Entwicklung der Gesellschaft und damit der Prognosearbeit mit äußerst komplexem Charakter. Die Vorbereitung des langfristigen Umgestaltungsprozesses der Siedlung und der Stadt in der dialektischen Einheit des vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Zustandes gewinnt an Zuverlässigkeit, wenn die Wechselwirkung aller von den Zielen der gesellschaftlichen Entwicklung abhängigen Einflußgrößen aus den verschiedensten Wissensgebieten erkannt wird.

Da die soziale Prognostizierung ein wichtiges Problem des gegenwärtigen Kampfes der beiden entgegengerichteten Weltsysteme bildet, muß die daraus abgeleitete Entwicklung des Städtebaus und der Architektur — entgegen konvergenztheoretischen Auffassungen aus kapitalistischen Ländern — die ideologische Differenz ihrer Grundlagen widerspiegeln. Während unsere architektonische Konzeption aus dem ganzheitlichen Wesen unserer Gesellschaftsordnung wächst, und sich auf Grund der sozialistischen Eigentumsverhältnisse zum Nutzen eines harmonischen Ganzen realisieren läßt, steht dieser eine extrapolierte, auf sensationelle Ausgangspositionen — „Bevölkerungsexplosion", „Freizeitzivilisation", „Superstädten" — beruhende Fülle dialektisch losgelöster Visionen von Motopia, unterirdischen Behausungen, Unterwasserstädten, Verpackungsarchitektur usw. gegenüber, die bisher unbeherrschten Erscheinungen — wie den Bodenspekulationen, dem Verkehrschaos, der Vergnügungsindustrie, der Wochenendflucht, der Anonymität von Wohnspeichern — Plätze anweisen, ohne damit eine Antwort auf gesellschaftliche Zusammenhänge und Veränderungen zu finden. Der in zahlreichen Veröffentlichungen aufgezeigte Verfall der kapitalistischen Stadt ist nicht zuerst ein den Architekten zur Last gelegter städtebaulicher Planungsfehler, sondern basiert auf dem Zerfall gemeinsamen Anliegen, auf dem grundlegenden Mangel an einer wahrhaft wissenschaftlichen Gesellschaftstheorie.

**Veränderungen hinsichtlich des Charakters der Arbeit und der Bedürfnisentwicklung im Einfluß auf das funktionale System**

Ein besonders wichtiges, wenn auch kompliziertes Problem, das es in der DDR auf der Grundlage gesteigerter Arbeitsproduktivität zu lösen gilt, ist, die ständig wachsenden Bedürfnisse sozialistischer Persönlichkeiten nicht nur zu befriedigen, sondern sie im Zusammenhang mit der sozialistischen Lebensweise auch planmäßig und systematisch zu entwickeln (7). Die Bedürfnisentwicklung steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte, dem anwachsenden Lebensstandard und der Freizeit.

Futuristische „Schlaraffia"-Konzeptionen, in denen die Freizeit-Stadt gegründet, der Arbeitsort zukünftig als zweiter Wohnsitz angesehen und einer Freizeitzivilisation das Primat gegeben wird (8), mißachten, daß mit dem Aufbau des Sozialismus die schöpferische Tätigkeit des Menschen in der Arbeit zum individuellen Bedürfnis wird, dem er nachgeht, um seine Fähigkeiten und sein Leistungsvermögen zu seiner Selbstverwirklichung weiter zu entwickeln. Die Arbeit verliert im Sozialismus ihren unfreien Charakter, sie wird aber auch in Zukunft Wesensinhalt menschlicher Triebkräfte bleiben.

Allerdings werden weitere Arbeitszeitverkürzungen, vor allem aber die Veränderungen im Charakter der Arbeit bei veränderten Produktionsprozessen und veränderter Struktur der Produktivkräfte infolge der wissenschaftlich-technischen Revolution, auch das Gesamtsystem der Bedürfnisse und die Lebensweise der Menschen entscheidend wandeln. Die schon von Marx und Engels herausgestellte wechselseitige Abhängigkeit des Systems der Arbeit und des Systems der Freizeitbedürfnisse (9), wird die Tätigkeit des Menschen in der produktiven und reproduktiven Tagesphase in einem immer engeren Zusammenhang sehen lassen. Aus der einheitlichen Betrachtung beider Bereiche müssen die Triebkräfte und Bedürfnisse angeregt und rationell befriedigt werden, wenn eine allseitige Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten und die psychische und physische Leistungsbereitschaft gefördert werden sollen. Die Grenzen zwischen der Arbeits- und Freizeit bei der Selbstverwirklichung des Menschen werden in gewisser Weise aufgehoben. Obwohl wir nicht allen außerhalb der verkürzten Arbeitszeit gewonnenen Zeitanteil als Freizeit, als freie disponible Zeit, ansetzen können, nimmt in diesem Zeitraum die Betätigung des Menschen außerhalb des betrieblichen Arbeitsplatzes zu.

Die hier in freier Disposition gewählten schöpferischen, informativen und körperlichen Tätigkeiten stellen eine den Bedürfnissen entsprechende, zur vollen allseitigen Entfaltung der Persönlichkeit und der laufenden Anpassung an eine wachsende Qualifikationsstruktur notwendige Ergänzung dar.

Wir erleben im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Revolution das ständige Anwachsen der Wissenschaft als Produktivkraft. „Die grundlegenden Fertigungsarten werden technologische Wirkungsbahnen der Wissenschaft" (10). Automatisierte Produktionsprozesse können in Zonen untergebracht werden, die anderen Funktionen unterlegt werden, weil hier nur wenige Wartungskräfte eingesetzt sind. Ein großer Anteil der Beschäftigten wird zukünftig in Bereichen der Produktionsvorbereitung der Wissenschaft und der gesellschaftlichen Dienstleistungen arbeiten. Der Anteil der in den Bereichen der Bildung, Erziehung, Kultur, des Gesundheits- und Sozialwesens Tätigen wird dagegen zunehmen, da hier eine Automatisierung begrenzt bleibt. Ein großer Teil der Bevölkerung wird in Arbeitsbereichen eingesetzt sein, die so störfrei sind, daß sie mit den Wohn- und Erholungsbereichen unmittelbar benachbart oder verflochten sein können oder die direkt zum Wohnbereich gehören. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für die im folgenden angestrebte räumliche Einheit des funktionalen Systems der Arbeits- und Wohnumwelt. An den Gebieten der Sektion Architektur der Technischen Universität Dresden sind im wissenschaftlich-produktiven und Forschungsstudium Modellbeispiele untersucht worden (Abbildung 2). Im Rahmen des Großforschungsvorhabens „Sozialistische Umgestaltung der Städte und Siedlungszentren" werden die damit verbundenen vielfältigen Probleme in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit eine weitere Klärung erfahren. Die folgenden Ausführungen sollen auf einige theoretische Grundfragen konzentriert bleiben. Auch die Beziehungen der Bedürfnisentwicklung auf das funktionale System sollen nur im Hinblick auf die Rationalisierung der Gesellschaftsbauten in einer aufeinander abgestimmten Wohn- und Arbeitsumwelt verfolgt werden, obwohl natürlich Qualitäts- und Funktionsabhängigkeiten zur Wohnung (hinsichtlich des Verkehrs u. a.) unmittelbar bestehen.

Die zunehmende Verantwortung des einzelnen Werktätigen über ungeheuer hochwertige Produktionsmittel, bedingt ein hohes Verantwortungsbewußtsein und eine starke psychische Anspannung in der beruflichen Tätigkeit. Der Freizeitausgleich dieses Werktätigen wird völlig anders gestaltet sein müssen als der eines mit physischen Krafteeinsatzes produzierenden Menschen. Den unterschiedlichen Tätigkeitsmerkmalen wird — bezüglich eines erforderlichen Informationszuwachses, eines ausgleichenden Anteils schöpferischer Tätigkeiten in musisch künstlerischem, polytechnischem, wissenschaftlichem Bereich und auch hinsichtlich der zur Erhaltung physischer Leistungsfähigkeit bedingten Betätigung — ein differenziertes System der Freizeitbedürfnisse gegenüberstehen und diesem wiederum ein entsprechendes, völlig neu proportioniertes Betätigungsfeld zur Verfügung stehen müssen. Die einheitliche Betrachtung der produktiven und reproduktiven Sphäre der Arbeitskraft fordern schöpferische, die Gesamtpersönlichkeit fordernde und fördernde aktive und passive, das heißt ausgleichende Tätigkeiten in beiden Bereichen. Die harmonische Einheit produktiver und reproduktiver Wirkungs- und Lebensbereiche verlangt ein adäquates, funktionstüchtiges Angebot an Einrichtungen für versorgende, bildende, schöpferische, erholsame — der allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit, der Lebensfreude, der Vervollkommnung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit dienende — Freizeitbedürfnisse. Je mehr diese allseitige Entwicklung der Persönlichkeit in der Gesellschaft zum Tragen kommt und den gesamten Lebenszeitraum erfaßt, um so notwendiger wird neben Hochschulen, Theater, Sanatorien, Sportzentren, Erholungsparks ein lückenloses System kultur- und gesundheitsfördernder Einrichtungen im Arbeits- und Wohnbezirk. Für eine breite und intensive Wirksamkeit im vorgenannten Sinne kann angenommen werden, daß die effektivste Nutzung der Freizeiteinrichtungen in den wohnungsnahen Lebensbereichen liegen wird, das heißt dort, wo durch optimierte Raum-Zeit-Beziehungen für viele Nutzer ein hoher disponibler Freizeitanteil gewonnen werden kann.

**Die Grundformel für ein komplexes funktionales System der Arbeits- und Wohnumwelt**

Diese allgemeinen Schlußfolgerungen des voranstehenden Abschnittes als Grundlage für eine baulich-räumliche Konzeption scheinen zunächst noch wenig damit in Einklang zu stehen, was wir uns in perspektivischen Zeiträumen — auf Grund der möglichen Steigerung der Arbeitsproduktivität — bezüglich der Erhöhung des Lebensstandards, des Bildungs- und kulturellen Niveaus leisten können. Aber gerade ökonomische Gesichtspunkte wie Senkung des spezifischen Investitionsaufwandes begründen die folgenden Überlegungen. In Auswertung des Gesetzblattes Nr. 1 vom 6. Januar 1971 über die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds gehen wir von drei wichtigen Voraussetzungen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität aus:

■ Volle Nutzung des Zeitvolumens (11)

Hier soll neben dem Nutzungsgrad der Arbeitszeit im Betrieb, die der Arbeitsvorbereitung unmittelbar zugehörende Zeit, die Wegeverlustzeit und auch die zur Wiederherstellung der Arbeitskraft und zur Qualifizierung dienende Freizeit gesehen werden.

Welchen Zeitgewinn verschafft uns die räumliche Annäherung von Arbeits- und Wohnumwelt?




2 Untersuchung eines Bildungszentrums für eine Großwohneinheit mit angrenzender Industrie im Rahmen einer Studie für die städtebauliche Umgestaltung der Stadt Zwickau
4. Hauptentwurf am Gebiet Gesellschaftsbauten, Prof. Dr.-Ing. habil. Trauzettel, von cand. arch. Michael Götz, 1970
Erdgeschoßgrundriß

■ Steigerung der Qualifikation der Arbeitskräfte

Einer Arbeitszeitverkürzung innerhalb eines Jahrhunderts auf etwa die Hälfte steht eine stundenmäßige Verdopplung des Ausbildungsanteils in der Folge zweier Generationen allein während der zehnjährigen obligatorischen Oberschulzeit gegenüber. Wir rechnen außerdem mit einem durchschnittlich zweifachen Aus- und Weiterbildungsanteil während der folgenden beruflichen Vorbereitung und laufenden Qualifizierung. Sie wird inhaltlich und standortmäßig sehr differenziert erfolgen. Der Studienplatz in der Wohnung wie in übergeordneten Bildungseinrichtungen wird an Bedeutung gewinnen. Die größten Anforderungen werden auf betriebs- und wohngebietsnahe Einrichtungen entfallen.

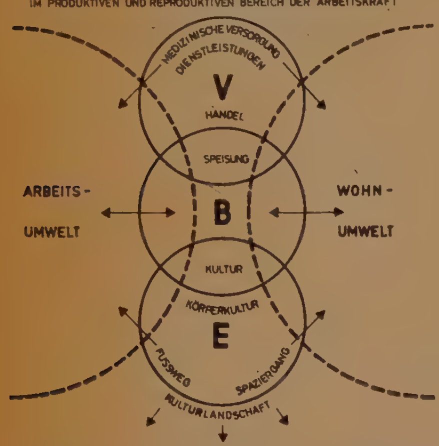
Welche Reserven lassen sich mit dem Bau und der gemeinsamen Nutzung hochwertiger Bildungszentren durch die Betriebe, Stadt und Wohngebiet erschließen?

■ Verringerung der Verlustquelle Fluktuation

Große Effektivitätsverluste entstehen durch den Arbeitsplatzwechsel eingespielter Fachkräfte. Die Ursachen der Fluktuation sind zu einem großen Teil im Angebot besserer Lebensbedingungen zu suchen. Dabei spielen der komplexe Komfort der Wohngebiete (Versorgungs-, Dienstleistungs-, Bildungs-, Vorschul- und medizinische Betreuungseinrichtungen, wohnungsnahe gelegene Freiflächenangebote für Sport und Erholung) eine bedeutende Rolle. Viele Betriebe investieren erhebliche Mittel, um im Betriebsbereich ein Äquivalent zu schaffen, da ihnen die direkten Einflußmöglichkeiten zu den Wohnstandorten ihrer Betriebsangehörigen nur selten gegeben sind.

Welche Fluktuationsverluste lassen sich durch eine neue Qualität der stadtstrukturellen und funktionellen Planungseinheit Arbeiten – Wohnen – Freizeit vermeiden?

Es läßt sich folgern, daß mit den inhaltlichen Wechselbeziehungen im funktionalen System der Produktions- und Reproduktionssphäre der Arbeitskraft eine raum-zeitliche Optimierung dieser Beziehungen von höchster ökonomischer Bedeutung ist.




In Bild 3 werden die gemeinsamen Nutzungsbeziehungen für ein einheitliches funktionales System der beiden Einflußsphären verdeutlicht.
Sie werden im Rahmen von drei Hauptfunktionsbereichen – Bildung – Versorgung – Erholung gekennzeichnet.

■ Die wichtigste Klammer zwischen Wohn- und Arbeitsumwelt stellt der Bereich Bildung (B) dar. Er hat die Aufgabe der allseitigen Vorbereitung und der ständigen Qualifizierung der zu dieser Einflußsphäre gehörenden Menschen für die Gesellschaft allgemein und speziell für die Produktion.

■ Einem zweiten zusammengefaßten Bereich Versorgung (V) wird die Verantwortung übertragen, alle im Arbeits- und Wohnbereich Wirkenden und Lebenden

■ kulturvoll und ernährungshygienisch richtig mit Speisen zu versorgen, soweit sie an kollektiver oder Gaststättenversorgung teilnehmen,

■ ein den Bedürfnissen des Einflußgebietes entsprechendes Warensortiment des täglichen und rhythmischen Bedarfes in attraktiver Weise anzubieten (Kauferlebnis) oder anzuliefern,

■ durch ein System der Dienstleistungen möglichst viele, die Haushalte belastende Arbeiten zu rationalisieren,

■ die medizinische und soziale Betreuung des gesamten Arbeits- und Wohnbereichs in eine geschlossene Organisationsform zu bringen, wodurch die arbeits- und umweltspezifischen, prophylaktischen, kommunalhygienischen, familiären, die der kindlichen Gesamtentwicklung oder altersspezifischen Gesichtspunkte besser übersehen werden können.

■ Ein dritter Funktionsbereich, von dem die Arbeits- und Wohnumwelt in gleicher Weise Nutzen hat, ist der der Erholung und sportlichen Betätigung. Er muß zumindest alle die Faktoren berücksichtigen und innerhalb der zu Fuß erreichbaren Zonen aufnehmen, die zur Erhaltung und täglichen Wiederherstellung der vollen Leistungsfähigkeit aller lernenden und wirkenden Menschen des Einflußbereiches erforderlich sind und sollte möglichst direkten Bezug zur Landschaft haben.

■ Diese drei als Verkettungselemente zwischen der individuellen Sphäre der Wohnung und des außerhäuslichen Arbeitsplatzes anzusehenden gesellschaftlichen Funktionsbereiche der Freizeitumwelt haben auch untereinander vielfältige kooperative Beziehungen. Die gastronomischen Einrichtungen und deren Vorbereitungsküchen sind mit dem Tagesrhythmus der Bildungsstätten – Vorschuleinrichtungen, Schulen, Betriebsakademien – genau so zu verflechten, wie mit den vielfältigen Funktionen des Erholungsbereiches.

**Räumlich-zeitliche Nutzungsüberlagerungen zugunsten der Ökonomie eines komplexen Funktionssystems der Arbeits- und Wohnumwelt**

In der mit dem 14. Plenum hervorgerufenen Diskussion um die rationelle Nutzung der Grundfonds (ND: „Unser aller Eigentum, nutzen wir es schon richtig?") sind vielfältige Reserven aufgedeckt und Beispiele bedeutender Investitionseinsparungen genannt worden. Ein komplexes Nutzungs- und Raumprogramm innerhalb einer aufeinanderbezogenen Arbeits- und Wohnumwelt läßt große volkswirtschaftliche Reserven erschließen. Es sollte der schrittweisen Umgestaltung und Vervollkommnung der baulichen Grundfonds in aufeinander abgestimmten Systemen der produktiven und reproduktiven Sphäre zugrunde gelegt werden.
Überlegungen der Betriebe in Industrie und Landwirtschaft, die Produktion durch Rationalisierung der Arbeitsprozesse, durch betriebliche Rekonstruktion, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und durch eine Nutzung der Anlagen im Schichtsystem zu erhöhen, sollten mehr als bisher auf die Nutzung der gesellschaftlichen Einrichtungen übertragen werden. So ließe sich z. B. eine nachgewiesene mögliche Leistungssteigerung der Schüler in unseren POS durch verbesserte Hörsamkeit in den Unterrichtsräumen erreichen (12). Eine ganze Reihe von Räumen mit spezieller hochwertiger Ausrüstung ist bei einer zweizügigen Schule – der heute gültigen Optimalgröße für die Leitungsorganisation – nicht voll ausgenutzt, andere könnten über den Schultag hinaus ausgelastet werden. Bei einer inhaltlichen, räumlichen und standortmäßigen Abstimmung des gesamten Bildungssystems einer Siedlungseinheit, sowohl hinsichtlich der POS, EOS, Sonderschulen (in Schulkomplexen) als auch der Berufsschulen, Betriebsakademien, der Volkshochschulen und sonstiger allgemeiner Weiterbildungsveranstaltungen gesellschaftlicher Organisationen, lassen sich Bildungszentren effektiver nutzen und zu lebendigen anziehenden Mittelpunkten qualifizieren. Ist der zentrale Bildungsbereich für die Schüler mehrerer Schulzüge günstig erreichbar, können z. B. die einzelnen Schülerbibliotheken, musische und polytechnische Fachräume zusammengefaßt, für alle Lebensalter ganztätig nutzbar, vielseitiger und anziehender ausgestattet werden (siehe Bild 1). Bei niedrigeren Baukosten, durch Reduzierung des Gesamtvolumens, wird der Gebrauchswert gesteigert. Mit erweiterten, standortbestimmenden Funktionen erhalten die Bildungsmittelpunkte auch eine höhere Rangordnung und entsprechende Gestaltdominanz. Die erweiterte Ausstrahlung sowie neue Gliederungsprinzipien bereichern die architektonische und städtebauliche Konzeption.
Wenn Betriebs- und Wohngebietsinteressen einen gleichen Bezugspunkt für die Bildung und das kulturelle Leben haben, verwächst auch leichter die gemeinsame Verantwortung für politische, erzieherische und kulturelle Aufgaben sowie bezüglich materieller Unterstützung. Ein qualitativ hochwertigeres räumliches Angebot eines ausgeprägten gemeinsamen Kultur- und Bildungszentrums bietet wiederum reichere Voraussetzungen für die Aufnahme vielgestaltiger kultureller, polytechnischer, geselliger und gesellschaftlicher Freizeitanliegen (13). Warum soll ein Kulturhaus vormittags leerstehen und nicht für schulische Zwecke genutzt werden? Warum sind Kinosäle nur während weniger Stunden besetzt und dienen nicht gleichzeitig Schulfeiern und Gewerkschaftsversammlungen?
Ein als Komplex gestaltetes Bildungs- und Kulturzentrum begründet die städtebauliche Verflechtung mit einem differenzierten Nutzungsangebot gastronomischer Versorgung. Betriebsgaststätte und Schulspeiseeinrichtung mit gemeinsamen Vorbereitungs- und Wirtschaftsbereich bieten sich bei unterschiedlichem Arbeitsrhythmus produzierender, dienstleistender und Freizeittätigkeiten gleichzeitig als lebendige Versorgungs- und Unterhaltungszonen für viele Belange des Einzugsgebietes an. Es würde hier zu weit führen, ähnliche Überlegungen in aller Gründlichkeit für alle Funktionskomplexe vorzutragen. Mit wenigen Hinweisen soll auf notwendige Untersuchungen aufmerksam gemacht werden. Bei einem Sportzentrum im Freizeitbereich, dessen Hauptnutzer die Schule bleibt, kann neben differenzierten beheizten Räumen für Gymnastik, Turnen und spezifische Sportarten durchaus eine unbeheizte, nur regen- und windgeschützte Spielfläche großen Gewinn bei viel sparsameren Investitionen bringen. In räumlich und zeitlich aufeinander bezogenen funktionalen Systemen der Arbeits- und Wohnumwelt kann ein unrationeller Wechsel von Stoßbetrieb und Leerlauf in Versorgungseinrichtungen besser vermieden werden, kann eine erweiterte Ausnutzung der ärztlichen Arbeits- und therapeutischen Behandlungsplätze in den Gesundheitseinrichtungen erreicht werden. Ein Rund-um-die-Uhr-Denken muß sich auf den gesamten Wirkungs- und Lebensraum beziehen.
Es geht um die räumlich-zeitliche Abstimmung täglich verlaufender Prozesse, aber ebenso wöchentlicher Rhythmen (5- bzw. 7-Tage-Woche), jahreszeitlich bedingter Nutzungszyklen, auf das Schul- oder Kalenderjahr, die gesamte Vorschul-, Schul- oder auch auf die Ferienzeiten festgelegter Wechselbeziehungen (14). Auch dadurch läßt sich eine ganze Reihe von Verlustzeiten für den Einzelnen und für die Auslastung der Grundfonds zum Nutzen der Gesellschaft abbauen.
Mit den vorgelegten Gedanken ist beabsichtigt, die vorhandenen Lücken zwischen Bedürfnissen und Interessen der Gesellschaft einerseits, dem Entwicklungsprozeß der baulich-räumlichen Voraussetzungen für eine sozialistische Lebensweise andererseits durch vorhandene, bisher nicht genügend aufgedeckte und genützte Reserven, durch komplexere funktionale Systembetrachtungen und breitenwirksamere Ansätze im territorialen System zu erschließen.
Eine für die ganzheitliche Betrachtung der Wohn- und Arbeitsumwelt aufgezeigte Funktionsformel soll in ihrer dialektischen Anwendung für einen dynamischen Entwicklungsprozeß gesehen werden, mit einem unbegrenzten Reaktionsvermögen auf die Vielfalt territorial, topografisch und substanzmäßig bedingter Gegebenheiten. Sie birgt neue Ansätze für die gegenseitige Gestaltbeeinflussung praktisch-nützlicher und ideologisch-ästhetischer Faktoren.
Ein breitenwirksames In-Übereinstimmung-Bringen des gesellschaftlichen mit dem räumlichen Modell schließt seine Gestaltformulierung ein. Gestalt ist in der Einheit von Quantität und Qualität zu sehen. Die sozialistische Architektur wird nicht aus dem Experiment mit der Form gewonnen, sie wächst aus dem Abbild des Wesentlichen der sozialistischen Gesellschaft. Die funktionelle und künstlerische Meisterung einer die sozialistische Lebensweise stimulierenden und durch sie geprägten komplexen Arbeits- und Wohnumwelt und ihre Realisierung mit bautechnisch effektivsten Methoden ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Zukunft.

**Literaturangaben:**

(1) W. Ulbricht: Die politische Vorbereitung des VIII. Parteitages, Referat auf der 15. Tagung des ZK der SED, in: ND 30. 1. 71
(2) W. Ulbricht: Grundlegende Aufgaben im Jahre 1970, Referat auf der 12. Tagung des ZK der SED, in: ND 14. 12. 69
(3) H. Trauzettel: Die architektonische Konzipierung der Umwelt in: Universitätsreden der TU Dresden, Heft 22, 1970
(4) Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Dietz Verlag Berlin 1969
(5) Entwurf der Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahresplan 1971–1975, TASS-Bericht, in: ND 14. 2. 71
(6) T. Timofejew und E. Faddejew: Der Leninismus und Probleme der sozialen Prognostizierung, in: ND 20. 2. 71
(7) M. Döbler: Triebkraft Bedürfnis, Dietz Verlag Berlin 1969
(8) M. Ragon: Wo leben wir morgen? Verlag Georg D. W. Callwey München 1967
(9) K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Dietz Verlag Berlin 1953
(10) A. W. Ikonnikow: Entwicklungsperspektiven der sozialistischen Stadt in: deutsche architektur 20 (1971) 1
(11) E. Stiller: Arbeitsvermögen, Arbeitsproduktivität in: ND 20. 2. 71
(12) H. Essmann: Untersuchung raumakustischer Verhältnisse in Klassenräumen und ihr Einfluß auf das Leistungsvermögen bei Schülern, Dissertation an der TU Dresden, Sektion Architektur, 1970
(13) H. Trauzettel: Die Rolle der Schule bei der komplexen Umgestaltung der gebauten räumlichen Umwelt im Rahmen der Entwicklung des sozialistischen Gesellschaftssystems in der DDR in: 2. Informationsheft der Sektion Architektur, TU Dresden, erscheint 1971
(14) H. Trauzettel: Kapitel „Allgemeine Forderungen an Kindereinrichtungen im Wohngebiet, in: Grundriß des Kinder- und Jugendgesundheitsschutzes, VEB Verlag Volk und Gesundheit, erscheint 1971
(15) Zur Entwicklung sozialistischer Kommunalpolitik, Schriftenreihe des Staatsrates der DDR, 3. Wahlperiode, Heft 14, 1970



# Informationen

## Bund der Architekten der DDR

### Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Dipl.-Gartengestalter Gerhard Vogt, Erfurt, 2. Juli 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Richard Grobe, Zwickau, 9. Juli 1891, zum 80. Geburtstag

Architekt Gerhard Flohr, Dessau, 10. Juli 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt Karl Kästner, Leipzig, 13. Juli 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Werner Wachtel, Berlin, 14. Juli 1921, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbautechniker Wilhelm Hepner, Berlin, 15. Juli 1901, zum 70. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Bernhardt Klemm, Dresden, 15. Juli 1916, zum 55. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Fritz Steudtner, Dresden, 16. Juli 1896, zum 75. Geburtstag

Architekt Heinrich Haberkorn, Halberstadt, 17. Juli 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt Walter Stohn, Pirna, 19. Juli 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt Ernst Jungbluth, Rostock, 20. Juli 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt Liv Falkenberg, Berlin, 22. Juli 1901, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Erwin Leuschner, Erfurt, 23. Juli 1921, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Fritz Oellerking, Berlin, 24. Juli 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt Willi Thielemann, Halle, 24. Juli 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Otto Wutzke, Blumberg, 25. Juli 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt Joachim Schmidt, Berlin, 26. Juli 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Max Schrecke, Berlin, 28. Juli 1911, zum 60. Geburtstag

## Standardisierung

Am 1. Januar 1971 wurde der DDR-Standard TGL 24 348 **Schutz der Trinkwasserversorgung** mit Blatt 1 Allgemeine Grundsätze für Wasserschutzgebiete, Blatt 2 Wasserschutzgebiete für Grundwasser und Blatt 3 Wasserschutzgebiete für Oberflächenwasser in der Ausgabe April 1970 verbindlich. Blatt 1 klärt sechs Begriffe und enthält zahlreiche Grundsatzforderungen. Die Festlegungen in Blatt 2 betreffen hydrologische, hydrochemische, hydrobiologische und biologische Verhältnisse sowie hydrogeologische Verhältnisse. Blatt 3 enthält technisch-ökonomische Parameter für Wasserschutzgebiete. In beiden Blättern sind Festlegungen zur Bemessung von Wasserschutzgebieten, die Art und der Umfang der Schutzmaßnahmen sowie Schlußbemerkungen enthalten.

Am 1. Juli 1971 wird der Fachbereichstandard TGL 10 572 Blatt 4 **Kanäle für Versorgungsleitungen**, Fertigteile aus Beton und Stahlbeton für rechteckige Kanalstrecken und -bauwerke in der Ausgabe September 1970 verbindlich. Der im VEB Betonleichtbaukombinat Dresden bestätigte Standard klärt das Sortiment, die Bezeichnung, Prüfung, Kennzeichnung, Lagerung und den Transport sowie die technischen Forderungen. Kabelkanal-Formsteine und Kabelschächte werden nicht von diesen Festlegungen erfaßt.

Am 1. Juli 1971 wird der Fachbereichstandard des Bauwesens mit internationalem Charakter TGL 21 094 Blatt 10 **Prüfung des erhärteten Betons**, Dynamische Elastizitätskonstanten (Resonanzfrequenzmethode) in der Ausgabe Juli 1970 verbindlich. Zunächst wird der Begriff des Untertitels erklärt. Daran schließt sich eine Kurzbeschreibung des Prüfverfahrens an. Es folgen die Festlegungen zur Probenahme und Herstellung der Prüfkörper, die Anzahl der Prüfungen, die Prüfeinrichtung, Prüfkörpervorbereitung, Durchführung der Prüfung, Auswertung und Prüfprotokoll.

Am 1. Januar 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens TGL 22 317 **Bituminöse Bahnen und Schindeln** mit Blatt 1 Teer-Sonderdachpappen Bitumendachpappen, Blatt 2 Nackte Teerpappen Nackte Bitumenpappen, Blatt 4 Prüfung und Blatt 5 Falzbaupappen in der Ausgabe Juli 1970 verbindlich. In den Blättern 1, 2 und 5 sind Festlegungen zu der Bezeichnung, Prüfung, Kennzeichnung, Lieferung, dem Transport und der Lagerung sowie technische Forderungen enthalten. In den Blättern 1 und 2 werden außerdem die Sorten, in Blatt 5 die Verwendung geklärt. Blatt 4 regelt die Probenahme, Probenvorbereitung und Durchführung der Prüfung.

Am 1. September 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 6072 Blatt 3 **Spanplatten aus Holz**, im Strangpreßverfahren hergestellte beplankte Spanplatten ohne Hohlräume in der Ausgabe Mai 1970 verbindlich. Zunächst werden mehrere Begriffe erklärt. Die Festlegungen betreffen die Arten, Abmessungen, Bezeichnung, technisch-physikalischen Werte, Oberflächenbeschaffenheit, Lieferart, Prüfung, Kennzeichnung, den Transport und die Lagerung.

Am 1. Juli 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 9098 **Brücken im Verkehrsbau; Linienkipplager** mit Blatt 1 Berechnungsgrundlagen, Blatt 2 Konstruktion und Blatt 3 Tragfähigkeitsnachweis in der Ausgabe September 1969 verbindlich. Blatt 1 regelt Rechengrößen, Berechnungsannahmen, zulässige Spannungen und den Spannungsnachweis. Blatt 2 klärt einen Begriff und enthält Festlegungen zu den Arten, der Bezeichnung, den zulässigen Bestellangaben, technischen Forderungen, der Prüfung und Kennzeichnung. Blatt 3 enthält Begriffe und Rechengrößen, die Anwendung der Netztafeln, die Netztafeln und Anwendungsbeispiele.

Als Entwurf März 1970 wurde der DDR-Standard TGL 11 458 **Baugrunduntersuchungen**; Allgemeine Richtlinien vorgelegt. Einzelheiten betreffen die Begriffe, Grundsätze, Zielstellung, Durchführung und Auswertung der baugrundmechanischen Untersuchung sowie Untersuchungen bei der Bauausführung. Als Entwurf März 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 11 461 Blatt 8 **Baugrundmechanik; Prüfungen im Feld**; Sondierungen mit radiometrischer Tiefensonde vorgelegt. Seine Einzelheiten beziehen sich auf Begriffe, die Anwendung, Schutzmaßnahmen, Aufbau und Wirkungsweise, Prüfverfahren und Kalibrierung.

-er.

## Rechtsnormen

Am 1. Januar 1971 trat das Gesetz über die **Verleihung von Nutzungsrechten an volkseigenen Grundstücken** vom 14. Dezember 1970 (GBl. I Nr. 24 S. 372) in Kraft, das zugleich die Gesetze aus den Jahren 1954 und 1959 ablöst. Nach dem Beschluß über **„Maßnahmen zur weiteren Anwendung des ökonomischen Systems des Sozialismus** in der Landwirtschaft und in der Nahrungsgüterwirtschaft **in den Jahren 1971/72"** vom 1. Dezember 1970 – Auszug – (GBl. II Nr. 103 S. 779, Ber. 1971 Nr. 13 S. 90) werden die Auswirkungen der Industriepreisreform bei Baumaterial, Bau- und Meliorationsleistungen übernommen und damit auf eine bessere Ausnutzung aller Fonds orientiert. Das Preissystem für den Landwirtschaftsbau wird auf der Grundlage der Baupreisbildung so weiterentwickelt, daß solche Preisformen wie Höchstpreise für Gebrauchswerteinheiten, Höchstpreise auf der Grundlage von Angebotskatalogen für Bauelemente und Baugruppen unter Berücksichtigung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes angewandt werden können. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, für vergleichbare Kapazitätseinheiten einheitliche Preise zu bilden, die sich nur durch die Anpassungskosten oder durch unterschiedliche Bauweisen unterscheiden. – Aus den Baubrigaden haben sich zwischengenossenschaftliche Bauorganisationen entwickelt, die neuerdings auch für soziale Zwecke wie den Bau von Kindergärten und -krippen eingesetzt werden können. Die LPG und GPG werden sich künftig am Wohnungsbau und der Schaffung sozialer Einrichtungen beteiligen. – Nach der Anwendung des Grundprinzips erfolgt die Gewährung von Preisabschlägen, die mindestens 60 Prozent beträgt. Bei Leistungen der Bauorganisationen für Dritte ist eine Abgabe an den Staatshaushalt zu entrichten. – Die ökonomischen Systemregelungen im Meliorationsbau sind darauf gerichtet, für wichtige Meliorationsleistungen neue Höchstpreise anzuwenden. – Die Zinssätze werden für Investitions- und Umlaufmittelkredite auf durchschnittlich 5 Prozent angehoben.

Am 1. Januar 1971 trat die Verordnung über die **Finanzierung des Baues von Eigenheimen der Bürger** vom 15. Dezember 1970 (GBl. II Nr. 99 S. 722) in Kraft, die gleichzeitig die Verordnung über die Finanzierung des Arbeiterwohnungsbaues von 1954 und über die Forderung des Baues von Eigenheimen in Landgemeinden von 1957 außer Kraft setzt.

Am 1. August 1970 trat die Anordnung über die Aufgaben, Stellung, Organisation und Leitung der Projektierung bei der Vorbereitung und Durchführung von Meliorationen – **Projektierungsanordnung Meliorationen** – vom 22. Juni 1970 (GBl. II Nr. 65 S. 471) in Kraft, die für die Projektierungseinrichtungen des VEB Ingenieurbüro für Meliorationen, des volkseigenen Meliorationskombinats und den VEB Meliorationsbau gilt.

Am 3. August 1970 trat die Anordnung Nr. Pr. 50 über die Inkraftsetzung der Anordnung über **Preise für Projektierungsleistungen für Meliorationen und wasserwirtschaftliche Vorhaben für die landwirtschaftliche Produktion** vom 20. Juli 1970 (GBl. II Nr. 65 S. 477) in Kraft.

Am 1. Januar 1970 trat die Preisanordnung für **wasserwirtschaftliche Projektierungsleistungen** vom 22. Dezember 1969 (Sonderdruck) in Kraft.

Am 1. Januar 1971 trat die **Finanzierungsrichtlinie** für 1971 vom 31. Dezember 1970 (GBl. II 1971 Nr. 6 S. 41) in Kraft, die die Bildung finanzieller Fonds wie Investitionsfonds, Fonds Wissenschaft und Technik bzw. Forschung und Entwicklung, Reparaturfonds u. v. a. Fonds regelt.

Am 31. Juli 1970 trat die Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die **Systematik der Ausbildungsberufe** vom 22. Juni 1970 (GBl. Sonderdruck Nr. 665) in Kraft.

Nach dem Statut des Büros für **Handelsnetzplanung** der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik – Berlin – vom 22. Dezember 1970 (VOBl. 1971 Nr. 2 S. 11), das am 1. Januar 1971 in Kraft trat, gehört zu den Hauptaufgaben dieses Büros die Erarbeitung und ständige Vervollkommnung des Generalhandelsnetzplanes auf der Grundlage der Gesellschaftsprognose und in Verbindung mit dem Generalbebauungsplan, die Ausarbeitung entscheidungsreifer Varianten zur rationellen und effektiven Nutzung der vorhandenen Altsubstanz und für durchzuführende Neubauten sowie Standortgestaltungen.

-er.

**Neu im Verlag für Bauwesen**

Gradow

# Stadt und Lebensweise

Übersetzung aus dem Russischen
1. Auflage 1971, 248 Seiten,
190 Abbildungen,
Leinen, 47,50 Mark
Sonderpreis für die DDR 39,– Mark

Ein Buch für Architekten und Städteplaner

Der Autor behandelt auf der Grundlage umfangreicher Materialien die prinzipiellen Probleme des Städtebaus in der Sowjetunion.
In zahlreichen Vorschlägen und möglichen Lösungsvarianten werden die Aufgaben der städtebaulichen Praxis dargelegt.

Bestellungen richten Sie bitte an Ihre Buchhandlung oder den Verlag.

## Kurzfassung

KB 087.1 DK 72:061.231:061.3
Collein, E.
**Referat auf dem 6. Bundeskongreß des BA (Teil 1)**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 6, S. 326 bis 331
Ausgehend von einer Analyse der Architekturentwicklung in den letzten Jahren, behandelt der Autor die neuen Aufgaben der Architekten in der DDR in den 70er Jahren. Dabei wird besonders die Entwicklung des Industriebaus und des Wohnungsbaus im Vordergrund stehen. Vor den Architekten der DDR steht die Aufgabe, solche Projekte und Planungen zu entwickeln, die eine hohe Effektivität in der Bauausführung und Nutzung gewährleisten und dazu beitragen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

KB 303.1 DK 711.4.003
Schmiechen, K.
**Schlußwort auf dem 6. Bundeskongreß des BA**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 6, S. 332 bis 335
Der Autor behandelt einige Grundzüge der sozialistischen Städtebaupolitik für die nächsten Jahre. Der Städtebau soll dazu beitragen, die Ökonomie der Stadt als Grundlage für die Verbesserung des Lebens zu erhöhen. Die Entwicklung der Zweige der Volkswirtschaft und der Territorien muß mit der Generalbebauungsplanung so koordiniert werden, daß jede Baumaßnahme die Umgestaltung der ganzen Stadt fördert. Das Siedlungsnetz der DDR soll nicht durch neue Städte erweitert, sondern durch die Umgestaltung der vorhandenen Städte und die zweckmäßige Nutzung der baulichen Grundfonds verbessert werden.

KB 323.1 328 DK 711.168 711.523(430.2–25)
Mehlan, H.
**Der Leninplatz in Berlin**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 6, S. 336 bis 342, 3 Grundrisse, 9 Abbildungen
Der Leninplatz entstand inmitten eines neuen sozialistischen Wohngebietes, dort, wo in den vergangenen Jahrzehnten Mietskasernen mit lichtlosen Hinterhöfen standen. Die konvergierenden Fluchten der am Strausberger Platz beginnenden älteren Bebauung werden am Leninplatz von zwei geschwungenen elfgeschossigen Wohnbauten aufgenommen und zusammen mit einem Wohnhochhaus zu einem halbrunden, jedoch asymmetrischen Platz weiterentwickelt. Die konvex gebogenen Teile der elfgeschossigen Wohnbauten stehen sich diagonal verschoben gegenüber.
Die Konzeption des Leninplatzes soll die Synthese von Städtebau, Architektur und bildender Kunst in der sozialistischen Umgestaltung zum Ausdruck bringen. Im Mittelpunkt des Platzensembles wurde ein monumentales Denkmal zu Ehren W. I. Lenins errichtet, dessen Gestaltung Professor Nikolai Tomski, Präsident der Akademien der Künste der Sowjetunion, übernahm. Denkmal, Hochbauten und Freiflächen bilden eine kompositionelle Einheit, die der Bedeutung des Platzes gerecht wird.

KB 328 322.1/.4 DK 711.432 711.523–163
Näther, J.
**Städtebau für das Leben – Berlin, Alexanderplatz 1971**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 6, S. 343 bis 348, 21 Abbildungen
Der Alexanderplatz im Zentrum von Berlin wurde in den letzten Jahren völlig neu gestaltet. Der Beitrag untersucht, ob es gelungen ist, die Planungsziele zu verwirklichen. Die neu entstandenen Bauten entsprechen im wesentlichen der Planung. Die Bevölkerung hat von dem Platz schnell Besitz ergriffen. Das Stadtzentrum ist für die Menschen interessanter und anziehender geworden. Gleichzeitig werden Vorschläge unterbreitet, wie das städtische Leben an diesem Platz noch intensiver entwickelt werden könnte.

KB 621.26 DK 725.832/.835
Kraus, K.
**Stadthalle Neubrandenburg**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 6, S. 351 bis 355, 1 Grundriß, 1 Schnitt, 11 Abbildungen
Die Stadthalle wurde für eine Mehrzwecknutzung vorgesehen. Sie soll sowohl für politische Großveranstaltungen als auch für Sportveranstaltungen, Ausstellungen verschiedenster Art und Tanzveranstaltungen genutzt werden. Die Stadthalle erhielt ihren Standort auf dem Gelände des Kulturparkes. Das Gebäude besteht aus vier Hyparschalen gleicher Abmessungen. Damit ließ sich eine stützenfreie überdachte Grundfläche von 1764 m² schaffen. Neuartige zusammenschiebbare Traversen ermöglichen es, die Sitzreihen innerhalb von drei Stunden zusammenzuschieben, wodurch nahezu die gesamte Grundfläche frei wird.

KB 301.3 DK 681.3:728.1
Ludley, K.
**Modell zur Optimierung des komplexen Wohnungsbaus**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 6, S. 366 bis 371, 1 Grafik, 2 Flußbilder, 3 Tabellen
Das Modell geht davon aus, gegenwärtig praktizierte und wiederholt auftretende Routinearbeitsprozesse mit großem Datenanfall innerhalb städtebaulicher Planungsarbeiten zu formalisieren, zu modellieren und mit Hilfe von Datenverarbeitungsanlagen durchzuführen. Es werden drei Programmkomplexe erläutert. Das Modell wurde durch das Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle und durch das Zentrum für Organisation und Datenverarbeitung Bauwesen Berlin erarbeitet.

KB 312.1 DK 711.4(47+57) 711.1:330.12
Baranow, N.
**Über die künftige Entwicklung des sowjetischen Städtebaus**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 6, S. 372 bis 375
Bei der Ausarbeitung von Generalplänen der Städte werden Entwicklungsprognosen bis zum Jahre 2000 notwendig. Man rechnet, daß die UdSSR im Jahre 2000 330 bis 340 Millionen Einwohner haben wird, von denen etwa 75 Prozent in Städten leben werden. Durch die Größe des Landes bedingt, rechnet man nicht mit einem Zusammenwachsen riesiger Städteagglomerationen wie in den USA. Die Entwicklung der Großstädte soll gebremst werden. Statt dessen wird ein Siedlungsnetz mit einem System von planetenartig geordneten Städten vorgeschlagen.

## Содержание

УДК 72:061.231:061.3
Collein, E.
326 **Доклад на 6-м Съезде союза немецких архитекторов ГДР, БДА (часть 1-я)**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 6, стр. 326 до 331
Исходя из анализа развития архитектуры в течение последних лет автор освещает новые задачи стоящие перед архитекторами ГДР в 70-х годах. При этом, развитие индустриального и жилищного строительства будет играть важнейшую роль. Задача архитекторов состоит в том, чтобы они разработали проекты и планы, обеспечивающие высокую эффективность выполнения и пользования и также способствующие улучшению условий труда и жизни людей.

УДК 711.4.003
Schmiechen, K.
332 **Заключительное слово на 6-м Съезде архитекторов ГДР**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 6, стр. 332 до 335
Разъясняются некоторые принципиальные черты социалистической градостроительной политики ближайших лет. Градостроительство должно содействовать повышению экономики города — основы улучшения жизни. Следует координировать развитие отраслей народного хозяйства и территорий с генеральным планом застройки для того, чтобы каждое мероприятие строительства способствовало преобразованию всего города. Система расселения в ГДР не будет расширена путем строительства новых городов, а улучшена преобразованием существующих городов и целесообразным использованием основных городских фондов.

УДК 711.168 721.523(430.2—25)
Mehlan, H.
336 **Площадь «Ленинплатц» в Берлине**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 6, стр. 336 до 342, 3 гориз. проекции, 9 илл.
Площадь возникла внутри нового жилого района — там, где в прошлых десятилетиях стояли «дома-казармы» с бессветными задворками. Сходящиеся линии начинающейся на штраусбергской площади старой застройки принимаются у площади Ленинплатц двумя дугообразными 11-этажными жилыми зданиями. Вместе с высотным жилым домом этот комплекс развивается дальше в полукруглую, но асимметрическую площадь. Выпуклые секции 11-этажных жилых зданий противостоят друг другу в диагональной отстрочке. Концепцией площади Ленинплатц является выразить синтез градостроительства, архитектуры и изобразительного искусства при социалистическом преобразовании окружного мира. В центре ансамбля площади возведен монументальный памятник в честь В. И. Ленина. Профессор Николай Томский, президент Академий искусств СССР, создал этот памятник который вместе с высотными зданиями и незастроенным местом образует композициональное единство, соответствующее значению площади.

УДК 711.432 711.523—163
Näther, J.
343 **Градостроительство для жизни — Берлин, Александерплатц в 1971 г.**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 6, стр. 343 до 348, 21 илл.
В течение последних лет полностью преобразовали площадь Александерплатц в центре Берлина. Статья посвящена исследованию успехов в реализации целей плана. Новые сооружения главным образом соответствуют планировке. Население быстро овладело площадью. Центр города становился более интересным и привлекательным для людей. Выдвигаются предложения о создании условий для более интенсивного развития жизни около этой площади.

УДК 725.832/.835
Kraus, K.
351 **Городской зал в г. Нойбранденбург**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 6, стр. 351 до 355, 1 гориз. проекция, 1 чертеж в разрезе, 11 илл.
Намечен для универсального использования, городской зал применяется для политических и спортивных мероприятий, выставок самого различного характера и т. п. Городской зал расположен на территории парка культура. Здание состоит из четырех гипарных оболочек равных размеров. Таким образом удалось создать безопорную, перекрытую площадь основания размером 1764 кв.м. Новые складные траверсы открывают возможность освободить почти целую площадь основания от сиденьев в течение трех часов.

УДК 681.3:728.1
Ludley, K.
366 **Модель для оптимизации комплексного жилищного строительства**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 6, стр. 366 до 371, 1 граф. изображение 2 поточные диаграммы, 3 табл.
Модель предназначена для формализирования, моделирования и выполнения повторных рабочих процессов с помощью установок электронной обработки данных. В данном случае речь идет о процессах градостроительной планировки, при которых получается большое число данных. Автор объясняет три программных комплекса. Модель разработана бюро градостроительства и архитектуры района Галле и центром организации и обработки данных строительства в Берлине.

УДК 711.4(47+57) 711.1:330.12
Baranow, N.
372 **О будущем развитии советского градостроительства**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 6, стр. 372 до 375
Составление генеральных планов городов требует прогноза развития до 2000 г. Вероятная численность населения СССР в 2000 г. принята в 330 до 340 млн. человек при удельном весе городского населения ок. 75 %. Стихийному слиянию гигантских городских агломераций, как это может наблюдаться в капиталистических странах — прежде всего в США — социалистическое градостроительство противопоставляет планомерный рост и создание созвездий городов.

| Summary | Résumé |
|---|---|

DK 72 : 061.231 : 061.3
Collein, E.
**Address to the 6th Federal Congress of BDA (Part 1)**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 6, pp. 326–331
An analysis is made by the author of architectural developments in recent years as a basis on which an account is given of forthcoming tasks to be tackled by the architects of the GDR in the seventies. Emphasis will have to be laid on industrial construction, including housing construction. The architects of the GDR are called upon to concentrate on projects and planning schemes which secure high effectiveness of site operations and building usage as a contribution to improving working and living standards of man.

326

DK 72 : 061.231 : 061.3
Collein, E.
**Rapport au VIème Congrès de l'Union des Architectes Allemands (Ière partie)**
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 6, p. 326–331
L'auteur discute les nouvelles tâches qui facent les architectes dans la RDA dans les années 70, en partant d'une analyse récent du développement de l'architecture. L'essor du bâtiment industriel et de logements prendront le premier rang. Les architectes de la RDA auront la tâche de développer des projets et d'établir des plans permettant une efficacité élevée d'exécution et d'usage et contribuant à améliorer les conditions du travail et de la vie des hommes.

DK 711.4.003
Schmiechen, K.
**Concluding Remarks at the 6th Federal Congress of BDA**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 6, pp. 332–335
Some principal trends of socialist town planning policy for the next years are suggested in this paper. Town planning should be a means to upgrade urban economy as a basis to improve living conditions. Schemes tackled for the development of economic branches and regions should be coordinated with general planning to the effect that every step in construction will promote, at the same time, urban renewal as a whole. The settlement network of the GDR is not to be expanded by building new cities, but emphasis will rather be laid on renewing the existing ones and more efficient use of the given building stock.

332

DK 711.4.003
Schmiechen, K.
**Rapport de clôture du VIème Congrès de l'Union des Architectes Allemands**
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 6, p. 332–335
L'auteur met l'accent à quelques principes de la politique socialiste de l'urbanisme dans les années suivantes. L'urbanisme contribuera à augmenter l'économie urbaine comme base de l'amélioration de la vie. Le développement des secteurs de l'économie nationale et des territoires doit être coordiné avec le plan général de façon que chaque mesure de construction favorise la réstructuration de la ville entière. Il ne faudrait pas étendre le réseau des implantations dans la RDA par des villes nouvelles, mais plutôt l'améliorer par la réstructuration des villes existantes et l'utilisation appropriée des fonds de base des constructions.

DK 711.168 711.523(430.2–25)
Mehlan, H.
**Leninplatz in Berlin**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 6, pp. 336–342, 3 floor plans, 9 figs.
Leninplatz was completed inmidst of a new socialist housing area, a site which, in the past decades, had been packed with crowded old-age appartment houses and no-light backyards. The converging lines of houses completed earlier and beginning at Strausberger Platz are absorbed and accommodated at Leninplatz by two curve-shaped eleven-storey appartment houses and an opposite high-rise house which together form a semicircular asymmetrical square. The parts of the eleven-storey buildings are convex-curved and situated opposite each other in diagonal staggering.
The concept underlying the design of Leninplatz is to give expression to the synthesis of city design, architecture, and sculpturing as a principle of socialist environmental design. A monument of V. I. Lenin, designed by Prof. Nikolai Tomski, President of the Academy of Arts of the USSR, was erected centrally in the square. The monument, high-rise structures, and open spaces were arranged to form a compositional unity by which the urban importance of the square is underlined.

336

DK 711.168 711.523(430.2–25)
Mehlan, H.
**Place Lénine à Berlin**
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 6, p. 336–342, 3 plans horiz., 9 fig.
La Place Lénine fut prévue au milieu d'une nouvelle unité de voisinage socialiste, où se trouvaient pendant les dizaines d'années passées des maisons de rapport et arrière-cours obscures. Les lignes convergentes des bâtiments plus vieux, commençant par la Place Strausberg, se continuent à la Place Lénine dans les deux bâtiment résidentiels courbés, à onze étages, formant avec un bâtiment – tour de logements une place demie-ronde, mais asymmétrique. Les sections convexes courbées des bâtiments à onze étages se trouvent en face, diagonalement déplacéss. La conception de la Place Lénine doit exprimer la synthèse entre urbanisme, architecture et beaux-arts pour la construction de l'ambiance socialiste. Au centre de l'ensemble de cette place se trouve un monument en l'honneur de W. I. Lénine, du professeut Nikolai Tomski, Président des Académies des Arts en Union Soviétique. Le monument, les bâtiments à étages et les places libres forment une unité compositoire, adaptée à l'importance de la place.

DK 711.432 711.523–163
Näther, J.
**Town Planning Serves Life – Berlin, Alexanderplatz, 1971**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 6, pp. 343–348, 21 figs.
Alexanderplatz, situated in the centre of Berlin, was completely renewed in recent years. An assessment is made in this paper to verify whether or not the plan targets have been accomplished successfully. The new buildings are found to be essentially in agreement with the planning concept. The new square was accepted by the public shortly after its completion. The centre has now become more interesting and attractive. In addition, proposals are made with the view of intensifying urban life in the square.

343

DK 711.432 711.523–163
Näther, J.
**Urbanisme pour la vie – Berlin, Place Alexandre 1971**
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 6, p. 343–348, 21 fig.
La place Alexandre au centre de Berlin fut complètement modifiée dans les dernières années. La contribution examine si les objectifs de la planification furent réalisés. Les nouveaux bâtiments correspondent, pour la plus grande partie, à la planification. Les habitants se sont rapidement habitués à la nouvelle configuration de la place, qui a rendu le centre de la ville encore plus intéressant et attrayant. En même temps l'auteur soumet des propositions pour un développement plus intensifié de la vie urbaine à cette place.

DK 725.832/.835
Kraus, K.
**Municipal Hall of Neubrandenburg** A
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 6, pp. 351–355, 1 floor plan, 1 section, 11 figs.
The municipal hall was designed for multi-purpose uses, including large political meetings, sport events, most various exhibitions, and dancing parties. The structure was completed on a site in the Park of Culture. It is composed of four hyperbolic shells of equal dimensions, a concept by which a floor area of 1,764 sq.m could be spanned without columns. New foldable traverses were provided by which the seat rows may be moved together within three hours to get the entire floor area free for floor events.

351

DK 725.832/.835
Kraus, K.
**Hôtel de ville, Neubrandenbourg**
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 6, p. 351–355, 1 plan horiz, 1 coupe, 11 fig.
L'hôtel de ville est prévu pour l'usage multiple. Il devra être utilisé pour les grands événements politiques, les événements du sport, les plus différentes expositions et le dancing. L'hôtel de ville se trouve au terrain du Parque de Culture. Le bâtiment se compose de quatre voiles hyperboliques avec des dimensions identiques. Ainsi, un espace couvert sans appuis de 1764 m2 fut créé. Les nouvelles traverses à coulisse permettent écarter les rangs des sièges en trois heures seulement, de sorte que presque l'espace entier devient libre.

DK 681.3 : 728.1
Ludley, K.
**Model to Optimise Complex Housing Construction**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 6, pp. 366–371, 1 graph, 2 flow charts, 3 tables
The model proposed in this paper is based on the possibility that certain routine operations of repetitive nature with high data yield for town planning schemes may be formularised, designed as models, and completed by means of data processing systems. Three complex programmes are explained. The model was constructed by the Bureau of Town Planning and Architecture at the Halle County Council in cooperation with the Berlin Centre of Organisation and Data Processing in Building.

366

DK 681.3 :728.1
Ludley, K.
**Modèle pour l'optimation de la construction complexe de logements**
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 6, p. 366–371, 1 graphique, 2 organigrammes, 3 tableaux
Le modèle a pour but de formaliser, de modeler et de traiter dans les ordinateurs les procès actuels de routine, qui se répètent souvent, avec une quantité importante de données, à l'intérieur des travaux de planification urbanistique. Trois programmes complexes sont expliqués. Ce modèle fut établi par le bureau d'urbanisme et architecture de la région hallense et le centre d'organisation et de traitement des données dans le bâtiment à Berlin.

DK 711.4(47+57) 711.1 : 330.12
Baranow, N.
**Future Developments in Soviet Town Planning**
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 6, pp. 372–375
The preparation of general plans for city design calls for prognostication covering the period up to the year 2000. The USSR is expected to have 330 to 340 million inhabitants by the year 2000, with about 75 per cent of the living in cities. Large urban agglomerations, as experienced in the USA, are not expected to grow together in the USSR because of the tremendous size of the country. The growth of big cities is to be decelerated. Instead of such agglomeration, a settlement network is proposed with a system of cities arranged by planet patterns.

372

DK 711.4(47 + 57) 711.1 :330.12
Baranow, N.
**Sur le développement futur de l'urbanisme soviétique**
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 6, p. 372–375
L'élaboration des plans généraux des villes exigent des prévisions du développement jusqu'à l'an de 2000. On a calculé que le nombre des habitants dans l'URSS s'accroitra à 330 ou 340 million, et 75 pourcent d'eux vivront dans les villes. En vue de l'extension du territoire on ne prévoit pas une concentration des agglomérations immenses urbaines, comme dans les Etats Unis. Le développement des grandes villes devrait être freiné, et comme variante on propose un réseau d'implantations avec un système de villes ordonnées en planète.

**gestatten sie ein wort zwischen tür und angel!**

**was**

halten sie von verbesserten arbeits- und lebensbedingungen?

**wie**

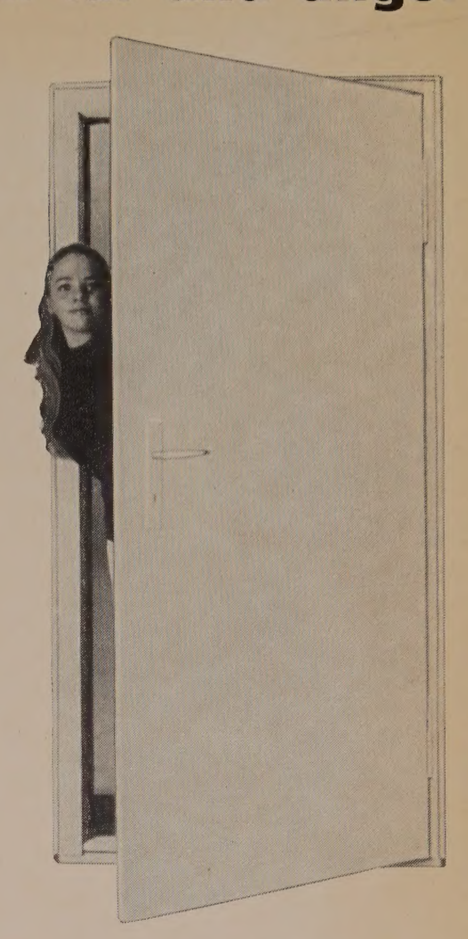
bekämpfen sie den ansteigenden lärm?

**wo**

benötigen sie SONIT - schallschutztüren?

**wann**

dürfen wir sie beraten........
und beliefern?





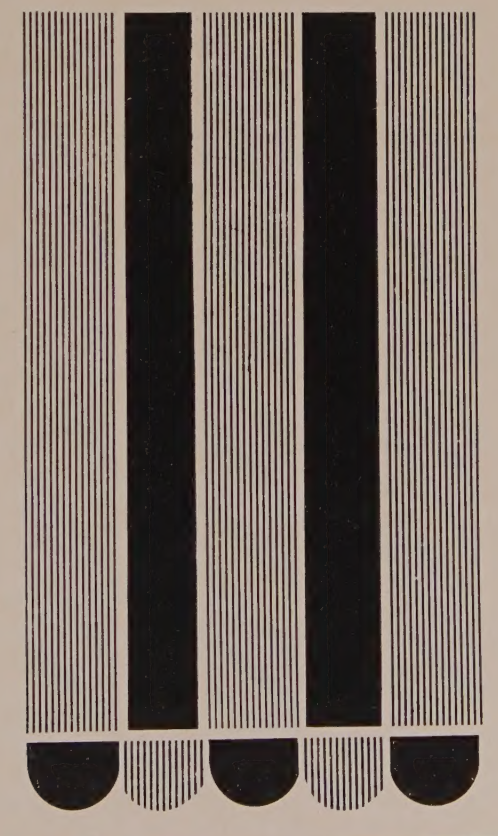
isolierung

horst f.r. meyer kg
112 berlin-weißensee, langhansstraße 22
telefon berlin 261130

---

# CAFRIAS

**Markisen**
**Markisoletten**



Rolläden aus Leichtmetall u. Plaste
Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt"
Präzisions-Verdunklungsanlagen
Rollos aller Art
Springrollofederwellen
Rollschutzwände
Rollo- und Rollädenbeschläge
Elektromotorische Antriebe für
Rolläden und Leichtmetall-Jalousien

**Carl-Friedrich Abstoss KG**




9124 Neukirchen (Erzgeb), Wiesenweg 21
Telefon: Karl-Marx-Stadt 37041, Telex: 07-138
Auslieferungslager:
1125 Berlin-Hohenschönhausen
Weißenseer Weg 32/34, Telefon: 574477

31 409